

GENDER

Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft

Journal for Gender, Culture and Society

Schäfer (Hrsg.) |

Feministische Perspektiven auf Ökonomie und Geschlechterordnung

Bauhardt | Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstumsgesellschaft –

Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht

Mulvaney | For what it's worth: An examination of the persistent devaluation of

"women's work" in capitalism and considerations for feminist politics

Benjamin | From cooperation to criticism of economic globalization: An intersectional

concept of gender justice

Grulich | Weibliche Topführungskräfte in der Wirtschaft: Stellen diese Weiblichkeiten

die hegemoniale Geschlechterordnung in Frage?

Klaus/Lünenborg | Zwischen (Post-)Feminismus und Antifeminismus. Reflexionen zu

gegenwärtigen Geschlechterdiskursen in den Medien

Döring | Zur Operationalisierung von Geschlecht im Fragebogen: Probleme und Lösungs-

ansätze aus Sicht von Mess-, Umfrage-, Gender- und Queer-Theorie

Heitzmann | Das kulturelle Deutungsmuster „Geschlechterdifferenz“. Zur Kritik von

Heinz-Jürgen Voß an Claudia Honegger und Londa Schiebinger

Klinger/Kagerbauer | (De-)Thematisierungen und neoliberale Verdeckungen am Beispiel

feministischer Mädchenarbeit – ein Zwischenruf

Raadts/Neitzel | Männlicher Negativismus. Zwischen Hilferuf und Stigmatisierungsangst

2 | 13

GENDER

**Zeitschrift für Geschlecht,
Kultur und Gesellschaft**

Heft 2

5. Jahrgang 2013

ISSN 1868-7245

GENDER

Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft

Feministische Perspektiven auf Ökonomie und Geschlechterordnung

Sabine Schäfer	Vorwort	7
----------------	---------	---

Schwerpunkt

Christine Bauhardt	Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstumsgesellschaft – Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht	9
Kelly Mulvaney	„For what it's worth“. Eine Untersuchung zur anhaltenden Abwertung von „Frauenarbeit“ im Kapitalismus und Folgerungen für feministische Politik	27
Orly Benjamin	Von der Kooperation zur Kritik an der wirtschaftlichen Globalisierung: Ein intersektionales Konzept von Geschlechtergerechtigkeit	45

Offener Teil

Julia Grulich	Weibliche Topführungskräfte in der Wirtschaft: Stellen diese Weiblichkeiten die hegemoniale Geschlechterordnung in Frage?	63
Elisabeth Klaus, Margreth Lünenborg	Zwischen (Post-)Feminismus und Antifeminismus. Reflexionen zu gegenwärtigen Geschlechterdiskursen in den Medien	78
Nicola Döring	Zur Operationalisierung von Geschlecht im Fragebogen: Probleme und Lösungsansätze aus Sicht von Mess-, Umfrage-, Gender- und Queer-Theorie	94
Daniela Heitzmann	Das kulturelle Deutungsmuster „Geschlechterdifferenz“. Zur Kritik von Heinz-Jürgen Voß an Claudia Honegger und Londa Schiebinger	114

Aus Forschung, Politik & Praxis

Sabine Klinger, Linda Kagerbauer	(De-)Thematisierungen und neoliberale Verdeckungen am Beispiel feministischer Mädchen_arbeit – ein Zwischenruf	129
Stefan Raadts, Lothar Neitzel	Männlicher Negativismus. Zwischen Hilferuf und Stigmatisierungsangst	139

Tagungsberichte

Judith Conrads	40 Jahre feministische Debatten. Tagung vom 2. bis 3. November 2012, Universität Paderborn	148
Eva Wegrzyn	Gleicher und ungleicher zugleich? Neukonfigura- tionen von Macht und flexibilisierten Ungleich- heiten. Tagung vom 6. bis 7. November 2012, Ruhr-Universität Bochum	154
Julia Brummert	Agriculture and Sustainable Rural Development in Times of Crisis. Critical Engagement from a Gender Perspective. Tagung vom 25. bis 26. Januar 2013, Humboldt-Universität zu Berlin	160

Rezensionen

Petra Ahrens	Lee Ann Banaszak, 2010: The Women's Movement Inside and Outside the State. New York: Cambridge University Press.	166
Anne Schlüter	Hildegard Macha/Susanne Gruber/ Sandra Struthmann, 2011: Die Hochschule strukturell verändern. Gleichstellung als Organisationsentwicklung an Hochschulen. Opladen, Farmington Hills: Budrich UniPress.	169
Nicole Justen	Svenja Eichhorn/Philipp Kuwert, 2011: Das Geheimnis unserer Großmütter. Eine empirische Studie über sexualisierte Kriegsgewalt um 1945. Gießen: Psychosozial-Verlag.	171
Marion Löffler	Saskia Stachowitsch, 2012: Gender Ideologies and Military Labor Markets in the US. Routledge Studies in US Foreign Policy. London/New York: Routledge.	174

GENDER**Journal for Gender,
Culture and Society****Feminist perspectives on economics
and gender systems**

Sabine Schäfer	Introduction	7
----------------	--------------	---

Essays

Christine Bauhardt	Ways to get out of the crisis? Green New Deal, post-growth society and solidarity economy: Alternatives to the growth economy from a feminist perspective	9
Kelly Mulvaney	For what it's worth: An examination of the persistent devaluation of "women's work" in capitalism and considerations for feminist politics	27
Orly Benjamin	From cooperation to criticism of economic globalization: An intersectional concept of gender justice	45

Essays: Open Part

Julia Grulich	Female top managers in business: Do these femininities question the hegemonic gender system?	63
Elisabeth Klaus, Margreth Lünenborg	Between (post-)feminism and antifeminism. Thoughts on current gender discourses in the media	78
Nicola Döring	On the operationalization of sex and gender in research questionnaires: Problems and solutions from the perspective of measurement, survey, gender and queer theory	94
Daniela Heitzmann	The cultural pattern of "gender difference". On Heinz-Jürgen Voß's critique of Claudia Hon-egger und Londa Schiebinger	114

From Research, Politic & Practice

Sabine Klinger, Linda Kagerbauer	Feminist (social) work with girls as an example of (de-)thematizing and neoliberal masking – an interjection	129
Stefan Raadts, Lothar Neitzel	Masculine negativism. Crying for help and risking stigmatization?	139

Conference Proceedings

Judith Conrads	40 years of Feminist Debates. Conference at the University of Paderborn, 2/3 November 2012	148
Eva Wegrzyn	More Equal and More Unequal at the Same Time? New Configurations of Power and Flex- ibilized Inequalities. Conference at the Ruhr University Bochum, 6/7 November 2012	154
Julia Brummert	Agriculture and Sustainable Rural Development in Times of Crisis. Critical Engagement from a Gender Perspective. Conference at the Hum- boldt University of Berlin, 25/26 January 2013	160

Book Reviews

Petra Ahrens	Lee Ann Banaszak, 2010: The Women's Movement Inside and Outside the State. New York: Cambridge University Press	166
Anne Schlüter	Hildegard Macha/Susanne Gruber/ Sandra Struthmann, 2011: Die Hochschule strukturell verändern. Gleichstellung als Organisationsentwicklung an Hochschulen. Opladen, Farmington Hills: Budrich UniPress.	169
Nicole Justen	Svenja Eichhorn/Philipp Kuwert, 2011: Das Geheimnis unserer Großmütter. Eine empirische Studie über sexualisierte Kriegsgewalt um 1945. Gießen: Psychosozial-Verlag.	171
Marion Löffler	Saskia Stachowitsch, 2012: Gender Ideologies and Military Labor Markets in the US. Routledge Studies in US Foreign Policy. London/New York: Routledge.	174

Feministische Perspektiven auf Ökonomie und Geschlechterordnung

Sabine Schäfer

Wenn derzeit von großen gesellschaftlichen Herausforderungen die Rede ist, etwa von der Finanzkrise, der Reproduktionskrise oder auch der Krise des neoliberalen Kapitalismus, dann hat das Verhältnis von Ökonomie und Geschlechterordnung zumindest in der öffentlichen Debatte nicht unbedingt höchste Priorität. Angesichts einer schnell diagnostizierten Rezession oder Globalisierungskrise erscheint das Problem hierarchisch strukturierter und auf Ungleichheit basierender Geschlechterverhältnisse marginal. Die Beiträge des vorliegenden Schwerpunktheftes¹ zeigen dagegen, dass die Erkundung des Verhältnisses von Ökonomie und Geschlechterordnung Rückschlüsse darauf ermöglicht, wie Krisen zustande kommen und wo alternative politische Handlungsstrategien ansetzen könnten. Sie untersuchen verschiedene gesellschaftliche Herausforderungen bestehender Wirtschaftssysteme im Hinblick auf deren Verflechtungen mit Geschlechterverhältnissen und zeigen intersektionale Wechselwirkungen auf. Dabei verbleiben sie nicht auf der Ebene deskriptiver Analysen, sondern nehmen konsequent feministische Perspektiven ein. Sie geben damit Anstöße zum Nachdenken darüber, wie eine (geschlechter)gerechtere Gesellschaft beschaffen sein könnte.

Christine Bauhardt wendet sich in ihrem Beitrag der Krise des neoliberalen Kapitalismus zu, indem sie drei Alternativen zum derzeit dominanten Konzept einer vor allem wachstumsorientierten Wirtschaft beleuchtet, nämlich Green New Deal, Postwachstumsgesellschaft und solidarische Ökonomie. Diese Gegenentwürfe verbindet sie mit feministischen Debatten zu Wohlstand sowie Lebensqualität und öffnet damit den Blick auf weiterführende Diskussionen und Analysen, wie eine ökonomisch nachhaltige Gesellschaftsorganisation aus feministischer Sicht ausgestaltet sein könnte.

Um die nach wie vor stattfindende Abwertung der Arbeit von Frauen geht es im Beitrag von *Kelly Mulvaney*, die diese anhand von Analysen marxistischer Feministinnen zur Produktivität von weiblicher Reproduktionsarbeit untersucht. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Analysen von Arbeitsmarktverhältnissen allein nicht ausreichen, um die Stabilität der Abwertung zu begründen, sondern dass Geschlecht als soziale Institution konzeptionell in diese Untersuchungen einbezogen werden sollte. Der Versuch einer Aufwertung der von Frauen geleisteten Arbeit muss demnach mit der gesellschaftlichen Befreiung der Frauen einhergehen.

Der dritte Beitrag des Schwerpunktes nimmt das Verhältnis von New Public Management (NPM) im Rahmen der ökonomischen Globalisierung und Gleichstellungspolitik unter die Lupe. Am Beispiel von Pflegehelferinnen zeigt *Orly Benjamin*, wie die Intersektionalität von Geschlecht, Klasse, Ethnizität und Staatsangehörigkeit durch die Anwendung von Strategien des NPM zum Ausschluss dieser Frauen aus bestimmten Strukturen des Arbeitsmarktes führt und wie Letzteres von der Gleichstellungspolitik internationaler Organisationen mitgetragen wird. Sie schlägt vor, die offizielle Gleich-

1 Ein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle Heike Kahlert, ohne deren Mitarbeit der Schwerpunkt nicht zustande gekommen wäre.

stellungspolitik aus feministischer Perspektive kritisch zu hinterfragen, und entwickelt ein intersektionales Modell für Geschlechtergerechtigkeit.

Beiträge des Offenen Teils dieser GENDER-Ausgabe widmen sich ebenfalls Aspekten der Geschlechterordnung aus feministischer Sicht. Ausgehend von der zunehmenden Präsenz von Frauen auf den Führungsebenen multi- und transnationaler Unternehmen setzt sich *Julia Grulich* in ihrem Beitrag mit der Frage auseinander, inwiefern sich hierdurch ein Wandel der bestehenden Geschlechterordnung andeutet. Sie gibt durch ihre Analyse Anregungen für eine Weiterentwicklung der theoretischen Diskussion darum, ob diese Formen der Weiblichkeit die hegemoniale Geschlechterordnung grundsätzlich infrage stellen. *Elisabeth Klaus* und *Margreth Lünenborg* erörtern in ihrem Beitrag, wie die Rolle der Medien im Diskurs um Geschlechterverhältnisse aus der Perspektive feministischer Forschung bewertet werden kann. Mit Bezug auf neuere Studien und aktuelle Debatten sowie die Arbeiten von Angela McRobbie, Nancy Fraser und Gudrun-Axeli Knapp zeichnen sie eine ambivalente Entwicklung nach, die sie als Ausdruck einer neoliberalen Gesellschaftsentwicklung verhandeln. *Sabine Klinger* und *Linda Kagerbauer* setzen sich mit der Praxis feministischer Mädchenarbeit im Spannungsfeld zwischen Gleichstellung, Differenz und Vereinnahmung auseinander und problematisieren die Entwicklung von einer vormals eher politisch orientierten Sozialen Arbeit *mit* und *für* Mädchen zu einer aktuell zunehmend neoliberalen Verwertungslogiken unterliegenden Mädchenarbeit.

Herausragende Impulse für methodische sowie theoretisch fundierte Debatten und Perspektiven vermitteln zwei weitere Beiträge im Offenen Teil. *Nicola Döring* problematisiert in ihrem Aufsatz die routinemäßige Erfassung von Geschlecht in Forschungsfragebögen und untersucht dabei unterschiedliche Operationalisierungsformen sowohl aus Sicht der Gender- und Queer- also auch der Mess- und Umfragetheorie. Im Zuge der Dekonstruktion von Geschlecht steht jede Forschung vor dem methodischen Problem, wie Geschlecht quantitativ zu erfragen ist. Der Text stellt damit eine wichtige Anregung dar, um Geschlecht reflektierter zu operationalisieren und die gängige Umfragepraxis kritisch zu hinterfragen. *Daniela Heitzmann* wendet sich in ihrem Beitrag grundsätzlichen Fragen zum kulturellen Deutungsmuster „Geschlechterdifferenz“ zu. Sie diskutiert die Argumente der Kritik von Heinz-Jürgen Voß, mit denen der Wissenschaftler bisherige Erkenntnisse zu diesem Muster grundsätzlich infrage stellt, und konfrontiert sie mit Forschungsinteressen, analytischem Vorgehen und Ergebnissen von Claudia Honegger und Londa Schiebinger. Damit fügt sie der Debatte eine differenziert vorgebrachte Position hinzu.

Im Mittelpunkt des Beitrags von *Stefan Raadts* und *Lothar Neitzel* steht „Männlicher Negativismus. Zwischen Hilferuf und Stigmatisierungsangst“, dem die Autoren anhand einer eigenen Fall-Kontroll-Untersuchung nachgehen. Im Fokus der empirischen Studie steht der Zusammenhang zwischen negativistischen Männern und Männlichkeitskonzepten, nach denen Männer durch traditionelle Verhaltensnormen gelernt haben, depressive Erlebensinhalte zu unterdrücken.

Abgerundet wird das Heft durch drei Tagungsberichte über „40 Jahre feministische Debatten“ (Paderborn), „Neukonfigurationen von Macht und flexibilisierten Ungleichheiten“ (Bochum) und „Agriculture and Sustainable Rural Development in Times of Crisis“ (Berlin) sowie vier Rezensionen interessanter Veröffentlichungen.

Christine Bauhardt

Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstumsgesellschaft – Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert drei kritische Positionen zu krisenhaften Entwicklungen des aktuellen Kapitalismus. Den untersuchten Ansätzen ist gemeinsam, dass sie von der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen ausgehen, deren Ausbeutung durch die kapitalistische Produktionsweise beendet werden muss. Aus der Sicht der feministischen Ökonomiekritik wird auch die von Frauen geleistete Verantwortungs- und Fürsorgearbeit im Kapitalismus wie eine quasi-natürliche Ressource gesellschaftlich angeeignet. Alle drei alternativen Ansätze thematisieren nicht explizit das Geschlechterverhältnis, rekurren aber implizit auf die Geschlechterordnung. Werden die Konsequenzen dieser impliziten Gender-Gehalte nicht reflektiert, dann besteht die Gefahr einer weiteren Verfestigung der asymmetrischen Geschlechterordnung auch in diesen sich kritisch verstehenden Perspektiven. Alle drei Ansätze weisen jedoch auch Anschlussstellen für feministische Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit auf, je nachdem, welche mittel- und langfristige Vorstellungen über die Geschlechterordnung jeweils damit verknüpft sind.

Schlüsselwörter

Feministische Ökonomie, Nachhaltige Entwicklung, Grünes Wachstum, Kapitalismuskritik

Summary

Ways to get out of the crisis? Green New Deal, post-growth society and solidarity economy: Alternatives to the growth economy from a feminist perspective

The article scrutinizes three approaches that propose alternatives to the current crisis of capitalism. All these approaches proceed on the assumption that natural resources are finite and that their exploitation by the capitalist mode of production must be stopped. Feminist economics analyzes women's care work within capitalism as exploited and approaches by society just like a natural resource. None of the three alternative approaches refers explicitly to gender relations, yet they rely implicitly on the gender order. Without reflecting these implicit gender implications, there is a risk that the asymmetrical gender order will be further consolidated, even within these critical perspectives. Nevertheless, all three approaches also have connection points that resonate with feminist claims for gender equity, depending on their respective visions about medium- or long-term changes to the gender order.

Keywords

feminist economics, sustainable development, green growth, critiques of capitalism

Die Anfang 2011 eingesetzte Enquete-Kommission des 17. Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ hat viel Wirbel in der feministischen Forschungslandschaft ausgelöst. Die Tatsache, dass unter den siebzehn Sachverständigen Mitgliedern zunächst keine einzige Frau benannt wurde, hat großes Aufsehen erregt. Viele feministische Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen haben

sich in öffentlichen Stellungnahmen und in Briefen an die im Bundestag vertretenen Parteien, die die Kommissionsmitglieder benennen, gewandt und kritisiert, dass nicht nur keine Frau, sondern auch kein einschlägiger Gender-Sachverständiger in der Enquete-Kommission repräsentiert sei. SPD und Linke beriefen sich in ihren Stellungnahmen darauf, immerhin bei den Partei-VertreterInnen in der Kommission auch Frauen benannt zu haben.

Tatsache ist jedoch, dass unter den Sachverständigen, also den thematisch einschlägigen Experten und Wissenschaftlern, Genderfragen völlig ausgeblendet bleiben. An der Literaturliste, die die Kommission auf ihrer Homepage veröffentlicht, ist dies deutlich ablesbar. Auch die beiden inzwischen ersatzweise nachnominierten Expertinnen, deren einschlägige wissenschaftliche Kompetenz in wirtschafts- und finanzpolitischen Themen außer Frage steht, sind keine Genderexpertinnen oder gar feministische Ökonominen. Niemand kann und sollte aufgrund biologischer Zuschreibungen von ihnen erwarten, dass sie aufgrund ihres Geschlechts die „Genderperspektive“ – was auch immer darunter, meistens recht vage, verstanden wird – vertreten.¹

Gleichzeitig haben zahlreiche feministische Wissenschaftlerinnen darauf verwiesen, dass über Wohlstand und Lebensqualität nicht adäquat debattiert werden kann, wenn dabei Geschlechterperspektiven in ihrer intersektionalen Verschränkung keinen Ausdruck und kein Gehör finden. Nachhaltiges Wirtschaften ist für feministische Ökonominen seit vielen Jahren zentrales Thema ihrer Forschungen, gesellschaftlicher Fortschritt ohne intersektional verstandene Geschlechtergerechtigkeit nicht denkbar. Die Kommission hat sich aufgrund der kritischen Stellungnahmen immerhin dazu entschlossen, zwei Anhörungen feministischer Wissenschaftlerinnen zu organisieren, zum einen die Stellungnahme von Jutta Allmendinger zum Thema „Wachstumsorientierung und Geschlechterverhältnis“ im September 2011, zum anderen die Anhörung von Martha Nussbaum zum Thema „Wachstum und globale Gerechtigkeit“ im Dezember 2011. Inwieweit diese Positionen in den angestrebten „ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator“ (Enquete-Kommission 2012) einfließen und ob ein solcher Indikator überhaupt erstrebenswert ist, bleibt zunächst eine offene Frage.

Das Thema, das in diesem Beitrag behandelt wird, ist die kritische Befragung der allgegenwärtigen Forderung nach Wachstum, wie sie auch die Trias „Wachstum, Wohl-

1 Zur Begriffsverwendung: Meine Unterscheidung zwischen GenderexpertInnen bzw. GenderforscherInnen und feministischen Ökonominen könnte Fragen aufwerfen, die ich vorab klären möchte. Unter GenderexpertInnen bzw. GenderforscherInnen verstehe ich WissenschaftlerInnen, die sich deskriptiv mit Fragen der Geschlechterordnung befassen. Entsprechend verwende ich in diesem Artikel die Begriffe Genderprämissen oder Genderrelevanz, um auf die geschlechtlichen Implikationen der hier vorgestellten ökonomischen Ansätze zu verweisen. Damit ist zunächst keine Bewertung impliziert. Ihrem Selbstverständnis nach sind nicht alle GenderforscherInnen auch FeministInnen. Eine feministische Perspektive enthält ein normatives und politisches Element, nämlich über die Feststellung der Tatsache vergeschlechtlichter Prozesse und Strukturen hinaus die Forderung nach deren Beendigung. Feministische Ökonominen sind der Verbesserung des ökonomischen und sozialen Status von Frauen und anderen durch den ökonomischen Main-/Malestream Marginalisierten verpflichtet. Im anglophonen Sprachraum ist „Feminist Economics“ eine eigenständige Forschungsrichtung mit eigenen Organisationsformen (IAFFE – International Association for Feminist Economics) und Publikationsorganen (z. B. die Zeitschrift *Feminist Economics*).

stand, Lebensqualität“ im Titel der Enquete-Kommission anführt. Wachstum gilt über ein breites politisches Spektrum hinweg als Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität. Mich interessiert jedoch die Debatte um Alternativen zu einer wirtschaftlichen Entwicklung, die grundsätzlich auf Wachstum ausgerichtet ist. Das Wachstumspostulat der kapitalistischen Ökonomie wird in diesen Ansätzen als problematisch gesehen, da Wohlstand und Lebensqualität in ihrem Selbstverständnis nicht ausschließlich waren- und konsum-, also wachstumsorientiert verstanden werden. Im Zentrum meiner Analyse stehen drei Zugänge, die sich in unterschiedlicher Reichweite und theoretischer Ausformulierung mit der Krise des neoliberalen Kapitalismus, wie er sich in den vergangenen dreißig Jahren global ausgebreitet hat, beschäftigen und auf diese Krise antworten. Sie sollen auf ihre Anschlussfähigkeit für feministisch-ökonomische Diskussionen geprüft werden. Diese Ansätze sind der sogenannte Green New Deal, die Überlegungen zu einer Postwachstumsgesellschaft sowie die verschiedenen Erfahrungen und Debatten zu einer Solidarischen Ökonomie.

Die Fragestellungen dieses Beitrags beziehen sich erstens auf die Ursachenanalyse der Krise, auf die das jeweilige alternative Konzept antwortet, zweitens auf dessen programmatische Ziele sowie drittens auf die konkreten Lösungsansätze, die dafür jeweils angeboten werden. Diese werden ins Verhältnis gesetzt zu den Debatten über Wohlstand und Lebensqualität, wie sie von feministischen Ökonominen und im weiteren Sinne von Feministinnen geführt werden, für die die Nachhaltigkeit der ökonomischen Organisation der Gesellschaft zentral mit der Geschlechterordnung verknüpft ist. Vor diesem Hintergrund werden die vorgestellten alternativen Konzepte aus feministischer Sicht auf ihre Leerstellen und ihre Anknüpfungspunkte für feministische Analysen geprüft.

1 Problemaufriss: Die Krise des Kapitalismus aus feministischer Perspektive

Ausgangspunkt einer feministischen Analyse der industriekapitalistischen Produktionsweise ist die Verschränkung der Krise der sozialen Reproduktion mit der Krise der gesellschaftlichen Umwelt- und Naturverhältnisse (vgl. Braidotti et al. 1994; Mellor 1997; Nebelung/Poferl/Schultz 2001; Biesecker/Hofmeister 2006; Floro 2012; Wichterich 2012). Dreh- und Angelpunkt der Kritik ist die gesellschaftliche Aneignung und Verwertung der Arbeitskraft von Frauen, als handele es sich dabei um eine unendlich und unentgeltlich zur Verfügung stehende Naturressource (ausführlich dazu Bauhardt 2012). Die Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft in der Care-Ökonomie sind die Grundlagen des Wachstums in der kapitalistischen Ökonomie: „The type of economic growth generally pursued worldwide has not only increased the stresses put upon the earth’s resource base but also on care labor capacity, which are wrongly perceived to be of infinite supply“ (Floro 2012: 15).

Unter der ökologischen Krise wird die Endlichkeit von natürlichen Ressourcen verstanden. Dies können Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas, Uran oder seltene Erden und

Bodenschätze sein. Diese Grundlagen der industriellen Produktion werden zwar entsprechend ihrer Knappheit als Waren gehandelt und bepreist, aber die schädlichen Wirkungen ihrer Nutzung auf Menschen und Umwelt bleiben bislang weitgehend kostenlos – jedenfalls, so muss präzisiert werden, kostenlos für eine auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Ökonomie, die die Folgen ihres Handelns auf Umwelt und Menschen abwälzt. Neben diesen stofflichen Ressourcen sind die natürlichen und unmittelbar lebenserhaltenden Ressourcen von zentraler Bedeutung. Ihre Verknappung bzw. globale Ungleichverteilung betrifft die Regenerationsfähigkeit menschlichen Lebens: Luft, Wasser und Nahrungsmittel sind grundsätzliche Voraussetzungen für vitale Stoffwechselprozesse. Die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) sind seit Beginn der Ökologiebewegung Thema der Umweltforschung.

Die feministische Umweltforschung thematisiert, inwiefern die ökologische Krise mit der Geschlechterordnung verknüpft ist und die Krise der sozialen Reproduktion verschärft. Als Krise der sozialen Reproduktion bezeichnen verschiedene Autorinnen die Unterversorgung von Menschen mit Zuwendung und Fürsorge, Aspekte, die vor allem zeitintensiv und den Rationalisierungsbestrebungen der kapitalistischen Produktionsweise nicht zugänglich sind – und dies aufgrund der Inhalte der reproduktiven Arbeit auch nicht sein sollten (vgl. Becker-Schmidt 2011; Jürgens 2010; Madörin 2006, 2010; Winker 2011). Es geht dabei um Überlastung und Überforderung derjenigen Menschen, die die Verantwortung für die soziale Reproduktion tragen, unter den gegebenen Verhältnissen der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung sind dies in der ganz großen Mehrheit Frauen. Sie tragen nicht nur die Verantwortung für die Versorgung von Menschen, die nicht selbst für sich sorgen können, sondern darüber hinaus sind es auch Frauen, auf die aus der ökologischen Krise entstehende Folgekosten abgewälzt werden. Die feministische Umweltforschung hat dafür den Begriff der „Feminisierung der Umweltverantwortung“ geprägt (Wichterich 1992; Schultz 1993).

2 Die drei Konzepte Green New Deal, Postwachstumsgesellschaft und Solidarische Ökonomie

Im Folgenden werden drei Ansätze vorgestellt, die ihrem Selbstverständnis entsprechend Alternativen zur kapitalistischen Wachstumsökonomie anbieten. Für meine Analyse stütze ich mich auf eine heterogene Ausgangsbasis und damit verbunden auf eine unterschiedlich entwickelte Literaturlage. Mein Erkenntnisinteresse dabei ist, ob diese Zugänge geschlechtertheoretisch reflektiert und inwiefern die unterschiedlichen Ansätze für feministische Debatten anschlussfähig sind.

2.1 Krisenanalyse

Der *Green New Deal* wird maßgeblich von den Grünen auf europäischer Ebene vertreten. Auch der Think Tank der deutschen Grünen, die Heinrich-Böll-Stiftung, bezieht sich

positiv auf diesen Ansatz (Heinrich-Böll-Stiftung 2009). Konzeptionelle Überlegungen dazu wurden von der seit 2007 in Großbritannien aktiven Green New Deal Group unter dem Titel „A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices“ veröffentlicht (Green New Deal Group 2008)². Mitglieder dieser Gruppe sind unter anderem der für Wirtschaft verantwortliche Herausgeber des *Guardian*, ehemalige Führungspersönlichkeiten von Greenpeace und Friends of the Earth sowie eine britische Europaabgeordnete der Grünen Partei.

In dem genannten Positionspapier wird eine dreifache Krise beschrieben, die sich aus der Überlappung von Finanzkrise, Klimawandel und dem absehbaren Ende der Erdölreserven und den daraus abgeleiteten Preissteigerungen für Energie ergibt. Die Deregulierung des globalen Finanzmarktes hat danach zu einem fast grenzenlosen Kreditboom geführt, der nicht-nachhaltige Konsumweisen und die Bankenkrise nach sich gezogen habe. Die vom Klimawandel zeugenden extremen Wetterphänomene wie zunehmende Dürren und Überschwemmungskatastrophen verweisen auf die sich zuspitzende ökologische Krise. Das globale Ölfördermaximum („peak oil“) steht seit der sogenannten ersten Ölkrise 1973 immer wieder neu zur Debatte.

Zur Lösung der dreifachen Krise verweist die Green New Deal Group auf den namensgebenden Ansatz der 1930er Jahre in den USA und leitet daraus zwei zentrale Forderungen ab, die Reform des Finanz- und Steuersektors einerseits und diejenige des Energiesektors andererseits:

„Drawing our inspiration from Franklin D. Roosevelt’s courageous programme launched in the wake of the Great Crash of 1929, we believe that a positive course of action can pull the world back from economic and environmental meltdown. The Green New Deal that we are proposing consists of two main strands. First, it outlines a structural transformation of the regulation of national and international financial systems, and major changes to taxation systems. And, second, it calls for a sustained programme to invest in and deploy energy conservation and renewable energies, coupled with effective demand management“ (Green New Deal Group 2008).

Der Ansatz der *Postwachstumsgesellschaft* speist sich aus diversen Beiträgen, die sich mit der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, nicht allein des Erdöls, befassen und die Wachstumsorientierung der Marktwirtschaft kritisch sehen (z. B. Binswanger 2006, 2009; Miegel 2010; Gasche/Guggenbühl 2010). Im deutschsprachigen Raum ist dabei die von Irmi Seidl und Angelika Zahrnt herausgegebene Publikation „Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft“ (Seidl/Zahrnt 2010a)³ eine zentrale Referenz, im englischen Kontext das Buch „Prosperity without growth“ (Jackson 2009), im Französischen hat sich der Begriff der „Décroissance“ durchgesetzt (Latouche 2006; Ariès 2009; Duverger 2011). Dieser Ansatz stützt sich unter anderem auf Ergebnisse der sogenannten Glücksforschung, die infrage stellt, dass immer mehr materieller Wohlstand Menschen auch immer mehr Zufriedenheit verschafft. Hier wird im Gegenteil die These vertreten, dass ökonomisches Wachstum nicht zu mehr Wohlstand für alle Menschen einer Gesellschaft führt, sondern zu mehr sozialer Ungleichheit und damit zur Zunahme

2 Siehe dazu auch die Internetseite www.greennewdealgroup.org.

3 Siehe dazu auch die Internetseite www.postwachstum.de.

von individueller Unzufriedenheit, seelischen Störungen, Gesundheitsproblemen, sozialen Spannungen und struktureller Gewalt (vgl. Wilkinson/Pickett 2009).

In unterschiedlich scharfer Akzentuierung wird in der wachstumskritischen Debatte das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem enormen Verbrauch an natürlichen Ressourcen und dem Ausstoß an Emissionen als Verursacher der ökologischen Krise kritisiert, die ebenso negative soziale Effekte impliziert. Bei Seidl und Zahrnt heißt es zugespitzt: „Wirtschaftswachstum verursacht ökologische Probleme und verhindert ihre Lösung“ (Seidl/Zahrnt 2010b: 30). Bei Ariès liest sich das so:

„L'effondrement environnemental est la conséquence de l'effondrement symbolique et institutionnel de la société. C'est parce que l'humanité a perdu sa boussole qu'elle n'est plus capable de se donner d'autres limites que celles que la nature lui oppose. Nous devons donc être conscients qu'il ne suffira pas de se concentrer sur les conséquences dramatiques du changement de climat et du niveau des pollutions, si nous n'entreprenons pas, en même temps, de retrouver le sens des limites“ (Ariès 2009: 41)⁴.

Die Perspektive einer *Solidarischen Ökonomie* speist verschiedene Projekte und Initiativen, die vor allem an der gelebten Praxis alternativer Lebens- und Wirtschaftsweisen ansetzen. Dazu zählen Haus- und Gartenprojekte, Tauschringe, Kooperativen, Betriebe in Selbstverwaltung oder auch Ökodörfer. Entsprechend dem praxisorientierten Selbstverständnis sind theoretische Analysen bislang noch rar und konzentrieren sich auf die Erfahrungen von konkreten Umsetzungsprojekten (Scholze-Irrlitz 2006; Hopkins 2008, 2011; Kolling 2008; Müller 2011; vgl. auch Habermann 2009). Auch Gisela Notz stellt fest, dass es „für die Solidarische Ökonomie weder ein annähernd einheitliches theoretisches Konzept noch eine eindeutige Definition, nicht einmal einen vereinigenden Begriff“ gebe (Notz 2011: 117). Es besteht jedoch eine rege Vernetzung zwischen den AktivistInnen, wie die Kongresse zur Solidarischen Ökonomie 2006 in Berlin, 2009 in Wien und 2012 in Kassel zeigen.⁵

In ihrem „Wegweiser Solidarische Ökonomie“ benennt Elisabeth Voß vom NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation⁶ als Krisenursache, auf die der Ansatz der Solidarischen Ökonomie antwortet, den Kapitalismus und dessen Grundprinzipien: „Während kapitalistische Wirtschaftssysteme auf quasi-religiösen Grundannahmen wie Konkurrenz, Gewinnmaximierung und exponentiellem Wachstum mit zentralistischer Hightech-Orientierung basieren, geht es in Solidarischen Ökonomien um die Menschen und ihre Bedürfnisse“ (Voß 2010: 14f.; vgl. auch Felber 2010; Akademie Solidarische Ökonomie 2012).

4 „Der ökologische Zusammenbruch ist die Folge des symbolischen und institutionellen Zusammenbruchs der Gesellschaft. Weil die Menschheit ihren Kompass verloren hat, ist sie nicht mehr dazu fähig, sich andere Grenzen zu setzen als diejenigen, die die Natur ihr aufzwingt. Wir müssen also ein Bewusstsein dafür schaffen, dass es nicht reicht, sich auf die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels und der Umweltverschmutzung zu konzentrieren, wenn wir nicht auch gleichzeitig darangehen, den Sinn von Grenzen wiederzufinden“ (Übers. der Verf.).

5 Siehe dazu auch die Internetseite www.akademie-solidarische-oekonomie.de/cms_neu/index.php.

6 Vgl. Internetseite www.netz-bund.de.

2.2 Programmatische Ziele

Der *Green New Deal* hat ein weitreichendes Ziel vor Augen, nämlich die „ökologische und soziale Transformation unserer Wirtschaft“ (Giegold/Mack 2012: 40). Diese Transformation gründet sich auf die angestrebte Vollversorgung mit erneuerbaren Energien durch den Ausbau von Wind-, Wasser- und Solarkraftwerken und durch die Nutzung von Geothermie und Biomasse sowie eine veränderte Verkehrspolitik. Beides, Energieproduktion und motorisierter Verkehr, sind unter aktuellen Bedingungen massiv vom Import fossiler Energieträger abhängig. Deshalb spricht die Green New Deal Group auch von einer „energy-and-transport revolution“ (Green New Deal Group 2008: 3).

Die *Postwachstumsgesellschaft* wird vom ökonomischen Wachstum unabhängig sein: „Wirtschaftswachstum ist kein Imperativ und Selbstzweck und nicht weiter dominierendes Paradigma von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ (Seidl/Zahrnt 2010b: 34). In der französischsprachigen Debatte wird von den TrägerInnen der Bewegung als den „objecteurs de croissance“ gesprochen, den Wachstumsverweigerern⁷. Postwachstum wird dadurch erreicht, dass alle Politiken, die Wirtschaftswachstum herbeiführen sollen, eingestellt und alle wachstumsabhängigen und wachstumstreibenden Sektoren und Institutionen so umorganisiert werden, dass sie vom Wachstum unabhängig sind. Durch den Wachstumsstopp wird auch der Verbrauch von natürlichen Ressourcen gestoppt (Seidl/Zahrnt 2010b: 34).

Die Idee einer *Solidarischen Ökonomie* gründet sich auf die Überzeugung, dass die Ökonomie den Menschen dienen soll und nicht die Menschen der Ökonomie. Solidarische Ökonomie basiert „auf Leitbildern einer Welt, in der ausnahmslos alle Menschen allein aufgrund ihres Menschseins das Recht und die Möglichkeit haben, auf eine menschenwürdige Art Zugang zu all dem zu haben, was sie physisch, psychisch und geistig benötigen, um ein gutes Leben in selbstgewählten sozialen Zusammenhängen führen zu können“ (Voß 2010: 14). Diese ebenfalls sehr weitreichende Zielvorstellung stellt die sozialen Aspekte des Wirtschaftens stärker als die ökologischen heraus, geht aber gleichzeitig davon aus, dass diese Lebensformen ressourcenschonender sind als die kapitalistische Produktionsweise.

2.3 Konkrete Lösungsansätze

Interessant ist nun zu sehen, wie die verschiedenen Ansätze ihre programmatischen Ziele in konkrete Maßnahmen umsetzen und welche Problemstellungen dabei thematisiert bzw. ausgeblendet werden.

Der *Green New Deal* geht von einer ökonomischen Restrukturierung aus, bei der ökologische Notwendigkeiten und gesellschaftliche Anforderungen miteinander vereint werden sollen. Um diese Transformation zu erreichen, werden drei Säulen als notwendig erachtet: die Neuregulierung der Finanzmärkte, Investitionen in Klimaschutz, in

7 Es handelt sich bei dem Begriff um eine explizite Anspielung auf den Begriff für Kriegsdienstverweigerer, „objecteurs de conscience“, wörtlich übersetzt: Verweigerer aus Gewissensgründen.

Bildung und Gerechtigkeit sowie die Erneuerung des sozialen Ausgleichs zwischen Arm und Reich (Giegold/Mack 2012). Die Finanzmärkte müssen entsprechend dahingehend reguliert werden, dass Finanzmarktspekulationen eingedämmt werden und sich die Banken auf ihre Kernaufgabe, die Finanzierung einer „nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung“ (Giegold/Mack 2012: 40), konzentrieren. Der Umbau des Energie- und Verkehrssektors sowie die Investitionen in Klimaschutz sind das Herzstück des Umbaus des Produktionssektors. Hier setzt die Arbeits- und Beschäftigungspolitik des Green New Deal an: Durch die Umorientierung der traditionellen kohlenstoffbasierten Produktion hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien entstehen zahlreiche neue, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in umweltverträglichen Zukunftsbranchen. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie ökologische Steuerreformen sollen Investitionen in Bildung und Gesundheit ermöglichen, um sich dem sozialen und ökonomischen Ausgleich zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen anzunähern und die Verteuerung von Primärrohstoffen für einkommensschwächere Haushalte abzufedern: „Sozial schwächere Bevölkerungsgruppen dürfen nicht zu Verlierern des ökologischen Wandels werden“ (Giegold/Mack 2012: 42).

Aus der Sicht der VerfechterInnen einer *Postwachstumsgesellschaft* sind die Finanzmarktregulierung sowie eine Reform des Steuersystems ebenfalls unerlässlich, allerdings stehen andere Felder staatlichen Handelns im Vordergrund der Überlegungen. Dazu zählen vor allem die Alterssicherung (Höpflinger 2010), das Gesundheitswesen (Studer 2010) und die Bildung (Ax 2010). In allen drei Bereichen wird ein grundsätzlicher Umbau der Sicherungssysteme hin zu mehr Eigentätigkeit und Verantwortungsübernahme für sich selbst und für andere angestrebt. Als ausgabenintensive Sektoren sind diese bislang stark auf das ökonomische Wachstum und das Steueraufkommen bzw. die einkommensabhängigen Versicherungsbeiträge angewiesen und verlangen bei einer Abkopplung vom Wachstum nach anderen Organisations- und Finanzierungsformen. Gleichzeitig werden in diesen Handlungsfeldern auch die größten Perspektiven für sinnvolle Tätigkeiten und Beschäftigungschancen gesehen. Die zentrale Stellschraube für eine an den ökologischen Grenzen orientierte Wirtschaft stellt jedoch der Konsum, „der Kern des Wachstumsmotors“ (Röpke 2010), dar. Die französische *Décroissance*-bewegung, die der deutschsprachigen Debatte um Postwachstum in diesem Punkt sehr nahe ist, setzt hier schwerpunktmäßig an: Der Konsum als wachstumstreibende Kraft bestimmt einerseits darüber, welche Güter produziert werden, und treibt andererseits die Forderung nach höheren Einkommen voran, die dann wiederum größere Güternachfrage induzieren. Bewussteres Konsumieren statt permanent steigender Nachfrage nach überflüssigen Produkten, so die These, führt zu größerer Lebensqualität auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Für die *Solidarische Ökonomie* steht die Befriedigung konkreter menschlicher Bedürfnisse im Zentrum dessen, was das Wirtschaftssystem leisten soll: „Es geht also um den Nutzen, nicht um den Gewinn“ (Voß 2010: 16). Die Projekte und Initiativen, die sich um das Prinzip solidarischen Wirtschaftens bemühen, sind nicht abgekoppelt von den Märkten. Dennoch geht es ihnen nicht um Kapitalakkumulation durch Gewinnma-

ximierung, sondern um den Nutzen für die Beteiligten. Die Arbeitskraft wird nicht als auf dem Arbeitsmarkt gehandelte Ware aufgefasst, die durch das Kapital fremdbestimmt und ausgebeutet wird, sondern als „lebendige menschliche Arbeit [...]“. Die Menschen arbeiten nicht für den Profit anderer, sondern für sich selbst“ (Voß 2010: 18). Entsprechend sind Herstellung und Verteilung von Gütern und Leistungen lokal und kleinmaßstäblich orientiert. Die lokale Verortung gilt auch als Prinzip globaler Vernetzungen, lokalen Projekten werden größere Chancen als dem Weltmarkt oder der sogenannten Entwicklungshilfe eingeräumt, die Bedürfnisse von Menschen an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen kulturellen und sozialen Kontexten zu befriedigen. Neben der Forderung nach voller Entfaltung des menschlichen Arbeitsvermögens steht der Anspruch auf demokratische und emanzipatorische Organisationsformen der Ökonomie. Dazu zählt auch die Frage nach der Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über Eigentum, wobei hier der Debatte zu Gemeingütern (commons) und deren Nutzung und Verwaltung jenseits von Staat und Privateigentum eine große Bedeutung zukommt.

Bevor ich im nächsten Abschnitt die drei Ansätze auf ihre blinden Flecken und mögliche Anschlussstellen aus der Sicht feministischer Ökonomiekritik hin untersuche, möchte ich darauf hinweisen, dass diese Ansätze nicht ganz so trennscharf nebeneinander stehen, wie ich es für die Analyse hier pointiert dargestellt habe. Es gibt zwischen ihnen durchaus Überschneidungsbereiche. Allen drei Ansätzen ist ihre Orientierung an den ökologischen Grenzen gemeinsam, die eine Veränderung wirtschaftlichen Handelns erfordern bzw. erzwingen. Nicht nur für den Green New Deal, auch im Konzept der Postwachstumsgesellschaft geht es um eine möglichst ressourceneffiziente wirtschaftliche Entwicklung. Die Debatte um die Gemeingüter ist sowohl für die Solidarische Ökonomie wie für die Perspektive eines Postwachstums von zentraler Bedeutung.

Worauf es mir in dieser Darstellung ankommt, ist die grundsätzliche Ausrichtung der drei Strömungen. Der Green New Deal repräsentiert weitgehend die Green Economy, die ökonomischen Erfolg vom ökologischen Umbau industrieller Produktionsbedingungen abhängig macht. Soziale Benachteiligungen sollen dabei mittels einer gerechteren Steuer- und Finanzpolitik abgefedert werden. Postwachstum und Décroissance stellen grundsätzlich die Frage nach dem Zusammenhang von materiellem Wohlstand und individuellem sowie gesellschaftlichem Wohlergehen. In diesem Ansatz geht es darum, Formen gesellschaftlicher und ökonomischer Organisation zu finden, die Wohlstand und Lebensqualität neu interpretieren und vom Wachstumszwang abkoppeln. Die Projekte und Initiativen, die sich dem Ansatz einer Solidarischen Ökonomie verpflichtet fühlen, widmen sich der Umsetzung der Forderungen nach Selbstbestimmung, Kooperation und Bedürfnisbefriedigung im Hier und Jetzt. Von allen drei vorgestellten Ansätzen ist die Solidarische Ökonomie am Weitesten entfernt von der kapitalistischen Produktionsweise, aber am nächsten dran an der Umsetzung konkreter Utopien.

3 Feministisch-ökonomische Perspektiven auf die alternativen Konzepte

Zur Analyse und Bewertung der vorgenannten Ansätze greife ich auf zentrale Prämissen der feministischen Ökonomiekritik sowie der feministischen Umweltforschung zurück. Im Fokus steht dabei, wie bereits dargestellt, die unbezahlte Arbeit von Frauen in der sozialen Reproduktion, die wie eine natürliche Ressource als prinzipiell unendlich angesehen und unbezahlt gesellschaftlich angeeignet wird.

Folgende Grundannahmen der feministischen Ökonomiekritik lege ich meiner Analyse zugrunde:

- 1) Verantwortungsübernahme und Fürsorgearbeit sind zentrale Bestandteile der Ökonomie, auch wenn für diese Tätigkeiten im Rahmen privat gehaltener Haushalts- und Familienstrukturen kein Geld fließt.
- 2) Geschlechtergerechtigkeit ist an die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt geknüpft, solange gesellschaftliche Partizipation eng an Erwerb und Einkommen gekoppelt ist.
- 3) Erwerbschancen werden durch die Übernahme von Versorgungsarbeit eingeschränkt, also muss unbezahlte Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen gleich verteilt werden. Eine Verlagerung von Reproduktionsarbeit in die global care chain ist kritisch zu sehen.

Anhand dieser Kriterien befrage ich nachfolgend die vorgestellten Ansätze auf ihre geschlechterpolitischen Blind- bzw. Anschlussstellen. Grundsätzlich ist dabei festzuhalten, dass in keinem der Ansätze die Geschlechterordnung explizit thematisiert wird. Weder wird die Geschlechterhierarchie als in die kapitalistische Produktionsweise notwendig eingelassene ökonomische Struktur identifiziert noch gilt Geschlechtergerechtigkeit als Zielvorstellung eines Umbaus der Wachstumsökonomie. Dennoch sind Unterschiede im Detail festzustellen, die entweder implizit oder explizit auf die Geschlechterfrage rekurrieren.

So ist im Ansatz des Green New Deal überhaupt keine explizite Bezugnahme auf die Geschlechterverhältnisse zu finden. Die französische Décroissancedebatte ist ebenfalls völlig geschlechtsblind. Die deutsche Publikation „Postwachstumsgesellschaft“ wurde von zwei Wissenschaftlerinnen herausgegeben, die sich vorher in unterschiedlicher Intensität mit der Geschlechterfrage befasst haben⁸. Dennoch finden sich in den Texten – mit einer Ausnahme – auch hier nur zaghafte Hinweise auf Haus- und Care-Arbeit, meistens in Kombination mit ehrenamtlichen Tätigkeiten. Die Ausnahme stellt der Beitrag von Claudia von Braunmühl in dem Band dar (von Braunmühl 2010), die

⁸ Irmi Seidl ist Mitglied des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften und Mitherausgeberin des Sonderheftes 6/1994 der Zeitschrift Politische Ökologie: Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit. Angelika Zahrtnt war 17 Jahre lang stellvertretende Vorsitzende bzw. Vorsitzende des BUND und verweist in ihrer Vita auf ihr Engagement in der Frauenbewegung.

zumindest „die geschlechterpolitische Organisation der Arbeit in Privathaushalten und in der Wirtschaft insgesamt“ benennt (von Braunmühl 2010: 194). In ihrem exemplarischen Überblick über konkrete Projekte der Solidarischen Ökonomie zählt Elisabeth Voß immerhin einige Frauenbetriebe und -projekte auf und verweist auf deren Geschichte und Verankerung in der Zweiten Frauenbewegung (vgl. Voß 2010: 38ff.). Eine systematische Berücksichtigung von feministisch-ökonomischen Forderungen und Ansätzen findet aber auch hier nicht statt.

Wie sieht es nun im Detail aus, wenn man die impliziten geschlechterpolitischen Voraussetzungen und Konsequenzen der jeweils vorgeschlagenen Lösungsansätze untersucht? Das soll im Folgenden geschehen, indem die Kernaussagen zu ökonomischen Perspektiven analysiert werden.

Der *Green New Deal* fordert aufgrund der krisenhaften Entwicklung des Finanz- und Bankensektors die Beendigung von Finanzmarktspekulationen und die Finanzierung nachhaltiger und ressourcenschonender wirtschaftlicher Entwicklung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Industriepolitik im Bereich grüner Technologien im Energie- und Bausektor. Staat und Industrie sollen hier ihre Investitionen im Feld von Forschung und Entwicklung bündeln und den Arbeitsplatzausbau in diesen technologischen Sektoren forcieren.

Hier wird deutlich, dass Ökonomie als Industrieentwicklung verstanden wird; die oben angeführte „ökologische und soziale Transformation unserer Wirtschaft“ (Giegold/Mack 2012: 40) reduziert sich auf die Transformation von Technologieoptionen und Erwerbsarbeitsplätzen. Nicht allein, dass Geschlechterverhältnisse in diesem Ansatz kein Thema sind und Geschlechtergerechtigkeit nicht als Ziel einer solchen ökonomischen Restrukturierung angesehen wird – es ist davon auszugehen, dass sich unter den gegebenen Bedingungen eines geschlechtlich horizontal und vertikal segregierten Arbeitsmarktes auch die Geschlechterhierarchie verfestigt: Der *Green New Deal* konzentriert sich ausschließlich auf die Förderung traditionell männerdominierter Arbeitsplätze der Energiewirtschaft und der Bauindustrie (vgl. auch Kuhl 2012) und ist damit implizit durchaus gegendert, ohne dies jedoch zu reflektieren. Die Care-Ökonomie als relevanter ökonomischer Sektor kommt in diesem Ansatz überhaupt nicht vor, weder in ihrer Relevanz für gesellschaftliche Wohlfahrt noch in ihrer Bedeutung für die Geschlechterordnung. Unbezahlte Frauenarbeit in der sozialen Reproduktion wird damit stillschweigend als unendlich verfügbar vorausgesetzt. Auch das stellt eine folgenreiche implizite Geschlechterblindheit dar. Nachhaltigkeit wird weitgehend auf Ökologie und natürliche Ressourcen reduziert, soziale und Verteilungsaspekte werden vage als „Erneuerung des sozialen Ausgleichs zwischen Arm und Reich“ angesprochen (Giegold/Mack 2012: 41). Die Verknüpfung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen mit den Geschlechterverhältnissen bleibt in diesem Ansatz völlig ausgeblendet.

Auch der Ansatz der *Postwachstumsgesellschaft* kennt so gut wie keine systematische Integration von feministisch-ökonomischen Ansätzen. Einzelne Autorinnen verweisen zwar auf einen umfassenden Arbeitsbegriff, aber was dies in der Konsequenz für eine Postwachstumsgesellschaft bedeutet, wird nicht weiter ausgeführt. Bei genauerem Hin-

sehen wird deutlich, dass in diesem Ansatz die Geschlechterordnung implizit eine bedeutende Stellung einnimmt, denn er fokussiert auf zentrale Sektoren der Care-Ökonomie – allerdings ohne die damit verbundenen geschlechtlichen Zuweisungen zu reflektieren.

Dazu ist festzuhalten, dass die wichtigsten Branchen des Arbeitsmarktes in dieser Perspektive im öffentlichen Dienstleistungssektor gesehen werden: in der Altersversorgung, in der Gesundheitsvorsorge und im Bildungsbereich. Damit kommen schwerpunktmäßig Frauenarbeitsplätze in der bezahlten sozialen Reproduktion in den Blick. Unter günstigen Bedingungen kann dies zu einer Aufwertung von Frauenarbeit führen, denn so könnte sich ein Bewusstsein für die gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung von Verantwortungs- und Fürsorgearbeit entwickeln. Unter unreflektierten Bedingungen und in der Weise, wie sich die Debatte derzeit noch darstellt, kann dies aber auch gegenteilige Effekte zeitigen: Viele der vorgeschlagenen Lösungsansätze implizieren eine tiefgreifende Veränderung geschlechtlicher Arbeitsteilung und vergeschlechtlichter Arbeitsprozesse, ohne dass dies auf die konkreten Gendergehalte hin überprüft würde. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Forderung nach mehr Eigenverantwortung für Alter, Gesundheit und Bildung zu vermehrter unbezahlter Frauenarbeit in der sogenannten privaten Sphäre führt. Dies bleibt jedoch ähnlich unreflektiert wie die zentrale Forderung nach verändertem Konsumverhalten. Konsumententscheidungen werden nicht von geschlechtslosen privaten Haushalten, sondern ganz überwiegend von Frauen getroffen. Die zentrale Kritik am Konsum als Wachstumsmotor vernachlässigt die Tatsache, dass Konsumententscheidungen, aber auch Konsumzwänge vergeschlechtlicht sind (vgl. Weller 2004). Es wäre wichtig, diese impliziten genderrelevanten Voraussetzungen zu thematisieren, um negative Effekte auf die Geschlechterordnung, aber auch positive Entwicklungsmöglichkeiten im Hinblick auf mehr Geschlechtergerechtigkeit im Ansatz der Postwachstumsgesellschaft zu erarbeiten.

In der Darstellung von Voß zur *Solidarischen Ökonomie* sind zwar Frauenprojekte als besondere Form von alternativen Projekten aufgenommen, es fehlt aber auch hier der Bezug zur feministisch-ökonomischen Debatte. Allerdings ist der zugrunde liegende Arbeitsbegriff, nämlich „lebendige menschliche Arbeit“ (Voß 2010: 18), ein durchaus feministischer (auch wenn er im zitierten Text eher als Referenz auf Marx zu lesen ist). Dennoch ist die Care-Ökonomie kein eigenständiges Thema, weder im Hinblick auf ihre Bedeutung für den dem Ansatz zugrunde liegenden Gedanken der Solidarität im Wirtschaftsprozess noch hinsichtlich ihrer Genderrelevanz.

Hierzu müsste kritisch untersucht werden, inwiefern die Ausrichtung am Lebensnotwendigen und am Nutzen für die Beteiligten (s. o.) vergeschlechtlichte Arbeits- und Konsumweisen transformiert oder aber auf Dauer stellt. Ein Arbeitsbegriff – auch wenn er umfassend angelegt und nicht auf Erwerbsarbeit beschränkt ist –, der nicht auch gleichzeitig seine geschlechtlichen Implikationen reflektiert, reicht für eine andere als am kapitalistischen Gewinnstreben orientierte Konzeption von Wirtschaften nicht aus. Die Prämisse einer Solidarischen Ökonomie lebt von der starken Motivation der Beteiligten, sich mit ihrer ganzen Person in den Prozess von Arbeiten und Leben einzubringen. Es muss hier genau darauf geachtet werden, dass sich die existenziellen Abhängigkeiten und

Verantwortlichkeiten, die dadurch kurz- und langfristig entstehen, gleichermaßen auf die Geschlechter verteilen. Hinsichtlich der umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft geht es nicht allein um die Befragung von Entscheidungsprozessen innerhalb der betrieblichen Hierarchie, sondern ebenso um die Machtverteilung entlang der Geschlechterlinie: Auch selbstverwaltete Betriebe sind nicht automatisch ein Hort der Geschlechtergleichheit. Dadurch, dass die Fürsorgearbeit nicht getrennt von der Erwerbsarbeit verhandelt, sondern Arbeit in einem umfassenden Sinne verstanden wird, wird auch die prinzipielle Zuständigkeit von Frauen für Versorgung und Fürsorge im Ansatz der Solidarischen Ökonomie nicht explizit thematisiert. Entsprechend bleibt auch eine Reflexion der Verteilung unbezahlter Hausarbeit aus. Die ethniserte Unterschichtung des Care-Sektors, zum Beispiel die Auslagerung von Haus- und Putzarbeit an migrantische Haushaltsarbeiterinnen in Wohngemeinschaften und Alternativbetrieben, bleibt entsprechend unthematisiert.

4 Bewertung der wachstumskritischen Ansätze aus feministisch-ökonomischer Perspektive

Um es nochmals festzuhalten: Die hier untersuchten Ansätze gehen alle davon aus, dass die natürlichen Ressourcen nicht endlos zur Verfügung stehen und dass es großer ökonomischer und gesellschaftlicher Anstrengungen bedarf, um das bislang auf Vernutzung und Verschwendung der natürlichen Ressourcen beruhende Wachstumsparadigma und die damit einhergehende Umweltzerstörung durch eine andere Organisation des Wirtschaftens abzulösen. Die Wege, die dazu vorgeschlagen werden, unterscheiden sich je nach Krisenanalyse und programmatischen Zielen.

Der *Green New Deal* setzt an den realen Gegebenheiten des Industriekapitalismus an. Die grundsätzliche Funktionsweise kapitalistischer Produktion und Reproduktion wird dabei nicht infrage gestellt. Der Ansatz ist auch nicht als grundsätzlich wachstumskritisch einzuschätzen, vielmehr fordert er ein anderes Wachstum: „Eine neue Wachstumspolitik für die Eurozone kann ökonomisch wie ökologisch nur erfolgreich sein, wenn sie die Abhängigkeit von Importen endlicher Energieträger und Rohstoffe absolut und nachhaltig senkt“ (Giegold/Mack 2012: 5).

Das heißt aber nicht, dass der Ansatz nicht anschlussfähig wäre für feministische Interventionen. Ein gleichstellungspolitischer Zugang könnte hier fordern, dass die impliziten bzw. nicht thematisierten Genderprämissen des Ansatzes kritisch reflektiert werden. Die vollständige Ausblendung der Care-Ökonomie ist dabei wahrscheinlich die größte Herausforderung. Dass der Ansatz politisch auf verschiedenen Ebenen von den Grünen vertreten wird, sollte erwarten lassen, dass gleichstellungspolitische Forderungen nach Modernisierung von ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen hier AdressatInnen finden. Das gilt ebenso für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Hier wäre zu erwarten, dass die Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt selbstverständlich mitgedacht wird, folgerichtig müsste dies die Integration von Frauen in technische Berufe im Energie-, Verkehrs- und Bausektor nach sich ziehen.

Die *Postwachstumsgesellschaft* stellt grundsätzlicher die Frage nach der Veränderung von Produktions- und Konsummustern. Marktwirtschaftliche Prinzipien werden dabei jedoch nicht infrage gestellt. Auch die Frage danach, ob eine Postwachstumsgesellschaft prinzipiell kapitalistisch organisiert sein wird, beantwortet Tim Jackson „in Anlehnung an Mr. Spock in *Raumschiff Enterprise* [...] : ‚Es ist Kapitalismus, Jim. Aber nicht so, wie wir ihn kennen‘“ (Jackson 2011: 201). Ein anderer Kapitalismus also, bei dem ökonomisches Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt und gesellschaftliche Wohlfahrt nicht mehr wachstumsabhängig ist.

Was bedeutet das für feministische Anschlussstellen? Die soziale Reproduktion im Bereich der bezahlten wie auch der unbezahlten Care-Arbeit ist für den Ansatz der Postwachstumsgesellschaft zentral. Wenn der Umbau der Wirtschaft vor allem auf eine Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten auf dem Sektor der personenbezogenen, öffentlich oder privat finanzierten Dienstleistungen abzielt, dann kann das eine Aufwertung von Frauenarbeitsplätzen bedeuten. Gesundheitsvorsorge, die Professionalisierung von Pflege und Betreuung alter und kranker Menschen, Bildung und Erziehung – all dies kann hochwertige und anspruchsvolle Arbeitsplätze für Frauen (und Männer) schaffen, sofern die Aufmerksamkeit sich darauf richtet, inwiefern und warum diese Tätigkeitsfelder vergeschlechtlicht sind. Gleiches gilt für die unbezahlte Arbeit im sogenannten Privaten. Darin ist auch der Konsum impliziert: Wer verrichtet die Mehrarbeit im Haushalt, die durch eine Veränderung des Konsumverhaltens entsteht? Geschlechtergerechtigkeit ist auch in einer Postwachstumsgesellschaft nur durch die Gleichverteilung von Erwerbs- und Versorgungsarbeit zu erreichen. Der feministische Zugang, der diese Forderungen sehr weitgehend vertritt, ist das Vorsorgende Wirtschaften (vgl. Busch-Lüty et al. 1994; Biesecker et al. 2000; Biesecker 2010; Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013) sowie das damit in engem Zusammenhang stehende Konzept der (Re)Produktivität (Biesecker/Hofmeister 2006, 2010). Unter (Re)Produktivität verstehen Biesecker und Hofmeister „ein qualitatives, an sozial-ökologischen Kriterien ausgerichtetes Produktivitätskonzept. Damit dehnt sich das Ökonomische aus – es umfasst jetzt eben auch die Versorgungsökonomie (Care) und die ökologischen Produktionsräume“ (Biesecker 2010: 7). Die Vision einer Postwachstumsgesellschaft müsste also die Erwerbs- und die Care-Ökonomie gleichwertig und gleichberechtigt berücksichtigen.

Die *Solidarische Ökonomie* wendet sich sehr weitgehend von tradierten ökonomischen Mustern ab und postuliert einen „Systemwandel“ (Akademie Solidarische Ökonomie 2012) und die Verabschiedung von der „Sackgasse Kapitalismus“ (vgl. Winkelmann 2012a). Die Kritik an der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsweise ist in diesem Ansatz im Verhältnis zu den anderen beiden Ansätzen am schärfsten ausgeprägt. Auch die Frage nach dem Eigentum wird hier thematisiert, insofern zum Beispiel „Privateigentum an Kapital nicht mehr zur leistungslosen Abschöpfung Anderer und zur Mehrung eigenen Eigentums genutzt werden“ kann (Winkelmann 2012b: 126).

Feministisch-ökonomische Überlegungen, die sich mit dieser Diskussion verknüpfen lassen, sind vor allem im Subsistenzansatz zu finden (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997; von Werlhof/Bennholdt-Thomsen/Faraclas 2003; Bennholdt-Thomsen 2010).

Diese Debatte, die Kapitalismuskritik mit einer pointierten Patriarchatskritik verbindet, bietet Anschlussstellen für eine erneute feministische Befragung von ökonomischer Ausbeutung und herrschaftlicher Aneignung der ReProduktivität⁹ von Natur und Frauen(arbeit). Der im Kontext des Ökofeminismus entwickelte Diskurs um Subsistenz wäre dabei zu erweitern um eine Kritik der als quasi-natürlich gesetzten zweigeschlechtlichen Reproduktionsweise und der damit verbundenen normativen Vorstellungen von gesellschaftlich-geschlechtlicher Arbeitsteilung.

Aktuelle Debatten um *Queer Ecologies* bieten einen Zugang an, der es erlaubt, strukturanalytische und poststrukturalistisch informierte Überlegungen zu einer radikalen feministischen Kritik der kapitalistischen Wachstumsökonomie weiterzuentwickeln. *Queer Ecologies* dekonstruieren die Natürlichkeit heterosexueller ReProduktivität und die damit implizit verbundene gesellschaftliche Verknüpfung des Frauenkörpers mit der normativen Zuständigkeit von Frauen für die soziale Reproduktion sowie die ideologische Überhöhung der Mutterschaft (vgl. Bauhardt 2011, 2012). Die nächsten Schritte bestehen nun in der Verknüpfung dieser theoretischen Debatten mit praktischer Kapitalismuskritik – eine spannende Herausforderung über die disziplinären Grenzen von Ökonomie, Geschlechterforschung und Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften hinweg.

Literaturverzeichnis

- Akademie Solidarische Ökonomie. (Hrsg.). (2012). *Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation*. München: oekom.
- Ariès, Paul. (2009). *La décroissance. Un nouveau projet politique*. Villeurbanne: Golias.
- Ax, Christine. (2010). Bildung fürs Leben. In Irmi Seidl & Angelika Zahrnt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 77–84). Marburg: Metropolis.
- Bauhardt, Christine. (2011). Gesellschaftliche Naturverhältnisse von der Materialität aus denken. Feministische Ökonomie, Queer Ecologies und das Konzept Ressourcenpolitik. *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 3(3), 89–103.
- Bauhardt, Christine. (2012). *Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Zugriff am 10. Mai 2013 unter www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Bauhardtfoekonomie/index.html.
- Becker-Schmidt, Regina. (2011). „Verwahrloste Fürsorge“ – ein Krisenherd gesellschaftlicher Reproduktion. Zivilisationskritische Anmerkungen zur ökonomischen, sozialstaatlichen und sozialkulturellen Vernachlässigung von Praxen im Feld „care work“. *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 3(3), 9–23.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika. (2010). *Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht*. München: oekom.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika & Mies, Maria. (1997). *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*. München: Frauenoffensive.

9 Ich bevorzuge die Schreibweise „ReProduktivität“, da die Klammer die Minderbewertung der Reproduktion im Begriff „(Re)Produktion“ nicht wirklich aufhebt; vgl. Bauhardt (2012).

- Biesecker, Adelheid. (2010). *Eine zukunftsfähige Ökonomie ist möglich – Vorsorgendes Wirtschaften*. Zugriff am 30. September 2012 unter www.postwachstumsoekonomie.org/html/biesecker_-_eine_zukunftsfahig.html.
- Biesecker, Adelheid & Hofmeister, Sabine. (2006). *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung*. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid & Hofmeister, Sabine. (2010). Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität. In Christine Bauhardt & Gülay Çağlar (Hrsg.), *Gender and Economics. Feministische Kritik der Politischen Ökonomie* (S. 51–80). Wiesbaden: VS Verlag.
- Biesecker, Adelheid; Mathes, Maite; Schön, Susanne & Scurrrell, Babette. (Hrsg.). (2000). *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Bielefeld: Kleine.
- Binswanger, Hans Christoph. (2006). *Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*. Marburg: Metropolis.
- Binswanger, Hans Christoph. (2009). *Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft*. Hamburg: Murmann.
- Braidotti, Rosi; Charkiewicz, Ewa; Häusler, Sabine & Wieringa, Saskia. (1994). *Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis*. London: Zed Books.
- Braunmühl, Claudia von. (2010). Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation. In Irmi Seidl & Angelika Zahrt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 189–197). Marburg: Metropolis.
- Busch-Lüter, Christiane; Jochimsen, Maren; Knobloch, Ulrike & Seidl, Irmi. (Hrsg.). (1994). *Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit*. (Politische Ökologie, Sonderheft 6). München: oekom.
- Duverger, Timothée. (2011). *La décroissance. Une idée pour demain. Une alternative au capitalisme. Synthèse des mouvements*. Paris: Sang de la Terre.
- Enquete-Kommission. (2012). *Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Zugriff am 15. September 2012 unter www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/index.jsp.
- Felber, Christian. (2010). *Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Wien: Deuticke.
- Floro, Maria S. (2012). The Crises of Environment and Social Reproduction: Understanding their Linkages. *Journal of Gender Studies*, (15), 13–31.
- Gasche, Urs P. & Guggenbühl, Hanspeter. (Hrsg.). (2010). *Schluss mit dem Wachstumswahn. Plädoyer für eine Umkehr*. Glarus, Chur: Rüegger.
- Giegold, Sven & Mack, Sebastian M. (2012). *Eurorettung nur mit Green New Deal. Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und nicht-erneuerbaren Rohstoffen mitverantwortlich für die ökonomische Instabilität vieler Euroländer*. Strategiepapier der Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament. Zugriff am 15. September 2012 unter www.sven-giegold.de/2012/neues-arbeitspapier-eurorettung-nur-mit-green-new-deal.
- Green New Deal Group. (2008). *A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices*. Zugriff am 15. September 2012 unter www.neweconomics.org/publications/green-new-deal.
- Habermann, Friederike. (2009). *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag*. Königstein: Helmer.
- Heinrich-Böll-Stiftung. (2009). Green New Deal. *Böll.Thema: Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung*, 5(1).
- Höpfinger, François. (2010). Alterssicherungssysteme: Doppelte Herausforderung von demografischer Alterung und Postwachstum. In Irmi Seidl & Angelika Zahrt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 53–63). Marburg: Metropolis.

- Hopkins, Rob. (2008). *The Transition Handbook. From oil dependency to local resilience*. Fox-hole, Dartington, Totnes, Devon: Green Books.
- Hopkins, Rob. (2011). *The Transition Companion. Making your community more resilient in uncertain times*. White River Junction: Chelsea Green Publ.
- Jackson, Tim. (2009). *Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet*. London: Earthscan.
- Jackson, Tim. (2011). *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. München: oekom.
- Jürgens, Kerstin. (2010). Deutschland in der Reproduktionskrise. *Leviathan*, 38(4), 559–587.
- Kolling, Heide. (2008). *Honig aus dem zweiten Stock. Berliner Hausprojekte erzählen*. Berlin: Assoziation A.
- Kuhl, Mara. (In Zusammenarbeit mit Maier, Friederike). (2012). *Geschlechteraspekte des Green New Deal – eine Analyse der Strategiepapiere der Grünen/EFA Green-New-Deal-Arbeitsgruppe*. Berlin: mimeo.
- Latouche, Serge. (2006). *Le pari de la décroissance*. Paris: Fayard.
- Madörin, Mascha. (2006). Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In Torsten Niechoj & Marco Tullney (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie* (S. 277–297). Marburg: Metropolis.
- Madörin, Mascha. (2010). Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In Christine Bauhardt & Gülay Çağlar (Hrsg.), *Gender and Economics. Feministische Kritik der Politischen Ökonomie* (S. 81–104). Wiesbaden: VS Verlag.
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich & Milling, Peter. (Hrsg.). (1972). *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: DVA.
- Mellor, Mary. (1997). *Feminism & Ecology*. New York: New York University Press.
- Miegel, Meinhard. (2010). *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin: Propyläen.
- Müller, Christa. (Hrsg.). (2011). *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: oekom.
- Nebeling, Andreas; Pöferl, Angelika & Schultz, Irmgard. (Hrsg.). (2001). *Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens. (Hrsg.). (2013). *Wege Vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg: Metropolis.
- Notz, Gisela. (2011). *Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt*. Stuttgart: Schmetterling.
- Röpke, Inge. (2010). Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors. In Irmi Seidl & Angelika Zahrnt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 103–115). Marburg: Metropolis.
- Scholze-Irrlitz, Leonore. (Hrsg.). (2006). *Aufbruch im Umbruch. Das Dorf Brodowin zwischen Ökologie und Ökonomie*. (Berliner Blätter 40, Sonderheft). Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT.
- Schultz, Irmgard. (Hrsg.). (1993). *GlobalHaushalt. Globalisierung von Stoffströmen – Feminisierung von Verantwortung*. Frankfurt/M.: IKO.
- Seidl, Irmi & Zahrnt, Angelika. (Hrsg.). (2010a). *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg: Metropolis.
- Seidl, Irmi & Zahrnt, Angelika. (2010b). *Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums*. In Irmi Seidl & Angelika Zahrnt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 23–36). Marburg: Metropolis.
- Studer, Hans-Peter. (2010). Gesundheitswesen als kosteneffizientes Solidarsystem mit Eigenverantwortung. In Irmi Seidl & Angelika Zahrnt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 65–75). Marburg: Metropolis.

- Voß, Elisabeth & NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. (Hrsg.). (2010). *Wegweiser Solidarische Ökonomie. ¡Anders wirtschaften ist möglich!* Neu-Ulm: AG SPAK.
- Weller, Ines. (2004). *Nachhaltigkeit und Gender: Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten*. München: oekom.
- Werlhof, Claudia von; Bennholdt-Thomsen, Veronika & Faraclas, Nicholas. (2003). *Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung*. Wien: Promedia.
- Wichterich, Christa. (1992). *Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Berichte, Analysen, Dokumente*. Köln: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Wichterich, Christa. (2012). *Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Wilkinson, Richard & Pickett, Kate. (2009). *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Hamburg: Tolkemitt bei Zweitausendeins. (Engl. Orig.: *The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Always Do Better*. London u. a.: Lane 2009).
- Winkelmann, Bernd. (2012a). Sackgasse „Kapitalismus“. In Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.), *Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation* (S. 15–40). München: oekom.
- Winkelmann, Bernd. (2012b). Eigentum in einer Solidarischen Ökonomie. In Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.), *Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation* (S. 112–126). München: oekom.
- Winker, Gabriele. (2011). Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. *Das Argument*, 53(3), 333–344.

Zur Person

Christine Bauhardt, Prof. Dr., HU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Globale Umweltpolitiken, Feministische Ökonomiekritik, Theorie und Politik räumlicher Planung (Stadt-, Umwelt-, Infrastrukturplanung), Ressourcenpolitik.

Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Philippstr. 13, 10115 Berlin

E-Mail: christine.bauhardt@gender.hu-berlin.de

For what it's worth: An examination of the persistent devaluation of "women's work" in capitalism and considerations for feminist politics

Zusammenfassung

„For what it's worth“. Eine Untersuchung zur anhaltenden Abwertung von „Frauenarbeit“ im Kapitalismus und Folgerungen für feministische Politik

Der Beitrag untersucht die Entwicklung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus und skizziert die Transformation von „Frauenarbeit“ von Fordismus zum Postfordismus und der gegenwärtigen Reproduktionskrise. Mit Rückgriff auf die Arbeit früher marxistischer Feministinnen, die die Produktivität von weiblicher Reproduktionsarbeit im Haushalt aufgezeigt haben, fragt er nach den Mechanismen, die zur anhaltenden Abwertung von Frauenarbeit und zur geschlechtlichen Arbeitsteilung beitragen, die dazu führt, dass Frauen weiterhin die Verantwortung für un- und unterbezahlte Pflege- und Reproduktionsarbeit übertragen wird. Die vorliegende Analyse kommt zu dem Schluss, dass der analytische Rahmen marxistischer Feministinnen, der die Beziehung zwischen Arbeit und Wert fokussiert, nicht als alleinige Erklärungsgrundlage für das Fortbestehen von geschlechtsspezifischer ökonomischer Ungleichheit herangezogen werden kann. Geschlecht muss auch als weiter gefasste soziale Institution über Arbeitsbeziehungen hinaus in den Blick genommen werden, in der Frauen als den Männern unterlegen definiert werden. Ansätze zur Aufwertung von Frauenarbeit sind nur dann erfolgsversprechend, wenn sie mit Bemühungen zur Emanzipation von Frauen verbunden werden.

Schlüsselwörter

Fürsorge, Feminismus, Reproduktionsarbeit, soziale Reproduktion, Verwertung

Summary

This article examines the gender division of labour as it has developed under capitalism, sketching the transformation of "women's work" from Fordism to post-Fordism and the pending crisis of social reproduction of the present. Drawing on the work of early Marxist feminists who revealed the productivity of women's reproductive labour in the home, it investigates the mechanisms that contribute to the persistence of the devaluation of women's work and the gender division of labour which continues to hold women responsible for unpaid and underpaid care and reproductive labour. This analysis leads to the conclusion that the analytical framework of the Marxist feminists, which focuses on the relation between labour and value, cannot fully account for the persistence of gender economic equality. Attention must also be given to the broader social institution of gender beyond labour relations, which defines women as inferior to men. Thus, efforts to valorize women's work will only succeed in combination with struggles to liberate women.

Keywords

care, feminism, reproductive labour, social reproduction, valorization

Introduction

In the 1970s and 80s, Marxist feminists provided invaluable insights into the relationship between capitalism and gender by revealing the productivity of the gender division of labour for capital (Von Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomsen 1983; Dalla Costa 1972; Fortunati 1981). The household work performed primarily by women, they showed, functioned to reproduce labour-power, the source of capitalist profit. The accumulation of capital necessary to perpetuate capitalism was thus shown to occur not only through the exploitation of the wage labourer, as Marx would have it, but also through the exploitation of the unpaid reproductive labourer. More recently, feminist scholars have built on this tradition to expose the ways in which neoliberalization has exacerbated inequalities related to the gender division of labour and resulted in a ‘crisis of social reproduction’ – a state in which the means for a society to regenerate itself are no longer available – both on a global (see Federici 2010; Wichterich 2011) and national (for Germany, see Becker-Schmidt 2011; Jürgens 2010; Winker 2011) scale. According to these scholars, the social and economic devaluation of reproductive labour, which is still performed primarily by women, is both the central cause of crisis and intimately linked to the social subordination of women. The question as to how reproductive labour can be valorized is, therefore, decisive for feminist struggles and of immediate general social relevance.

The point of departure of this article is that this question has up to now not been sufficiently theorized. On the one hand, studies of economic relations between genders have tended to leave uninvestigated gender as a social institution (see Martin 2004; Risman 2004) and the broader functioning of gender, its production and reproduction, in relation to labour and resource distribution. On the other hand, theories of the production and reproduction of gender, focused on images, practices and identities, and frequently informed by discursive analysis and theory, have rarely analyzed the role of material, economic relations in the social construction and lived reality of gender. Drawing on both bodies of work, this article approaches the question of valorizing reproductive labour by asking how the gender division of labour, as the hierarchy that devalues ‘women’s work’, functions and is reproduced. As demanded by the subject matter, a global perspective informs the analysis; the detailed focus, however, lies on social realities in Western Europe and, in particular, Germany.

The first part of the article, encompassing sections one to three, explores the contours of the social relations of production and reproduction from historical and theoretical perspectives. It identifies developments in specific characteristics of the gender division of labour and the reality of ‘women’s work’ through the transition from Fordism to post-Fordism and up to the current crisis, drawing on insights from the Marxist feminist tradition, post-operaist theory¹ that builds on this tradition and debates surrounding the

1 Post-operaism (or ‘post-workerism’) refers to the theoretical and political current that emerged in the 1990s in Italy and built on the tradition of *operaismo* (autonomist Marxism) that was developed in Italy in the 1960s and 70s. Post-operaist theory has made significant analytical contributions to understanding post-Fordist capitalism, not least through the introduction of new terms

crisis of social reproduction and care. The second part, comprising sections four and five, inquires further into the particular mechanisms by which labour performed by women is both socially and economically devalued. It investigates the perpetuation of the gender division of labour, concluding that both gendered labour forms and relations and the social institution of gender, simultaneously internal to and transcending labour relations, play a role in reproducing the gender division of labour. Gendered labour relations and the broader social institution of gender are intimately related, each contributing to the (re)production of the other in a mutually-enforcing relationship. Understanding this relationship is a critical step in approaching the valorization of women's work, yet the analytical frameworks offered by Marxist feminism and gender theory do not fully account for the gender division of labour in this sense. To this end, the article sketches an expanded theoretical framework for understanding the devaluation of women's work by drawing on Louis Althusser's theory of ideology in the reproduction of social relations under capitalism. The article concludes with a brief note on the perspectives this framework opens for feminist struggles to valorize reproductive labour and emancipate women from gender subordination.

1 Capitalism and the gender division of labour

The history of capitalism is defined by spreading commodification, a development in which use-oriented production is absorbed into market relations and transformed into the profit-driven production of commodities (Marx 1867/1976), and the subsumption of the labour process under capital, as the labour process itself is taken hold of and ultimately transformed by capital (Marx 1863/1994). It is, moreover, marked by the transition from a social organization in which subsistence, or the means of social reproduction, is socially produced within and by all members of a community to one in which subsistence is produced in family households (Bennholdt-Thomsen 1983b). Thus, the onset of capitalism can be described as a material, spatial and conceptual reorganization of social production and reproduction.

Feminist scholars have shown that the gender division of labour as we know it arose with industrial capitalism (Bock/Duden 1977; Bennholdt-Thomsen 1983b; Dalla Costa 1972). As the market became the 'paradigm of social relations' (Caffentzis 2002), labour was re-organized along a series of apparent dichotomies, including productive/non-productive, profitable/non-profitable, public/private, male/female and, with the combined effect of these divisions, relevant/irrelevant. Labour engaged in the production of commodities became commodified itself, a good to be bought and sold on the capitalist market. Performed primarily by men, this work came to be considered socially relevant. The market-oriented spaces in which this labour was performed, moreover, became social space, the public sphere. Labour engaged in social reproduction remained

such as immaterial labour, cognitive capitalism and affect. For an overview of these theoretical developments, see Mezzadra 2009.

subsistence-oriented, became socially devalued and was displaced from common spaces into the household (Bennholdt-Thomsen 1983a). In this new constellation, women came to be responsible in private households for housework – a concept unknown before the seventeenth century (Bock/Duden 1977).

With these transformations, the bourgeois family model, the concept of the heterosexual nuclear family, replaced other models of kinship. As capitalism developed, this model became increasingly important for production, with domestic labour emerging in the late nineteenth century as the ‘key engine for the reproduction of the industrial workforce’ (Federici 2010: 3). In the twentieth century, with the rise of the welfare state and growing strength of labour unions, the ‘male breadwinner’ family model, in which the adult man works for wages that provide financial support for the family while the adult woman provides the reproductive needs in the home, turned from cultural ideal into material reality.²

The new material, spatial and conceptual organization of society brought about due to capitalism designates to women a form of labour – reproductive labour – that is deemed less relevant and made socially invisible. Both women as economic subjects and women’s work are attributed little social value, and these two instances of non-valorization – that are inseparable and mutually constitutive of each another – work to perpetuate one another. Those performing socially less relevant work are socially irrelevant, and the work of socially less relevant subjects is devalued in society. Further, labour performed by gendered subjects becomes gendered labour, and people performing gendered labour become gendered economic subjects. The gender division of labour along the lines of the male breadwinner model that arose with capitalism left women devalued and invisible as economic subjects, while women’s work was non-valorized as well as socially atomized and unseen.

Early feminist analyses of capitalism did not merely uncover the form of structural gender inequality it brought about. Working against the naturalizing claim that housework was performed ‘out of love’, feminists fought to recognize the role of housework in upholding capitalism, unmasking the gender division of labour, gender hierarchies and the value-producing nature of unpaid women’s work. In their engagement with Marx’s analysis of capitalism they revealed a major analytical gap in his work. While Marx claimed that value was produced solely in the production of material commodities, feminists argued that the (immaterial) labour necessary to (re)produce the labour force constitutes a primary field of value production that serves capital accumulation (von Werlhof/Bennholdt-Thomsen/Mies 1983; Dalla Costa 1972; Fortunati 1981).

The feminist critique of Marx centres on a deconstruction of two dichotomies that are central to his analysis of capitalism, namely production/reproduction and material/immaterial. For Marx, ‘productive’ labour is the labour involved in commodity production (Marx 1867/1976). In brief, commodity production is characterized by a production relation in which a worker invests labour-time in the production of a material good, and that labour-time is of greater value than the wages the worker earns for the labour-time.

2 In prosperous post-war Germany, this model spread to the working class (see Jürgens 2010).

While the value of a non-commodified good is limited to its 'use-value', or its qualitative utility that is 'only realized in use or consumption' (Marx 1867/1976: 126), the surplus or unpaid labour-time invested in the production of a commodified good allows it to be sold on the market for an 'exchange value' greater than the cost of its production. This capacity to generate surplus value, or profit based on unpaid labour, is the defining element of capitalist productivity according to Marx.

Because Marx did not consider reproductive work to be involved in commodity production, he did not define it as productive labour.³ His concept of reproduction is limited to the claim that commodity production necessitates the reproduction of required material items, labour-power and the particular social relations of production that shape the way in which the good is produced. With respect to the reproduction of the labour-force, Marx claims that 'necessaries' must be consumed in order to reproduce the 'muscles, bones, nerves and brains of existing labourers', and that new labourers must be born (Marx 1867/1976: 717). The consumption necessary for reproduction, he argues, takes place on the basis of 'drives for self-preservation and propagation' (718).

This account of reproduction fails to account for the reproductive labour of women: 'Marx acts as if the wage-laborer were to stand alone in the world, and as if consuming a certain quantum of food per day would suffice for his survival, which he moreover appears to consume in the same raw form in which he purchases it' (von Werlhof/Bennholdt-Thomsen/Mies 1983: 84). Further, as Dalla Costa (1972) makes apparent, Marx neglected to recognize that this reproductive labour is productive according to his own terms. Reproductive labour is invested in the production and reproduction of labour-power, the commodity upon which all production rests. In assuming that the value of a commodity can be traced to the labour-time of the worker engaged directly in the production of material commodities, Marx overlooks the labour-time invested in the (re)production of that worker (Fortunati 1981). This analysis exposes the social surplus created by reproductive labour, 'the secret of all capitalist life' (Caffentzis 2002: 14).

The work of the Marxist feminists reveals how supposedly objective, analytical definitions of production and reproduction function as political and social mechanisms with material consequences that disadvantage women – and brings to the fore that such categories are, not least, outcomes of cultural negotiations. Departing from the early Marxist feminist critique, scholars and activists have made efforts to call attention to the productivity of reproductive labour. The recognition that unpaid women's labour served as the backbone for capitalist production provided the basis for 'wages for housework' campaigns during the 1970s in Western Europe and North America (see Federici 2011).

3 For extended considerations on Marx's exclusion of reproductive labour from his analysis of capitalism, see Federici (2004).

2 'Women's work' in neoliberalism: Precarity and autonomy, desire and necessity

The 'wages for housework' campaigns took place within the political context of the second-wave feminist movement.⁴ This movement articulated a critique of the male breadwinner model that both called attention to the value of women's work in the household and urged women to engage in paid labour outside of the household. Yet as women entered the workforce en masse, labour conditions themselves were changing. As especially post-operaist feminist scholars, including Federici (2011), have pointed out, the second-wave women's movement and mass entry of women into the workforce must be understood in the broader context of political economic transformation in the 1970s. This was marked, on the one hand, by a transition of capitalism from Fordist to post-Fordist production and accumulation forms and, on the other, by a transformation in the relationship between the state and the market from 'state-organized capitalism' (Fraser 2009) to neoliberalism. In the Fordist production of industrial capitalism, the factory and other industrial spaces were the central places of capital accumulation. Production centred around material goods and work was performed during fixed shifts. Long-term contracts between employees and employers on an individual level, and between labour unions and corporations or industry associations on a collective scale, were ensured through the corporatism of state-organized capitalism, a configuration of negotiations and contracts between business, labour and the state that provided for set, long-term labour relations.⁵ While collective bargaining made it possible for workers to secure 'breadwinner' wages, the post-war Keynesian social welfare state heavily regulated labour relations and workers and families were insured with public unemployment, disability, retirement and health insurance. Feminist critique revealed the gaps in this narrative, showing that the household was no less a site of production than the factory. Women's labour in the household produced material and immaterial goods, they claimed, that yielded surplus value and served capital accumulation, and this labour was not regulated, paid or considered to be work at all.

The 1970s marked the transition from Fordism to the post-Fordist regime of 'flexible accumulation... [which] rests on flexibility with respect to labour processes, labour markets, products and patterns of consumption' (Harvey 1989: 147). Intimately tied to this transition was the replacement of the doctrines of state-led capitalism in the 1960s and 1970s with neoliberal political ideology, which 'seeks to bring all human action into the domain of the market' (Harvey 2005: 3). As rates of profit in industrial economies fell from the late 1960s onwards, governments responded with policies of labour market liberalization, deregulation and privatization, triggering long-term trends of declining wages and the increasing flexibilization, individualization and precarization of the wage labour force. Alongside the slow death of the 'breadwinner wage' and the rise of the

4 The 'second women's movement' or *zweite Frauenbewegung* in Germany.

5 Different forms of regulation and welfare systems emerged across countries and these differences have led to variations in the gender division of labour that cannot be accounted for in detail in this article. For an analysis of different welfare systems in capitalism, see Esping-Andersen 1990.

'adult worker model', in which all adults are expected to work regardless of family situation, sustained attacks were initiated against the social welfare state. Over time, these resulted in massive cuts in healthcare and childcare provisions and unemployment, disability and retirement security.⁶ Simultaneously, capital created new spheres for accumulation. This occurred in capitalist industrial societies with the commodification of the production of immaterial goods (see Lazzarato 1996; Morini 2007), including information, communications, technology and care services, and in former colonies through neoimperialist schemes. In this context, structural adjustment programmes implemented through the International Monetary Fund (IMF), which effectively dismantled local economies, forced state social welfare systems in the global South to be slashed (Federici 2012). Similar logics could be witnessed as Western-led processes of privatization in former state-socialist countries similarly created a situation of declining wages coupled with the hollowing out of state welfare programmes. Thus, in diverse local particularities, women have taken up wage labour around the globe caught between a desire for autonomy on the one hand and economic necessity on the other.

According to Fraser, neoliberalism has twisted feminist demands, 'turn[ing] a sow's ear into a silk purse' (Fraser 2009: 110) in its manipulation of feminist struggle in order to serve capital by making the expansion of the labour force appear desirable. According to Federici, women 'entered the "workplace" at the time of a historic, worldwide attack on workers' wages and employment levels... Not surprisingly, the jobs awaiting them have been at the bottom of the work-scale, among the most monotonous, hazardous, least secure and lowest paid' (Federici 2012: 188). For Fraser, the mass entry of women into the labour market 'serves today to intensify capitalism's valorization of waged labour' (Fraser 2009: 111). On the other hand, precisely because capitalism valorizes waged labour, taking up employment has allowed women social recognition, increased financial independence and an undeniable increase in freedom – albeit within limits.

As Jürgens has claimed with reference to the German context, the erosion of the breadwinner model that has accompanied labour market liberalization and the increase in women's employment is 'despite all emancipatory avowals... in no way motivated by equal opportunity policies' (Jürgens 2010: 565). A brief overview of the gender stratification of labour in Germany points to the perpetuation of gender economic inequality. Seventy-one per cent of women in Germany were employed in 2011⁷ (Federal Statistical Office 2012). On average, they earned 23 per cent less per hour than their male counter-

6 It is important to note that post-Fordist forms of capitalist production and accumulation and neo-liberal political and social policies have resulted in a broad diversification of economic life forms: Post-Fordism did not replace Fordism in a one-to-one manner; rather, post-Fordism, itself characterized by a diversity of malleable forms, has become the paradigmatic mode of production alongside continuing relations that fit the Fordist prototype. Similarly, the 'adult worker' model has not fully replaced the male breadwinner model, but rather policies, opinions and practices informed by both prototypes shape contemporary society. This paradigm, which is certainly marked by identifiable logics yet is never without contradictory examples, is reflected in the incredible diversity of 'women's work' at present.

7 Women between the age of 20 and 74. For that same age group, 81 per cent of men in Germany were employed.

parts. Of these employed women, 45 per cent worked part-time, compared to 10 per cent of employed men. Of employed women with a child under the age of 18, only 18 per cent worked full-time.⁸ Women made up 77 per cent of the healthcare and social work sector and 69 per cent of the childcare and education sector – two sectors characterized by lower-than-average salaries. A comprehensive evaluation of the current contours of the gender division of labour in Germany would go beyond the scope of this article, yet the above statistics highlight two points that are important for understanding the devaluation of women's wage labour: First, sectors that involve care and reproductive work are both dominated by women and relatively underpaid. Second, the large number of women working only part-time points to the persistence of the male breadwinner model that holds women responsible for care and reproductive labour and highlights the fact that women responsible for care tasks must choose between their dependents and their own career prospects. That women often opt for the former is reflected in the fact that in 2011 women held only 30 per cent of managerial positions and a mere three per cent of seats on the executive boards of the 200 largest German companies (Holst/Busch/Kröger 2012).

Globally, women's employment not only subjects women to the generalization of precarity that characterizes neoliberal capitalism on official employment markets, it has driven women into the economic margins of gendered labour in the informal sector, including sex work and domestic labour, where extreme precarity is exacerbated by social isolation. In the worst cases, and not infrequently, it has driven women into the violent, criminal zones of the global sex and trafficking industries. Overall, women's employment lengthens women's working days, as they are still responsible for unpaid reproductive labour, and, in light of the immense gender wage gap, contributes to the feminization of poverty⁹ (Federici 2012).

The transition to neoliberalism was distinguished by new spheres of capital accumulation and a reconfiguration of the capitalist organization of time and space as described in the previous section. Workers became increasingly subject to irregular working hours and are required to be available during official non-working hours. Flexible working hours allow many women to work and at the same time remain responsible for reproductive labour. However, by squeezing wage-working hours into gaps in the day while children are at school, after children's bedtime or at the weekend when other working adults can pick up care responsibilities, the increased pressure to be available during non-working hours piles stress onto working mothers and forces them, for example, to respond to work emails while cooking dinner or to find childcare at a moment's notice.¹⁰ Further, replacing fixed employment relations with temporary contracts contributes to the generalization of precarity, which is characterized by a lack of security that becomes

8 This statistic refers to 2010. All others relate to 2011.

9 N. B.: not just in terms of income but of opportunities (a qualitative index).

10 Furthermore, under these conditions every child's sickness causes a minor crisis for a working mother, who has a last-minute scramble to find alternative childcare or a way to be absent from her own place of work without unbearable consequences. On account of a lack of better options women sometimes have to resort to taking children to work.

even more stressful when a steady income is needed to cover the needs of a household. Individualized and in competition with one another, post-Fordist workers must be continually and constantly engaged in self-optimization in order to ensure future employment, for example by taking continuing education classes, fostering relationships in professional networks and even taking up hobbies perceived as attractive by employers (see Bröckling 2007). For women with care responsibilities, this not only means that wage labour cuts into what would otherwise be leisure time, but also that tough choices have to be made between caring for dependents and advancing their own income prospects.

Not only the temporal and spatial distinctions between work and leisure time, workplace and home have become blurred: the 'separation between work and the worker' has been broken down and work has become 'part of *active life* rather than "just work"' (Morini 2007: 87 – italics in original). Operating according to the logic of performance optimization through self-control and self-responsibility, the contemporary labour process exploits the physical, psychic and mental energies of workers (see Becker-Schmidt 2011). While the generalization of precarity and the spread of performance logic under neoliberalism certainly affect all genders, these developments tend to have exponential consequences for women workers, who are more likely to work under flexible, insecure conditions and are required to maintain the physical and emotional capacities to take care of others.

Hardt and Negri refer to 'labour of the head and heart' to describe the 'forms of service work, affective labour, and cognitive labour' that characterize contemporary production (Hardt/Negri 2009: 133). If we consider not only the 'experience brought by women which stems from their historic function in the realm of reproduction and domestic work' (Morini 2007: 42), but also the social forces that perpetuate specific forms of female socialization related to women's continuing responsibility for care tasks, it becomes clear that these forms of production are especially exploitative of women's capacities, as women bear more responsibility than men for emotional tasks in the workplace. According to Hardt and Negri, women are held accountable for such work: 'In fact any woman who is not willing to do affective labor on call – smile appropriately, tend to hurt feelings, knit social relationships, and generally perform care and nurturing – is viewed as a kind of monster' (Hardt/Negri 2009: 134).

Acknowledging such demands in the 'productive' sphere calls into question those same dichotomies – material/immaterial, productive/reproductive, work/leisure, workplace/home – the early Marxist feminists deconstructed by analyzing reproductive labour. In the same way as feminist analysis in the 1970s revealed that 'material and immaterial labour are distributed along a continuum of interaction whose boundaries cannot easily be demarcated' (Alessandrini 2011: 13), so Hardt and Negri now claim that capitalist production 'emphasizes the increasingly blurred boundaries between labour and life, and between production and reproduction' (Hardt/Negri 2009: 134). They propose that labour is '*becoming biopolitical*' (Hardt/Negri 2009: 134 – italics in original), that the primary site of capital accumulation at present is in the production of life itself and that this form of production contains resistant and creative potential. The

subversive nature of biopolitics, defined as ‘the power of life to resist and determine an alternative production of subjectivity’ (Hardt/Negri 2009: 57), is central to their thesis. The potential unleashed by this concept for feminist politics will be revisited at the end of this article.

Arguing against the optimism of Hardt and Negri, Federici points out that ‘DEATH-POWER is as important as BIO-POWER in the shaping of [contemporary] capitalist relations’ (Federici 2010: 11 – capitalization in original). From a global perspective, capital accumulation today occurs not only through the generation of sociality, but also, simultaneously, in its destruction. Wars, forced migration and the slashing of health and education budgets exemplify not only the destruction of life in pursuit of profit, but also place a disproportionate burden on women who are responsible for care work.¹¹

3 Precarity and devaluation advanced: The pending crisis of social reproduction

Despite the massive increase in women’s employment, women remain largely responsible for household reproduction. Moreover, the demands of household reproduction have increased with the political economic reconfigurations brought about by neoliberalism: ‘Even in the most technologically developed countries, housework has not been reduced, instead, it has been marketized, redistributed, mostly on the shoulders of immigrant women from the South and former socialist countries’ (Federici 2010: 12). As the state budgets providing care and services for children, the elderly, the sick and disabled are cut, these tasks are effectively pushed back into the private household, where mostly female household members or paid domestic workers assume the burden.¹² While reproductive work has been partly commodified, it remains economically and socially devalued, low-paying, low-status and atomized. Alongside the commodification of care work – the increase in care work performed against wages for ‘others’ – women continue to carry out the bulk of reproductive labour in their own households.

Gabriele Winker (2009) has provided more differentiated insight into the conditions of women in the current organization of social reproduction with her three ‘ideal family models’. These models are based on the German case but are relevant to a broader context of post-industrial societies. In ‘economized’ families, two working parents earn above-average wages and do not have time to provide child-rearing and care tasks, a gap they fill by employing caregivers. According to Winker, such caregivers are ‘primarily

11 Feminists have further criticized Hardt and Negri’s biopolitical analysis by pointing out that it is limited to evaluating affective labour in commodified spheres, which has little to do with the unpaid reproductive labour that in many ways remains bound to women (Fortunati 2007; Federici 2006, 2010). According to Federici (2006), this perspective ‘strips the feminist analysis of housework of all its demystifying power’.

12 Furthermore, across the globe children are increasingly taking up household responsibilities (Silvia Federici, personal communication, May 5, 2013).

illegalized migrants from Eastern Europe, but also from Latin America and Asia, who perform these services in the households' (Winker 2009: 56). In 'precarious' families, the income earned from the full-time employment of one parent has to be supplemented by a second income, usually through part-time work done by the woman, and the terms of employment of one or both working parents are insecure. In these families, it is mostly women who are subject to the double pressure of precarious employment and performing the majority of care work for the family, and all family members experience limitations due to the insecurity of the situation. Finally, in 'subsistence-oriented' families with no secured basic income who depend on state support, women tend to assume care-related tasks while also expending extra energy on creating a minimum standard of living in the household that basic income cannot provide on its own.

Winker's models show how the current social organization of production and reproduction results in 'reproductive gaps' that take on different forms according to socioeconomic reality. The accumulation of reproductive gaps within and across societies leads to a situation in which conditions are no longer in place for a society to reproduce itself – a crisis of social reproduction. Federici (2010) has noted that the state of crisis in social reproduction has long been a reality in the Global South. In recent years, more and more scholars have taken up this language to describe the state of social reproduction in wealthy countries, including in Germany (see Becker-Schmidt 2011; Demirović et al. 2011; Jürgens 2010; Winker 2011).

At the macro-level, a crisis of social reproduction indicates not only a society's inability to revitalize in terms of regenerating life-power and labour-capacity, but equally a failure with respect to the reproduction of social cycles that hold the social structure together as a whole (Becker-Schmidt 2011). Social reproduction, then, refers to 'social generativity in the broadest sense': the sustainability of the population with a view to standards of civil society, the passing-on of cultural experiences and conditions for socialization in which humane manners of coexistence are learned (Becker-Schmidt 2011: 10). In the 1970s, feminist scholars attributed falling birth rates in post-industrial societies to a 'procreation strike' on the part of women seeking emancipation from the household (Dalla Costa 1972; Federici 2010). Today, given the generalization of precarity and lack of state support, it is time to reanalyze this claim, asking whether low birth rates in countries like Italy and Greece, estimated at 1.41 and 1.40, respectively, for 2013 (Central Intelligence Agency 2013), have more to do with the fact that growing sections of these populations lack the means necessary to support children.¹³

At the micro-level, a crisis of social reproduction relates to a gap between reproductive needs and capacities that results in the impossibility of reproducing the household and the self as demanded by individual and social needs. Reproduction of the self refers to ensuring one's own physical, psychic and mental well-being. In neoliberal capitalism, this must occur with a view to continual self-optimization – and parallel to, enmeshed in or despite the exploitation of physical, psychic and mental energies that takes place in

13 This insight arose in an exchange with the feminist activist-researchers Claudia Bernardi and Sabrina Apicella.

wage labour relations. As social and economic demands on the individual increase, so do expectations of parenthood: Parents, de facto mostly mothers, must ensure that their children accumulate enough of the appropriate social and cultural capital to survive as part of the globalized labour force.

Crises of reproduction set off global chain effects. As reproductive gaps in countries like Germany are filled by employing migrant care workers, the crisis is effectively exported, transferring reproductive gaps to the migrants' countries of origin (Wichterich 2011). Within a country, reproductive gaps are also transferred from the wealthy to the poor, for example, as wealthy families employ working-class domestic workers.

4 The persistence of the gender division of labour

To the extent that the pending crisis of social reproduction is structured by precisely this gender division of labour and devaluation of care and reproductive labour, the question of how to overcome the gender division of labour and valorize work performed by women is of critical social relevance. Moreover, the social and economic devaluation of women's work seems to contradict Hardt and Negri's claim that at the heart of capital accumulation today lies the production of life itself, especially given the concentration of women in sectors invested in this very activity. Yet the question raised by this contradiction – *how to account for the perpetuation of the gender division of labour and the persisting devaluation of women's work* – reaches beyond the analytical framework of most accounts of contemporary capitalism. Thus, this section is devoted to exploring the reproduction of economic equality along gendered lines, which will be followed by closing considerations on feminist strategies for countering the crisis of social reproduction. As will be shown, the challenge when it comes to understanding the perpetuation of the gender division of labour forces theorists to build on the insights of the Marxist feminists and consider in relation to these insights the function and mechanisms of gender as a broader social institution extending beyond labour relations.

A central insight of the early Marxist feminists was that 'capitalist value is produced and determined [as] a process rather than an imperative or irrefutable logic' (Alessandri 2011: 18). Encarnación Gutiérrez-Rodríguez has examined this process more closely by taking up Marx's suggestion of thinking about value as a 'social hieroglyph'. She points out that the ways in which we conceive of value and the monetary value of things at given times are 'outcomes of historical processes, social relations, and cultural negotiations' (Gutiérrez-Rodríguez 2010: 91). This perspective reveals a new dimension to the processes by which value is determined: 'value has a twofold character as, on the one hand, it relates to the material conditions of production, and on the other, to a cultural script of production' (Gutiérrez-Rodríguez 2010: 93). Following Gutiérrez-Rodríguez, the devaluation of women's work can be thought of as a record of the historical processes, social relations and cultural negotiations that have resulted in and reproduce its devalued status. This approach forces a methodological shift away from

considering the devaluation of women's work solely in terms of economic relations, towards a broader examination of the 'cultural script' of gender in which women's work is devalued as such.

In her own ethnographic study of domestic labour in Western European countries, Gutiérrez-Rodríguez traces the devaluation of domestic work to its discreditation as 'unskilled' labour that is 'socially devalued through its cultural predication as feminized and racialized labour' (Gutiérrez-Rodríguez 2010: 3). Her study, moreover, provides insight into the (re)production of the gender division of labour. In the dual-earner families Gutiérrez-Rodríguez studied, women tended to remain primarily responsible for the household: 'Even in some cases where the male counterpart was working at home and spent more time in the household than his partner, women were central to the household management' (Gutiérrez-Rodríguez 2010: 104). According to these findings, a reconfiguration of the economic and spatial dimensions of the division of (wage) labour – in terms of who works more hours outside the home – alone does not suffice to redistribute reproductive labour tasks in the household: domestic work remains stuck with women. This gender division of labour persists even when women attempt to overcome it: 'Liberal discourses on alternative gender arrangements, albeit integrated in the household members' self-perception, are in stark contrast with the arrangement of routines in which femininity and masculinity are reiterated through the clear or even fuzzy gendered division of household tasks' (Gutiérrez-Rodríguez 2010: 106). Women's continuing primary responsibility for domestic labour thus not only perpetuates the gender division of labour, it reproduces ideas of gender that provide the structure for this division. The difference between actual gender arrangements in the household and household members' self-perception appears to be evidence of a contradiction between the actual and ideal gender division of labour.

Similar evidence has been found in a study on the division of labour in married couples who claim to be committed to feminist ideals (Risman 1998). In her analysis of the results, Risman distinguishes between reflexive claims and non-reflexive expectations to explain how, despite a commitment to gender equality and similar incomes, both the men and women she studied have not succeeded in overcoming gender inequality. This perpetuation of gender inequality, she argues, can be primarily traced to gender-associated, cultural expectations that inform social interaction on a non-reflexive level. Her conclusion that 'the expectations of unequal worth are attached to the sex category itself' (Risman 1998: 34) resonates with the 'devaluation thesis' found in sociological research on the gender wage gap, which holds that because women are culturally undervalued relative to men, activities performed by women are less valued than they would otherwise be (England 1992; England/Budig/Folbre 2002; Kilbourne et al. 1994).

Returning to the question of the reproduction of the gender division of labour, then, we might ask how gender itself 'as a modern social institution [whose purpose] is to construct women as a group to be the subordinates of men as a group' (Lorber 1994: 35) is reproduced in relation to the gender division of labour. Considering the historical, social, cultural and institutional reality of gender, lived and experienced as a form of social

inequality on a daily basis, highlights the fact that it is insufficient, as many Marxian theorists do, to understand the specificity of women's oppression in terms of relations of production and reproduction. Rather, gender must be understood as a social institution which, for analytical purposes, can be abstracted from relations of production, yet nonetheless plays an important role in the social institution of the gender division of labour. It follows that gender as a social institution and the gender division of labour must be approached and studied as mutually-enforcing institutions insofar as each determines the other, by virtue of their difference.

5 Expanding the framework: the return of the subject and biopolitical perspectives for feminist struggles

What follows is a proposal for a theoretical framework for analyzing this interrelationship. It is suggested that the Marxian tools of the Marxist feminists must be expanded to account for Louis Althusser's (1970/1971) extension of Marx's theory of the reproduction of the social relations of production to account for ideology, or the role of ideas, images and practices that at first glance to not appear to be directly related to economic and labour relations. Returning to Althusser may seem questionable given that Althusser himself did not consider gender. Yet by adding the gender perspective to Althusser's theory of ideology, it becomes a theoretical lens that helps make the mutual relationship between gender as a social institution and the gender division of labour intelligible.

The relevance of Althusser's theory for understanding this relationship is three-fold. First, it accounts for subjectivation, the process of submission and subjection to the gender order that individuals undergo in becoming gendered subjects. Subjection, according to Althusser, occurs through *interpellation*. In this process, individuals are 'hailed' by ideology, by the ruling ideological order, and recognize themselves as subjects according to this order in response. We can, therefore, think of gender as an ideology in Althusser's terms, recalling that gender serves to construct women as a group subordinate to men as a group. In gender interpellation, females are called upon as women, subordinate to men, and recognize themselves in this inferior subject position.¹⁴

The second relevant element of Althusser's theory is its account of the reproduction of skills of production, giving insight into the mechanisms by which women, rather than men, tend to assume caring work. To this end, Althusser claims that when thinking about how labourers are reproduced, we must consider the reproduction of the skills of labour, on the one hand, and the worker's subjection to the ruling ideas of the established order, on the other. To this, he adds: 'it is not enough to say "not only but also", for it is clear that *it is in the forms and under the forms of ideological subjection that provision is made for the reproduction of the skills of labour power*' (Althusser 1970/1971: 133 – italics in original).

14 I would like to thank James Murphy for contributing to this formulation.

In terms of reproductive labour or care work, it follows that the passing on of care skills from one generation to the next – and the learning of these skills by a new generation – takes place within and through a framework of ideas, notions, concepts and norms that constitute status quos of gender and sexuality. This framework is marked by the two-gender system and heteronormativity, as well as by the historical subordination of women in society, the persisting notion of an ‘inherent’ or ‘natural’ female emotionality and designation of household work and affective tasks to women. The fact that female infants grow up as girls to become women who are able and willing to perform reproductive labour is contingent upon the material persistence of such ideas and associated social expectations. The processes of subjectivation by which individuals are continuously formed as gendered, labouring subjects – learning and incorporating certain kinds of labour as bodily practice – occur, if we follow Althusser, within and through this ideological framework. The gender division of labour is thus reproduced by ideas, imaginaries and practices of gender – by gender ideology.

This links in with the third relevant aspect of Althusser’s theory, namely his argument that ideology does not exist outside of practice and practice must be understood as ideology. As such, ideology is material. It exists in and is expressed as social practices. To illustrate this, Althusser cites Pascal: ‘Kneel down, move your lips in prayer, and you will believe’ (Althusser 1970/1971: 168). This insight into the connectedness of idea and practice, transcending a material/immaterial dichotomy, is key to understanding how the gender division of labour persists at once as a cultural idea(1) and daily bodily practice. The mechanisms at work in the reproduction of the gender division of labour and the process by which ideas, as practices, persist and change, must be a task for future research. The central contribution, however, of bringing Althusser’s considerations on ideology and subjectivation into the analysis of the gender division of labour, is the addition of one further analytical dimension to the framework constructed by the Marxist feminists. While their analysis was informed by studying the complex relationship between labour and value, we can now add the subject as a further site at which practices and negotiations at the intersection of gender and economics are carried out.

In closing, I will touch briefly on what this extended analytical framework could mean for feminist struggles. Feminist strategies informed by the theory of the Marxist feminists call for the valorization of care and reproductive work and the re-organization of social reproduction from an individualized to a collective venture. According to different imagined relationships with the state, these propose steps ranging from self-valorization through the creation of care networks to a revamping of state infrastructure for social reproduction (see Alessandrini 2011; Federici 2010; Feminist Fightback Collective 2011; Precarias a la Deriva 2005; Winker 2011; Wichterich 2011). While such steps form a primary element of a feminist strategy to valorize ‘women’s work’, as long as production and reproduction are organized along gender lines (whereby gender implies an implicit hierarchy), the work performed by women will not be able to break out of the historical, social and cultural forces that register it as second-rank. The claim made in this article is that in order for feminist struggles for the valorization of reproductive and

care labour to be successful, the gender division of labour must be overcome – and for this to happen, gender itself must be transformed. Because the gender division of labour and gender as a broader social institution mutually constitute one another, their transformation must occur simultaneously. Changes in one will bring about changes in the other, but transformation must be advanced from both perspectives. With respect to gender as a social institution, in the same way that questioning the distinction between productive and reproductive labour was necessary to call attention to the value of women's work, a critical examination of the political functioning of the categories 'man' and 'woman' as constitutive of the ruling ideology of gender can help us address the devaluation of women as labouring subjects and the devaluation of women's work. These categories themselves must be questioned, contested and rid of their historical hierarchy, and feminists must adopt practices that destabilize social and cultural expectations related to gender in a way that does not deny (historical) differences in experience.

Looking forward, we can recall the potential of a biopolitical understanding of (re)productive labour as a site of resistance in which the existing order can be disrupted and where *new forms* can be produced (Hardt/Negri 2009). These new forms must aim not only at communalizing or collectivizing care work and giving recognition to the productivity of this work by creating new models and practices of living together. In work as caregivers, employers and employees, partners and friends, feminists must also explore the subversive potential of their production. With the goal of improving the social status of women and simultaneously denying the fixed category of woman as it functions to define women as secondary to men, feminists can aim to (re)produce subjectivities that invent new forms and practices of relating to ourselves and each other as labouring subjects, projecting images of utopia as their horizon.

References

- Althusser, Louis. (1971). Ideology and Ideological State Apparatuses (Notes towards an Investigation). In Louis Althusser, *"Lenin and Philosophy" and Other Essays* (pp. 127–187). New York: Monthly Review Press. (Original work published 1970).
- Alessandrini, Donatella. (2011). Immaterial labour and alternative valorisation processes in Italian feminist debates: (re)exploring the 'commons' of re-production. *feminists@law*, 1(2). Date of access 10 December 2012 at <http://journals.kent.ac.uk/index.php/feministsatlaw/article/view/32>.
- Becker-Schmidt, Regina. (2011). „Verwahrloste Fürsorge“ – ein Krisenherd gesellschaftlicher Reproduktion. *GENDER* 3(3), 9–23.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika. (1983a). Die stumme Auflehnung der Bauersfrauen. Bericht aus einem Dorf im Süden Mexikos. In Veronika Bennholdt-Thomsen; Maria Mies & Claudia von Werlhof (Eds.), *Frauen, die letzte Kolonie: zur Hausfrauisierung der Arbeit* (pp. 47–61). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika. (1983b). Zur Bestimmung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus. In Veronika Bennholdt-Thomsen; Maria Mies & Claudia von Werlhof (Eds.), *Frauen, die letzte Kolonie: zur Hausfrauisierung der Arbeit* (pp. 194–212). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

- Bock, Gisela & Duden, Barbara. (1977). Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In Gruppe Berliner Dozentinnen (Eds.), *Frauen und Wissenschaft – Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976* (pp. 118–199). Berlin: Courage Verlag.
- Bröckling, Ulrich. (2007). *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Caffentzis, George. (2002). On the Notion of a Crisis of Social Reproduction: A Theoretical Overview. *The Commoner*, 5. Date of access 28 December 2012 at www.commoner.org.uk/caffentzis05.pdf.
- Central Intelligence Agency. (2013). The World Factbook Page on Country Comparison, Section: Total Fertility Rate. In 2013 World Factbook [Online database]. Date of access 4 May 2013 at <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2127rank.html>.
- Dalla Costa, Mariarosa. (1972). Women and the Subversion of the Community. In Mariarosa Dalla Costa & Selma James (Eds.), *The Power of Women and the Subversion of the Community*. (pp. 19–54). Bristol: Falling Wall Press.
- Demirović, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian & Bader, Pauline. (2011). *VielFachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA.
- England, Paula. (1992). *Comparable worth*. New York: Aldine de Gruyter.
- England, Paula; Budig, Michelle & Folbre, Nancy. (2002). Wages of virtue: The relative pay of care work. *Social Problems*, 49(4), 455–473.
- Esping-Andersen, Gøsta. (1990). *The three worlds of welfare capitalism* (Vol. 6). Cambridge: Polity Press.
- Federal Statistical Office (Statistisches Bundesamt). (2012). Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt. Date of access 19 November 2012 at www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/BroeschuereFrauenMaennerArbeitsmarkt.html.
- Federici, Silvia. (2004). *Caliban and the Witch. Women, the Body and Primitive Accumulation*. Brooklyn (NY): Autonomedia.
- Federici, Silvia. (2006). *Precarious Labor: A Feminist Viewpoint*. Date of access 1 December 2012 at www.scribd.com/full/3108724?access_key=key-27agtedsyliivn8j2ycc1.
- Federici, Silvia. (2010). *The Reproduction of Labour-Power in the Global Economy, Marxist Theory and the Unfinished Feminist Revolution*. Date of access 29 December 2012 at <http://culturalstudies.ucsc.edu/EVENTS/Winter09/FedericiReading.pdf>.
- Federici, Silvia. (2011). Feminism and the Politics of the Commons. *The Commoner*, 14. Date of access 3 January 2013 at www.commoner.org.uk/wp-content/uploads/2011/01/federici-feminism-and-the-politics-of-commons.pdf.
- Federici, Silvia. (2012). The Unfinished Feminist Revolution. *The Commoner*, 15. Date of access 3 January 2013 at www.commoner.org.uk/wp-content/uploads/2012/02/08-federici.pdf.
- Feminist Fightback Collective. (2011). Cuts are a feminist issue. *Soundings*, 49, 73–83.
- Fortunati, Leopoldina. (1981). *The Arcane of Reproduction*, New York: Autonomedia.
- Fortunati, Leopoldina. (2007). Immaterial Labor and Its Machinzation. *ephemera* 7(1), 139–157.
- Fraser, Nancy. (2009). Feminism, Capitalism and the Cunning of History. *New Left Review*, 56, 97–117.
- Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación. (2010). *Migration, Domestic Work and Affect: A decolonial approach*. New York/Oxon: Routledge.
- Hardt, Michael & Negri, Antonio. (2009). *Commonwealth*. Cambridge, MA: Belknap/Harvard.
- Harvey, David. (1989). *The Condition of Postmodernity* (Vol. 14). Oxford: Blackwell.
- Harvey, David. (2005). *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Holst, Elke; Busch, Anna & Kröger, Lea. (2012). Führungskräfte-Monitor 2012. Update 2001–2010. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Date of access 5 December 2012 at www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.407592.de/diwkompakt_2012-065.pdf.

- Jürgens, Kerstin. (2010). Deutschland in der Reproduktionskrise. *Leviathan* (38), 559–587.
- Kilbourne, Barbara Stanek; Farkas, George; Beron, Kurt; Weir, Dorothea & England, Paula. (1994). Returns to skill, compensating differentials, and gender bias: Effects of occupational characteristics on the wages of white women and men. *American Journal of Sociology*, 689–719.
- Lazzarato, Maurizio. (1996). “Immaterial labour.” In Michael Hardt & Paolo Virno, *Radical thought in Italy: A potential politics* (pp. 133–147). Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Lorber, Judith. (1994). *Paradoxes of Gender*. New Haven: Yale University Press.
- Martin, Patricia Yancey. (2004). Gender as a Social Institution. *Social Forces*, 82(4), 1249–1273.
- Marx, Karl. (1976). *Capital, Volume I*. (Ben Fowkes, Trans.) Harmondsworth: Penguin. (Original work published in 1867).
- Marx, Karl. (1994). *Collected Works, Volume XXXIV*. (Ben Fowkes, Trans.) London: Lawrence & Wishart. (Original work published in 1863).
- Mezzadra, Sandro. (2009). Italy, Operaism and Post-Operaism. In *The International Encyclopedia of Revolution and Protest (1841–1845)*. New York: Blackwell.
- Morini, Cristina. (2007). The feminization of labour in cognitive capitalism. *Feminist Review*, 87(1), 40–59.
- Precarias a la Deriva. (2005). A very careful strike. *The Commoner*, 11. Date of access 8 January 2013 at www.commoner.org.uk/11deriva.pdf.
- Risman, Barbara J. (1998). *Gender vertigo: American families in transition*. New Haven: Yale University Press.
- Risman, Barbara J. (2004). Gender as a Social Structure: Theory Wrestling with Activism. *Gender & Society*, 18(4), 429–450.
- Werlhof, Claudia von; Mies, Maria & Bennholdt-Thomsen, Veronika. (1983). *Frauen, die letzte Kolonie*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Wichterich, Christa. (2011). Krise der Ernährermännlichkeit und neoliberale Gleichstellung durch die Krise. In Alex Demirović, Julia Dück, Florian Becker & Pauline Bader, *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus* (pp. 129–146). Hamburg: VSA.
- Winker, Gabriele. (2009). Fragile Familienkonstruktionen in der gesellschaftlichen Mitte. *Widersprüche* 29(1), 49–62.
- Winker, Gabriele. (2011). Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. *Das Argument*, 53(3), 333–344.

Zur Person

Kelly Mulvaney, Humboldt University Berlin, Institute of European Ethnology. Research: gender and labour, capitalism and crisis, transnational social movements.

Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Europäische Ethnologie, Mohrenstraße 41, 10117 Berlin

E-Mail: kmmulvaney@gmail.com

From cooperation to criticism of economic globalization: An intersectional concept of gender justice

Zusammenfassung

Von der Kooperation zur Kritik an der wirtschaftlichen Globalisierung: Ein intersektionales Konzept von Geschlechtergerechtigkeit

In der Realität von Pflegehilfskräften überschneiden sich Geschlecht, Klasse, race/Ethnizität und Staatsbürgerschaft. Sie sind da, wo die Öffentliche Reformverwaltung (NPM) eingeführt wurde, mit Ausgrenzung, Kommodifizierung und der Verweigerung gewerkschaftlicher Rechte konfrontiert. Wie auch bei anderen weiblichen Angestellten in Pflegediensten, denen eine berufliche Anerkennung ihrer Qualifikationen verwehrt wird, findet ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in Kampagnen für Geschlechtergleichheit und Gender Mainstreaming (GM) statt. Anstatt die ausgrenzende Gleichheitsdefinition der internationalen Institutionen zu übernehmen, sollte kritisch hinterfragt werden, inwieweit die Globalisierung die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für weibliche Pflegekräfte legitimiert. FeministInnen sollten darauf bestehen, Gendergerechtigkeit durch ein anderes Verständnis von Gleichheit und GM zu fördern. Der Beitrag stellt ein intersektionales Modell von Geschlechtergerechtigkeit vor, das die negativen Auswirkungen der Globalisierung untersucht, und formuliert eine politische Ethik für die Behandlung von Frauen in schlecht bezahlter Pflegearbeit. Arbeitsqualität und Durchschnittseinkommen müssen als Grundlage für die Definition von Diskriminierung dienen. Neukonzeptionen von Gleichheit und GM, die auf den vorgeschlagenen Diskriminierungskriterien basieren, würden die Grundlage bereiten für feministischen Aktivismus gegen ausgrenzende NPM-Praktiken.

Schlüsselwörter

Geschlechtergerechtigkeit, Intersektionalität, Öffentliche Reformverwaltung, Geschlechtergleichheit, Gender Mainstreaming, Pflegehilfskräfte

Summary

Gender, class, race/ethnicity and citizenship intersect in the experience of nursing assistants and expose them to exclusion, commodification and denial of their unionization rights in every country that has embraced the new public management (NPM) reform. Resembling other women employed in caring services that are denied the benefit of skills recognition, their exclusion occurs both in the labour market and in campaigns targeting gender equality and gender mainstreaming. Rather than accepting the exclusionary definition of equality promoted by the institutions of economic globalization, the role of economic globalization in legitimizing the deterioration of employment quality for women employed in caring services should be challenged. In particular, feminists should insist on promoting gender justice by revisiting the concepts of equality and gender mainstreaming. This article presents an intersectional model of gender justice that reveals the deleterious effects of economic globalization and formulates a political ethics of care for women in badly-paid caring work. Job quality and average income in occupational fields must serve as the basis for defining discrimination. Revised notions of equality and gender mainstreaming, based on these proposed measures of discrimination, would provide the ground for feminist activism against NPM exclusionary practices.

Keywords

gender justice, intersectionality, new public management, gender-equality, gender mainstreaming, nursing assistants

Introduction

The gendered face of the rise in low-wage jobs, particularly in caring occupations (e. g. jobs offered to nursing assistants), is attracting growing research attention in the wealthy world (e. g. Grimshaw 2011). Policies that ensure gender justice in the form of quality employment for women employed as nursing assistants tend to be blocked by pressures to reduce governments' social and health service expenses. Thus, the case of nursing assistants is an emblematic one for any political ethics of care (Williams 2011). Disregarding the quality of employment of nursing assistants frees feminist resources for many crucial issues related to women that deserve attention and activism. At the same time, ignoring the quality of employment in this category invites governments and employers to systematically extend this form of low-wage employment to other areas of the caring occupations, such as child care and social work. It may also mean turning the cold shoulder on women from oppressed categories and thus ignoring the feminist commitment to intersectionality theory (Verloo and Walby 2012). Gender, class, race/ethnicity and citizenship intersect for nursing assistants, who can be characterized by their secondary education; in wealthy countries this educational attainment may indicate that their accumulation of resources and economic independence was blocked by complex inequalities. Economic globalization may offer the women's movement an opportunity to challenge inequality through gender mainstreaming and other policies targeting gender equality. But from the point of view of nursing assistants and the quality of their employment, economic globalization and its role in legitimizing the deterioration of employment quality should only elicit criticism. Rather than cooperating with the standard definitions of equality promoted by institutions of economic globalization such as the Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) and the European Union (EU), feminists should insist on promoting gender justice by revisiting the concepts of equality and gender mainstreaming. This article presents an intersectional model of gender justice that is critical of economic globalization and formulates a political ethics of care (Williams 2001, 2011) for women in badly-paid care work. Until recently, intersectionality theory has not been analytically developed to incorporate the fragmentation, polarization and diversity of women's class positions embedded in employment arrangements (for an exception see Walby et al. 2012). The professionalization of work in the caring services tends to be defeated by deskilling and the preference for a cheaper workforce. Williams' (2001; 2011) political ethics of care maintains that the Othering of women that legitimizes deskilling enables exclusionary practices which need to be replaced by recognition and inclusion. Women's equal rights as well as women's equal opportunity, argues Williams, depend on policies related to the budgeting of social services and hence involve a trade-off between money and care. The restoration of budgets that finance appropriate numbers of caring positions, as well as the restoration of payment ladders and occupational professionalism in the caring services are forms of gender justice that are based on a shift of focus: Instead of comparing opportunities for men and women it embraces comparisons of levels of recognition of occupational

skill in payment and rewards. After a presentation of intersectionality theory, I discuss an empirically grounded criticism of new public management (NPM), highlighting its Taylorism and cost-cutting in the caring services (Theobald 2012). I examine data concerning the in-employment poverty of nursing assistants in the wealthy world and relate this to feminist discussions of gender mainstreaming and gender equality. Finally, by linking intersectionality to a political ethics of care I conceptualize gender justice based on alternative meanings of gender equality and gender mainstreaming.

Intersectionality theory and gender justice

The notion of a political ethics of care (Williams 2011) provides the basic framework for my intersectional model for gender justice. The main question Williams raises is “what are the material and practical outcomes of actions on people’s [read¹: nursing assistants’] lives; how do we ensure that people [read: nursing assistants] may give and receive care?” This question calls for a model of gender justice based on the realization of the interdependence between quality employment in the caring services and the quality of caring in these services. Moreover, it requires recognition of the processes of economic globalization that have undermined quality employment in public sectors (Rubery 2013) and caring services around the world (Kroos and Gottschall 2012). In broader terms, this sheds light on the complexity of power mediated through class, ethnicity, gender and citizenship and in particular on women who are trapped in paths of in-employment poverty (Peña-Casas and Ghailani 2011). However, which notion of gender justice can best clarify the complexity of power mediated through the intersectionality of diverse oppressions?

The point of departure for an intersectional notion of gender justice is the last item on Verloo’s (2006: 224) list of strategic components of the ongoing struggle to incorporate differential or intersectional inequalities into policy-making: “These hegemonic [power] struggles [between inequalities] need to be addressed and anticipated by careful balancing of resources and institutionalization, and by organizing public arenas or institutions for them.” In other words, specific standpoints anchored in specific institutions are the key to rejecting the standardization of professional white women’s experiences (Collins 2000) and creating policies that are sensitive to a broader range of experiences. In the context of racialization (Bonacich et al. 2008), i.e. the treatment of those living in the wealthy world in ways established by exploitative transnational corporations in developing countries, an intersectional model of gender justice rejects the dichotomy between labour market participation and unemployment. When paid caring jobs are part-time, fixed-term and force women to work for nothing (Baines 2004), labour market participation is more akin to slavery than to empowerment. In the lives of racialized women, un/employment is when “bad jobs” encourage employees to exit the labour market even if they have to quickly re-enter at any income (Reid 2002). In light of feminist analyses of social citizenship as dependent on the access to labour market participation and

1 Both this and the next ‘read’ request were added by me (O. B.).

labour market rewards (Rubery 2013) one guideline for selecting a public arena or institution that embeds a standpoint that would facilitate an intersectional notion of gender justice must be the association between precarious employment and precarious lives (Wallace et al. 2009). This idea connects intersectionality to women's dependency on the opportunity structures provided by the welfare state as employer and the level of labour market rewards that social services allow for their employees (Acker 2006). Increasingly more feminist scholars have noted the dualization process that has transformed these opportunity structures by introducing non-standard jobs into social services. Kroos and Gottschall (2012) have recently shown that between 1990 and 2007, the German public sector increased part-time jobs and fixed-term jobs in the social services by 16.4% and 0.4%, respectively, in health services, by 21% and 2.7%, respectively, in social care services, and by 23.9% and 6.4%, respectively, in child care services. Based on an intersectional notion of gender justice, organizational inequality regimes such as these are conceptualized as a type of resource that often block access to quality jobs and protective employment arrangements. Organizational inequality interacts with specific positionalities and relationships to belonging circles (Healy 2009). At the same time, intersectionality theorists are no longer willing to homogenize the ways political projects or claims affect people who are differentially located within the same belonging (Anthias 2008). Some even argue that given the fragmentation of employment arrangements, class should be prioritized over other dimensions within the interlocking relations of oppressive axes: Class-based structures and policies are seen as responsible for how women "find, retain or lose their jobs as wage-labourers and members of particular occupations" (Sayer 2005: 87). Collins (2000) argued that an unbalanced focus on identity has turned scholarly attention away from the political economy and the ways in which neo-liberal policies shape women's opportunity structures. To explain the dominant tendency to pay little attention to the ontology of class/gender inequality, Walby and her colleagues (2012: 232) refer to the fact that "class is not a justiciable inequality under EU legislation" and to the fact that the attempt to include "socio-economic" grounds in the UK Equality Act 2010 failed. Nevertheless, these authors insist that scholarship must attend to class-based inequality, and primarily employment issues, as keys to intersectionality.

To undertake a focus on class/gender we need to ask when the intersections of race/ethnicity/nationality/citizenship/disability/age/sexuality result in poor levels of occupational training and credentials, and how service and caring jobs lead to in-employment poverty. Because a degree in social work, nursing or teaching is a traditional mobility target for young women from minorities (Ntiri 2001), the de-professionalization of employees holding an academic degree who work in contracted-out services affects minority women to a disproportional extent. Bernhardt and Dresser (2002) found that privatization worsens job quality for female employees from racial and ethnic minorities. This primarily occurs through de-unionization, which allows for-profit employers to reduce pay and benefits associated with education and work experience. Zeytinoglu and Muteshi (2000) argued that reducing pay for service work is closely linked to the historically legitimate labour market exploitation of coloured women. Substantiating Collins' notion of the

“closing doors policy” (2005), they showed that the new employment arrangements use colour lines to polarize those entitled to protection and those exposed to exclusionary practices. They suggested that polarization is generated along intersectional lines by separating women whose skills are recognized as suitable for management positions within the social services and women whose skills are not recognized as such. For Bonacich et al. (2008), the refusal to recognize women’s experience and skills takes the form of racialization, where women with lower levels of formal training are demeaned in a way similar to employees in developed countries who work for transnational corporations (TNCs). Confirming these analyses, recent accounts of women’s in-employment poverty (Peña-Casas and Ghailani 2011) point to the ways in which women’s jobs, particularly those in traditionally feminine service occupations, are more liable to risk, especially precarious employment, which is characterized as “short term, limited duration or high risk of termination; lack of control over working conditions, the work space and wages, lack of protection in employment, and low incomes at or near defined poverty lines” (Vosko et al. 2009: 7). Grimshaw and Rubery (2007) reported that these characteristics are typical of publicly procured services, thus linking gender segregation and exposure to over-qualification and precarious employment. Hence, current employment in jobs that offer either too few hours or are far too demanding, that extract women’s unpaid work (Baines 2004), as well as the “pin money” earned by women in service and caring occupations (Perrons 2007) suggest that for women employed in caring services, quality employment and skill recognition are major concerns. Without them gender justice cannot be said to encompass a political ethics of care. Of particular importance are the invisible processes through which racialization takes place in the sense of connecting gender/class/ethnic/racial/national belonging within the framework of trans-locational positionality (Anthias 2008) with social policy and its reflection on social protection. Acker (2006) and Choo and Ferree (2010) argued for a connection between macro-level policy-based processes and interactions and practices to better understand intersecting inequalities. This type of connection requires an intersectional model of gender justice to attend to the ways in which the economic dependency of women who belong to racialized categories exposes them more quickly to the political process that erodes protection and to the fact that men and women from non-racialized categories can be exposed to the same processes. Despite the scholarly consensus concerning the ways in which the intersectional shaping of women’s precarious lives is enhanced by precarious employment in the context of social services, neo-liberal reforms of the state as employer remain neglected as an issue for gender justice. The next section presents these reforms.

The post-World War II history of marginalizing caring services

The need to focus on class/race/ethnicity/nationality/disability/age/sexuality oppressions has elicited the theoretical concern (Choo and Ferree 2010) that inequality analysis might be reduced to the individual level, leaving the oppression of categories yet

again neglected. However, if we adopt a definition of gender justice that remains sensitive to intersectional oppressions while focusing on economic globalization and its systematic enlargement of class and other differences between women, we may avoid a retreat to the individual level. Dorothy Smith (2006) showed how focusing on the institutional context can help prevent analysis from remaining too tied to the individual level. In Smith's opinion, we need to shift our attention from women's positions and identities to a more institutional perspective that is concerned with the social evaluation of caring work in terms of care-related knowledge and care-related skills. Similarly, Acker (2006) pointed to the invisible mechanisms that channel women perceived as the "Other" into precarious labour market positions (Wallace et al. 2009). The Othering of women in the labour market (Davies 1996) is likely to be manifested in the specific employment arrangements characterizing paid caring services. Othering of women enabled the economic competition introduced by globalization and NPM into tendering and public-private partnerships to become an exclusionary mechanism that is disempowering increasingly more women from reaping the benefits of professionalization struggles (Abbott and Wallace 1990). With the entry of non-public employers into these areas, the quality of employment has deteriorated even in countries where collective agreements are still in force (Rubery 2013). How was this entry intensified?

Since the 1944 Bretton Woods conclave of US and UK finance ministers that laid the groundwork for the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank, institutions of economic globalization, particularly the OECD and EU, have operated by taking very small steps to defeat unionization (Thatcher 2007) and reduce public expenses for caring services. The fact that a set of quasi-market steering instruments (e.g. zero-based budgeting, performance-related pay and/or accounting) allegedly aimed at improving the cost-efficiency of public service provisions known as the new public management (NPM) was introduced into public administrations around the world has been key to this process. Using a rhetoric of efficiency, cost saving, best value and "merit civil servants", NPM practices have permeated, to various degrees, the administration and budgeting of many countries in Europe as a result of the systematic efforts of the OECD's Public Governance and Territorial Development directorate. More specifically, between 1973 and 1979, during the Tokyo Round of the GATT negotiations, the Government Procurement Code² was articulated, following guidelines

2 A GATT Code negotiated during the *Tokyo Round* prohibiting signatories from discriminating against or among the products of other signatories in certain types of government procurement covered by the Code, i.e. purchases valued at more than 150,000 *special drawing rights*, or *SDRs* (Sec. 11) by specified government *entities* listed in the Agreement. Exceptions include contracts for most services, construction, procurement related to national security and purchases by political subdivisions. The Code seeks to increase *transparency* in signatories' regulations and practices regarding government procurement and to ensure that they do not discriminate against foreign suppliers or products. It contains detailed rules on the way in which *tenders should be invited and awarded* (my emphasis, O. B.). Signatories include Austria, Canada, the European Community, Finland, Hong Kong, Israel, Japan, Norway, Singapore, Sweden, Switzerland, the United Kingdom, and the United States. www.itcdonline.com/introduction/glossary1_ghij.html accessed on September 2012.

that were initially prepared³ by a unit within the OECD's public management directorate, at that time called the TECO (Technical Cooperation Committee). In 1994, when the World Trade Organization (WTO) emerged from the GATT in Marrakesh, a procurement agreement set the guidelines for the 1979 code that included an agreement on purchases by sub-central government entities and other public enterprises and the services and construction services sectors. Twenty-seven countries signed the GPA (Government Procurement Agreement).⁴ The historical process of intensified interest in reforming public administration was articulated by Cui (2005) as follows:

"From 1971, TECO began to work in the field of international public administration, to build networks and partnerships, and to provide some information about public administration. During the whole 1980's TECO worked on both technical assistance and public management research. In 1990, TECO was officially changed to PUMA [public management; O. B.] and started to work on international public management formally" (7–8).

In article 5 of its 2004/18 directive on the coordination of procedures for the award of public works contracts, public supply contracts and public service contracts, the EU states the clear association between the directive and the GPA engineered by the OECD: "Member States shall apply in their relations conditions as favourable as those which they grant to economic operators of third countries in implementation of the Agreement on Government Procurement" (129).

From an intersectional gender justice perspective, the most important feature of the process is how NPM as well as the PUMA guidelines have been internationally adopted and gradually applied to fragments of the social services, particularly long-term care (Theobald 2012) and welfare services (Opens 2010). Governments' efforts to reduce their social services expenses have had a direct effect on the role of the state as the largest employer of women. The major shift in this regard has been the introduction of non-unionized jobs into traditionally feminine areas of the labour market. The implications of this modification on women's experiences have been recently dealt with in a study of in-work poverty. Peña-Casas and Ghailani (2011) showed that individualizing in-work experiences by differentiating women's income from the income of other household members enables a thorough analysis of the conditions under which these women are caught up in economic dependency. By using the individualizing method these authors traced the ramifications of the new forms of employment, and particularly the increase in part-time jobs and mini-jobs. Despite all the evidence of its failure to save on costs while attempting to increase the quality of services (Hefetz and Warner 2004), the current power position of the NPM doctrine remains strong in that unionization and political

3 The role of the OECD is clearly stated by the WTO, www.wto.org/english/tratop_e/gproc_e/overview_e.htm accessed on September 2012.

4 The 27 countries that had already signed the GPA in 1994 during the Uruguay Round were: Canada, the European Union (Austria, Belgium, Denmark, Finland, France, Germany, Greece, Ireland, Italy, Luxembourg, The Netherlands (including Aruba), Portugal, Spain, Sweden and the United Kingdom), Hong Kong China, Israel, Japan, Norway, South Korea, Liechtenstein, Singapore, Switzerland and the United States. www.osce.doc.gov/ogc/occic/gpa.htm accessed on September 2012.

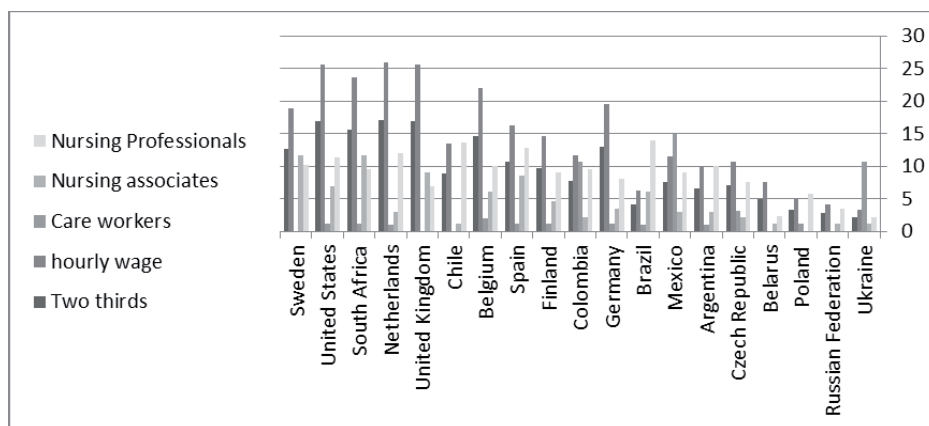
actions rarely succeed in areas where there is likely to be the greatest concentration of the working poor. Between 1990 and 2007, NPM-informed policies managed to reduce the share of public jobs in health services and social care services. In France the share decreased by 5.6% and 4.5%, respectively; in Germany the share decreased by 22.7% and 22%, respectively (Kroos and Gottschall 2012). In this way, governments are able to flatten pay scales and encourage women's unpaid work, as well as leave those dependent on these jobs with significantly less protection of their rights. The power position of the NPM to support the process of deprofessionalization and deskilling has taken the shape of an institutional refusal to bear the full costs of social services based on recognizing the skill, the experience and professional knowledge involved in women's work. The case of nursing assistants below anchors this argument in empirical data.

The case of nursing assistants

The logic of NPM described in the above introduced the criterion of efficiency – as competition and cost reduction – into human resource management in the social services. Contracted-out services, privatized ones, those in mixed ownership (public-private partnerships) or those operating through various types of mixed welfare became dominated by the question of cost. If a recognized skill becomes expensive, deskilling in the sense of not recognizing the skill required for a job is an obvious solution. In the field of nursing, because of the relatively high level of unionization and the powerful bargaining position of nurses' unions, NPM-informed budgeting generated pressures towards deskilling. This led to the creation of the category of nursing assistant in several countries. Based on a comparative study of low-wage employment, Appelbaum and Schmitt (2009) argued that women hold most of the low-wage jobs. They considered nursing assistants in hospitals to be a good example of how occupational segregation remains intense primarily for women with little or no post-secondary education. Women at this level of education increase the supply of workers available to take low-paying part-time or temporary jobs. Part-time jobs do not have to be low-wage jobs, as the French case in the study shows, but in many countries opting for a part-time job as a way to combine domestic unpaid care with a paid job is often exploited. This type of job is badly paid, without necessarily breaching legal requirements. Caring work such as that done by nursing assistants illustrates the notion of racialization referred to in the above as it can be said to be exposed to the low wages that would be acceptable for migrant workers. At the same time, employing foreign workers would mean limiting the caring aspects of the work since poor command of the host-country language would imply a decrease in the quality of the work. Even if good will is enough to maintain attentiveness and responsibility, limited language skills hamper competence and responsiveness (Tronto 1993). Further, caring jobs cannot be transferred to export processing zones. Treating women employed as nursing assistants or in other caring occupations as easily replaceable by migrant workers ignores the critical role of language in caring occupations. It is also based on the oppressive construction of Other-

ing that legitimizes the option of poverty for the Other woman who is presumably grateful for the opportunity to make any kind of money even in jobs of bad quality (Collins 2000). Typical accounts of the expansion of health care needs do not usually assume that nursing assistants should be among those profiting from the increased demand. Rather, efficient management of hospitals tends to be identified with reduced costs in the sense of fewer nurses and lowest costs for nursing assistants. Social policy and budgeting are the main causes: Applebaum and Schmitt (2009) pointed out that in the six countries they examined hospitals are exposed to flat rate reimbursement formulas. In the United States, assistant nurses are trained to toilet and bathe patients, monitor temperature and blood pressure, draw blood, apply sterile dressing and prepare patients for intravenous procedures. Applebaum and Schmitt argued that hospitals tend to rely on immigrant women to fill these jobs. The ethics of care is flaunted by the fact that the skills required to perform these tasks remain unrecognized and under-valued. This is also true for the issue of familiarity: Although a stable relationship between those at the giving and those at the receiving ends of care is crucial, high staff turnover rates are deliberately maintained by the wages associated with these jobs (Applebaum/Schmitt 2009: 1915). These exploitative practices were adopted by EU Member States at a very slow pace: In 2006, when low-wage jobs awaited 38% of the nursing assistants in the United States, other countries left fewer of them so exposed; the figures for the UK (21%), Germany (9%), the Netherlands, France and Denmark (0–5%) testify to this (1915). Figure 1 shows that the income level of nursing assistants or associate nurses (light grey lines) remain below the low-wage line (darkest grey lines) in almost all countries. From the point of view of NPM-oriented administrators, the income gap between associate (light grey lines) and registered (lighter grey lines) nurses, which is quite high in many countries, provides an incentive to systematically increase their share in health services in both formal and informal ways.

Figure 1: Comparing the mean hourly income of health care employees*



* Standardized mean hourly wage for three health care occupations retrieved from Tijdens and de Vries (2011) and mean hourly wage for health care occupations retrieved from Tijdens et al. (2013).

Gender equality and mainstreaming as gender justice

Feminist scholars have stressed that women's employment has in recent years been "marked by patterns of exclusion and segregation" (Perrons 2007). At the same time, within state feminism and agencies active in negotiating with state representatives, labour market participation continues to be seen as a solution that bails women out and grants them a modicum of autonomy and independence. The belief in the labour market as a path to feminist liberalization is so powerful that in several countries (Canada, Australia, the UK, Israel) women's non-profit organizations have endorsed projects supporting women's labour market participation. As long as the labour market is identified with income, social security, power, independence and self-fulfilment, the focus on the quality of jobs in the caring services is silenced and forgotten. Moreover, even though feminist scholars have extensively criticized the public discourse that forces mothers to replace welfare poverty with in-employment poverty, women engaged in state feminism have not introduced a feminist critique of welfare policies into public discourses. Mink's (1999) argument on the feminist neglect of welfare and those living in poverty still seems to apply. Women from ethnic-racial-working class intersections pay a disproportional price for austerity measures because they depend more on welfare budgeting and public sector jobs. Nevertheless, issues of class, unionization and struggles for working conditions, as well as issues related to minorities and intersectionality do not tend to recruit feminists as much as the issue of sexual violence. Moreover, feminists, like others in late modernity, have been exposed to individualism and its ramifications. Depoliticalization has been particularly destructive when it comes to women's willingness to participate in traditional forms of activism. The combination of feminism and individualism suggests that many members of women's organizations see the main role of their organizations in terms of providing support for individual women struggling with specific circumstances. Illouz (2008) perceives this feminist tendency as so powerful that it contributes to the current hegemonic power position of therapeutic discourse. From an "individual rights" perspective, feminist legal aid activities promote a similar line in that they identify feminism with support for individuals facing gender-based discrimination. A political ethics of care focused on women who are doing paid caring work without being properly rewarded for it cannot afford an individualistic rights perspective. Their exclusion, Othering and in-employment poverty takes place within legal modes of action and policies. As suggested above, NPM-informed employment practices are based on meanings of gender equality that treat exclusion and Othering as morally neutral and simply as a cost-saving measure. To significantly improve the quality of jobs in the caring services, hegemonic meanings of discrimination, equality and gender mainstreaming must be abandoned.

Public discourses of equality

There is a long-standing claim that feminists can negotiate woman-friendly policies with state representatives and achieve outcomes that coincide with feminist goals and feminist actions around the world. Mazur and McBride (2007) defined this “state feminism” as “the actions by women’s policy agencies to include women’s movement demands and actors into the state to produce feminist outcomes in either policy processes or societal impact or both” (254). Squires (2007) challenged this definition by raising the possibility that not all the components of the women’s movement are equally represented in this type of state feminism. Likewise, it is possible that the goals that are promoted in an ongoing negotiation are those that state representatives can accept because they are less expensive and require fewer modifications. Walby (2005) made this point in her presentation of the five dilemmas that are typical of gender mainstreaming forms of feminist action. She framed the dilemma as opposing an expert approach where gender mainstreaming provides policy decision-makers with a professional tool kit versus an access-focused democratic approach in which oppressed women can voice their concerns regarding a policy that is relevant to their access to resources. She raised the question of the effective promotion of feminist goals for both, namely, is it better to promote them from the expert approach that may sound rational and convincing to administrators or from the access approach that may seem less convincing and more complex to administrators? Walby’s point is that de-radicalization occurs when feminists who are eager to present outcomes sacrifice the latter in favour of the former. Extending the analysis of feminists’ de-radicalization and de-politicalization, Kantola (2010) noted that state feminism “benefits only small female elites and focuses on issues that are compatible with dominant state policies and ideologies rather than more radical feminist demands” (354). Feminists tend to marginalize the processes of internationalization (Thatcher 2007), Europeanization and neo-liberalization, despite their huge impact on budgeting that has given rise to the NPM as a major policy tool prioritizing decreased public expenses over the promotion of quality caring jobs. This can be seen in the recent critique by Bettio and her colleagues (2013), in which they argue that typical definitions of equality promoted by the EU neglect the feminist division between paid and unpaid work. They explain that part-time, flexible and marginal jobs are taken by women because of their domestic obligations, but do not consider the possibility that caring occupations have been under attack by the NPM efficiency discourse promoted by the EU. Similarly, international feminist accounts of the surge in precarious employment (Vosko et al. 2009) or the rise in women’s in-employment poverty (Peña-Casas and Ghailani 2011) hardly ever target organizations of economic globalization as playing a role in creating these issues. Criticism of Europeanization policies and legal transformations reducing country-based protection of the local caring female labour force thus tends to remain outside the framework of women’s issues. The role of the EU in promoting meanings of equality that exclude the concerns of women in low-quality employment can be analyzed through the three meanings that are attributed to its action (Bettio et al.

2013): equal pay for equal work (allegedly “to ensure fair competition”), positive action and gender mainstreaming. Efficiency, the dominant component of the NPM doctrine, has become more powerful in EU policies, and the European Employment Strategy (EES) has embraced women’s participation in the labour market as its goal (“to broaden the tax base of European welfare states”; Bettio et al. 2013: 2). As explained in the above, state feminism has not challenged these meanings, but has rather cooperated with them. In fact, Kantola (2010), who analyzed women’s policy agencies in twelve countries, found that when a broader political, institutional and ideational context is taken into account, much of the visible feminist work takes the form of cooperating with the institutional language. The productivity and competitiveness preferences of the EU’s gender equality rhetoric have not been confronted. Feminists who cooperated with the economic argument for gender equality, namely applauding the economic benefits of using women’s human capital, could not introduce the issue of segregation and the poor state of caring services at workplaces. This is primarily because in traditionally feminine occupations women’s contribution does not occur through rare human capital but rather through the hard work embedded in attentiveness, responsibility, competence and responsiveness (Tronto, 1993). Lazar’s (2005) notions of discursive ambivalence and de-radicalization help conceptualize state feminists’ reactions to the EU and OECD. More specifically, she shows how a dominant discourse has emerged using forms of speech that appropriate specific categories taken from feminist radical discourse. In the process of appropriation, categories that originally had radical meanings are incorporated, but their radical meanings are silenced and marginalized. For example, Rãdoi (2012) summarizes the literature on three notions of gender equality embraced by the EU. The first approach focuses on adjustment. In feminist scholarship, adjustment concentrates on revealing how existing masculine norms serve as an exclusionary mechanism. Adjustment was embraced by the EU but the radical meaning of questioning the existing masculine norm disappeared. The second approach focuses on the differential evaluation of men’s and women’s contribution in a segregated society. Such a differentiation was embraced by the EU but was eviscerated of the radical meaning of evaluating paid and unpaid care. Finally, the third approach is that of transforming gender relations. A language of transformation was embraced by the EU but the notion of non-hierarchical and reciprocal distribution of resources was discarded. Likewise, the gender mainstreaming framework used by the EU is based on comparisons between women and men. The comparative approach has been problematic in reinforcing the patriarchal stereotyping of women as a monolithic category that ignores class differences among women (e. g. Verloo 2006). Thus, when state feminism explores the idea of gender mainstreaming, it follows accepted patterns of expectations regarding how a specific policy might differentially treat men and women. This emerging discourse seemed to embrace the feminist hope for women’s financial independence as a result of professional development and occupational fulfilment. However, it severed the notion of “women’s equal rights” from its original radical meaning concerning the equal rights of women in both paid and unpaid caring services. For example, in analyzing the gender mainstreaming policies in

EU Member States, Rees (2010: 564) listed policy tools related to the principles of gender mainstreaming: gender monitoring, disaggregated statistics, equality indicators, budgeting, impact assessment, proofing, women's studies and visioning. This list demonstrates how the alleged commitment to women's rights has turned into a dichotomy between labour market participation and unemployment by ignoring issues of quality of employment, skill evaluation and related level of income. Gender budgeting, which facilitates the demand for more and better caring services for women as consumers who benefit from such services and primarily health services (Payne 2009), is hardly ever used to facilitate the demand for quality jobs in the caring services. The fact that women who provide badly paid caring services are affected by budgets is generally still neglected. Despite this neglect, Rees (2010) argued for the transformative potential of this framework. Thus, EU policies that are basically exclusionary from the point of view of women employed in the caring services (whose employment is unable to secure their economic independence) continue to benefit from feminist cooperation. Equal opportunities for women are glorified while in practical terms women's workplaces are under severe attack from the NPM and the efficiency discourse promoted by the EU. Thus, Lazar's notion of deradicalization can shed light on the ways in which the category of "women" has been dissociated from the category of "care". Whereas numerous equality-oriented policies have looked into the discrimination between men and women, the more radical component of the gender hierarchy, the social organization of caring services as job providers has received less attention in social policy discussions. As a result women's rights are now legally more valued, but under-evaluation (Grimshaw/Rubery 2007) still characterizes the societal treatment of caring work, caring knowledge and caring skills. Below I present a political ethics of care that associates intersectionality with a focus on caring services at workplaces.

An intersectional concept of gender justice

The fact that economic globalization has been detrimental to women in developing countries and has enslaved them is relatively well known. The concept of racialization proposed by Edna Bonacich et al. (2008) leads to the scholarly question of the relevance of this enslavement for an analysis of social policies for employed women in wealthy countries. Earlier I argued that nursing assistants are a good illustration of the issues involved. The processes of exclusion, commodification and denial of their right to unionized protection expose them to a particularly harsh intersectionality of oppressions. From these women's standpoint, the evaluation of a model of gender justice should be able to confine the processes of exclusion and denial of rights. Nursing assistants typically represent a range of immigration statuses and thus embody a case that is highly similar to women in developing countries. Nevertheless, it is important to take their standpoint into account since neglecting it could legitimize the permeation of similar practices into the employment arrangements of social categories that are currently better protected.

So far I have criticized two trends. The first is the incremental deskilling that is permeating health services and turning them into effective engines generating in-employment poverty for nursing assistants around the world. I argued that the NPM doctrine of efficiency and cost savings promoted by the OECD and the EU among other organizations of economic globalization has played a crucial role in this process. The second is that feminist support for the OECD and EU has promoted deradicalized notions of gender equality and gender mainstreaming. I have tried to show that from the point of view of nursing assistants these policies are primarily exclusionary measures conducive to increasing class inequalities among women. Here I formulate an alternative political ethics of care that requires feminist struggles for gender justice to become more critical of organizations of economic globalization. Given that quality employment and job security are essential for universal de-commodification and particularly for human dignity after retirement, I redefine gender equality and gender mainstreaming based on the notion of job quality in the caring services. Job quality based on the political ethics of care draws on a comparative approach that focuses on the notion of discrimination. In feminine areas of the labour market, particularly those at the bottom of income ladders, there is full gender equality and no discrimination: Employers are eager for a cheap labour force and usually disregard gender identity issues. Thus, discrimination needs to be re-conceptualized. Instead of a comparison between women and men or between diverse racial/ethnic origins, citizenship status and different sexual identities, discrimination should be based on a comparison with average income in the field. Above I showed that around the world nursing assistants' earnings are less than two thirds of the average hourly incomes in the area of health services. By demanding that discrimination be calculated against average income in a field, feminists will be able to challenge the hegemonic meaning of gender equality as well as that of efficiency. Such an alternative concept of discrimination challenges the meaning promoted by NPM-informed administrators for whom cost savings can be achieved through women's impoverishment. This new type of discrimination thus upends the notion of equality as well: An equal society is one where cost savings are pursued through reduced managerial benefits rather than through in-employment poverty.

The advantage to women employed in low-wage jobs in caring services of harnessing the notion of job quality is that it is an established notion with five dimensions: socio-economic security (i.e. decent wages and secure transitions), skills and training opportunities, working conditions (accidents, work intensity, long working hours, health risks), the ability to combine work and family life, the promotion of gender equality, and collective interest representations. Through these five components, job quality becomes a way to challenge gender mainstreaming. The challenge lies in the political demand that improving job quality should adjust all caring service employees to the average level accepted in their fields. In this way job quality would become a yardstick for gender mainstreaming policies. This would allow feminists to argue forcefully that the right to give care and receive care must be incorporated into evaluations of efficiency used by NPM-informed administrators. Floya Anthias (2008) argued for the need to examine

the processes through which ethno-racial trans-locational positionalities converge with dependency generated in the labour market to shape multiple vulnerabilities. Anthias claimed that this vulnerability depends on the structure of opportunities and on the paths by which women accumulate various resources for their protection. These arguments reinforce the trend within intersectionality theorizing that demand that the analysis of social policy and political activism for its reforms is elaborated upon before intersectional belonging can be said to be understood. Rather than assuming the specific vulnerabilities of intersectional belonging, the model of intersectional gender justice suggested here should help enlist support from all levels of active feminism today to assist women who are active in the new unions (Healy et al. 2006). These women are attempting to undermine NPM-informed employment arrangements, but without vast mobilization their efforts remain so weak that governments can ignore them and continue the “institutionalization of insecurity” (Brodie 2007: 93). A gender justice model based on intersectionality requires both the mapping of these local struggles as well as engaging in trans-local activism of the type described by Desai (2002). The most important issue is the mapping of the dialectic power relations between local institutions and those transnational institutions that exert pressure to further reduce the quality of employment arrangements, particularly for those employed in paid caring services. The powerful resistance of local unions and the struggle of non-governmental organizations (NGOs) to improve the quality of employment must become a vital component of any notion of gender justice. These struggles, particularly those led by the new unions, will lay the groundwork for the future social forces that can negotiate significant changes in social policies that favour the restoration of the public sector as women’s primary employer. This requires the politicizing of feminist activism and the negating of all forms of co-operation with institutional frameworks of equality and mainstreaming. The advantage of politicizing and activism lies in the continuous development of a feminist language in which radical meanings do not become marginalized. By presenting the deleterious consequences of NPM involvement in the social organization of care and its orientation towards eliciting increasingly more women’s unpaid work, I have tried to promote a notion of gender justice that allows feminists to continue their negotiation with state feminism. Unfortunately, it also requires that expert women and representatives involved in such negotiations refuse to cooperate with the dominant rhetoric, which silences the burdens shouldered by women when an efficiency policy enlarges their caring penalty. This, as Walby (2005) showed, may cause them to lose the voice achieved by feminist organizations. Nevertheless, the feminist organizations that have taken part in the trans-local activism described by Desai (2002) have proven that an alternative approach is needed and should be championed.

I would like to thank the anonymous reviewer for her/his valuable comments and suggestions that were so significant for the improvement of this paper. I’m also deeply grateful to Kea Tjeldens from the Amsterdam Institute for Advanced Labor Studies for helping me to use the data collected by the wageIndicator web survey.

References

- Abbott, Pamela & Wallace, Claire. (1990). The Sociology of the Caring Professions: An Introduction. In Pamela Abbott & Claire Wallace (Eds.), *The Sociology of the Caring Professions* (pp. 1–9). London: The Farmer Press.
- Acker, Joan. (2006). Inequality Regimes: Gender, Class and Race in Organizations. *Gender and Society*, 20(4), 441–464.
- Anthias, Floya. (2008). Thinking through the Lens of Translocational Positionality: An Intersectionality Frame for Understanding Identity and Belonging. *Translocations: Migration and Social Change*, 4(1), 5–20.
- Appelbaum, Eileen & Schmitt, John. (2009). Low-wage Work in High-income Countries: Labor-Market Institutions and Business Strategy in the US and Europe. *Human Relations*, 62(12), 1907–1934.
- Baines, Donna. (2004). Caring for Nothing: Work Organization and Unwaged Labour in Social Services. *Work, Employment and Society*, 18(2), 267–295.
- Bernhardt, Annette & Dresser, Laura. (2002). *Why Privatizing Government Services would Hurt Women Workers?* Washington: Institute for Women's Policy Research.
- Bettio, Francesca; Lantenga, Janneke & Smith, Mark. (2013). A New Vision for Gender Equality in Europe. In Francesca Bettio, Janneke Lantenga & Mark Smith (Eds.), *Gender and the European Labor Market* (pp. 1–10). New York: Routledge.
- Brodie, Janine. (2007). Reforming Social Justice in Neoliberal Times. *Studies in Social Justice*, 1(2), 93–107.
- Bonacich, Edna; Alimahomed, Sabrina & Wilson, Jake B. (2008). The Racialization of Global Labour. *American Behavioral Scientist*, 52(3), 342–355.
- Choo, Hae Yeon & Ferree, Mira M. (2010). Practicing Intersectionality in Sociological Research: A Critical Analysis of Inclusions, Interactions and Institutions in the Study of Inequalities. *Sociological Theory*, 28(2), 129–149.
- Collins, Patricia H. (2000). “Gender, Black Feminism and Black Political Economy.” *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 111(568), 41–53.
- Collins, Patricia H. (2005). *Black Sexual Politics: African-Americans, Gender and the New Racism*. New York: Routledge.
- Cui, Ying. (2005). *How and Why did the Influence of the OECD on International Public Management Vary Over Time? Research on the PUMA/GOV from an Internal Perspective over the Last Fifteen Years* (Unpublished Master's thesis). Erasmus University Rotterdam, Rotterdam.
- Desai, Manisha. (2002). Transnational Solidarity Women's Agency, Structural Adjustment and Globalization. In Nancy A. Naples & Manisha Desai (Eds.), *Women's Activism and Globalization: Linking Local Struggles and Transnational Politics* (pp. 15–21). New York: Routledge.
- England, Paula & Folbre, Nancy. (2005). Gender and Economic Sociology. In Neil J. Smelser & Richard Swedberg (Eds.), *Handbook of Economic Sociology*, second edition (pp. 627–649). New York: Russell Sage Foundation.
- Healy, Geraldine. (2009). Reflecting on researching Inequalities and Intersectionality. In Mustafa F. Özbilgin (Ed.), *Equality, Diversity and Inclusion at Work* (pp. 88–100). Cheltenham: Edward Elgar Publishing, Inc.
- Healy, Geraldine; Hansen, L. Lotte & Ledwith, Sue. (2006). Editorial: Still uncovering Gender in Industrial Relations. *Industrial Relations Journal*, 37(4), 290–298.
- Illouz, Eva. (2008). *Saving the Modern Soul: Therapy, Emotions, and the Culture of Self-Help*. Berkeley: University of California Press.

- Grimshaw, Demian. (2011). *What Do We Know about Low-wage Work and Low-wage Workers? Analysing the Definitions, Patterns, Causes and Consequences in International Perspective*. (The Conditions of Work and Employment Series, No. 28). Geneva: International Labour Office.
- Grimshaw, Demian & Rubery, Jill. (2007). *Undervaluing Women's Work*, European Work and Employment Research Centre, Equal Opportunities Commission, Working Paper Series No. 53.
- Kantola, Johanna. (2010). Shifting Institutional and Ideational Terrains: the Impact of Europeanisation and Neoliberalism on Women's Policy Agencies. *Policy and Politics*, 38(3), 353–368.
- Kroos, Daniela & Gottschall, Karin. (2012). Dualization and Gender in Social Services: the Role of the State in Germany and France. In Patrick Emmenegger, Silja Häusermann, Bruno Palier & Martin Seeleib-Kaiser (Eds.), *The Age of Dualization: The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies* (pp. 100–123). New York: Oxford University Press.
- Lazar, Michelle M. (2005). Politicizing gender in discourse: Feminist critical discourse analysis as political perspective and praxis. In Michelle M. Lazar (Ed.), *Feminist Critical Discourse Analysis: Gender, Power and Ideology in Discourse* (pp. 1–30). London: Palgrave.
- McBride Stetson, Dorothy & Mazur, Amy G. (1995). *Comparative State Feminism*. London: Sage Publications.
- Mink, Gwendolyn. (1999). Aren't Poor Single Mothers Women? Feminists, Welfare Reform and Welfare Justice. In Gwendolyn, Mink (Ed.), *Whose Welfare?* (pp. 171–188). Ithaca: Cornell University Press.
- Ntiri, Daphne W. (2001). Access to Higher Education to Nontraditional Students and Minorities in a Technology Focused Society. *Urban Education*, 36(1), 129–144.
- Oppens, Maria; Sack, Detlef & Wegener, Alexander. (2005). German Public-Private Partnerships in Personal Social Services: New Directions in a Corporatist Environment. In Graeme Hodge & Carsten Greve (Eds.), *The Challenge of Public-Private Partnerships: Learning from International Experience* (pp. 269–289). Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing Ltd.
- Payne, Sarah. (2009). *How can Gender Equity be Addressed through Health Systems*. Policy Brief 12. Geneva: The World Health Organization.
- Peña-Casas, Ramón & Ghailani, Dalila. (2011). Towards Individualizing Gender In-Work Poverty Risks. In Neil Fraser; Rodolfo Gutierrez & Ramón Peña-Casas (Eds.), *Working Poverty in Europe*. (The Work and Welfare in Europe Series). (pp. 202–231). New York: Palgrave Macmillan.
- Perrons, Diane. (2007). Living and Working in the New Knowledge Economy: New Opportunities and Old Social Divisions in the Case of New Media and Care-Work. In Sylvia Walby, Heidi Gottfried, Karin Gottschall & Marie Osawa (Eds.), *Gendering the Knowledge Economy: Comparative Perspectives* (pp. 188–206). New York: Palgrave Macmillan.
- Ràdoi, Cristina. (2012). Theoretical Debates on the Concept of “Gender Equality”. *Journal of Community Positive Practices*, 1(1), 5–17.
- Reid, Lori L. (2002). Occupational Segregation, Human Capital, and Motherhood: Black Women's Higher Exit Rates from Full-time Employment. *Gender and Society*, 16(5), 728–747.
- Rees, Teresa. (2010). Reflections on the uneven development of Gender Mainstreaming in Europe. *International Feminist Journal of Politics*, 7(4), 555–574.
- Rubery, Jill. (2013). Public sector adjustment and the threat to gender equality. In Daniel Vaughan-Whitehead (Ed.), *Public Sector Shock: The impact of policy retrenchment in Europe* (pp. 43–83). New York: International Labour Organization.
- Sayer, Andrew. (2005). *The Moral Significance of Class*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Smith, Dorothy E. (2006). *Institutional Ethnography: A Sociology for People*, Lanham, MD: AltaMira Press.
- Squires, Judith. (2007). *The New Politics of Gender Equality*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Theobald, Hildegard. (2012). Combining Welfare Mix and New Public Management: The Case of Long-Term Care Insurance in Germany. *International Journal of Social Welfare*, 21(S1), 61–74.
- Thatcher, Mark. (2007). *Internationalization and Economic Institutions: Comparing the European Experience*. Oxford: Oxford University Press.
- Tijdens, Kea & de Vries, H. Daniel. (2011). *Health Workforce Remuneration: Comparing Wage Levels, Ranking and Dispersion of 16 Occupational Groups in 20 Countries*. (AIAS Working Paper 111). Amsterdam Institute for Advanced Labor Studies (AIAS).
- Tijdens, Kea; de Vries, Daniel H. & Steinmetz, Stephanie. (2013). Health Workforce Remuneration: Comparing Wage levels, Ranking and Dispersion of 16 Occupational Groups in 20 Countries. *Human Resources for Health*, 11. Date of access April 2013 at www.human-resources-health.com/content/pdf/1478-4491-11-11.pdf.
- Tronto, Joan C. (1993). *Moral Boundaries: A Political Argument for an Ethic of Care*. London: Routledge.
- Verloo, Mieke. (2006). Multiple Inequalities, Intersectionality and the European Union. *European Journal of Women's Studies*, 13(3), 211–228.
- Verloo, Mieke & Walby, Sylvia. (2012). Introduction: The Implications of Theory and Practice of Comparing the Treatment of Intersectionality in the Equality Architecture in Europe. *Social Politics*, 19(4), 433–445.
- Wallace, Clement; Mathieu, Sophie; Prus, Steven & Uckardesler, Emre. (2009). Precarious Lives in the New Economy: Comparative Intersectional Analysis. In Leah Vosko, Martha Macdonald & Iain Campbell (Eds.), *Gender and the Contours of Precarious Employment* (pp. 240–255). New York: Routledge.
- Walby, Sylvia. (2005). Gender Mainstreaming: Productive Tensions in Theory and Practice. *Social Politics*, 12(3), 321–343.
- Walby, Sylvia; Armstrong, Jo & Strid, Sofia. (2012). Intersectionality: Multiple Inequalities in Social Theory. *Sociology*, 46(2), 224–240.
- Williams, Fiona. (2001). In and Beyond New Labour: Towards a New Political Ethics of Care. *Critical Social Policy*, 21(4), 467–493.
- Williams, Fiona. (2011). Towards a Transnational Analysis of the Political Economy of Care. In Rianne Mahon & Fiona Robinson (Eds.), *Feminist Ethics and Social Policy: Towards a New Global Political Economy of Care* (pp. 21–38). Vancouver: UBC Press.
- Wu, Ke Bin. (2003). *Poverty Experience of Older Persons: A Poverty Study from a Long-term Perspective*. Washington, DC: AARP.
- Zeytinoglu, I. Urla & Muteshi, Jacinta K. (2000). Gender, Race and Class Dimensions of Nonstandard Work. *Relations Industrielles*, 55(1), 133–67.

Zur Person

Orly Benjamin is Associate Professor in the Sociology and Anthropology Department and the Gender Studies programme at Bar-Ilan University. Her research focuses on precarious employment, gender and job insecurity, and family and intimate relations. Her Palgrave-McMillan book with Michal Rom on *Feminism, family and identities: Women's marital names* (2011) discusses the power relations between familism and feminism in Israel as shaping women's access to feminist practices.

Kontakt: Sociology Department, Bar-Ilan University, Israel

E-Mail: benjamo@biu.ac.il

Julia Grulich

Weibliche Topführungskräfte in der Wirtschaft: Stellen diese Weiblichkeiten die hegemoniale Geschlechterordnung in Frage?

Zusammenfassung

Der Beitrag nimmt die zunehmende Präsenz weiblicher Topführungskräfte in der Wirtschaft aus geschlechtertheoretischer Perspektive in den Blick und fragt danach, ob und inwiefern sich hierdurch eine Veränderung der bestehenden Geschlechterordnung andeutet. Diskutiert wird auch der in der Geschlechtertheorie breit rezipierte Ansatz zu hegemonialer Männlichkeit von Raewyn Connell dahingehend, ob und inwiefern dieser Ansatz grundsätzlich in der Lage ist, Verschiebungen im Geschlechterverhältnis zu erfassen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Connells in Anlehnung an Antonio Gramsci zugrunde gelegter Definition von Hegemonie. Da Geschlecht nur relational zu verstehen ist, konzentriert sich der Beitrag nicht nur auf hegemoniale Männlichkeit, sondern rezipiert zudem einen vor allem im deutschsprachigen Raum weitgehend unbekannten Ansatz von Mimi Schippers, die ein sehr überzeugendes theoretisches Konzept zu hegemonialer und weiteren Formen von Weiblichkeit vorgelegt hat und damit eine differenzierte Perspektive auf das Geschlechterverhältnis ermöglicht. Der Artikel gibt damit Anregungen für die Weiterentwicklung der theoretischen Diskussion zum Wandel geschlechtlicher Ordnung.

Schlüsselwörter

Geschlecht, Geschlechterordnung, Hegemonie, Männlichkeit, Weiblichkeit, Führungskräfte, Connell, Schippers

Summary

Female top managers in business: Do these femininities question the hegemonic gender system?

The article analyses the emergence of female top managers in business from a theoretical gender perspective and discusses the fundamental question of whether and to what extent these women point towards a change in the established gender system on a symbolic level. As female top managers are to be found mainly in multinationals or transnational corporations, the article concentrates on current research in the field of gender and management. In particular, it discusses the theoretical approaches of Jeff Hearn and Raewyn Connell in regard to whether these theories are, in fact, able to explain changes to the gender system. The article also explores other theoretical approaches, in particular Mimi Schipper's concept of hegemonic femininity in order to analyze relations within as well as between the genders. The article thus makes concrete suggestions in regard to developing the theoretical debate on changing gender systems.

Keywords

gender, gender system, hegemonic, masculinity, femininity, managers

Einleitung¹

2012 kürte die *Financial Times Deutschland* (FTD) Simone Menne zu Deutschlands wichtigster Managerin (Financial Times Deutschland 2012). Als neuer Finanzvorstand der Lufthansa ist sie die erste Frau, die in einem DAX-Konzern jenseits des Personalwesens in eine Topführungsposition aufgestiegen ist. Interessant ist, wie Simone Menne in den Medien wahrgenommen und präsentiert wird. Die FTD schreibt dazu:

„Sie blüht auf, wirbelt von 7.30 Uhr bis 21 Uhr; der Sonntag geht bei Menne, ledig, kinderlos, oft für die Vorbereitung der kommenden Woche drauf. Wenn sie nicht in ihrem Frankfurter Büro arbeitet, ist sie unterwegs – auf Roadshow, in London, Paris, New York. Zwischendrin: Vorstandstreffen, Sitzungen des Finanzausschusses. Und, ganz wichtig und immer öfter: Frühstücke mit Mitarbeitern, Veranstaltungen, auf denen Menne und ihre drei Vorstandscollegen sich den Fragen der Belegschaft stellen: Wie viele Mitarbeiter müssen gehen? Wohin steuert der Konzern?“ (Lachmann 2012).

Während die Managerin ihrer Arbeit nachgeht und diese genießt, „wirbelt“ sie allein durch ihre Anwesenheit in der männlich konnotierten und dominierten Domäne die geschlechtliche Ordnung durcheinander. Anstatt sich an die „weiblich“ definierten Felder zu halten, denen weniger gesellschaftliche Anerkennung und Macht zuteil wird (v. a. Bildung, Gesundheit und Reproduktionsarbeit), orientiert sich Simone Menne mit Wirtschaft und Finanzen an einem gesellschaftlich besonders bedeutsam definierten Feld, das aufs Engste mit Männlichkeit verknüpft ist (Becker-Schmidt 2003). In der medialen Aufmerksamkeit steht besonders die Frage, inwiefern eine bestimmte Vorstellung von Weiblichkeit, die mit Kindern und Ehe assoziiert wird, mit diesen machtvollen und gesellschaftlich angesehenen Positionen verknüpfbar ist. Menne ist 52 Jahre alt, ledig, hat keine Kinder und, laut Medien, neben der Arbeit kaum Zeit für andere Lebensbereiche:

„Kino, Theater, ein gutes Buch lesen: im Moment kaum möglich. Kochen in ihrer Frankfurter Stadtwohnung, malen, alles ist selten geworden. Nachts schläft sie manchmal schlechter, weil ihr so viel im Kopf herumgeht. Der nächste große Urlaub? Hoffentlich 2013 mit dem Kreuzfahrtschiff von Hamburg nach New York. Dafür genießt sie die Vorteile des Jobs: interessante Leute treffen und vor allem – selbst entscheiden können“ (Lachmann 2012).

Innerhalb dieses Spannungsverhältnisses von gesellschaftlichen Normen und persönlichem Anspruch an berufliche Selbstverwirklichung wird Simone Menne medial verortet. Aufgrund der geringen Anzahl weiblicher Topführungskräfte² werden die wenigen weiblichen Führungskräfte medienwirksam präsentiert und politisch intensiv diskutiert.³ Die

1 Das Entstehen dieses Artikels ist insbesondere dem produktiven Austausch einer interdisziplinären Gender-Lesegruppe sowie den besonders hilfreichen und anregenden Kommentaren von Birgit Riegraf, Lena Weber und Sarah Schauburger zu verdanken. Der vorliegende Beitrag hat zudem sehr von den anonymen Begutachtenden der Zeitschrift GENDER profitiert: Vielen Dank für die kritischen Anmerkungen und die konstruktiven Hinweise!

2 Laut der aktuellen Zahlen vom 31.03.2013 des Women-on-Board-Index (WoB-Index) der Organisation „Frauen in die Aufsichtsräte“ (FidAR, www.fidar.de/home.html) stieg die Zahl der Frauen in Aufsichtsräten auf 16,2 Prozent (01/2012: 12,8 Prozent) und in den Vorständen auf 5,9 Prozent (01/2012: 3,4 Prozent). Insgesamt beträgt der Frauenanteil in den 160 DAX-Unternehmen jetzt 11,1 Prozent (FidAR 2012).

3 Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) hat sich unter der Leitung von Kristina Schröter (CDU) für eine sogenannte „Flexi-Quote“ ausgesprochen, um mehr Frauen

mit dieser Gruppe verbundenen Weiblichkeitsvorstellungen interessieren im Folgenden aus geschlechtertheoretischer Perspektive. Das Phänomen weiblicher Topführungskräfte ist zwar zahlenmäßig nahezu verschwindend gering und kein Ausdruck der faktischen Gleichstellung der Geschlechter, dennoch lässt sich für die zukünftigen Entwicklungen, für die ein Anstieg weiblicher Topführungskräfte erwartbar scheint (Stichwort: Einführung einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen), diskutieren, inwiefern diese Frauen eine Veränderung der bestehenden Geschlechterordnung andeuten.

Sylka Scholz, die im deutschsprachigen Raum die theoretische Weiterentwicklung in der Differenzierung verschiedener Weiblichkeiten maßgeblich angeregt hat, deutet das Auftauchen mächtiger Frauen in den Feldern von Politik und Wirtschaft als Durchkreuzung von Machtverhältnissen der Geschlechter, die „massive Verschiebungen in den gesellschaftlichen Leitvorstellungen von Weiblichkeit“ nach sich ziehe (Scholz 2012: 246). Lothar Böhnisch schließt sich dem an und sieht die Ursache möglicher Geschlechterverschiebungen in den veränderten Produktionsgesetzmäßigkeiten, die durch wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen entstanden seien. So habe die „neue Ökonomie [...] das geschlechtsindifferente globale Leitbild des ‚abstract worker‘ [...] hervorgebracht, [...] das von Männern und Frauen gleichermaßen besetzt“ werden könne (Böhnisch 2001: 97). Scholz und Meuser gehen davon aus, dass Weiblichkeitsvorstellungen sich durch die neuen mächtigen Frauen verändern und durch die Partizipation von Frauen an Macht ein Gewöhnungseffekt eintrete, der diese langsam zum Normalfall werden lasse (Scholz/Meuser 2011: 72). Diese hochqualifizierten, berufsorientierten Frauen werden daher inzwischen als neue, „hegemoniale“ Weiblichkeit gehandelt (Scholz 2010: 397), ohne jedoch zu klären, was genau mit diesem Begriff gemeint ist. Denn unklar ist bislang, in welchem Verhältnis diese Form der Weiblichkeit zu anderen Weiblichkeiten und zu Männlichkeiten steht und ob sich eine Angleichung oder gar eine Umkehrung des Geschlechterverhältnisses andeutet.

Vor dem Hintergrund der Ökonomie bzw. global-kapitalistischer Produktionsverhältnisse soll der Frage nachgegangen werden, wie hegemoniale Weiblichkeit verstanden werden kann. Diese kann und soll im begrenzten Rahmen des Beitrags jedoch nicht erschöpfend beantwortet werden. Stattdessen geht es zunächst darum, zu klären, inwiefern die bereits bestehenden theoretischen Ansätze in der Geschlechtersoziologie ausreichen, diese Form von Weiblichkeit zu fassen und zu erklären. Auch theoretische Konzepte besitzen keine unbegrenzte Haltbarkeit oder, in den Worten von bell hooks: „Just as our lives are not fixed or static but always changing, our theory must remain fluid, open, responsive to new information“ (hooks 2000: xiii). Daher werden im Folgenden Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung theoretischer Konzepte angeboten, die sich zur Gegenwartsanalyse geschlechtlicher Ordnung eignen.

Da es nur wenige theoretische Ansätze gibt, die weibliche Topführungskräfte direkt zum Thema machen, wird zunächst der in der Geschlechtertheorie breit rezipierte An-

in Führungspositionen zu bringen. Aus dem Ministerium heißt es: „Börsennotierte und voll mitbestimmte Unternehmen werden gesetzlich verpflichtet, eine selbst bestimmte und betriebspezifische Frauenquote festzulegen und zu veröffentlichen, die innerhalb einer bestimmten Frist erreicht werden soll. Dies gilt sowohl für den Vorstand als auch für den Aufsichtsrat“ (BMFSFJ, www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=172756.html). In den Medien wird die Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen intensiv und kontrovers diskutiert (vgl. unter dem Stichwort „Frauenquote“ u. a. die überregionalen Zeitungen FAZ, Handelsblatt, die Zeit, Süddeutsche).

satz zu hegemonialer Männlichkeit von Raewyn Connell geprüft, ob und inwiefern er in der Lage ist, Verschiebungen im Geschlechterverhältnis zu erfassen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auch auf der zugrunde gelegten Unterscheidung von Hegemonie und Dominanz (1). In Anlehnung an Connell, aber in konkreter Bezugnahme auf andere theoretische Traditionen (u. a. Judith Butler) hat Mimi Schippers ein Modell verschiedener Weiblichkeiten vorgelegt, das ebenfalls präsentiert und im Hinblick auf die Fragestellung diskutiert wird (2). Anschließend wird Schippers Konzeption hegemonialer Weiblichkeit grob skizziert. Anhand der Person von Simone Menne wird exemplarisch illustriert, wie sich weibliche Topführungskräfte innerhalb der geschlechtlichen Ordnung situieren lassen, und eine Antwort auf die Ausgangsfrage gegeben (3). Der Ausblick enthält Hinweise auf mögliche Ansatzpunkte für ein theoretisches Weiterdenken (4).

1 Patriarchale Statik: hegemoniale Männlichkeit und Subordination von Weiblichkeit

Die Überlegung, was sich hinter dem Begriff der hegemonialen Weiblichkeit verbergen könnte, nimmt ihren Ausgangspunkt am Konzept der männlichen Hegemonie, wie es bereits in den 1990ern von Raewyn Connell in Anlehnung an das Konzept der Hegemonie bei Antonio Gramsci ausgearbeitet wurde (Connell 2006). Gramsci definiert Hegemonie als eine Form der Kontrolle, die durch die dominante Klasse ausgeübt wird und zur zwanglosen Zustimmung der Beherrschten führt. Im Marxismus entspreche die dominante Klasse den Produktionsmittelbesitzer_innen (Gramsci 1991–2002: 502, B3, H4, § 38). Die Unterscheidung von Dominanz und Hegemonie ist jedoch eine rein analytische und nicht identisch mit der Marx'schen Trennung von Basis und Überbau. Stattdessen sind gesellschaftliche Verhältnisse als Einheit von ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnissen zu deuten. „[...] wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, auch ökonomisch zu sein, kann nicht umhin, ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt“ (Gramsci 1991–2002: 1566–1567, B7, H13, § 18). Gramsci kommt dabei unter anderem das Verdienst zu, die Bedeutung der ideologischen Ebene von Herrschaftsverhältnissen herausgearbeitet zu haben, die eben nicht durch die ökonomische Sphäre determiniert ist. Ein Teil des ideologischen Herrschaftsapparates sind die gesellschaftlichen Vorstellungen dessen, was eine „richtige Frau“ und ein „richtiger Mann“ zu sein haben. Joan Acker (2004) verweist auf die enge Verwobenheit von kapitalistischen Produktionsstrukturen und Geschlechtervorstellungen: „Gendered images and ideologies of femininity and masculinity are used in various sectors of international capital to construct desirable workers (and managers) and desired behaviours [...]“ (Acker 2004: 18). In der Übertragung von Gramscis Hegemoniekonzept auf die Geschlechterverhältnisse deutet Connell die Hegemonie bestimmter Männlichkeitsvorstellungen weniger als Effekt direkter Gewalt, sondern erklärt ihren Erfolg „durch ihren erfolgreich erhobenen Anspruch auf Autorität“ (Connell 2006: 98). Die idealisierten Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit dienten als Legitimationsfolie für die faktische Dominanz bestimmter Männer

sowie die Unterordnung von Frauen. Die analytische Trennung der symbolischen von der materiellen Ebene ist an dieser Stelle entscheidend, um zu einem differenzierten Verständnis des Geschlechterverhältnisses zu gelangen, und findet ihren sprachlichen Niederschlag in den Begriffen von Hegemonie und Dominanz. Entsprechend unterscheidet Connell zwischen der „Hegemonie verschiedener Formen von Männlichkeit“ und „männlicher Hegemonie“ (Connell 2006: 98), sieht jedoch beide untrennbar miteinander verknüpft. So sind Connell zufolge geschlechtliche Normen auch immer mit gesellschaftlichen Strukturen und historischen Entwicklungen verwoben, die sich anhand verschiedener Achsen näher bestimmen lassen (Connell 2006: 94f.): Zu diesen gehören (1.) gesellschaftliche Macht- und Entscheidungspositionen, (2.) kapitalistische Produktionsverhältnisse und eine geschlechtliche Arbeitsteilung, welche Frauen in den privaten Bereich und Männer in die öffentliche Sphäre verweist, (3.) die emotionale Bindungsstruktur zwischen den als heterosexuell gedachten Geschlechtern und (4.) soziale Ungleichheit⁴, bei der sich die Kategorie Geschlecht mit anderen Dimensionen sozialer Ungleichheit (insbesondere Klasse sowie ethnische und soziale Herkunft) überkreuzt und zudem eingebettet ist in das polit-ökonomische Nord-Süd- und Süd-Süd-Gefälle. Basierend auf diesen vier Achsen habe sich, so Connell, eine spezifische Form des Geschlechterverhältnisses entwickelt, das vier verschiedene Formen von Männlichkeit umfasse: hegemoniale, untergeordnete, marginalisierte und Komplizenhafte Männlichkeit (Connell 2006: 100f.). Die „hegemoniale Männlichkeit“ ist nach Connell diejenige, an welcher sich die Geschlechter in ihrem Handeln (zustimmend oder ablehnend) orientieren. Während es zwischen diesen Männlichkeiten eine Abstufung gebe, bleibe Weiblichkeit all diesen Männlichkeiten untergeordnet. Mit Blick auf die entscheidenden Machtpositionen in den sich im Zuge der Globalisierung stark verändernden Branchen der multi- bzw. transnationalen Unternehmen (u. a. im Finanzsektor und hier insbesondere die Banken) konstatieren Connell und Julian Wood, dass es durch die Globalisierung der Wirtschaft und Transnationalisierung von Organisationen zur Ausbildung neuer hegemonialer Männlichkeit, der sogenannten „transnational business masculinity“ (Connell/Wood 2005: 347; Connell 2010), komme, die über nationale Grenzen hinaus dominierend wirke. Diese transnationale Elite bestehe, so betont auch Jeff Hearn, in erster Linie aus weißen, heterosexuellen Männern im mittleren Alter, die „als wahre ‚Männer von Welt‘ [...] an der Spitze der heutigen Patriarchien⁵ die Macht in ihren Händen halten“ (Hearn 2012: 284). Diese Eigenschaften kulminierten im Bild der hegemonialen Männlichkeit, würden als solche bewundert und begehrt und stützten so wiederum die männliche Hegemonie (Stückler 2011).

Connell entwickelte ein Konzept, das Dominanz, Über- und Unterordnung, Abhängigkeiten und Ungleichheiten nicht nur zwischen den Geschlechtergruppen verortet, sondern auch innerhalb dieser diagnostiziert. Zwar geht sie in ihrer frühen Arbeit „Gender and Power“ (1987) auch von vielschichtigen Weiblichkeiten aus, entwickelt für diese jedoch kein dem Modell verschiedener Männlichkeiten vergleichbares analy-

4 Connell geht ursprünglich nur von drei Achsen aus, nennt aber soziale Ungleichheit als wesentlichen Aspekt, der die anderen drei Achsen durchkreuzt und insofern von mir als vierte Achse gelistet wird.

5 Mit dem Neologismus „Patriarchien“ bzw. auch „Transpatriarchien“ bezeichnet Hearn global agierende multi- bzw. transnationale Unternehmen, die auf globaler Ebene mit patriarchalen und weiteren Ungleichheitsstrukturen verwoben sind (vgl. Hearn 2012: 267).

tisches Raster. Zudem steht für sie fest, dass es zwar innerhalb der verschiedenen Männlichkeitsformen hierarchische Abstufungen geben mag, Weiblichkeit jedoch *per se* dem Männlichen untergeordnet ist. Erst spät beschäftigte sich Connell gemeinsam mit James Messerschmidt (2005) erneut mit der Möglichkeit verschiedener Weiblichkeiten und deren Ausdifferenzierung. So sind sie der Ansicht, dass es eine der hegemonialen Männlichkeit zugeordnete Weiblichkeit gebe und wählen für diese die Bezeichnung *emphasized femininity*, da es sich bei dieser Weiblichkeit um jene handele, die das patriarchale Herrschaftssystem stütze. Interessant ist, dass sie diese Weiblichkeit bewusst nicht als „hegemonial“ bezeichnen, um zu verhindern, dass die patriarchale Geschlechterordnung und damit die Asymmetrie von Männlichkeit und Weiblichkeit unterschlagen werden (Connell/Messerschmidt 2005: 848). Richard Howson, der Connells Ansatz der betonten Weiblichkeiten (*emphasized femininities*) übernimmt, beschreibt diese wie folgt: „[...] a soft and docile personality that expresses such things as sociability rather than technical competence, fragility in mating scenes, compliance with men’s desires for titillation and ego-stroking, as well as acceptance of marriage and childcare“ (Howson 2006: 67).⁶ Eine genauere Differenzierung der verschiedenen Weiblichkeitsformen und eine Spezifizierung der Beziehung von Weiblichkeiten zu Männlichkeiten bleiben bei Connell und Messerschmidt jedoch aus. Dies ist insofern eine deutliche Schwachstelle des Konzepts hegemonialer Männlichkeit, als Geschlecht nur relational zu verstehen ist, also immer in Bezug zu Weiblichkeit(en) gedacht und analysiert werden muss. Erst wenn das Geschlechterverhältnis in seiner ganzen Komplexität theoretisch durchdrungen ist, wird abschätzbar, ob und wie die anvisierte Vision einer geschlechtergerechten Welt möglich ist.⁷

2 Multiple Weiblichkeiten: Eine alternative Geschlechterordnung ist möglich

Verschiedene Wissenschaftler_innen sind der Aufforderung von Connell und Messerschmidt nachgekommen, auch Weiblichkeit(en) stärker zu differenzieren (Schippers 2007; Howson 2006; May 2010; Scholz 2010; Ehnis 2008; Aulenbacher/Meuser/Rie-

6 Diese inhaltliche Beschreibung mag zwar für den Moment und einen spezifischen gesellschaftlichen Kontext stimmig sein; sofern sie jedoch darüber hinaus Gültigkeit beansprucht, mutet sie eher essentialistisch und ahistorisch an und würde damit auch Howsons eigenem Anspruch zuwiderlaufen (Howson 2006: 58).

7 Um egalitäre Geschlechterbeziehungen zu erfassen, bedürfte es eines Ansatzes mit größerer empirischer Offenheit. Interessant ist der Hinweis von Silvia Kontos und Michael May, dass es analytisch vorteilhafter sein könnte, hegemoniale Männlichkeit getrennt nach verschiedenen Ebenen zu analysieren: auf der Ebene der Strukturen, der Normen/Kultur und der Handlungen. Die stärkere Differenzierung verhindert, dass nur herausgefunden wird, was bereits bekannt ist (in diesem Fall die männliche Dominanz bzw. Hegemonie), und ermöglicht die Erkenntnis, dass hegemoniale Männlichkeit womöglich nicht immer und überall über Weiblichkeit herrscht (Kontos/May 2008: 8). Dies entspräche den Erkenntnissen der Geschlechterforschung, die in den letzten Jahren immer wieder konstatieren musste, dass die soziale Realität der Geschlechter von Ambivalenzen, Ungleichzeitigkeiten und Widersprüchen bestimmt ist. Dieser Sichtweise zufolge könnte der Aufstieg von weiblichen Führungskräften in prestige- und einflussreiche Machtpositionen von Rückschlägen an anderer Stelle des Geschlechterverhältnisses begleitet werden (wie z. B. der Verfestigung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Privaten).

graf 2013). Im Folgenden gehe ich insbesondere auf die theoretischen Ausarbeitungen von Mimi Schippers ein (2007). Sie ist innerhalb der geschlechtertheoretischen Debatten der letzten Jahre – vor allem im deutschsprachigen Raum – relativ unbekannt und ihr erkenntnistheoretisches Potenzial bisher kaum genutzt. Sie hat jedoch ein sehr überzeugendes theoretisches Konzept zu hegemonialer und weiteren Formen von Weiblichkeit vorgelegt, das in Anlehnung an Connells Konzept der hegemonialen Männlichkeit verschiedene Weiblichkeiten unterscheidet und damit eine differenzierte Perspektive auf das Geschlechterverhältnis ermöglicht. Es ist aufschlussreich, dass Schippers diese Perspektivenerweiterung gerade deswegen gelingt, weil sie aus dem Theoriekanon, in welchem sich die Auseinandersetzung bisher bewegt hat, ausbricht. Anders als Connell, Hearn, Scholz u. a., die sich insbesondere auf die in strukturalistischer und marxistischer Tradition stehenden Ansätze Pierre Bourdieus beziehen, referiert sie in ihren Überlegungen auf die post-strukturalistischen Arbeiten Judith Butlers. Deutlich wird der Unterschied dieser beiden Ansätze unter anderem im Vergleich ihrer jeweiligen Auffassungen von symbolischer bzw. diskursiver Gewalt sowie des Verhältnisses von Normen zu Handlungen. Im Gegensatz zu Bourdieu, der von der Inkorporierung herrschender Normen ausgeht und damit den routinierten und reproduktiven Charakter des Sozialen in den Mittelpunkt rückt, betont Butler die Freiheitsgrade im Handeln der Subjekte, also deren subversives Potenzial und damit die Möglichkeit der Durchbrechung eingespielter Routinen und etablierter Strukturen (Villa 2011: 53). Während für Bourdieu eine Veränderung von Herrschaftsstrukturen auf symbolischer wie auf materieller Ebene utopisch ist, geht Butler davon aus, dass das Herrschaftsgefüge in sich bereits instabil und eine andere Ordnung möglich sei (Villa 2011: 66). Obgleich auch beide der Ansicht sind, dass sich keine Position außerhalb des Systems einnehmen lasse, also notwendigerweise Bezug auf das bereits Gegebene genommen werden müsse, so müsse diese „Wiederholung“, wie Paula-Irene Villa Butlers Position treffend zusammenfasst, „in kritischer Absicht“ genutzt werden (Villa 2011: 66).

Schippers geht davon aus, dass sich historisch und kulturell eine Vielzahl an Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen finden lassen und ein essentialistischer Kern zu verneinen sei. Im Hinblick auf intersektionale Verschränkungen von Geschlecht mit anderen Ungleichheitskategorien warnt Schippers jedoch davor, sich nicht von der empirischen Vielfalt kultureller, klassenspezifischer und anderer Ausprägungen von Weiblichkeit und Männlichkeit zu der irrigen Annahme verleiten zu lassen, es gebe je nach sozialer Herkunft, Klasse, Alter etc. verschiedene Geschlechterordnungen. Vielmehr seien die symbolische Bedeutung von hegemonialer Männlichkeit und Weiblichkeit sowie ihre Relation zueinander universal.⁸ Das kulturelle System der Zweigeschlechtlichkeit basiere auf dem Prinzip der Komplementarität und Unterordnung von Weiblichkeit unter Männlichkeit (Schippers 2007: 98f.). Alle Weiblichkeiten seien also nur im Verhältnis zur hegemonialen Männlichkeit zu verstehen, diese kann sich je nach untersuchtem Feld unterschiedlich definieren. Entsprechend gibt es, darauf hat Scholz zu

8 „Universal“, so muss m. E. an dieser Stelle einschränkend hinzugefügt werden, meint jedoch nicht, dass die Geschlechterverhältnisse schon immer so waren, wie sie heute sind (und nie anders sein werden). Stattdessen wird auch hier eine sozialkonstruktivistische Perspektive zugrunde gelegt, welche die Gewordenheit der gegebenen Ordnung sichtbar werden lässt. Universal meint in diesem Sinne, dass die Subordination des Weiblichen unter das Männliche eine global verbreitete Kategorisierung darstellt.

Recht hingewiesen, in einer Gesellschaft verschiedene Versionen hegemonialer Männlichkeiten (Scholz 2004). Die verschiedenen Formen von Weiblichkeit, die sich in Relation zur hegemonialen Männlichkeit formieren, definiert Schippers wie folgt:

Betonte und bewahrende Weiblichkeiten: Schippers positioniert diese Form der Weiblichkeit in Relation zu hegemonialer Männlichkeit als jene Weiblichkeit, die den männlichen Attributen entsagt und als Komplizin des männlichen Dominanzsystems agiert. Anders als Connell deutet sie jedoch die *emphasized femininity*, welche sich komplementär zur hegemonialen Männlichkeit verhält und die Subordination des Weiblichen unter das Männliche legitimiert, durchaus als hegemonial, da ihr innerhalb des patriarchalen Systems die größte Legitimität zukomme. Die beiden Begriffe „hegemonial“ und „betont“ werden also an dieser Stelle von ihr synonym verwendet. Obgleich die Argumentation von Schippers einleuchtet und diese Form der Weiblichkeit in einem androzentrischen System die hegemoniale Form der Weiblichkeit ist, scheint mir der Ausdruck der betonten Weiblichkeit geeigneter. Dieser vermeidet m. E. den gedanklichen Kurzschluss, der durch die Alltagssprache naheliegt und dazu führt, mit hegemonialer Weiblichkeit Frauen in Machtpositionen zu assoziieren. Denn die betonte Weiblichkeit ist zwar hegemonial, aber sie ist nicht dominant, da sie nicht über die machtvollen gesellschaftlichen Ressourcen und Positionen verfügt.

Ausgestoßene und geächtete Weiblichkeiten: Schippers führt die „ausgestoßenen und geächteten Weiblichkeiten“ (*pariah femininities*) als Gegenpol zur betonten Weiblichkeit ein (Schippers 2007: 95). Sie nennt diese Weiblichkeit bewusst nicht „untergeordnete Weiblichkeit“, da sie nicht notwendigerweise tiefer gestellt sein müsse, sondern sich durch ihre Infragestellung des traditionellen Geschlechterverhältnisses auszeichne. Es handele sich dabei um jene Weiblichkeit, welche die symbolische Konstruktion heterosexuellen Begehrens infrage stelle und sich die „typisch“ männlichen Merkmale wie körperliche Stärke und Autorität aneigne. Da es diese Faktoren seien, die die Geschlechterdifferenz diskursiv bzw. symbolisch fundierten und die männliche Überlegenheit definierten und legitimierten, würden jene Frauen, welche sie sich zu eigen machen, als Bedrohung der bestehenden Ordnung wahrgenommen, als von der Norm abweichend stigmatisiert (Vorwurf der Promiskuität oder der Frigidität, Mannsweib, Lesbe etc.) und auf diese Weise sozial sanktioniert. Das Handeln dieser Frauen wird also im Hinblick auf das herrschende Geschlechterverhältnis als konform oder abweichend eingestuft. Geächtete Weiblichkeiten können sich zwar an der hegemonialen Männlichkeit orientieren, durch deren Übernahme jedoch nie männlich werden. Das Gleiche gilt für Männer: Die Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit sind mit den sozial konstruierten Geschlechtskörpern verknüpft. Eine Frau kann sich zwar männlich geben, riskiert damit jedoch ihre Abwertung ebenso wie ein sich weibliche Attribute oder Handlungsmuster aneignender Mann: „Just as hegemonic masculinity must remain exclusively in the hands of men, hegemonic femininity must cohere with the gender category ‚woman‘“ (Schippers 2007: 96).

Alternative Weiblichkeiten und Männlichkeiten: Schippers sieht erste Ansätze für mögliche Alternativen zu den bisher existierenden hegemonialen Geschlechterbeziehungen. Empirische Beispiele für die von ihr sogenannten „alternativen Weiblichkeiten und Männlichkeiten“ (*alternative femininities and masculinities*) konnte sie im Rahmen einer mehrjährigen ethnographischen Forschung im relativ kleinen Kreis einer spezi-

fischen Subkultur der Rockmusik identifizieren (Schippers 2002). Hier sind ihr zufolge die traditionellen Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit suspendiert und die Hierarchie, welche den männlichen Rocker, der symbolisch über dem weiblichen Groupie steht, ist durch ein gleichberechtigtes Miteinander ersetzt (Schippers 2002: 41). „In this case, alternative femininities and masculinities are discursively valued traits and practices in women and men that do not articulate a complementary relation of dominance and subordination between women and men“ (Schippers 2007: 97f.). Obwohl auch Schippers die geschlechtliche Ordnung, die auf der Geschlechterdifferenz und männlicher Dominanz basiert, als universal erachtet (Schippers 2007: 98), fordert sie nun, die Relation zwischen den je nach Kontext verschiedenen Ausprägungen geschlechtlicher Ordnung zu erforschen (Schippers 2007: 98).

3 Weibliche Führungskräfte: nicht hegemonial, aber auch keine Alternative

Wie bereits ausgeführt, werden die erfolgreichen und einflussreichen Frauen in der Wirtschaft – obgleich vergleichsweise wenig an der Zahl – als neues Leitmodell moderner Frauen gehandelt (Böhnisch 2001: 97; Scholz 2010: 397). Ob dem so ist und was dies für das Geschlechterverhältnis bedeutet, soll im Folgenden diskutiert werden. Die analytische Unterscheidung von Hegemonie und Dominanz im Blick muss an dieser Stelle zwischen materieller und symbolischer Ebene differenziert werden. Auf der Ebene materieller Verhältnisse muss die Reproduktion geschlechtlicher Ungleichheit ebenso betrachtet werden wie auf symbolischer Ebene eine mögliche Reifikation von Geschlechterdifferenz. Es ließe sich beispielsweise vermuten, dass weibliche Topführungskräfte das symbolische System der Zweigeschlechtlichkeit lediglich mit anderen Mitteln reproduzieren, wie die von Angela McRobbie (2010) beschriebenen „Top Girls“, die eine übertriebene Form der Weiblichkeit an den Tag legten, um sich von den geächteten Weiblichkeiten zu distanzieren und, wie McRobbie schreibt, „ihren Wunsch nach Männlichkeit [...] [zu] maskieren“ (McRobbie 2010: 103).

Methodisch könne, so Schippers, die Identifikation der hegemonialen Weiblichkeit bzw. die weiblichen Mittäterinnenschaft am Herrschaftsgefüge im Umkehrschluss erreicht werden, indem zunächst jene Weiblichkeiten identifiziert würden, die geächtet und ausgeschlossen würden (Schippers 2007: 100). Denn wenn von einem westlichen, weißen, heteronormativen Mittelklassestandpunkt heraus andere Weiblichkeiten als problematisch oder befremdlich identifiziert würden, so handele es sich um einen Konstruktionsprozess, der dazu diene, das eigene Herrschaftssystem zu legitimieren und zu stützen (Schippers 2007: 99f.).

Hilfreich sind an dieser Stelle empirische Untersuchungen zur öffentlichen Wahrnehmung von weiblichen Führungskräften. Andrea Bührmann (2012)⁹ stellt in einer

9 Diese Informationen beziehen sich auf einen Vortrag, den Andrea Bührmann 2012 auf dem vom 1. bis 5. Oktober 2012 in Bochum stattgefundenen Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie unter dem Titel „Mehr Geschlechtergerechtigkeit durch mehr Geschlechterungleichheit? Zur Re-Naturalisierung der Geschlechterdifferenzen in der Debatte über die Einführung von Geschlechterquoten in Top-Management-Teams“ gehalten hat. Der Vortrag ist unveröffentlicht.

Analyse der öffentlichen Diskurse um Frauen in der Wirtschaft fest, dass ein Unterschied gemacht werde zwischen „Karrierefrauen“, also jenen sich nach oben arbeitenden, eher maskulin wirkenden Geschäftsfrauen (kurze Haare, Nadelstreifenanzug), und den „Powerfrauen“, die, durch Erbschaft o. ä. zu Macht kommend, eher weiblich aufträten (Kleider, deutlich geschminkt etc.). Während die Karrierefrau als „zu männlich“ diskreditiert werde, werde die Powerfrau positiv wahrgenommen, da, so Bührmanns These, diese nicht den angeblich natürlichen Weiblichkeitsvorstellungen widerspreche. Damit ist auch Joan Ackers (2004) Annahme – zumindest für den deutschen Kontext – widerlegt, dass einige der mit dem kapitalistischen Produktionssystem verknüpften Vorstellungen eines guten Arbeiters der Inbegriff weiblichen Erfolges seien: „the young and sexy woman who is beautiful as well as on the top in the business world“ (Acker 2004: 19). Vielmehr unterscheiden sich die weiblichen Topführungskräfte in der Wirtschaft von McRobbies „Top Girls“ dadurch, dass sie eben nicht dem traditionellen Bild von Weiblichkeit entsprechen.

Mit Blick auf die ambivalenten Reaktionen auf weibliche Führungskräfte und Frauen in Machtpositionen, die zwischen Anerkennung für die Leistung, sich „als Frau unter Männern“ und in einem „männlichen Feld“ zu beweisen, und Ablehnung für ihr als „zu männlich“ empfundenen Auftreten changieren¹⁰, muss die Deutung, Frauen in Machtpositionen seien hegemonial, also zurückgewiesen werden. Hegemonial ist im Umkehrschluss vielmehr nach wie vor die Vorstellung „der Frau“ als Mutter und Ehefrau, die sich betont weiblich gibt. Zwar mag, wie Jennifer Carlson (2011) gezeigt hat, in bestimmten Feldern die Berufstätigkeit zur Vorstellung einer „echten“ Frau gehören, diese soll, so die Anforderung an dieses Weiblichkeitsideal, jedoch nicht zum Preis ihres femininen Auftretens, ihrer Mutterschaft und ihrer Rolle als Haus- und Ehefrau realisiert werden. Neben dem hier verinnerlichten Strukturkonflikt und der Doppelbelastung (Becker-Schmidt 2003) ergeben sich auf materieller Ebene für diese Frauen, die Familie gründen und beruflich in den geringer anerkannten und schlechter bezahlten typisch weiblichen Bereichen (Gesundheits- und Pflegesektor, Bildungswesen) und Positionen (z. B. in Teilzeit) verbleiben, ein erhöhtes Armutsrisiko und verminderte Lebenschancen.

Bührmanns Analyse belegt, dass die weiblichen Topführungskräfte in der Wirtschaft nicht der betonten Weiblichkeit entsprechen, die nach wie vor das weibliche Pendant zur männlichen Hegemonie darstellt. Stattdessen orientieren sich weibliche Topführungskräfte an einem Ideal hegemonialer Männlichkeit. Da sie dadurch nicht männlich werden, sondern nach wie vor „Frauen“ bleiben, zeigen sie, dass es sich bei den als „typisch“ wahrgenommenen männlichen und weiblichen Eigenschaften und Positionierungen um ein gesellschaftliches Konstrukt handelt. Insofern kommt ihnen – gerade auch vor dem Hintergrund gleichstellungspolitischer Ziele und der Debatte um Quoten für Frauen – eine wichtige Bedeutung zu. Deutlich wird jedoch auch, dass weibliche Fach- und Führungskräfte zwar ihre soziale und ökonomische Position verbessern können, dadurch aber nicht zwangsläufig mehr soziale Anerkennung erhalten: Egal wie viel Simone Menne verdient und über wie viel Entscheidungsmacht sie verfügt, sie bleibt nach wie vor weiblich und damit symbolisch dem Männlichen untergeordnet – jedoch

10 Dieses Dilemma zwischen beruflicher Anerkennung und geschlechtlicher Identität wurde bereits früh und detailliert von Rosabeth Moss Kanter beschrieben, die sich mit den Mechanismen sozialer Exklusion, wie sie Frauen in Männerdomänen begegnen, auseinandergesetzt hat (Kanter 1977).

ist sie jetzt das unerwünscht Weibliche, welches das bestehende Herrschaftssystem infrage stellt: „For this reason, they must be contained. [...] When a woman is authoritative, she is not masculine; she is a bitch – both feminine and undesirable“ (Schippers 2007: 94f.). Weibliche Topführungskräfte repräsentieren somit die ausgestoßene und geächtete Weiblichkeit.

Da sie sich aber nach wie vor am Ideal hegemonialer Männlichkeit orientieren und zudem in androzentrische Arbeitsstrukturen fügen, lassen sie sich m. E. nicht als echte Alternative (im Sinne von Schippers *alternative femininities*) verstehen. So stellen beispielsweise Günther G. Voß und Cornelia Weiß auf organisationaler und familialer Ebene fest, dass sich für qualifizierte Frauen mit Führungs- und Facherfahrung zum Teil neue Karrierechancen eröffnen – zum Preis eines hohen betrieblichen Engagements und dem Verzicht auf familiäre Strukturen (Voß/Weiß 2009: 78ff.). Sie erweisen sich ebenso und sogar stärker leistungsorientiert und auf die betrieblichen Erfordernisse abgestimmt als ihre männlichen Kollegen – ohne dass die betrieblichen Strukturen familienfreundlicher oder weniger androzentrisch geworden wären. Der berufliche Alltag im Management ist von hohem zeitlichen Tempo, Mobilität, Flexibilität und Sitzungen, Verhandlungen und weitreichender Entscheidungsmacht geprägt. Die gegenwärtigen Arbeitsstrukturen bieten also hochqualifizierten und flexiblen Frauen vergleichsweise gute Chancen, „allerdings nicht selten um den Preis des Verzichts auf Kinder“ (Lohr/Nickel 2009: 214). Doch selbst wenn sie Kinder haben, stellt sich die Frage, wie sie diese mit ihren beruflichen Anforderungen vereinbaren können. Der Erfolg weiblicher Topführungskräfte basiert dabei nicht allein auf ihrer Anpassung an die androzentrischen Arbeitsbedingungen, sondern auch auf ihrer sozialen Position im gesellschaftlichen und globalen Gefüge. Da die erfolgreichen Frauen auf die Arbeitskraft der weniger privilegierten (in Form von Krippen, Kindergärten, individuellen Kinderbetreuungsangeboten, informell tätigen Haushaltshilfen etc.) zurückgreifen, um familiäre Pflichten zu erfüllen, verdeutlichen sie zugleich, dass den kapitalistischen Arbeitsstrukturen nach wie vor nur durch die versteckte Unterstützung weiblicher Reproduktionsarbeit nachzukommen ist. An dieser Stelle wird relevant, was seit einiger Zeit unter dem Schlagwort „Intersektionalität“ neu diskutiert wird (Aulenbacher/Riegraf 2012; Klinger/Knapp 2007), nämlich die Differenz innerhalb der Geschlechter, die sich entlang verschiedener Ungleichheitsdimensionen vollzieht. Um noch einmal auf hooks zurückzukommen, lässt sich an dieser Stelle ihre Kritik aus den 1980er Jahren am frühen Feminismus wiederbeleben, der sich allein auf die ausgewählte Gruppe von relativ gut gebildeten Frauen der Mittel- und Oberklasse stützt, die, weiß, verheiratet und von ihrer eingeschränkten Rolle als Ehe-, Hausfrau und Mutter gelangweilt, mehr wollen. „That ‚more‘ she defined as careers. She did not discuss who would be called into to take care of the children and maintain the home if more women like herself were freed from their house labor and given equal access with white men to the professions“ (hooks 2000: 1f.). Der Abschied von der Universalkategorie „Frau“, die mit bell hooks und den anti-essentialistischen Debatten der Postmoderne eingeläutet wurde, findet also auch theoretisch ihren Niederschlag und Frauen wie Simone Menne lassen sich als Repräsentantinnen jener Weiblichkeit identifizieren, denen zahlreiche Wahlmöglichkeiten offen stehen und die damit, so hooks, „weniger unterdrückt“ seien (hooks 2000: 5). Zwar gehören sie zu den Privilegierteren, aber zugleich sehen auch sie sich den androzentrischen Strukturen ausgesetzt: So ste-

hen weibliche Topführungskräfte in der Wirtschaft vor der schwierigen Situation, ihre Geschlechtsidentität als Frau mit dem als männlich konnotierten Beruf zusammenzubringen. Andreas Stückler spitzt dies in der Aussage zu: „Nicht die Wirtschaft wird weiblich, sondern die Frauen werden männlich; oder müssen dies jedenfalls – wie auch jeder Mann – sein, um unter derart kompetitiven Bedingungen zu reüssieren“ (Stückler 2011: 13). Insofern hat der von mir in der Einleitung zitierte Lothar Böhnisch unrecht, wenn er von einer geschlechtsindifferenten Vorstellung von Arbeit ausgeht. Für die weiblichen Topführungskräfte, die auch als Vorreiterinnen feministischer Anliegen wirken, führt die Identifikation mit einem als „männlich“ konstruierten Beruf jedoch unter Umständen auf persönlicher Ebene zum problematischen Phänomen des *double bind*: Entweder ist sie eine gute Führungskraft oder weiblich – auf normativer Ebene schließt eins das jeweils andere aus. Zur Lösung dieses Dilemmas bedarf es einer grundsätzlichen Umstrukturierung der Arbeitswelt ebenso wie einer Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse, dies ist jedoch allein durch Frauen in Spitzenpositionen in den männlich dominierten Bereichen nicht zu erwarten.¹¹ Die Forderung, mehr Frauen in Machtposition zu bringen (etwa durch Quoten für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen), kann daher nur ein Ansatz unter vielen sein, um geschlechtliche Ungleichheit abzubauen, und muss durch weitere gleichstellungspolitische Maßnahmen begleitet werden, die sowohl den Bereich der Reproduktion als auch der Produktion geschlechtssensibel fokussieren.

4 Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Ausgangsfrage des Beitrags lautete, wie sich die in Politik und Medien viel diskutierten weiblichen Topführungskräfte anhand aktueller geschlechtertheoretischer Ansätze innerhalb des Geschlechterverhältnisses verorten lassen. Aufgrund der fehlenden Differenzierungsmöglichkeiten im Connell'schen Konzept hegemonialer Männlichkeit haben sich die theoretischen Erweiterungen zum Konzept hegemonialer Weiblichkeit von Schippers als sinnvoll erwiesen und als vielversprechend, um in empirischen Mikrostudien jeweils feldspezifische Ausformungen der Geschlechterverhältnisse zu entdecken. Es kann jedoch nicht Ziel sein, eine Vielzahl an Einzelstudien zu möglichen Verschiebungen diverser Geschlechterarrangements zu sammeln. Interessant wäre vielmehr die darüber hinausgehende Frage nach dem Verhältnis dieser Geschlechterarrangements zum universalen Prinzip geschlechtlicher Ordnung, welche im aktuellen Diskurs um hegemoniale Männlichkeit und männliche Hegemonie als relativ statisch und unangefochten patriarchal dargestellt wird (Hearn 2012; Schippers 2007; Connell 2006): Lässt sich das hierarchische Verhältnis der Geschlechter tatsächlich nicht aufheben?

Für das spezifische Feld der Ökonomie lässt sich resümierend festhalten, dass Frauen wie Simone Menne ein widersprüchliches Zeichen setzen. In der medialen Darstellung wird vermittelt, dass sie die hierarchische Ordnung der Geschlechterdifferenz infrage stellen, indem sie sich am Ideal männlicher Hegemonie orientieren und damit jenseits traditioneller Weiblichkeitsvorstellungen bewegen. Zwar reifizieren sie die traditionelle Geschlechterordnung nicht, zugleich haben sie – jenseits ihres bewussten Wollens und

11 Für die vielfältigen Verknüpfungen von Geschlecht, Organisation und Arbeit vgl. Müller/Riegraf/Wilz 2013.

Handelns – Anteil an der Reproduktion ökonomischer und geschlechtlicher Ungleichheit, indem sie das androzentrische ökonomische System stützen. Offen ist jedoch, wie eine geschlechtliche Alternative (im Sinne von Schippers *alternative femininities*) im Bereich der Wirtschaft zu definieren wäre. Auf der Basis dieser theoretischen Überlegungen kann eine Schlussfolgerung lauten, dass eine alternative Weiblichkeit sich weder am Bild hegemonialer Männlichkeit noch betonter Weiblichkeit orientieren sollte. Im Hinblick auf ihre Einbettung in hegemoniale gesellschaftliche Strukturen bleibt jedoch auch Schippers' Konzept an dieser Stelle sehr vage. Es scheint, dass sich diese Frage nur mit Blick auf alternative Wirtschaftsstrukturen beantworten lässt, denn das Geschlechterverhältnis ist untrennbar mit der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur und der dazugehörigen Arbeitsorganisation verbunden. Somit führt die Auseinandersetzung mit der Frage nach den Bedingungen eines möglichen Wandels des Geschlechterverhältnisses auch auf symbolischer Ebene unweigerlich in die materiellen Gefilde der Ökonomie sowie der Kapitalismustheorie und -kritik (vgl. Aulenbacher/Meuser/Riegraf 2012: 14). Entsprechende Ansätze, beides zu verknüpfen, finden sich bereits und ermöglichen die Entwicklung eines holistischen Analysemodells (vgl. zur Übersicht Aulenbacher 2012; Knapp 2013). Ein weiterer Impulsgeber an dieser Stelle ist auch der von Acker zitierte Gedanke (s. o.), dass der Kapitalismus aus seinem Legitimitätsbedarf heraus fest mit geschlechtlichen Normen und Identitätsvorstellungen verbunden ist. Dies findet sich theoretisch stärker ausformuliert bei Slavoj Žižek und im Anschluss an ihn auch bei Tove Soiland (Butler/Laclau/Žižek 2000: 95; Soiland 2013). Die Frage, wie sich eine alternative Weiblichkeit empirisch charakterisieren ließe, muss daher an dieser Stelle offen gelassen werden und verweist auf weiteren Forschungsbedarf.

Literaturverzeichnis

- Acker, Joan. (2004). Gender, Capitalism, and Globalization. *Critical Sociology*, 30(1), 17–42.
- Aulenbacher, Brigitte. (2012). Gegenläufige Blicke auf Kapitalismus und Arbeit – Feministische Kapitalismusanalysen im Verhältnis zu Kapitalismustheorie und Arbeitssoziologie. In Klaus Dörre; Dieter Sauer & Volker Wittke (Hrsg.), *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik* (S. 113–127). Frankfurt/M.: Campus.
- Aulenbacher, Brigitte; Meuser, Michael & Riegraf, Birgit. (2012). Geschlecht, Ethnie, Klasse im Kapitalismus – Über die Verschränkung sozialer Verhältnisse und hegemonialer Deutungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. *Berliner Journal für Soziologie*, 22, 5–27.
- Aulenbacher, Brigitte; Meuser, Michael & Riegraf, Birgit. (2013). Hegemonie und Subversion. Zur Pluralisierung hegemonialer Verhältnisse im Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit. In Birgit Riegraf, Hanna Hacker, Heike Kahlert, Brigitte Liebig, Martina Peitz & Rosa Reitsamer (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven* (S. 18–36). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Aulenbacher, Brigitte & Riegraf, Birgit. (2012). *Intersektionalität und soziale Ungleichheiten. Portal Intersektionalität*. Zugriff am 26. April 2013 unter <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/schluesselext/aulenbacherriegraf/>.
- Becker-Schmidt, Regina. (2003). Zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen. Soziologische Grundlegung, empirische Rekonstruktion. *gender...politik...online*. Zugriff am 15. April 2013 unter www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Geschlecht_als_Kategorie/Die_doppelte_Vergesellschaftung_von_Frauen/index.html.

- Böhnisch, Lothar. (2001). Männlichkeiten und Geschlechterbeziehungen – Ein männertheoretischer Durchgang. In Margrit Brückner & Lothar Böhnisch (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse. Gesellschaftliche Konstruktionen und Perspektiven ihrer Veränderung* (S. 39–118). Weinheim: Juventa.
- Butler, Judith; Laclau, Ernesto & Žižek, Slavoj. (2000). *Contingency, Hegemony, Universality: Contemporary Dialogues On The Left*. London and New York: Verso.
- Carlson, Jennifer. (2011). Subjects of stalled revolution: A theoretical consideration of contemporary American femininity. *Feminist Theory*, 12(1), 75–91.
- Connell, Raewyn & Messerschmidt, James W. (2005). Hegemonic Masculinity: Rethinking the Concept. *Gender & Society*, 19(6), 829–859.
- Connell, Raewyn & Wood, Julian. (2005). Globalization and Business Masculinities. *Men and Masculinities*, 7(4), 347–364.
- Connell, Raewyn. (1987). *Gender and Power. Society, the Person and Sexual Politics*. Stanford: Stanford University Press.
- Connell, Raewyn. (2006). *Der gemachte Mann: Konstruktion und Krise von Männlichkeiten* (3. Aufl.). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Connell, Raewyn. (2010). Im Innern des gläsernen Turms: Die Konstruktion von Männlichkeiten im Finanzkapital. *Feministische Studien: Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung*, 28(1), 8–24.
- Deutscher Bundestag. (2013). *Zahl erwerbstätiger Frauen ist seit 2000 um rund zwei Millionen gestiegen*. Zugriff am 26. April 2013 unter www.bundestag.de/presse/hib/2013_04/2013_186/02.html.
- Ehnis, Patrick. (2008). Hegemoniale Mütterlichkeit. Vom selbstverständlichen Einverständnis in die geschlechtstypische Arbeitsteilung nach der Geburt eines Kindes. In Marburger Gender-Kolleg (Hrsg.), *Geschlecht Macht Arbeit* (S. 56–69). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- FidAR, Frauen in die Aufsichtsräte. (2012). *Pressemitteilung*. Zugriff am 26. April 2013 unter www.fidar.de/uploads/media/PM_130402_WoB-Index_end.pdf.
- Financial Times Deutschland. (28. November 2012). *25 Top-Businessfrauen: Deutschlands wichtigste Managerinnen 2012*. Zugriff am 26. April 2013 unter www.ftd.de/karriere/management/25-top-businessfrauen-deutschlands-wichtigste-managerinnen-2012/70120009.html.
- Gramsci, Antonio. (1991–2002). *Gefängnishefte*. Hamburg: Argument.
- Hearn, Jeff. (2012). Von gendered organizations zu transnationalen Patriarchien – Theorien und Fragmente. In Brigitte Aulenbacher & Birgit Riegraf (Hrsg.), *Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs* (2. Aufl., S. 267–290). Wiesbaden: VS-Verlag.
- hooks, bell. (2000). *Feminist Theory. From Margin to Center* (2. Aufl.). Cambridge: South End Press.
- Howson, Richard. (2006). *Challenging Hegemonic Masculinity*. London: Routledge.
- Kanter, Rosabeth Moss. (1977). Some effects of proportions on group life: Skewed sex ratios and responses to token women. *American Journal of Sociology*, 82, 965–990.
- Klinger, Cornelia & Knapp, Gudrun-Axeli. (2007). Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse“/Ethnizität. In Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp & Birgit Sauer (Hrsg.), *Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität* (S. 19–41). Frankfurt/M.: Campus.
- Knapp, Gudrun-Axeli. (2013). Zur Bestimmung und Abgrenzung von „Intersektionalität“. Überlegungen zu Interferenzen von „Geschlecht“, „Klasse“ und anderen Kategorien sozialer Teilung. *Erwägen Wissen Ethik*, 2 (im Erscheinen).
- Kontos, Silvia & May, Michael. (2008). Hegemoniale Männlichkeit und männlicher Habitus: Überlegungen zu einem analytischen Bezugsrahmen zur Untersuchung von Geschlechterverhältnissen. *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien*, 26(1), 3–15.

- Lachmann, Jennifer. (27. November 2012). Simone Menne, die große Unbekannte. *Financial Times Deutschland*. Zugriff am 26. April 2013 unter www.ftd.de/unternehmen/handelsdienstleister/agenda-simone-menne-die-grosse-unbekannte/70122710.html.
- Lohr, Karin & Nickel, Hildegard Maria. (2009). Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen. In Karin Lohr & Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), *Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen* (2. Aufl., S. 207–240). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- May, Michael. (2010). Für eine hegemonietheoretische Weiterentwicklung des Konzeptes Hegemonialer Männlichkeit. *Erwägen Wissen Ethik*, 21(3), 375–377.
- McRobbie, Angela. (2010). *Top Girls: Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Müller, Ursula; Riegraf, Birgit & Wilz, Sylvia M. (Hrsg.). (2013). *Geschlecht und Organisation*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Schippers, Mimi. (2002). *Rockin' out of the box: Gender maneuvering in alternative hard rock*. New Brunswick, NJ: Rutgers University Press.
- Schippers, Mimi. (2007). Recovering the Feminine Other: Femininity, Masculinity, and Gender Hegemony. *Theory and Society*, 36(1), 85–102.
- Scholz, Sylka. (2004). „Hegemoniale Männlichkeit“ – Innovatives Konzept oder Leerformel? In Hella Hertzfeld, Katrin Schäffen & Silke Veth (Hrsg.), *GeschlechterVerhältnisse. Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis* (S. 33–45). Berlin: Dietz Verlag.
- Scholz, Sylka. (2010). Hegemoniale Weiblichkeit? Hegemoniale Weiblichkeit! *Erwägen Wissen Ethik*, 21(3), 369–398.
- Scholz, Sylka. (2012). *Männlichkeitssoziologie. Studie aus den sozialen Feldern Arbeit, Politik und Militär im vereinten Deutschland*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Scholz, Sylka & Meuser, Michael. (2011). Krise oder Strukturwandel hegemonialer Männlichkeit? In Mechthild Bereswill & Anke Neuber (Hrsg.), *In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert* (S. 56–79). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Soiland, Tove. (2013). Subversion, wo steckst du? Eine Spurensuche an den Universitäten. In Julia Graf, Kristin Ideler & Sabine Klinger (Hrsg.), *Geschlecht, wo steckst Du?: Eine Spurensuche mit, zwischen und in Struktur und Subjekt. Theorie, Praxis, Perspektiven* (S. 93–115). Opladen u. a.: Verlag Barbara Budrich.
- Stückler, Andreas. (2011). Hegemoniale Männlichkeit im Finanzmarkt-Kapitalismus. *gender... politik...online*. Zugriff am 17. Mai 2013 unter www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/stuecklerhegmaennlichkeit/Stueckler.pdf?1361541306.
- Villa, Paula-Irene. (2011). Symbolische Gewalt und ihr potenzielles Scheitern. Eine Annäherung zwischen Butler und Bourdieu. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 36, 51–69.
- Voß, G. Günther & Weiß, Cornelia. (2009). Ist der Arbeitskraftunternehmer weiblich? In Karin Lohr & Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), *Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen* (2. Aufl., S. 65–92). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Zur Person

Julia Grulich, M. A., geb. 1982, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fach Allgemeine Soziologie an der Universität Paderborn. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Organisationssoziologie, Geschlechtersoziologie, Theorien sozialer Ungleichheit und Macht, Qualitative Methoden, Gender Mainstreaming & Diversity Management.

Kontakt: Universität Paderborn, Fakultät für Kulturwissenschaften, Fach Soziologie, Warburger Str. 100, 33098 Paderborn

E-Mail: grulich@mail.upb.de

Zwischen (Post-)Feminismus und Antifeminismus. Reflexionen zu gegenwärtigen Geschlechterdiskursen in den Medien

Zusammenfassung

Der Beitrag fragt, wie die Entwicklung des Geschlechterdiskurses in den Medien aus Sicht feministischer Forschung analysiert und bewertet werden kann. Dabei zeigt der Bezug auf neuere Studien und aktuelle Mediendebatten zunächst ausgesprochen ambivalente Entwicklungen. Ob es um die Beschäftigungssituation im Journalismus oder die Darstellung und Repräsentation von Geschlechtlichkeit in den Medien geht, stets lassen sich neben den deutlich geschlechterhierarchischen Verhältnissen auch Modernisierungen verzeichnen. Die neue Sichtbarkeit etwa für Frauen mit migrantischem Hintergrund oder queerem Lebensentwurf ist dabei mit deren Einpassung in heteronormative Zweigeschlechtlichkeit verbunden. In Bezug auf die Thematisierung von Feminismus und Frauenbewegung steht einer Neuzuwendung zu (post-)feministischen Agenden eine Re-Artikulation von Frauenbewegung und Gender Studies gegenüber. Diese Entwicklung des medialen Geschlechterdiskurses wird im Beitrag abschließend mit Bezug auf Arbeiten von McRobbie, Fraser und Knapp als Ausdruck neoliberaler Gesellschaftsentwicklung und Globalisierung diskutiert.

Schlüsselwörter

Medien, Journalismus, Geschlechterrepräsentationen, Feminismus, Antifeminismus, soziale Ungleichheit

Summary

Between (post-)feminism and antifeminism. Thoughts on current gender discourses in the media

This article explores the role of the media in the popular discourses concerned with gender relations. Referring to recent studies and current debates the authors find fundamental ambivalences with regard to gender representation in the journalistic workforce and fictional and nonfictional media production. Old gender hierarchies and new antifeminist tendencies exist alongside greater equality in the workforce and modernized media images. The new visibility, for example of women with an immigrant background or queer identities, is linked to normalization strategies that conform to the norms of a hetero-normative gender dualism. While topics raised by feminists in the 1970s are back on the media agenda, they are rearticulated and tied to notions of both a "conservative" and a "young" feminism, thereby rearticulating the concerns of the feminist movement and framing them in an antisocial, individualistic context. By referring to the work of McRobbie, Fraser and Knapp the article connects these findings to digitalization, neoliberalism and globalization.

Keywords

media discourse, journalism, gender representation, feminism, antifeminism, social inequality

1 Einführung

Der Beitrag setzt sich kritisch mit der Rolle der Medien im populären Diskurs um Geschlechterverhältnisse auseinander. Wir fragen danach, in welchem Maße mediale Formen des „Postfeminismus“ (McRobbie 2009) und des Antifeminismus zu einer Re- oder

Depolitisierung des Geschlechterdiskurses beitragen. Die Verfestigung sozialer und kultureller Differenz auf der einen Seite, die Verschiebung solcher Grenzsetzungen auf der anderen wird vor dem Hintergrund aktueller Medienangebote diskutiert. Erkennbar wird dabei das Nebeneinander von veralltäglichten feministischen Diskursen der Teilhabe und zugleich von neoliberalen Formationen des Postfeminismus, von „new constellations of gender power“, wie sie Angela McRobbie (2009: 4) analysiert hat. Die folgende Diskussion gegenwärtiger Geschlechterdiskurse in den Medien verweist aber auch, und hier stimmen wir nur bedingt mit McRobbies Analyse überein, auf die Ambivalenz der gesellschaftlichen Re-Artikulationen von Geschlecht. Dies diskutieren wir mit Blick auf das journalistische Berufsfeld sowie auf nicht-fiktionale und fiktionale Medientexte, vor allem in Fernsehen und Internet, und deren Bezug zu Feminismus und Frauenbewegungen. Die dabei sichtbar werdenden Ambivalenzen und Widersprüche setzen wir abschließend in Bezug zu neoliberaler Gesellschaftsentwicklung und Globalisierung und greifen dabei auf das von Nancy Fraser (1995; 2009a) diskutierte Dilemma zwischen Umverteilungs- und Anerkennungspolitik zurück.

2 Journalismus als umstrittene Instanz gesellschaftlicher Deutungsmacht

Im Journalismus nimmt der Frauenanteil stark zu, und Frauen fordern ihre Teilhabe auch an Führungspositionen in den Medien ein. Noch zu Beginn der 1980er Jahre bezeichneten Irene Neverla und Gerda Kanzleiter in der ersten in Deutschland durchgeführten systematischen Kommunikatorinnenstudie die vereinzelt Journalistinnen, 17 Prozent der Arbeitskräfte, als „Frauen in einem Männerberuf“ (Neverla/Kanzleiter 1984). Dies war eine treffende Beschreibung der geschlechterhierarchischen Verhältnisse in einem eindeutig männlich konnotierten und durch entsprechende soziale Praxen strukturierten Berufsfeld. Heute zeigen die verschiedenen Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern einen Journalistinnenanteil zwischen 35 bis 42 Prozent (Weischenberg/Malik/Scholl 2006a; Kaltenbrunner et al. 2007: 115; Wyss/Keel 2010: 251). Die Bewegungen der Frauen inner- und außerhalb der Medien haben also deutliche Spuren in den medialen Geschlechterverhältnissen hinterlassen. Alpha-Publizisten, also dominante Meinungsmacher wie Frank Schirrmacher wittern hier eine „Männerdämmerung“ (2003) und eine Deutungs-(Über-)Macht von Frauen. Eine „Feminisierung des Journalismus“ wird wahlweise als Demokratisierungs- und Egalisierungsschub gefeiert oder als drohender Substanz-, Image- und Prestigeverlust beklagt (vgl. Haller 2007; Weischenberg/Malik/Scholl 2006a).

Noch immer setzt sich aber – wie in anderen Professionen auch – der steigende Anteil von Journalistinnen nicht linear bis in die Hierarchie fort. Auf der Ebene der Chefredaktion macht der Frauenanteil etwa 20 Prozent aus. Dabei gilt: Je kleiner die Redaktion, desto höher der Frauenanteil in Leitungspositionen. Nur zwei Prozent der deutschen Tageszeitungen werden von einer Chefredakteurin geleitet, die öffentlichen Rundfunkanstalten in Deutschland haben es mittlerweile auf drei von zwölf IntendantInnen gebracht. Tageszeitungen und Nachrichtenagenturen erweisen sich nach wie vor als hochgradig männlich strukturierte Organisationen. Doch zaghaft wird dies

auch als problematisch erkannt, denn dieser *gender bias* erweist sich zunehmend als ökonomisches Problem. In Medienmärkten, die sich radikal neu strukturieren, ist die Adressierung eines weiblichen Publikums strategisch relevant. Um mehr Frauen zu erreichen, setzen Medienunternehmen auch auf die Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsetagen, wie exemplarisch die Neubesetzung der *Bild*-Chefredaktion mit einer Frau zeigt (vgl. Riehl 2012). Deutlich wird hier, wie Vorstellungen einer binären Geschlechterlogik den journalistischen Arbeitsmarkt, die Bestimmung von Zielgruppen und die Programmplanung strukturieren.

Hier setzt der Aufruf des Vereins „Pro Quote“ an, den mehrere Hundert Journalistinnen unterschrieben haben: „Mindestens 30 % der journalistischen Führungspositionen sollen mit Frauen besetzt sein. Das fordern wir gemeinsam mit Lesern und Zuschauern“ (*Pro Quote* 2012; Herv. d. Verf.). In gewisser Weise fällt diese Ansprache ausschließlich des männlichen Publikums noch hinter die ökonomisch motivierte Strategie der Medienunternehmen zurück und verweist auf ein zentrales Problem der Initiative. Die Quotenforderung zielt auf die Partizipation an der Macht, nicht aber auf deren strukturelle Veränderung. Auch wenn der partizipatorische Anspruch zweifellos legitim ist, wird damit nur bei einer Minderheit das Ziel inhaltlich-gestalterischer Veränderung intendiert (vgl. taz vom 17./18.11.2012). Wie eingeschränkt die Debatte um eine Quotierung in redaktionellen Führungspositionen ist, zeigt ein kurzer Blick auf die Entwicklung des Berufsfeldes. Dem Journalismus kam eine Vorreiterrolle bei der Einführung deregulierter Beschäftigungsverhältnisse zu. Mehr denn je charakterisieren Freiberuflichkeit, Scheinselbstständigkeit und Solo-UnternehmerInnentum die Beschäftigungsstruktur (vgl. Lienthal/Schnedler 2012; Buckow 2011; Meyen/Springer 2009). Entlang der Kategorie Geschlecht lässt sich das Ausmaß sozialer Unsicherheit nachzeichnen: Im Segment der freiberuflich Tätigen und der geringer Verdienenden ist der Frauenanteil am höchsten. Der *sex pay gap*¹ hält sich im Journalismus stabil und beträgt über 500 € monatlich (vgl. Weischenberg/Malik/Scholl 2006b: 352). Das wiegt umso schwerer, als Journalistinnen durchschnittlich besser ausgebildet sind als ihre Kollegen. Partizipationsansprüche könnten sich also auf zahlreiche weitere Faktoren von Ungleichheit beziehen statt allein auf die Eroberung von Chefesseln.

Der durch De-Regulierung von Arbeitsverhältnissen bewirkte sozial-strukturelle Wandel geht mit inhaltlich-systematischen Veränderungen des Medienangebots einher: Journalismus – von dem australischen Cultural Studies-Forscher John Hartley als „the most important system of modernity“ (Hartley 1996: 36) bezeichnet – verliert unter Bedingungen digitalisierter und entgrenzter Kommunikationsmodi offenkundig an Relevanz und Reputation. Journalismus ist nicht länger *die* Instanz gesellschaftlicher Selbstverständigung, *die* Ressource, die gesellschaftliche Integration und Orientierung sicherstellt. Ob Bloggerin oder Kommunikationsberater, PR-Strategin oder Unterhaltungsanbieter – vielfältige andere AkteurInnen stellen Themen zur öffentlichen Verständigung zur Verfügung. Als *citizen journalism* (vgl. Allan/Thorsen 2009) werden jene Formen bezeichnet, bei der die Rollen von Produzierenden und Rezipierenden nicht länger trennscharf zu unterscheiden sind. *User generated content* bringt neue Stimmen

1 Wir wählen den Begriff *sex pay gap* im Unterschied zum gebräuchlichen *gender pay gap*, da damit nicht auf sozial-kulturelle Geschlechteridentitäten Bezug genommen wird, sondern lediglich die quantitative Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen gemeint ist.

und veränderte lebensweltliche Perspektiven in den journalistischen Diskurs ein. Themensetzungen und Themenbearbeitung schließen damit stärker an Alltagserfahrungen und Lebensweisen des Publikums an und sind weniger an einen traditionellen, elite-zentrierten Politik- und Gesellschaftsbegriff gekoppelt. Damit verringert sich die Deutungsmacht des Journalismus in der öffentlichen Kommunikation. Die Kommunikationswissenschaftlerin Liesbet van Zoonen hat bereits 1995 die Vermutung geäußert, dass größere Alltagsnähe und geringeres Prestige mit einer „Feminisierung“, einer Öffnung des Berufsfeldes für Frauen, in Zusammenhang stehen. Deutlich wird, dass tiefgreifende gesellschaftliche, technologische und mediale Veränderungen in einem wechselseitigen Zusammenhang mit einem Wandel der Geschlechterverhältnisse stehen. Dies hat zu einer Öffnung des Journalismus für alltagsnähere Themen geführt und zu einer egalitäreren Struktur des Berufsfeldes, zugleich aber auch zu einem Bedeutungsverlust der Medienberichterstattung und einer Abwertung des journalistischen Berufs.

3 Hegemonie in der non-fiktionalen Textproduktion

Die hegemoniale, geschlechterhierarchische Struktur der journalistischen Berichterstattung ist vielfältig analysiert worden. In einer weltweit angelegten Stichtagsuntersuchung wird seit 1995 im fünfjährigen Abstand die Präsenz von Frauen in der aktuellen Nachrichtenproduktion analysiert. Die Ergebnisse des *Global Media Monitoring Projects* (GMMP 2010) zeigen, dass Frauen sowohl in Deutschland als auch international viel seltener in den Nachrichten zu Wort kommen als Männer. Nur jede vierte in den Nachrichten gezeigte oder interviewte Person ist eine Frau. Das ist ein ernüchterndes Ergebnis, auch wenn der Vergleich zu früheren Erhebungen einen zwar langsamen, jedoch kontinuierlichen Anstieg des Vorkommens von Frauen in den Nachrichten der Tageszeitungen und des Rundfunks belegt.

Für die Politikberichterstattung in Deutschland wurde dieser Befund auf breiterer Datenbasis validiert (vgl. Lünenborg/Röser 2012). Röser und Müller (2012) zeigen in einer Vollerhebung über sechs Monate im Jahr 2008, dass 30 Prozent des dargestellten politischen Spitzenpersonals Frauen sind. Dabei stellt Angela Merkel als Kanzlerin mit 18 Prozent den bei Weitem höchsten Anteil an der Berichterstattung, die verbleibenden 12 Prozent verteilen sich auf alle anderen Politikerinnen. Erstellt man ein Ranking der Kabinettsmitglieder entlang ihrer medialen Präsenz, so tauchen alle Minister häufiger auf als ihre Kolleginnen am Kabinetttisch – allein der damalige Verteidigungsminister Jung bleibt knapp hinter seiner Kollegin Zypries zurück. Jenseits der politischen Relevanz des Amtes erweist sich also das Geschlecht als Dimension, die nachhaltig Medienaufmerksamkeit steuert.

Betrachtet man die Geschlechterverhältnisse in der Medienberichterstattung über SpitzenpolitikerInnen unter qualitativen Gesichtspunkten, so zeigt sich einerseits, dass darin die offene Abwertung und Sexualisierung von Frauen keine bedeutende Rolle mehr spielt. Andererseits kommen in den Medienbildern von Männern wie von Frauen in der Politik vielfältige geschlechtsgebundene Skripte zum Ausdruck. Insbesondere auf der Ebene der Körperkonstruktionen und der Statuszuweisung finden sich auffällige Rückgriffe auf zweigeschlechtliche Muster. Hier werden polare Vorstellungen von

Weiblichkeit und Männlichkeit reproduziert, die implizit hierarchisch angelegt sind. So wird etwa Frank-Walter Steinmeier insbesondere in den stärker informationsorientierten Medien über die Beschreibung seines Körpers zum handlungsstarken Politiker gemacht: „Steinmeier probierte sich an den ganz großen Gesten. Er bohrte Zeigefinger in die Luft, ballte Fäuste, wie sie bislang nur Gerhard Schröder ballen konnte, er rührte sogar fast so inbrünstig wie Schröder einst rührte“ (Beste et al. 2008: 24). Steinmeier wird damit eine passgenaue Politikermännlichkeit auf den Leib geschrieben (vgl. weiterführend Maier/Lünenborg 2012: 82–84).

Doch das Handeln führender Politiker erscheint in der Berichterstattung keineswegs per se männlich-machtvoll. Beim Scheitern an Ansprüchen hegemonialer Politikermännlichkeit ist die Fallhöhe im Mediendiskurs umso größer. Kurt Beck, der 2008 als SPD-Vorsitzender zurücktrat, bedient diesen Part als unfreiwilliger tragischer Held. Beschreibungen seines Körpers und seiner Essgewohnheiten machen ihn zum Proleten, dem die Welt der Reichen und Erfolgreichen fremd blieb und der damit zu den Verlierern zählt. Kritisiert wird an Beck das Unmännliche in Erscheinung und Habitus, denn im männlichen Wettkampf darf man gelegentlich verlieren, aber nicht aufgeben.

Die Ergebnisse der qualitativen Analyse zur Medienberichterstattung über SpitzenpolitikerInnen lassen sich in drei Kernaussagen zusammenfassen:

1. Mit der verstärkten Präsenz von Frauen in der Politik hat die Varianz an Medienbildern von Politikerinnen zugenommen. Erkennbar ist eine zaghafte Modernisierung von Frauenbildern.
2. Zugleich jedoch kann dieser Wandel nicht mit einer Verabschiedung von Geschlechterzuschreibungen gleichgesetzt werden.
3. Insbesondere erscheint die mediale Herstellung von Männlichkeit nahezu unverändert traditionell. Männlichkeit wird in der Berichterstattung weiterhin annähernd ungebrochen mit Kraft, Kampf und Stärke assoziiert.

Medien agieren strukturkonservativ und stabilisieren hegemoniale Ordnungen. Daneben bietet journalistische Berichterstattung aber auch Raum für kritische, geschlechterpolitische Diskurse. Sichtbar wird das etwa, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, an kritischen Auseinandersetzungen um Frauenrechte als Menschenrechte, in Bezug auf Zwangsehen oder weibliche Genitalverstümmelung. Jedoch können emanzipatorische Anliegen auch für kriegsrische Zwecke instrumentalisiert werden, zum Beispiel wenn Frauenrechte wie im Kosovo- und im Afghanistankrieg zur Legitimation kriegsrischen Handelns beschworen werden, um dann rasch wieder aus der öffentlichen Diskussion zu verschwinden (vgl. Klaus/Kassel 2008).

4 Gebändigte Vielfalt in fiktionalen Angeboten

Man muss nicht lange suchen, um im Unterhaltungsprogramm des Fernsehens auf konservative Frauen- und Geschlechterbilder und traditionelle Geschlechterarrangements zu stoßen. Ob Romane von Rosamunde Pilcher im ZDF oder der Musikantenstadl bei ORF und ARD – überkommene Geschlechterbilder werden nach wie vor an prominenter

Stelle im Fernsehen präsentiert. Vor allem seit der Privatisierung des Rundfunksektors sind daneben neue sexistische Sendungen getreten, in denen Frauenkörper als Produkte vermarktet werden und ein voyeuristischer Kamerablick vorherrscht (vgl. Scarbath/Gorschenek/Grell 1994). Ein drastisches Beispiel dafür liefert die Doku-Soap „Das Geschäft mit der Liebe“ des österreichischen Privatsenders ATV, in der ältere österreichische Männer in Osteuropa auf Frauenfang gehen. Für Deutschland wurde die Sendung als „Traumfrau gesucht“ (RTL II) adaptiert.

ATV stellt die 2010 erstmals ausgestrahlte und, gemessen an den sonstigen Quoten des Senders, ausgesprochen erfolgreiche Reihe wie folgt vor: „Sie gelten als besonders freundlich und verführerisch, manch österreichischer Macho bezeichnet sie als besonders pflegeleicht: Frauen aus Russland, der Ukraine, der Slowakei oder aus Rumänien.“² Die Verschränkung von Sexismus, Nationalismus, Klassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Doku-Soap führt zu einer rigiden Geschlechterhierarchie. Angesichts des internationalen Frauenhandels sowie der Verschleppung und Zwangsprostitution osteuropäischer Frauen in Österreich, Deutschland und weiteren westeuropäischen Ländern (vgl. z. B. Loncle 2001) sind die Inhalte von „Das Geschäft mit der Liebe“ als frauenverachtend, menschenfeindlich und reaktionär zu bewerten. Allerdings finden sich auf den Internet-Seiten von ATV auch viele kritische Kommentare zu einzelnen Aspekten der Reihe. Die durch Provokationen erzielte Aufmerksamkeit für die Sendung ist nicht mit der Zustimmung zu deren Inhalten gleichzusetzen.

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk erscheint die Produktion und Ausstrahlung einer solchen Sendung aktuell kaum vorstellbar. Die Darstellung von Männern und Frauen in den Unterhaltungsserien des ORF wurde im Rahmen eines Programmscreenings 2004 untersucht (Klaus/Kassel 2005, 2007). Die Studie analysierte die mediale Repräsentation der Hauptfiguren verschiedener Serien anhand von drei Dimensionen, dem Erscheinungsbild, dem Status und dem Interaktionsverhalten von Männern und Frauen. In Bezug auf das Erscheinungsbild und den Status zeigte sich im Vergleich zu früheren Studien ein Rückgang traditioneller Geschlechterstereotype und eine gleichwertigere Darstellung von Männern und Frauen, beispielsweise traten in den Serien vermehrt auch ältere Frauen auf und Männer waren oft ebenso aufwändig gestylt wie Frauen. Weibliche Filmfiguren waren fast gleich häufig berufstätig und auf annähernd denselben Hierarchiestufen beschäftigt wie Männer. In Bezug auf den familiären Status zeigte sich eine ganz überwiegende Dominanz von traditionellen Familienarrangements, ein Befund, der die Problematik von Indikatoren verdeutlicht, die allein die formale Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern erfassen. Die festgestellte annähernd gleichwertige Darstellung in Bezug auf Status und Handlungsräume geschieht vor dem Hintergrund einer uneingeschränkten Akzeptanz von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität in den Serienerzählungen. Dabei bleiben nicht nur strukturelle Ursachen der Geschlechterungleichheit unangetastet, sondern sie werden durch die Selbstverständlichkeit der zweigeschlechtlichen Narrationen als unhinterfragte Grundlage des menschlichen Miteinanders naturalisiert.

Betrachtet man die Ergebnisse getrennt nach den unterschiedlichen Genres, so wurden in der Verhaltensdimension gleichwohl deutliche Unterschiede in Bezug auf die Repräsentationsweisen von Männern und Frauen sichtbar, d. h. in der Art, wie die Inter-

2 Zugriff am 12. September 2012 unter <http://atv.at/contentset/627937>.

aktion von Männern und Frauen in verschiedenen Serien inszeniert wurde. Vor allem in Krimi-, Action- und Familienserien dominierten stereotype Muster, die ein asymmetrisches Geschlechterverhältnis reproduzieren. Männer wurden fast immer deutlich größer dargestellt als ihre Serienpartnerinnen; Frauen ordneten sich demgegenüber häufiger den Männern unter und überließen ihnen die Entscheidungen, während Männer teilweise unter großem körperlichem Einsatz ihre Handlungskompetenz bewiesen.

Auf solche Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten verweist auch die größere Sichtbarkeit von queeren und migrantischen Lebensentwürfen im fiktionalen Fernsehprogramm. Lesbische und schwule Figuren tauchen in vielen, vorwiegend an ein jüngeres Publikum gerichteten Serien auf. „L-Word“ und „Queer as Folk“ stellen diese in den Mittelpunkt ihrer Erzählungen. Tanja Maier (2007) hat analysiert, dass diese Sendungen ein feministisches Begehren ansprechen, zugleich aber einer Mittelschicht erzählung folgen, in der queere Lebensentwürfe gefällig in heterosexuelle Beziehungs- und Sexualitätsnormen sowie dominante Vorstellungen von beruflichem Erfolg eingepasst und damit „normalisiert“ werden. So reagieren Medienangebote auf gesellschaftlichen Wandel, indem sie diesen (auch) sichtbar machen. Zugleich tragen sie jedoch selbst zu einer Normierung und Einpassung in marktförmige Konzepte bei. Ein eigenes, inzwischen gut erforschtes Thema sind Castingshows, in denen sowohl lesbische, transsexuelle, vor allem aber auch migrantische Lebensentwürfe gezeigt werden. Bei der Analyse von „Migrantinnen in audio-visuellen Medien“³ erwiesen sich Angebote des Reality-TV als diejenigen mit besonders intensiver (quantitativer) Sichtbarkeit migrantischer Frauen. Die Kulturwissenschaftlerin Gabriele Dietze spricht deshalb in anderem Zusammenhang von „integrativen Mustern der Beheimatung“ (Dietze 2011: 178) durch RTV. Johanna Schaffer hat jedoch Skepsis an einer solchen Politik der Sichtbarkeit (Schaffer 2008: 51–76) formuliert.

Ambivalenzen der Sichtbarkeit lassen sich am Beispiel der Castingshow „Germany’s Next Top Model“ (GNTM) nachvollziehen, denn hier steht das Format *par excellence* für die performative Herstellung von Geschlecht. Frausein und Weiblichkeit werden als anspruchsvoller, schweißtreibender Prozess der Arbeit – am Körper und am Selbst – präsentiert, die stets entlang der von der Moderatorin Heidi Klum vorgegebenen Normen bewertet wird. Zugleich werden die teilnehmenden Kandidatinnen durchgängig entlang ihres „Typs“ – eine Klassifikation, die diese selber anhand ihrer Hautfarbe vornehmen – sortiert, platziert und interpretiert. Ethnische Vielfalt wird so durch die Normsetzungen des Formats „gebändigt“. Die als altbacken verlachte Weiblichkeit der Russin Anna wird zur Hintergrundfolie, vor der das neoliberale Konzept der modernen (westlichen/deutschen) Erfolgsfrau entworfen werden kann. Nur bei bedingungsloser Unterwerfung unter die Erfolgsdoktrin des Formats kann die exotische Andere zur Siegerin werden. In diesen Diskursen zeigt sich, dass Medien zentral an der Verhandlung und Durchsetzung weltweiter hierarchischer Ungleichheitsverhältnisse mitbeteiligt sind und so zugleich als Agenten und Motoren von Globalisierung agieren⁴ (vgl. auch Knüttel 2011).

3 Das Projekt „Migrantinnen in audio-visuellen Medien“ untersuchte die quantitative und qualitative Repräsentation von Migrantinnen im deutschen Fernsehangebot sowie deren Rezeption. Gefördert vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter NRW wurde die Studie von 2010 bis 2012 am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der FU Berlin unter der Leitung von Margreth Lünenborg durchgeführt. Die Gesamtpublikation ist in Vorbereitung.

4 Die Analyse der fünften Staffel von GNTM (Ausstrahlung März 2010, Pro7) ist Bestandteil der Studie „Migrantinnen in audio-visuellen Medien“, s. Fn. 3.

5 Neue Medien zwischen feministischen Diskursen und Feminismus-Bashing

Die digitalisierte Netzkommunikation hat die Bedingungen für die Entstehung (medialer) Öffentlichkeiten nachhaltig verändert. Medienproduktion im Netz erfordert keinen nennenswerten Einsatz ökonomischen Kapitals und nur mehr geringe technische Expertise. Die Schwelle für einen Medienzugang ist damit nachhaltig abgesenkt. Die Online-Zeitung *Die Standard*, das feministische Pendant zur österreichischen Qualitätszeitung *Der Standard*, wäre als Offline-Angebot wohl nicht denkbar. Das professionell gemachte Tageszeitungsangebot erfüllt eine wichtige Funktion, etwa indem es als einzige österreichische Tageszeitung eine gendergerechte Schreibweise wählt und Themen diskutiert, die es nicht auf die Agenda traditioneller Medien schaffen. Mit dem kostengünstigen, technisch einfachen Zugang zum Internet eröffnen sich Optionen auch zur Neugründung feministischer Medien, Foren und Wikis. Die *Mädchenmannschaft*⁵ als feministischer Blog ist ein erfolgreiches Beispiel für solche Neugründungen, das migrantische Online-Magazin *Gazelle*⁶ oder Wikis zu Gender Studies und Geschlechterpolitik sind weitere Ausdrucksformen partizipativer Kommunikation. Die DIY-Culture („Do-it-Yourself-Kultur“) ermöglicht neue Kommunikations- und Aktionsformen sowie ein Arbeiten zugleich an den individuellen wie kollektiven Seiten der Emanzipation (vgl. Zobl/Drücke 2012).

So wichtig die Auseinandersetzung mit solchen Aktivitäten ist, so wenig darf dabei übersehen werden, dass solche Initiativen im Gesamt der Netzkommunikation nur eine kleine Minderheit ausmachen. Die Utopie des Internets als eines diskursiven Raums ohne eingeschriebene Geschlechterverhältnisse hat sich ebenso als voreilig erwiesen wie die Hoffnung auf eine umfassende, gleichberechtigte Partizipation mittels Netzkommunikation. Mit Blick auf Geschlechterstrukturen hat sich gezeigt, dass sich hierarchische Kommunikationsstrukturen im Netz fortschreiben. Die Blogosphäre reproduziert – zumindest im deutschsprachigen Raum – Relevanzstrukturen, die in der analogen Medienwelt hergestellt werden. Im Netzdiskurs verlängern sich nicht nur hierarchische Kommunikationsstrukturen, durch veränderte kommunikative Konventionen werden sie überdies verstärkt. Der niedrigschwellige Zugang, der nur einen geringen Organisationsgrad erfordert, eröffnet damit das Feld auch für antifeministische Diskurse. Das gezielte Brechen kommunikativer Konventionen – der Shitstorm oder das Bashing zu meist im Schutz der Anonymität – zeigt sich als Ausdruck verstärkt hierarchischer Kommunikationsmuster. Eine sehr gut organisierte Männerrechtsbewegung macht sichtbar, wie im Netz ein aggressiv antifeministischer Diskurs etabliert und fortgeschrieben werden kann, der in traditionellen Massenmedien in dieser Form nicht (mehr) erkennbar ist. Rolf Pohl schreibt dazu:

„Ein Amalgam aus Antikommunismus, Antisozialismus, Antifeminismus und 68er-Bashing scheint zusammen mit einer konservativen Familienideologie zum Gründungsfundament der propagierten Befreiungsbewegung für Männer zu gehören“ (Pohl 2010: 112).

5 <http://maedchenmannschaft.net>.

6 www.gazelle-magazin.de.

Pohl bezeichnet diese Form des Antifeminismus als projektive Verarbeitung persönlicher und gesellschaftlicher Krisenerfahrungen (Pohl 2010: 117). Im Netz finden sich deshalb misogynen Artikulationsformen neben neuen solidarischen und feministischen Projekten.

6 Re-Artikulationen feministischer Anliegen

Insgesamt ist es den feministischen Bewegungen der 1970er Jahre gelungen, die Themensetzung der Medien und die geschlechtsgebundenen Repräsentationsweisen zu verändern. Gerade in der Adressierung junger Frauen bedienen sich Medien heute vielfach einer emanzipatorischen Rhetorik, die um die Begriffe von Wahl- und Entscheidungsfreiheit, Selbstbewusstsein, Erfolg und Leistungswillen kreist. Neoliberalismus und Postfeminismus treffen sich in dem Credo „Alles ist möglich“, wenn nur der Wille zum Erfolg vorhanden ist und zudem der Balanceakt zwischen inszenierter und authentischer Selbstpräsentation gelingt. Demnach bedürfen Emanzipationsbestrebungen nicht mehr der Kritik an gesellschaftlichen Exklusions- und Diskriminierungsmechanismen. Stattdessen ist das Versprechen auf gesellschaftliche Anerkennung daran geknüpft, dass die Individuen hart an sich arbeiten und diese Arbeit zugleich geschickt verbergen. Tanja Thomas (2008) hat die Popularität von Castingshows als Ausdruck von Marktlogiken analysiert. Varianten der Figur des „Unternehmerischen Selbst“ (Thomas 2007: 51), die sich durch fortwährende Arbeit am eigenen Körper und geschickte Selbstvermarktung auszeichnet, finden sich aber auch in anderen Medienprodukten – etwa in Soap-Operas oder bei „Bridget Jones“, als Protagonistin in Buch und Film erfolgreich, die Angela McRobbie (2009) als Ankerbeispiel für ihre Analyse wählt. Die britische Medienwissenschaftlerin zeigt, wie die Rhetorik von Entscheidungs- und Wahlfreiheit an eine Hyperindividualisierung gekoppelt wird, die zugleich feministische Positionen als veraltet desartikuliert: „making feminism a thing of the past“ (McRobbie 2011: 2). Es handelt sich dabei nicht um einen Backlash im Sinne einer Rückkehr zu traditionellen Geschlechterstereotypen und -arrangements, sondern um eine Modernisierung, die feministisches Vokabular in ihre Rhetorik aufgenommen hat, um Feminismus an die kapitalistische Konsumkultur zu binden und dabei dessen umfassenden, gesellschaftsverändernden Emanzipationsanspruch zu entsorgen.

Solche Re-Artikulationen in der Populärkultur gehen Hand in Hand mit Neuartikulationen im Journalismus. Unter dem Titel „Rejecting the F-Word“ hat Louise North (2009) das Spannungsverhältnis zwischen individuellen Überzeugungen von Journalistinnen und deren Artikulationen im redaktionellen Arbeitsprozess analysiert. Sie identifiziert Prozesse der Abwertung von feministischen Positionen bei männlichen wie weiblichen Redaktionsmitgliedern, die eine Selbstbezeichnung als Feminist oder Feministin verunmöglichen. In den deutschsprachigen Medien wurde das F-Wort im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends wieder neu aufgegriffen. Zu Wort kamen einerseits Vertreterinnen eines „Elitefeminismus“ (so Klaus 2008) oder „Postfeminismus“ (so McRobbie 2009), die zwar den Anspruch auf gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen erheben, diese Forderung aber in der Weise individualistisch verkürzen, dass etwa die Quotenforderung mit konservativen gesellschaftspolitischen

Positionen in Einklang gebracht werden kann (z. B. Deckenbach 2006; Dorn 2007; Koch-Mehrin 2007). Andererseits wurde ein „neuer“, „junger“ Feminismus propagiert, der „Power“ und Humor hat, lustvoll, „sexy“ und „poppig“ ist (z. B. Haaf/Klingner/Streidl 2008; Hensel/Raether 2008). Bei allen vorhandenen Unterschieden eint die mediale Darstellung beider Varianten, dass mit der positiven Besetzung von Elitefeminismus und jungem Feminismus zugleich das Zerrbild vom „alten“ Feminismus entworfen wird, der sich historisch überholt habe. Diese Abgrenzung von der feministischen Bewegung ist umso irritierender, als viele der in Mediendiskursen verhandelten Themen um Familienpolitik, Geschlechterrollen oder Geschlechteridentitäten kreisen – allesamt Problemstellungen, die im Rahmen der Frauenbewegungen der 1970er Jahre intensiv debattiert wurden, im Zuge der derzeit stattfindenden Re-Artikulationen aber eine ganz andere Rahmung erfahren.

So hat Gudrun-Axeli Knapp darauf hingewiesen, dass die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nach wie vor eines der zentralen strukturellen Probleme der Gesellschaft – nach und nach durch Bemühungen um die richtige „Work-Life-Balance“ ersetzt wurde (vgl. Knapp 2012: 10–11). Damit aber wird die Lösung des Problems unter Verlust der Gesellschaftsperspektive in das Individuum hinein verlagert, das für seine/ihre Work-Life-Balance als optimale Organisation und effiziente Auslastung der individuellen Ressourcen letztlich selber verantwortlich ist. Für die Erwerbsarbeit von Frauen bedeutet dies, dass es nicht länger um eine grundsätzliche Kritik an der Organisation und den Zumutungen der Arbeit im Kapitalismus geht, sondern nur mehr um ihre funktionale Einpassung in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse (vgl. Fraser 2009b).

Hier zeigt sich eine radikale Individualisierung der Probleme, die mit einer fraprierenden Ausblendung feministischer Emanzipationspolitik und einer Desartikulation feministischer Wissensbestände einhergeht.

7 Zwischen Gesellschaft und Kultur, Umverteilung und Anerkennung

Die angesprochenen Ambivalenzen in der Medienberichterstattung lassen sich als Ausdruck von Deutungskämpfen interpretieren, die mit und durch Medien realisiert werden. Unter Bedingungen der Globalisierung werden neoliberale Diskurse zentraler. Geschlechterverhältnisse bilden darin eine Achse von Differenz und Ungleichheit, die zunehmend im Verhältnis zu anderen Formationen von Ungleichheit, vor allem im Rahmen der Trias *gender, class, race*, verhandelt wird. Exemplarisch zeigte die Debatte um das sogenannte „Unterschichtenfernsehen“ in Deutschland diese „diskursive Rückkehr des Sozialen“ (Wischermann/Thomas 2008: 16). Von einem „Redistribution-Recognition Dilemma“ hat Nancy Fraser erstmals in den 1990er Jahren gesprochen und dieses theoretische Konzept nach der Jahrtausendwende noch einmal neu ausgearbeitet (vgl. Fraser 1995; 2009a: 100–115). Sie sieht eine kritische Gesellschaftswissenschaft vor zwei Aufgaben gestellt: zum einen angesichts wachsender sozialer Klüfte Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und nach einer Neuverteilung gesellschaftlichen Reichtums zu stellen, zum anderen angesichts multi-ethnischer Gesellschaften und globaler Kommu-

nikationsformen für kulturelle Sichtbarkeit und Anerkennung marginalisierter Gruppen einzutreten. Diese Forderungen nach *sozialer Gerechtigkeit* als Umverteilung von Ressourcen und nach *kultureller Gerechtigkeit* als Anerkennung, Respekt und Sichtbarkeit, als Recht auf Differenz sind nun, das arbeitet Fraser heraus, in Teilen widersprüchlich: Verlangt soziale Gerechtigkeit nach einer De-Differenzierung sozialer Gruppen, so erfordert kulturelle Gerechtigkeit deren Differenzierung, sodass beide Ansprüche Reibungsflächen aufweisen und gegeneinander arbeiten.

Das von Fraser skizzierte Dilemma spiegelt sich auch in der Medienproduktion wider, die selber stärker auf der kulturell-ideologischen Seite gesellschaftlicher Bedeutungsproduktion angesiedelt ist. Im Rahmen post- oder elitefeministischer Positionen werden, wie wir gesehen haben, die Sichtbarkeit und Anerkennung insbesondere für gut ausgebildete junge Frauen erhöht, auch für jene mit Migrationserfahrungen oder lesbisch-queerem Lebensentwurf. Das aber geschieht unter expliziter Ausblendung grundlegender struktureller Ungleichheitskategorien und deren intersektionaler Verknüpfungen und Bruchstellen. Damit aber bedeutet die Sichtbarkeit für einige wenige wiederum die Ausblendung vieler anderer.

In einem anderen, 2009 in deutscher Übersetzung erschienenen Aufsatz hat Nancy Fraser die ketzerische These von einer „unappetitliche[n], untergründige[n] Wahlverwandtschaft“ (Fraser 2009b: 50) zwischen Neuer Frauenbewegung und Neoliberalismus aufgestellt. In ihrem Beitrag „Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte“ argumentiert sie, dass kulturelle Einstellungen, die der Neuen Frauenbewegung entstammen, so wichtig sie an sich waren, auch zur Umgestaltung der kapitalistischen Nachkriegsgesellschaft im Zeichen des Neoliberalismus genutzt wurden. Frasers Text eignet sich als Reflexionsfolie, um die Veränderungen im journalistischen Berufsfeld und in den Medienrepräsentationen genauer zu untersuchen. Die Propagierung des neoliberalen Selbst im Reality-TV oder die Normalisierung queerer Charaktere in Serien können so erklärt werden.

Um einen Ausweg aus dem „Redistribution-Recognition Dilemma“ zu finden, führt Fraser eine Unterscheidung ein zwischen affirmativen, die Gesellschaft bestätigenden Strategien und solchen Strategien, die die Gesellschaft transformieren. Affirmative Strategien sozialer Gerechtigkeit milderten soziale Klüfte, stützten aber letztlich ein Klassensystem, in dem Arbeitslose und arme Bevölkerungsteile als Schmarotzer diffamiert werden könnten. Affirmative kulturelle Strategien führten zu einer spezifischen Sichtbarkeit, die mit Assimilation und neuen Ausschlüssen verbunden sei. Auch die Anerkennung einiger Homosexueller beruhte dann auf der Idee fixer, stabiler Identitäten. Demgegenüber würden transformative kulturelle Strategien die Homo-Hetero-Dichotomie überwinden und generell die Essentialisierung von identitären Kategorien in Frage stellen. Gleichmaßen würde eine transformative soziale Strategie die Legitimität globaler kapitalistischer Produktionsweisen generell in Zweifel ziehen. Transformative Strategien bauen dann, so Fraser, eine Brücke zwischen den stärker sozial und den stärker kulturell orientierten Gerechtigkeitsdiskursen und bringen deren Verwobenheit zum Ausdruck (vgl. Fraser 2009a).

8 Fazit: Herausforderungen für die Geschlechterforschung

Angesichts dieser Analyse haben Gender und Queer Studies auch in der Kommunikations- und Medienwissenschaft damit begonnen, über ihr „erfolgreiches Scheitern“ (Wetterer 2010, zit. nach Knapp 2012: 12) nachzudenken. Dass etwa weibliche Figuren im Fernsehen heute ebenso häufig wie männliche berufstätig sind oder Führungspositionen einnehmen (vgl. Kap. 4), erfüllt vordergründig eine der frühen Forderungen feministischer Medienkritik. Solche Modernisierungen gehen aber ausdrücklich nicht mit einer grundlegenden Kritik am symbolischen System der Zweigeschlechtlichkeit oder einer Infragestellung gesellschaftlicher Machtverhältnisse entlang der Trias von *race*, *class*, *gender* einher. Diese ambivalenten Entwicklungen fordern dazu auf, das Verhältnis von kritischer feministischer Theorie zu einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Praxis neu zu bestimmen. Im Anschluss an Nancy Frasers Analyse stellt sich die Frage, wie es möglich wird, transformative Praktiken in Bezug auf Medien und Öffentlichkeit gegenüber affirmativen zu entwerfen, weiterzuentwickeln und zu stärken. In welchem Verhältnis zueinander stehen dabei feministische Kritik und Mediendiskurse?

Mit der fortschreitenden Ausdifferenzierung von Theoriekonzepten der Geschlechterforschung ist der Bezug zur politischen Praxis fragiler geworden. Jede Disziplin, jede Theorie muss sich im Zuge ihrer Entwicklung und Ausdifferenzierung vom Alltagswissen entfernen. Damit geht ein unmittelbarer Anschluss an die politischen Debatten und Alltagsdiskurse verloren, jedoch brauchen Theorien, insbesondere kritische Theorien, den Weltbezug als Ankerfläche und zur Relevanzprüfung. Es erfordert also Anstrengungen, Theorie wieder praxistauglich zu machen. Gudrun-Axeli Knapp fordert, sich mit den Bedingungen von solchen „Übersetzungen im Sinne einer kontextsensiblen Konkretisierung“ (Knapp 2012: 12) auseinanderzusetzen, und hält fest: „Auch Konkretion und mikrologische Untersuchungen im Kleinen bedürfen bekanntermaßen theoretischer Begriffe, die zur Zusammenhangsanalyse taugen“ (Knapp 2012: 12). Dabei können sich zunächst unzugänglich erscheinende Theorien als äußerst praxisnah erweisen. So zeigt die öffentliche Verunsicherung über das Geschlecht der südafrikanischen Sportlerin Caster Semenya⁷ auf unmittelbar lebensweltliche Weise, welche Relevanz dekonstruktivistische Konzepte mit ihren Zweifeln an der biologischen Vorgängigkeit der Geschlechterkategorie haben. Theoretische Konzepte der Gouvernamentalität erweisen sich als geeignet, um mediale Selbstpräsentationen und das öffentliche Unbehagen an Reality-TV und Castingshows besser zu verstehen.

Gendertheorien bergen zugleich Potenziale für eine gesellschaftskritische Analyse, die das strategische Moment bei der bloßen Sichtbarmachung von Frauen, queeren Menschen oder auch MigrantInnen in der Populärkultur offenzulegen helfen. Mit dem Intersektionalitätskonzept, der damit einhergehenden Rückkehr des Sozialen, dem Wiedererstarben von Sozialkritik und dem Nachdenken über Re-Artikulationen des Feminismus eröffnen sich neue Perspektiven für eine kritische Kultur- und Gesellschaftsanalyse der gegenwärtigen Entwicklungen. Dabei kann es aber nicht das Ziel sein, (Emanzi-

7 Die Sportlerin wurde 2009 von den Leichtathletikweltmeisterschaften ausgeschlossen, weil ihr Geschlecht nicht eindeutig geklärt werden konnte. Diese Verunsicherung wurde auch in den Medien breit diskutiert. So schreibt die *Süddeutsche Zeitung* unter der Überschrift „Unbeschreiblich weiblich“ über den „Irrglauben“, „die geschlechtliche Identität eines Menschen sicher bestimmen zu können“ (Bartens 2009).

pations-)Politik und feministische Wissenschaft (wieder) miteinander zu verschmelzen. Vielmehr initiieren Politik und Wissenschaft gegenläufige Prozesse. Jedoch sind beide, darauf hat wiederum Knapp hingewiesen, „von übergreifenden Entwicklungen einer zunehmenden Vermarktlichung tangiert“ (Knapp 2012: 9), „die in den Feldern zwar spezifisch bearbeitet werden müssen, aber ihrer Anforderungslogik nach gleichsinnig funktionieren“ (Knapp 2012: 9). Angesprochen wird damit auch der Ort der Geschlechterforschung im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext. WissenschaftlerInnen und GeschlechterforscherInnen sind nicht außerhalb des Gesellschaftswandels verortet, sondern selber nolens volens als AkteurInnen in den neoliberalen Umbau des Hochschulwesens involviert. Die Theorie- und Wissensproduktion der Gender Media Studies geschieht im Spannungsverhältnis zwischen zunehmender Institutionalisierung und prekärer Randständigkeit. Die darüber notwendige Reflexion ermöglicht zugleich die Verortung in der Tradition der Frauen- und Geschlechterforschung und sichert den Weltbezug und die Relevanz ihrer Erkenntnisse.

Literaturverzeichnis

- Allan, Stuart & Thorsen, Einar. (Hrsg.). (2009). *Citizen Journalism: Global Perspectives*. New York: Lang.
- Bartens, Werner. (22./23. August 2009). Unbeschreiblich weiblich. *Süddeutsche Zeitung*, 2.
- Beste, Ralf; Feldenkirchen, Markus; Kullmann, Kerstin; Nelles, Roland & Schwennicke, Christoph. (2008). Sozialdemokraten. Das Wagnis. *Der Spiegel*, 62(37), 18–24.
- Buckow, Isabelle. (2011). *Freie Journalisten und ihre berufliche Identität. Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Journalistenverbands Freischreiber*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Deckenbach, Karin. (2006). *War was, Eva? Wer sich nicht wehrt, endet am Herd*. München: Droemer.
- Dietze, Gabriele. (2011). „Against-Type-Casting“ Migration–Castingshows und kulturelle Vielfalt. In Katharina Knüttel & Martin Seeliger (Hrsg.), *Intersektionalität und Kulturindustrie. Zum Verhältnis sozialer Kategorien und kultureller Repräsentationen* (S. 161–183). Bielefeld: transcript.
- Dorn, Thea. (2007). *Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird*. München: Piper.
- Fraser, Nancy. (1995). From Redistribution to Recognition? Dilemmas of Justice in a ‚Post-Socialist‘ Age. *New Left Review*, 1/212. Zugriff am 31. August 2012 unter <http://newleftreview.org/1/212/nancy-fraser-from-redistribution-to-recognition-dilemmas-of-justice-in-a-post-socialist-age>.
- Fraser, Nancy. (2009a). *Scales of Justice: Reimagining Political Space in a Globalizing World*. New York: Columbia University Press.
- Fraser, Nancy. (2009b). Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54(8), 43–57.
- GMMP. (2010). *Who makes the News? Global Media Monitoring Project 2010*. Zugriff am 16. September 2012 unter http://whomakesthenews.org/images/stories/restricted/global/global_en.pdf.
- Haaf, Meredith; Klingner, Susanne & Streidl, Barbara. (2008). *Wir Alpha-Mädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Haller, Michael. (2007). Die sanfte Götterdämmerung. *message, Internationale Zeitschrift für Journalismus*, 4, 10–15.

- Hartley, John. (1996). *Popular Reality. Journalism, Modernity, Popular Culture*. London: Edward Arnold.
- Hensel, Jana & Raether, Elisabeth. (2008). *Neue deutsche Mädchen*. Hamburg: Rowohlt.
- Kaltenbrunner, Andy; Karmasin, Matthias; Kraus, Daniela & Zimmermann, Astrid. (2007). *Der Journalisten-Report. Österreichs Medien und ihre Macher. Eine empirische Erhebung*. Wien: facultas.wuv.
- Klaus, Elisabeth. (2008). Antifeminismus und Elitefeminismus – Eine Intervention. *Feministische Studien*, 26(2), 176–186. Zugriff am 2. September 2012 unter www.feministische-studien.de/uploads/download.php?get=tx_cuppaperlist/Fem08_02_Klaus.pdf.
- Klaus, Elisabeth & Kassel, Susanne. (2005). Männer- und Frauenbilder in Unterhaltungsserien des ORF-Fernsehprogramms. Literaturrecherche und Inhaltsanalyse. In ORF Markt- und Medienforschung (Hrsg.), *Publikumsratsstudie 2004. Zur Wahrnehmung von männlichen und weiblichen Rollenbildern in den ORF-Unterhaltungsserien und deren Identifikationspotentiale aus der Sicht der ZuschauerInnen* (S. 5–52). Wien.
- Klaus, Elisabeth & Kassel, Susanne. (2007). Das Frauen- und Männerbild im österreichischen Fernsehen. Ein Überblick über die vorliegenden Forschungsergebnisse. In Christian Steininger & Jens Woelke (Hrsg.), *Fernsehen Österreich 2007* (S. 301–321). Konstanz: UVK.
- Klaus, Elisabeth & Kassel, Susanne. (2008). Frauenrechte als Kriegslegitimation in den Medien. In Johanna Dorer, Brigitte Geiger & Regina Köpl (Hrsg.), *Medien – Politik – Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung* (S. 266–280). Wiesbaden: VS Verlag.
- Knapp, Gudrun-Axeli. (2012). *Im Widerstreit: Feministische Theorie in Bewegung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Knüttel, Katharina. (2011). Schöne schwarze Frau macht Karriere? Intersektionale Ambivalenzen in „Germany’s Next Topmodel“. In Katharina Knüttel & Martin Seeliger (Hrsg.), *Intersektionalität und Kulturindustrie. Zum Verhältnis sozialer Kategorien und kultureller Repräsentationen* (S. 131–159). Bielefeld: transcript.
- Koch-Mehrin, Silvana. (2007). *Schwestern. Streitschrift für einen neuen Feminismus*. Berlin: Econ Verlag.
- Lilienthal, Volker & Schnedler, Thomas. (2012). Zur sozialen Lage von Journalistinnen und Journalisten. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62(29–31), 15–21.
- Loncle, François. (16. November 2001). Prostitution ohne Grenzen (Miriam Lang, Übers.). *Le Monde diplomatique*, 6602, 18–19. Zugriff am 17. September 2012 unter www.monde-diplomatique.de/pm/2001/11/16/a0060.text.name,ask86oQie.n,33.
- Lünenborg, Margreth; Fritsche, Katharina & Bach, Annika. (2011). *Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption*. Bielefeld: transcript.
- Lünenborg, Margreth & Röser, Jutta. (Hrsg.). (2012). *Ungleich mächtig. Das Gendering von Führungspersonen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der Medienkommunikation*. Bielefeld: transcript.
- Maier, Tanja. (2007). *Gender und Fernsehen. Perspektiven einer kritischen Medienwissenschaft*. Bielefeld: transcript.
- Maier, Tanja & Lünenborg, Margreth. (2012). „Kann der das überhaupt?“ Eine qualitative Textanalyse zum Wandel medialer Geschlechterrepräsentationen. In Margreth Lünenborg & Jutta Röser (Hrsg.), *Ungleich mächtig. Das Gendering von Führungspersonen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der Medienkommunikation* (S. 65–126). Bielefeld: transcript.
- McRobbie, Angela. (2009). *The aftermath of feminism. Gender, culture and social change*. Los Angeles: SAGE.
- McRobbie, Angela. (2011). *Top Girls – (Un) Doing Feminism Lecture*. Zugriff am 15. September 2012 unter www.angelamcrobbe.net/top-girls-un-doing-feminism/.

- Meyen, Michael & Springer, Nina. (2009). *Freie Journalisten in Deutschland. Ein Report*. Konstanz: UVK.
- Neverla, Irene & Kanzleiter, Gerda. (1984). *Journalistinnen – Frauen in einem Männerberuf*. Frankfurt/M.: Campus.
- North, Louise. (2009). Rejecting the ‚F-word‘. How ‚feminism‘ and ‚feminists‘ are understood in the newsroom. *Journalism*, 10, 739–757.
- Pohl, Rolf. (2010). Männer – das benachteiligte Geschlecht? Weiblichkeitsabwehr und Antifeminismus im Diskurs über die Krise der Männlichkeit. In Mechthild Bereswill & Anke Neuber (Hrsg.), *In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert*. (Forum Frauen- und Geschlechterforschung Band 31). (S. 104–135). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Pro Quote. (2012). *Die Unterzeichnerinnen*. Zugriff am 16. September 2012 unter www.pro-quote.de/unterzeichnerinnen/.
- Riehl, Katharina. (7. April 2012). Mehr Frauen, mehr Macht. *Süddeutsche Zeitung*. Zugriff am 9. September 2012 unter www.sueddeutsche.de/medien/petra-winter-und-bela-anda-gehen-zu-bild-mehr-frauen-mehr-macht-1.1350799.
- Röser, Jutta & Müller, Kathrin Friederike. (2012). Merkel als ‚einsame Spitze‘. Eine quantitative Inhaltsanalyse zum Geschlechterverhältnis von Spitzenkräften in den Medien. In Margreth Lünenborg & Jutta Röser (Hrsg.), *Ungleich mächtig. Das Gendering von Führungspersonen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der Medienkommunikation* (S. 37–64). Bielefeld: transcript.
- Scarbath, Horst; Gorschenek, Margareta & Grell, Petra. (1994). *Sexualität und Geschlechtsrollenklischees im Privatfernsehen. Inhaltsanalytische Fallstudien*. Berlin: Vistas.
- Schaffer, Johanna. (2008). *Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung*. Bielefeld: transcript.
- Schirmacher, Frank. (1. Juli 2003). Männerdämmerung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Zugriff am 12. September 2012 unter www.faz.net/aktuell/feuilleton/machtfragen-maenner-daemmerung-1101138.html.
- taz.die tageszeitung. (17./18. November 2012). Schwerpunktausgabe zum Thema: Frauen in den Medien. S. 1–52.
- Thomas, Tanja. (2007). Showtime für das „unternehmerische Selbst“ – Reflektionen über Reality-TV als Vergesellschaftungsmodus. In Lothar Mikos, Dagmar Hoffmann & Rainer R. Winter (Hrsg.), *Mediennutzung, Identität und Identifikationen. Die Sozialisationsrelevanz der Medien im Selbstfindungsprozess von Jugendlichen* (S. 51–66). Weinheim/München: Juventa.
- Thomas, Tanja. (2008). Marktlogiken in Lifestyle-TV und Lebensführung – Herausforderungen für eine gesellschaftskritische Medienanalyse. In Christoph Butterwegge, Bettina Lösch & Ralf Ptak (Hrsg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen* (S. 147–163). Wiesbaden: VS Verlag.
- van Zoonen, Liesbet. (1995). Gender and the Political Economy of Broadcasting in Western Europe. Or: The Feminization of European Television. In Lutz Erbring (Hrsg.), *Kommunikationsraum Europa* (S. 470–476). Konstanz: UVK.
- Weischenberg, Siegfried; Malik, Maja & Scholl, Armin. (2006a). *Die Souffleure der Medien-gesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland*. Konstanz: UVK.
- Weischenberg, Siegfried; Malik, Maja & Scholl, Armin. (2006b). Journalismus in Deutschland 2005. Zentrale Befunde der aktuellen Repräsentativbefragung deutscher Journalisten. *media Perspektiven*, 7, 346–361. Zugriff am 14. September 2012 unter www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/sowi/journalistik/PDFs/jouridmp.pdf.
- Wischermann, Ulla & Thomas, Tanja. (2008): Medien – Diversität – Ungleichheit: Ausgangspunkte. In Ulla Wischermann & Tanja Thomas (Hrsg.), *Medien – Diversität – Ungleichheit. Zur medialen Konstruktion sozialer Differenz* (S. 7–20). Wiesbaden: VS Verlag.
- Wyss, Vinzenz & Keel, Guido. (2010). Schweizer Journalismuskulturen im sprachregionalen Vergleich: Eine quantitative Längsschnittuntersuchung zu Strukturmerkmalen und Einstel-

- lungen. In Andreas Hepp, Marco Höhn & Jeffrey Wimmer (Hrsg.), *Medienkultur im Wandel* (S. 245–260). Konstanz: UVK.
- Zobl, Elke & Drüeke, Ricarda. (Hrsg.). (2012). *Feminist Media. Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship*. Bielefeld: transcript.

Zu den Personen

Elisabeth Klaus, Prof. Dr., Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies, Öffentlichkeitstheorien, Cultural Studies und populäre Medien.

Kontakt: Fachbereich Kommunikationswissenschaft, Universität Salzburg, Rudolfskai 42, 5020 Salzburg, Österreich

E-Mail: elisabeth.klaus@sbg.ac.at

Margreth Lünenborg, Prof. Dr., Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der FU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Gender Media Studies, Journalismusforschung, Migration und Medien, Kulturorientierte Medienforschung.

Kontakt: Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Freie Universität Berlin, Garystraße 55, 14195 Berlin

E-Mail: margreth.luenenborg@fu-berlin.de

Zur Operationalisierung von Geschlecht im Fragebogen: Probleme und Lösungsansätze aus Sicht von Mess-, Umfrage-, Gender- und Queer-Theorie¹

Zusammenfassung

Es existiert kaum ein Forschungsfragebogen in den Sozialwissenschaften, in dem nicht routinemäßig auch das Geschlecht abgefragt wird. Die entsprechende Frage samt Antwortalternativen scheint aus Sicht der Umfragepraxis simpel: Man lässt die Befragten einfach „männlich“ oder „weiblich“ ankreuzen. Der vorliegende Beitrag problematisiert diese Erfassung von Geschlecht in Forschungsfragebögen. Es werden unterschiedliche Operationalisierungsformen (Einzel-Items und psychometrische Skalen) vorgestellt und aus Sicht der Gender- und Queer-Theorie, aber auch der Mess- und Umfragetheorie sowie der Forschungsethik kritisch hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile diskutiert. Der Beitrag will dazu anregen, a) Geschlecht reflektierter zu operationalisieren, b) verschiedene Operationalisierungsformen in zukünftigen Methodenstudien zu prüfen und c) die Operationalisierungsprobleme beim Konstrukt „Geschlecht“ im Rahmen der Methodenlehre ausdrücklich zu behandeln.

Schlüsselwörter

Fragebogen, Geschlecht, Operationalisierung, Gender-Theorie, Queer-Theorie, Messtheorie

Summary

On the operationalization of sex and gender in research questionnaires: Problems and solutions from the perspective of measurement, survey, gender and queer theory

There is hardly a research questionnaire in the social sciences that does not ask respondents to indicate their sex or gender. The question plus its possible answers appears simple: respondents only need to check “male” or “female”. This article questions these routine sex/gender items in surveys. Different ways of operationalizing sex and gender (single item measures as well as psychometric scales) are presented and discussed from the point of view of gender and queer theory, measurement and survey theory, as well as research ethics. The article aims to inspire a) a more reflected operationalization of sex and gender, b) methodological studies on the characteristics of different types of sex/gender operationalizations, and c) a more thorough discussion of problems concerning sex/gender operationalizations in social science research teaching.

Keywords

questionnaire, gender, operationalization, gender theory, queer theory, measurement theory

1 Einführung

Kein Fragebogen ohne Geschlechtsabfrage – das ist die Forschungsrealität in den Sozialwissenschaften. Dabei wird Geschlecht meist als dichotome Variable erhoben, indem man die Befragten ankreuzen lässt, ob sie „männlich“ oder „weiblich“ sind. Der vorliegende

1 Der Beitrag entstand im Rahmen des Thüringer Verbundprojektes GeniaL „Gender in der akademischen Lehre an Thüringer Hochschulen“, gefördert vom Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK).

Beitrag diskutiert diese etablierte Operationalisierung von Geschlecht aus methodischen (Messtheorie, Umfragetheorie) sowie aus inhaltlichen Blickwinkeln (Gender-Theorie und Queer-Theorie) und nicht zuletzt aus Sicht der Forschungsethik. Die klassische Operationalisierung von Geschlecht erweist sich dabei als problematisch, wenn nicht gänzlich unbrauchbar. Mögliche Alternativen werden vorgestellt und in ihren Vor- und Nachteilen abgewogen. Der Beitrag endet mit Empfehlungen für einen reflektierten Umgang mit der Operationalisierung von Geschlecht in der Forschungspraxis sowie der Methodenlehre.

2 Wozu wird Geschlecht in der empirischen Sozialforschung erhoben?

Die routinemäßige Erhebung von Geschlecht in der quantitativen wie qualitativen Sozialforschung verfolgt vor allem vier Zielsetzungen:

- a) *Geschlecht als soziodemografische Variable zur Stichprobenbeschreibung:* Zusammen mit anderen soziodemografischen Merkmalen (Alter, Wohnort etc.) dient die Geschlechtsangabe später der Stichprobenbeschreibung der Studie. Sozialstatistische Variablen werden meist am Ende eines Fragebogens abgefragt; in qualitativen Studien wird vor oder nach einem Interview oft ein entsprechender Kurzfragebogen genutzt.
- b) *Geschlecht als Filtervariable zur Auswahl passender Fragen:* Zuweilen wird ein Fragebogen ausgeteilt oder im Internet bereitgestellt, bei dem ein Teil der Fragen nur von einer bestimmten Geschlechtsgruppe zu beantworten ist (z. B. Fragen zu Menstruationsbeschwerden oder Prostatakrebsvorsorge). Hier wird dann ganz am Anfang des Fragebogens nach dem Geschlecht (sowie ggf. nach weiteren Filtervariablen) gefragt, sodass per Filterführung jeder Person nur die für sie passenden Fragen präsentiert werden.
- c) *Geschlecht als Kontrollvariable zur Verhinderung von Geschlechtsblindheit bei der Auswertung:* Zunehmend wird die Variable Geschlecht nicht nur zur Stichprobenbeschreibung oder Filterführung genutzt, sondern auch routinemäßig in die inhaltlichen Auswertungen einbezogen. Eine Datenauswertung summarisch über Männer und Frauen hinweg abzuwickeln, wird heute oft als „geschlechtsblind“ kritisiert. Eine solche Geschlechtsblindheit könnte z. B. dazu führen, dass geschlechtsspezifische Benachteiligungen ignoriert oder gar verleugnet werden (so setzt eine Analyse geschlechtsspezifischer vertikaler und horizontaler Segregation des Arbeitsmarktes eine Aufsplittung der entsprechenden Statistiken nach Geschlecht voraus). Gender Mainstreaming als offiziell von der Europäischen Gemeinschaft verfolgter Ansatz der Gleichstellungspolitik hat das Ziel, in allen gesellschaftlichen Bereichen die Lebenswirklichkeiten von Männern und Frauen gleichermaßen zu berücksichtigen, und verlangt es, statistische Auswertungen immer auch nach Geschlecht aufzuschlüsseln (zum Gender Mainstreaming von Umfragen siehe z. B. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions 2007).
- d) *Geschlecht als theoretisch relevante Variable zur Hypothesenprüfung oder Hypothesenbildung:* Bei einigen empirischen Studien wird Geschlecht ausdrücklich in

die inhaltliche Hypothesenprüfung bzw. Hypothesenbildung einbezogen. Eine ungünstige Operationalisierung von Geschlecht hat in dieser Konstellation aus wissenschaftstheoretischer Sicht weitreichende Folgen, weil fehlerhafte Theorieentwicklungen resultieren würden. Der Stellenwert des Konstrukts „Geschlecht“ im Rahmen der Theorie kann unterschiedlich sein:

- Theoretisch wird das biologische und/oder soziale Geschlecht in den Sozialwissenschaften meist als *unabhängige Variable* bzw. Ursachenfaktor betrachtet (z. B. wird theoriebasiert vorhergesagt, dass und wie sich Menschen aufgrund ihres Geschlechts in ihrem Verhalten und Erleben unterscheiden).
- Wird Geschlecht nicht direkt als Ursachenfaktor betrachtet, dann oft zumindest als vermittelnde Moderator- oder Mediatorvariable: Geht man davon aus, dass ein bestimmter Ursache-Wirkungs-Mechanismus bei einem Geschlecht stärker ausgeprägt ist als bei einem anderen, hat Geschlecht den Status einer *Moderatorvariable*. Beispiel: Ein Medikament (die unabhängige Variable) verändert den Blutdruck (die abhängige Variable), wobei es bei Männern besser wirkt als bei Frauen – dann ist das Geschlecht die Moderatorvariable. Wenn dagegen theoriebasiert vermutet wird, dass Geschlecht in einer Kausalkette ein notwendiges Bindeglied darstellt, damit überhaupt ein Effekt zustande kommt, dann hat es den Status einer *Mediatorvariable*. Beispiel: Personen, die ihre Umwelt und die Erwartungen ihrer Mitmenschen sensibel wahrnehmen (soziale Sensibilität als unabhängige Variable), sind stärker depressionsgefährdet (Depressivität als abhängige Variable), wobei dieser Effekt kausal vor allem dadurch zustande kommt, dass die Betroffenen sich bei sozialer Sensibilität stärker an Geschlechtsrollenerwartungen des Umfelds orientieren, und zwar auf Kosten ihrer individuellen Bedürfnisse (Geschlechtsrollenkonflikte als Mediatorvariable; vgl. Blashill/Vander Wal, 2010).
- Seltener wird umgekehrt untersucht, wie sich bestimmte Determinanten auf das Geschlecht einer Person als *abhängige Variable* auswirken (z. B. Einfluss biologischer, familiärer, kultureller Faktoren auf die Entwicklung maskuliner, femininer oder androgyner Geschlechtsidentität; Einfluss situativer Faktoren auf das aktuelle Geschlechtsrollenverhalten: Doing Gender).

Wenn es also gute Gründe dafür gibt, Geschlecht zu erfassen, stellt sich die Frage, wie es geeignet zu erheben bzw. zu operationalisieren ist. Varianten der Operationalisierung (vgl. Bortz/Döring, 2006: 62ff.) laufen bei der Fragebogenmethode als der neben dem Interview in der empirischen Sozialforschung populärsten Datenerhebungstechnik darauf hinaus, dass unterschiedliche *Fragebogen-Items* verwendet werden. Ein Fragebogen-Item besteht dabei immer aus einer Frage oder einem Statement inklusive der zugehörigen Antwortmöglichkeiten.

In der Forschungspraxis sind formal zwei Varianten der Operationalisierung von Geschlecht verbreitet: zum einen die Erfassung mittels eines einzelnen Fragebogen-Items (Einzel-Item, single item measure) und zum anderen mittels einer psychometrischen Skala (psychometric scale), die aus mehreren, zu einem Gesamtwert zusammenzufassenden Items besteht. Beide Typen der Operationalisierung werden im Folgenden getrennt betrachtet. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Einzel-Items, da diese in nahezu

jedem Forschungsfragebogen genutzt werden, während Gender-Skalen viel seltener zum Einsatz kommen.

3 Probleme bei der Erhebung von Geschlecht mittels einzelner Fragebogen-Items

Das typische Einzel-Item zur Erfassung von Geschlecht im Fragebogen lautet:

Geschlecht: ☐ männlich
 ☐ weiblich

Hier wird also die Kurzform eines Statements („Geschlecht:“) mit einer zweifach gestuften Antwortvorgabe („☐ männlich, ☐ weiblich“) kombiniert. Von diesem Einzel-Item existieren einige bedeutungsgleiche Formulierungsvarianten mit verschiedenen Statements bzw. Fragen (z. B. „Dein Geschlecht:“; „Was ist Ihr Geschlecht?“).

Die Abfrage mit diesem Einzel-Item hat den Vorteil, dass sie kurz und knapp gehalten ist. Da das deutsche Personenstandsrecht nur die Geschlechtsausprägungen „männlich“ und „weiblich“ kennt und das Geschlecht in unserer Gesellschaft als zentrales Personenmerkmal aufgefasst wird, findet in allen gesellschaftlichen Bereichen permanent eine entsprechende Einordnung und Abfrage statt (Personalausweis, Krankenakte, Versicherungsvertrag etc.). Damit sollte das Beantworten dieses Items für die Mehrheit der Befragten in der Regel problemlos möglich sein. Die Operationalisierung erzeugt hier eine sogenannte nominalskalierte, kategoriale bzw. qualitative Variable mit zwei Ausprägungen, die auch als dichotome oder binäre Variable bezeichnet wird. Den Ausprägungen werden in der Regel für statistische Analysen die numerischen Werte 0 und 1 oder 1 und 2 zugeordnet.

Obwohl sich diese Operationalisierung von Geschlecht stark etabliert hat, birgt sie doch eine Reihe von – selten diskutierten – ernsthaften Problemen.

Messtheoretisch verlangen wir von nominalskalierten Variablen, dass sie die Kriterien der Eindeutigkeit, Exklusivität und Exhaustivität erfüllen (vgl. Bortz/Döring 2006: 140), was im vorliegenden Fall jedoch nicht gegeben ist:

- *Eindeutigkeit:* Das gemessene Merkmal und jede Ausprägung müssen genau definiert sein. Ist den Forschenden wie Befragten eindeutig bewusst, was mit „Geschlecht“, mit „männlich“ und „weiblich“ gemeint ist? Woher weiß man bei dem Item beispielsweise, ob nach dem biologischen oder dem sozialen Geschlecht gefragt wird? Bei der Operationalisierung von Geschlecht muss immer beachtet werden, dass es sich um ein mehrdimensionales Konstrukt handelt. Mindestens biologisches Geschlecht („sex“) und soziales Geschlecht („gender“) sind nach vorherrschendem Verständnis der Gender-Forschung in der Tradition von Rubin (1975) konzeptuell zu differenzieren, und weisen jeweils noch diverse Subdimensionen auf. In der empirischen Sozialforschung wird dies bis heute jedoch weitgehend ignoriert. In der angloamerikanischen Literatur werden die Items „sex: ☐ male / ☐ female“ und „gender: ☐ male / ☐ female“ sogar meist synonym verwendet. Vagheit

bei der Formulierung der Frage/des Statements ist jedoch messtheoretisch unzulässig, weil damit das zu messende Konstrukt uneindeutig ist.

- *Exklusivität:* Jede Befragungsperson muss genau in eine der vorgegebenen Variablen-Ausprägungen fallen, d. h., die Antwortalternativen müssen sich wechselseitig ausschließen. Dies ist bei der konventionellen Operationalisierung jedoch nicht gegeben. Denn eine Person kann sich als „weiblich *und* männlich“ oder als „*weder* weiblich *noch* männlich“ definieren. Wenn sie bei dem hier betrachteten Item dementsprechend beide Antwortvorgaben ankreuzt bzw. beide unangekreuzt lässt, um ihr Geschlecht zu beschreiben, produziert sie einen ungültigen bzw. fehlenden Wert, da ihr Antwortmuster nicht unterscheidbar ist von einer Scherzantwort oder Antwortverweigerung.
- *Exhaustivität:* Jede mögliche Merkmalsausprägung muss abgedeckt sein. Doch das ist nicht der Fall. Was ist beispielsweise mit Ausprägungen wie „intersexuell/intergeschlechtlich“ oder „transsexuell/transident“? Zwar ist im Alltagsverständnis und auch in vielen Teilen des wissenschaftlichen Diskurses ein binäres Geschlechtermodell verankert, Gender- und Queer-Forschung haben aber nachgewiesen, dass bei jeder Dimension von Geschlecht, also etwa beim sozialen wie auch beim biologischen Geschlecht, von mehr als zwei Ausprägungen auszugehen ist. Jede Dimension von Geschlecht ist damit als *polytome Variable* aufzufassen. Die Schwierigkeit besteht darin, jeweils möglichst alle relevanten Ausprägungen jenseits der Männlich/Weiblich-Dichotomie zu identifizieren und angemessen zu etikettieren.

3.1 Einzel-Items zur Erfassung des biologischen Geschlechts

Ein pragmatischer Lösungsansatz für die genannten Probleme könnte eine leichte Modifikation des klassischen Geschlechts-Items darstellen, indem das zu messende Konstrukt präzisiert und aus dem geschlossenen binären Antwortformat ein halboffenes Item mit drei Antwortalternativen wird:

Biologisches Geschlecht: ☐ männlich
☐ weiblich
☐ anderes, und zwar: _____

Damit wäre gender-theoretisch zumindest klargestellt, welche Hauptdimension von Geschlecht angesprochen werden soll. Gleichzeitig ist das messtheoretische Kriterium der Eindeutigkeit erfüllt.

Das Konzept des biologischen oder körperlichen Geschlechts (englisch *sex*) bezieht sich auf körperliche Geschlechtsmerkmale, insbesondere auf genetische (Geschlechtschromosomen), hormonelle (Mengenverhältnis der Geschlechtshormone) sowie vor allem auf – teilweise sichtbare – anatomische Merkmale (äußere und innere Geschlechtsorgane). Dementsprechend sind beim biologischen Geschlecht diverse Subdimensionen zu unterscheiden, die im Einzelfall jeweils unterschiedliche Ausprägungen haben können (z. B. chromosomales, gonadales, hormonelles, morphologisches, zerebrales Geschlecht). Dass das biologische Geschlecht ein komplexes Konstrukt ist, zeigt sich in der Praxis z. B. anhand der sogenannten Geschlechtsüberprüfungen („sex tests“) im Wett-

kampfsport, bei denen ganz unterschiedliche Indikatoren genutzt wurden und werden, um eine Athletin als biologische „Frau“ zu klassifizieren, was dann auch zu unterschiedlichen Ergebnissen bei ein und derselben Person führen kann (z. B. Martínez-Patiño 2005).

Oft wird das biologische Modell der Zweigeschlechtlichkeit als „natürlich“ oder „angeboren“ verstanden, tatsächlich ist es aber als soziale Konstruktion zu verstehen (vgl. Voß 2011). Denn nicht nur gibt es unterschiedliche biologische Geschlechtsindikatoren; auf den einzelnen Indikatoren gibt es zudem graduelle Abstufungen, sodass die binäre Einteilung in biologisch männlich oder weiblich sozial vorgenommen wird. Dies geschieht heute meist bereits vor der Geburt, definitiv aber bei der Geburt. Man spricht deswegen auch vom *Geburtsgeschlecht* oder korrekter vom „bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht“ (FAAB: female-assigned at birth; MAAB: male-assigned at birth). Diese Geschlechtszuweisung wird amtlich dokumentiert (Geburtsurkunde, Personalausweis) und spiegelt sich auch in einem geschlechtsspezifischen Vornamen wider. Damit wird ein essentialistisches Modell der Zweigeschlechtlichkeit verankert, das durch mindestens zwei Phänomene infrage zu stellen ist. Das Phänomen der Intersexualität (siehe Exkurs 1) verdeutlicht, dass es mehr als zwei biologische Geschlechter gibt. Und das Phänomen der Transsexualität (siehe Exkurs 2) belegt, dass körperliche Geschlechtsmerkmale bei der Geburt nicht ausschlaggebend dafür sein müssen, welchem Geschlecht sich eine Person zugehörig fühlt.

Bei der Erfassung des biologischen Geschlechts bzw. des Geburtsgeschlechts nur „männlich“ und „weiblich“ abzufragen ist somit unvollständig. Durch die Zusatzkategorie „anderes“ wird eine erschöpfende Abdeckung aller denkbaren biologischen Geschlechtsausprägungen gewährleistet (Exhaustivität). Auch die Exklusivität ist gesichert, denn wer das eigene biologische Geschlecht nicht eindeutig als männlich oder eindeutig als weiblich einordnet, sondern sich beispielsweise beiden Kategorien oder keiner der beiden Kategorien zuordnet, kann „anderes“ ankreuzen und durch das halb-offene Format („anderes, und zwar: _____“) das eigene Geschlecht auch spezifizieren (z. B. „intersexuell“). „Anderes“ als offene Sammelkategorie zu belassen und nicht durch weitere Antwortvorgaben auszudifferenzieren, hat vor allem zwei Vorteile: Zunächst einmal müssen im Sinne der Forschungsökonomie keine theoretischen und methodischen Anstrengungen zur angemessenen Untergliederung unternommen werden. Zudem bleibt das Item kurz und knapp.

Exkurs 1: Intersexualität/Zwischengeschlechtlichkeit

Dass das biologische bzw. körperliche Geschlecht nicht „von Natur aus“ binär ist, sondern mit teilweise sehr radikalen Methoden erst dazu gemacht wird, zeigt sich besonders eindrücklich am Phänomen der Intersexualität (bzw. zutreffender, da es sich nicht um eine sexuelle Orientierung handelt: Zwischen- oder Intergeschlechtlichkeit), das in den letzten Jahren an gesellschaftlicher Sichtbarkeit gewonnen hat. Man spricht von „Intersexuellen“, „zwischen Geschlechtlich geborenen Menschen“, „Zwittern“ oder „Hermaphroditen“, wenn Menschen bei der Geburt uneindeutige körperliche Geschlechtsmerkmale aufweisen, was sehr unterschiedliche Ursachen haben kann.

Zwischengeschlechtliche Anatomie wurde vor dem Hintergrund eines binären biologischen Geschlechtermodells lange als Anomalie betrachtet und oft unmittel-

bar nach der Geburt chirurgisch entfernt. Abgesehen von medizinisch notwendigen Operationen, die gesundheitliche Beschwerden beseitigen oder reduzieren, gelten nicht-reversible Genitaloperationen im Kindesalter, die allein aus ästhetischen und/oder sozialen Gründen vorgenommen werden, heute zunehmend als ethisch bedenklich.² Stattdessen wird insbesondere von der Intersexuellen-Bewegung sowie auch in Fachdiskursen gefordert, die natürliche Vielfalt biologischer bzw. körperlicher Geschlechter inklusive Zwischengeschlechtlichkeit gesellschaftlich anzuerkennen. Behandlungsbedarf und Behandlungsstandards für Zwischengeschlechtlichkeit sind Gegenstand laufender medizinethischer Auseinandersetzungen. Ebenso werden unterschiedliche Modelle der körperlichen und sozialen Geschlechtsentwicklung in der Geschlechterforschung diskutiert (vgl. Groneberg & Zehnder 2008). Menschen können unter der Uneindeutigkeit ihres körperlichen Geschlechts leiden (v. a. auch angesichts gesellschaftlicher Stigmatisierung) und eine Vereindeutigung wünschen. Sie können aber auch ausdrücklich eine zwischengeschlechtliche Identität ausbilden und sich davon distanzieren, eindeutig weiblich oder männlich sein zu müssen (vgl. Preves 2003). Je nach Definition von Zwischengeschlechtlichkeit schwanken die Prävalenzangaben zwischen 1 700 (Fausto-Sterling 2000), 50 (Preves 2003) und 18 (Sax 2002) Intersexuellen pro 100 000 Geburten.

Exkurs 2: Transsexualität/Transidentität

Das essentialistische Modell „natürlicher“ biologischer Zweigeschlechtlichkeit wird zudem infrage gestellt durch das ebenfalls in den letzten Jahren gesellschaftlich präsenter gewordene Phänomen der Transsexualität (bzw. zutreffender, da es sich auch hier nicht um eine sexuelle Orientierung handelt: Transidentität). Nach heutigem Verständnis der Transidentität in Psychologie und Medizin ist letztlich nicht der Körper, sondern das Erleben – also die Geschlechtsidentität – ausschlaggebend für das Geschlecht einer Person: Wer sich selbst als Mann bzw. Frau fühlt, wahrnimmt, definiert, „ist“ Mann oder Frau (vgl. Meyerowitz 2004). Wenn körperliche Merkmale dieser Geschlechtsidentität nicht entsprechen, kann unter bestimmten Bedingungen (in Deutschland entsprechende psychiatrische Diagnose) eine medizinische Angleichung des Körpers an das Identitätsgeschlecht erfolgen (chirurgische und hormonelle Maßnahmen etc.). Es findet somit keine „Geschlechtsumwandlung“ statt, sondern das Identitätsgeschlecht bleibt konstant, die davon abweichenden und als störend empfundenen angeborenen körperlichen Merkmale (vor allem primäre und sekundäre Geschlechtsmerkmale) werden angepasst, sodass die körperlichen Geschlechtsmerkmale dem Identitätsgeschlecht entsprechen (Geschlechtsangleichung). Zusammen mit einer Verhaltensmodifikation (Kleidung, Frisur, Mimik, Gestik etc.) kann im Zuge der *Transition* nicht nur eine Außenwahrnehmung gemäß Identitätsgeschlecht erreicht werden, sondern auch eine Änderung des geschlechtsspezifischen Vornamens sowie des Personenstandes (u. a. Änderung der Geburtsurkunde) erfolgen. Entsprechende Abläufe sind in Deutschland durch das 1981 in Kraft getretene *Transsexuellengesetz* TSG juristisch geregelt. Das TSG wurde inzwischen durch eine

2 Vgl. Online-Diskurs Intersexualität des Deutschen Ethikrates: <http://diskurs.ethikrat.org/tag/anhorung/>.

Reihe von Gerichtsurteilen in seiner Anwendung präzisiert und auch reformiert; es ist Gegenstand fortlaufender kritischer Debatten.

Die Gestaltung der Transition und das Selbstverständnis von transsexuellen Menschen sind sehr vielfältig: Während manche Wert darauf legen, durch möglichst perfekte körperliche Angleichung innerhalb des binären Geschlechtermodells ein ganz „normaler Mann“ bzw. eine „richtige Frau“ zu sein, definieren sich andere ausdrücklich als transsexuell, transgender oder transident (die Angemessenheit unterschiedlicher Bezeichnungen wird unter Betroffenen wie Fachleuten kontrovers diskutiert) und leben bewusst auch mit uneindeutigen körperlichen Geschlechtsmerkmalen (z. B. Mann-zu-Frau-Transsexuelle mit Bart; Frau-zu-Mann-Transsexuelle mit Vagina).

Wie bei Intersexualität wird auch bei Transsexualität die medizinische Diagnostik und Behandlung unter ethischen Gesichtspunkten kritisch hinterfragt, so z. B. die Klassifikation von Transsexualität als Störungsbild im Sinne einer „Gender Identity Disorder“ gemäß ICD-10 (International Classification of Diseases, World Health Organization) und DSM-IV-TR (Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders, American Psychiatric Association). Eine entsprechende psychiatrische Diagnose ist in Deutschland notwendig, damit bestimmte medizinische Maßnahmen durchgeführt werden dürfen und Krankenkassen Behandlungskosten übernehmen.

Ebenso wie bei Intersexualität hängen auch die Angaben zur Prävalenz von Transsexualität von der Definition ab. Weit gefasste Definitionen schließen Menschen mit ein, deren Geschlechtsidentität teilweise bzw. zeitweise nicht dem Geburtsgeschlecht entspricht (z. B. Cross-Dresser, die temporär die Kleidung des „anderen“ Geschlechts tragen), während eng gefasste Definitionen nur diejenigen Personen einschließen, die eine Transsexualitäts-Diagnose haben und den Transitionsprozess inklusive medizinischer Maßnahmen durchlaufen bzw. durchlaufen haben. In der Literatur genannte Prävalenzraten für Transsexualität liegen unter denen für Intersexualität und schwanken zwischen 200 (z. B. Olyslager/Conway 2007) und 4 (Veale 2008; Baba et al. 2011) Transsexuellen pro 100 000 EinwohnerInnen, wobei offenbar kulturspezifische Unterschiede in der Häufigkeit von Mann-zu-Frau-Transsexuellen und Frau-zu-Mann-Transsexuellen zu verzeichnen sind.

Gender- und vor allem queer-theoretische Ansätze weisen gesellschafts- und machtkritisch auf die Ausgrenzung von Geschlechter-Minoritäten wie zwischengeschlechtlichen und transidenten Personen hin (zu Gender- und Queer-Theorie siehe z. B. Gildemeister 2010; Degele 2008). Aus queer-theoretischer Perspektive wäre das oben vorgeschlagene halboffene Einzel-Item mit drei Antwortalternativen zur Erfassung von biologischem bzw. körperlichem Geschlecht in verschiedener Hinsicht kritikwürdig und – in Abhängigkeit vom jeweiligen Forschungskontext – durch Alternativen zu ersetzen.

- **Halboffenes Item mit vielfältigen Antwortalternativen:** Die Präsentation der Antwortalternativen „☐ männlich, ☐ weiblich, ☐ anderes, und zwar: ____“ lässt sich als symbolische Affirmation der gesellschaftlich vorherrschenden Geschlechter-Hierarchisierung lesen: Das Männliche steht an erster Stelle, das Weibliche folgt und wer sich nicht eindeutig als männlich oder als weiblich einordnet, ist „anders“. Diese Form

der Operationalisierung betreibt – angesichts einer so identitäts- und machtsensiblen Kategorie wie Geschlecht – somit symbolisch „Othering“ und grenzt Geschlechter-Minoritäten aus. Um dieses Problem abzumildern, könnte man es vorziehen, a) die Präsentationsreihenfolge zu ändern (z. B. Reihung gemäß Häufigkeit in der Zielgruppe; Reihung bewusst konträr zu gesellschaftlichen Hierarchien) sowie vor allem b) Varianten biologischer Geschlechtervielfalt ausdrücklich sichtbar zu machen.

- Biologisches Geschlecht:
- ☐ weiblich
 - ☐ männlich
 - ☐ Mann-zu-Frau-transsexuell/transident
 - ☐ Frau-zu-Mann-transsexuell/transident
 - ☐ intersexuell/zwischen Geschlechtlich
 - ☐ anderes, und zwar: _____

Ob die Antwortalternativen vielfältig genug, korrekt bezeichnet sowie angemessen gereiht sind und überhaupt „biologisches Geschlecht“ bzw. Geburtsgeschlecht betreffen – all dies kann dabei (je nach zugrunde gelegtem Theoriemodell) kontrovers diskutiert werden.

- **Bewusster Verzicht auf die Erfassung von biologischem Geschlecht:** Die Queer-Theorie würde Forschenden empfehlen, häufiger auf eine Erhebung von biologischem Geschlecht zu verzichten, um dem gesellschaftlichen Vorurteil der allgegenwärtigen Bedeutung des Geschlechts bzw. dessen permanenter „Dramatisierung“ entgegenzuwirken. Dies wäre im konkreten Fall eine Botschaft (ggf. in einer Fußnote explizit gemacht) sowohl an die Zielgruppe des Fragebogens (welcher diesmal keine Selbstkategorisierung nach Geschlecht abverlangt wird) als auch an die Wissenschaftsgemeinschaft (welcher eine Studie präsentiert wird, die nicht unreflektiert und „mechanisch“ Geschlechtsunterscheidungen produziert; vgl. Frey et al. 2006). Ein völliger Verzicht auf die Erhebung von biologischem Geschlecht kann jedoch im negativen Fall auch zu Geschlechtsblindheit führen (vgl. Kap. 2), etwa wenn auf diese Weise in der Stichprobenbeschreibung gar nicht deutlich würde, dass in einer Studie ausschließlich männliche Personen untersucht wurden und somit noch offen ist, ob es sich bei den Befunden um allgemeinemenschliche oder spezifisch männliche Phänomene handelt.

Umfrage-theoretisch stellt eine schriftliche Befragung mittels Fragebogen immer auch eine Kommunikation zwischen Forschungsteam und Befragten dar (vgl. Mummen-dey/Grau 2008; Bortz/Döring 2006: 252). Dabei sind sowohl sozialpsychologische Prozesse der Eindrucksbildung und Selbstdarstellung zu beachten als auch kognitionspsychologische Aspekte beim Lesen, Interpretieren und Beantworten der einzelnen Fragen im jeweiligen Fragebogenkontext. Befragungspersonen, die sich durch die Art der Frageformulierung ausgeschlossen oder diskriminiert fühlen, werden negative Einstellungen gegenüber dem Forschungsprojekt – und schlimmstenfalls sogar gegenüber empirischer Sozialforschung allgemein – entwickeln, möglicherweise die Befragung abbrechen oder ihr Antwortverhalten systematisch modifizieren (z. B. weil sie einer vermeintlich vorurteilsbehafteten Forschungsgruppe ganz gezielt ein bestimmtes Bild vermitteln wollen).

Während geschlechtersensibilisierte Personen mehr als zwei Antwortvorgaben erwarten, kann die Option „anderes“ für Nicht-Sensibilisierte bereits eine deutliche Irritation oder Provokation darstellen. Da eine Befragung nicht nur eine Datenerhebung, sondern automatisch auch eine Intervention dahingehend darstellt, dass die Art der Fragen die Befragten zum Nach- und ggf. auch Umdenken animieren kann (sogenannte instrumentelle Reaktivität), mag angesichts der kulturellen Dominanz des Modells der Zweigeschlechtlichkeit eine gewisse Irritation bei den Befragten durchaus wünschenswert sein. Diese kann etwa bewirken, dass a) sie darüber nachdenken, welche „anderen“ Geschlechtsausprägungen es noch gibt und wie verbreitet sie sind, oder dass b) ihnen durch ein Item mit sechs oder mehr Antwortmöglichkeiten die biologische Geschlechtervielfalt bewusst(er) wird.

Es ist jedoch empirisch abzuklären, wie eine wenig sensibilisierte Zielgruppe Geschlechts-Items mit mehr als zwei Ausprägungen aufnimmt. Der Wirkung eines vielleicht wünschenswerten Denkanstoßes steht die mögliche unerwünschte Nebenwirkung negativer Einstellungen gegenüber dem Forschungsteam bzw. -projekt gegenüber, etwa der Eindruck, es würden „unsinnige“ Fragen gestellt und die ganze Studie sei dubios. Auch hier wären negative Effekte auf Teilnahmebereitschaft sowie Antwortverhalten zu erwarten. Wenn Geschlecht erst am Ende des Fragebogens erhoben wird, ist die Gefahr einer entsprechenden Negativbeeinflussung des Antwortverhaltens jedoch reduziert.

Entscheidet man sich dafür, in einer konkreten Studie vielfältige Varianten des biologischen Geschlechts mit einem halboffenen Item differenziert zu erheben, um Geschlechter-Minoritäten ausdrücklich anzusprechen und im Fragebogen kein überholtes Bild biologischer Zweigeschlechtlichkeit zu affirmieren, sind forschungsethische Aspekte zu berücksichtigen. Angesichts der geringen Verbreitung nicht-binärer biologischer Geschlechtsausprägungen wird man in einer Stichprobe üblicher Größe – wenn überhaupt – oft nur eine Person haben, die eine entsprechende Antwort ankreuzt, sodass bei differenzierter Abfrage die Anonymität gefährdet sein kann. Dies gilt vor allem, wenn Zielgruppen untersucht werden, die den Forschenden bekannt sind (z. B. Umfragen an Schulen und Hochschulen oder in Betrieben im Unterschied zu öffentlichen Online-Umfragen). Zwar können die Befragten natürlich die Antwort verweigern und entsprechende Items überspringen, aber sie sollten aus forschungsethischen Gründen nicht der Gefahr des ungewollten „Outings“ ausgesetzt sein (dies gilt analog für alle Merkmale mit seltenen Ausprägungen).

Im Vorfeld jeder quantitativen oder qualitativen Datenerhebung ist auch zu überdenken, welchen Informationsnutzen die separate Erfassung unkonventioneller biologischer Geschlechtsausprägungen bringt. Bei üblichen Stichprobengrößen werden dies aktuell so wenige Fälle sein, dass sich z. B. weitere statistische Auswertungen erübrigen und die Fälle somit aus der Analyse ausgeschlossen werden. Wie viel Aufwand zu deren differenzierter Erfassung dann sinnvoll ist, muss gegenüber den oben beschriebenen Ansprüchen einer zeitgemäßen geschlechtersensiblen Item-Konstruktion abgewogen werden. Vor der Frage nach dem *Wie* der geeigneten Operationalisierung von Geschlecht (z. B. zweifach, dreifach oder vielfach gestuftes geschlossenes oder halboffenes Item) sollte daher in jedem Fall das *Wozu* kritisch reflektiert werden: Welche theoretischen Annahmen liegen zugrunde, um für die jeweilige Forschungsfrage das biologische Geschlecht überhaupt als relevant zu erachten? Wenn – wie das in der

Sozialforschung häufig der Fall ist – das biologische Geschlecht als Stellvertreter für soziales Geschlecht erhoben wird, so sind auch hier die theoretischen Vorannahmen zu erläutern und die Grenzen dieser Vorgehensweise ausdrücklich zu diskutieren. Kritisch ist eine Argumentationslinie zu betrachten, nach der die meisten Personen gemäß ihrem körperlichen Geschlecht dann auch geschlechtsspezifisch sozialisiert werden und somit typisch feminine (bzw. typisch maskuline) Erlebens- und Verhaltensweisen aufweisen, sodass mit der Abfrage des biologischen Geschlechts bereits annäherungsweise auch das soziale Geschlecht erfasst sei. Diese „Logik“ steht explizit oder implizit hinter zahlreichen Studien, die theorielos „Geschlechtsunterschiede“ untersuchen, indem diejenigen, die auf dem klassischen dichotomen Geschlechts-Item „männlich“ angekreuzt haben, mit denjenigen kontrastiert werden, die „weiblich“ angekreuzt haben. Dies führt zu einer Sozialforschung, die Gefahr läuft, die Prozesse und Varianten der Konstruktion des sozialen Geschlechts letztlich auszublenden bzw. das biologische Geschlecht als Erklärungsfaktor einzuführen, der jedoch tatsächlich gar nichts erklärt, da die unterstellten Wirkmechanismen völlig offen bleiben, wie sich an dem Beispiel des empirischen Befundes „Frauen wählen häufiger als Männer christliche Parteien“ illustrieren lässt:

„Obgleich z.B. die Variable ‚Geschlecht‘ im Allgemeinen über die Feststellung der biologischen Geschlechtszugehörigkeit ermittelt wird, würde jedoch kein Sozialwissenschaftler argumentieren, dass diese biologische Geschlechtszugehörigkeit das Wahlverhalten determiniert. Dies würde nämlich bedeuten, dass die Ausstattung mit bestimmten primären und sekundären Geschlechtsmerkmalen eine bestimmte politische Wahlentscheidung verursacht. Vielmehr würde man argumentieren, dass das weibliche Rollenverständnis, die weibliche Identität, die männlichen Wertvorstellungen o.a. die Ursache für eine bestimmte Handlung (hier: eine Wahlentscheidung) darstellen. Dies bedeutet, dass implizit ein drittes Element neben Geschlecht und Wahlverhalten in die Argumentation aufgenommen wird ...“ (Schnell/Hill/Essex 2008: 70).

Die unterstellten Merkmale und Prozesse, die mit dem biologischen Geschlecht verknüpft sind, müssen für eine gültige wissenschaftliche Erklärung expliziert und ihrerseits auch untersucht werden. Nicht selten handelt es sich um implizite Annahmen zum sozialen Geschlecht und dessen Einfluss auf das Erleben und Verhalten.

3.2 Einzel-Items zur Erfassung des sozialen Geschlechts

Das *soziale bzw. psychologische Geschlecht* (englisch *gender*) bezieht sich in Abgrenzung zum biologischen Geschlecht nicht auf angeborene körperliche Merkmale, sondern auf geschlechtsbezogene Verhaltens- und Erlebensweisen. Oft wird das soziale Geschlecht auch als *Identitätsgeschlecht* bezeichnet und dem Geburtsgeschlecht gegenüber gestellt. Im Deutschen wurde die englische Bezeichnung als „Gender“ übernommen. Um soziale Geschlechtsausprägungen anzusprechen und von biologischen („weiblich“ und „männlich“) abzugrenzen, werden die Bezeichnungen „feminin“ und „maskulin“ verwendet. Somit kann es dann z. B. sowohl feminine als auch maskuline Weiblichkeit geben in Abhängigkeit davon, wie biologische Frauen ihre Geschlechterrolle interpretieren und etwa im äußeren Erscheinungsbild darstellen (z. B. durch Nutzung, Verfremdung oder Nicht-Nutzung traditioneller Codes von Feminität).

Das soziale Geschlecht ist wiederum ein in sich mehrdimensionales und äußerst komplexes Konzept, beinhaltet es doch so unterschiedliche Subdimensionen wie das

Geschlechtsrollenverhalten (gender role/sex role behavior), den Geschlechtsausdruck (gender expression) z. B. durch Körperinszenierung wie Kleidung oder Frisur, die Geschlechtsidentität (gender identity) oder auch die geschlechterpolitische Identität etwa als Feministin bzw. Feminist, als Genderqueer oder Postgender. Einige Gender-Dimensionen sind dabei relativ zeitstabile Eigenschaften (Traits), andere eher situative Zustände (States), auf die insbesondere das Doing-Gender-Konzept abhebt (z. B. sich in manchen Situationen maskulin-durchsetzungsfähig, in anderen feminin-einfühlsam zeigen).

Ebenso wie das biologische Geschlecht (sex) wird auch das soziale Geschlecht (gender) traditionell oft binär konstruiert, d. h. es wird davon ausgegangen, dass Menschen entweder die feminine oder die maskuline Geschlechterrolle annehmen – und zwar typischerweise entsprechend ihrem weiblichen oder männlichen Geburtsgeschlecht. Doch eine Reihe von Menschen lehnt genau dies ab, vor allem die Subjektpositionen Transgender, Genderqueer und Postgender sind zu nennen.

Eine Abweichung von herkömmlichen sozialen Geschlechterrollen kann darin bestehen, dass Menschen nicht die ihrem zugewiesenen biologischen Geschlecht entsprechende soziale Geschlechtsidentität und Geschlechterrolle annehmen. Während bei Transsexualität (siehe oben Exkurs 2) die Geschlechtsidentität oft dazu veranlasst, körperliche Geschlechtsmerkmale entsprechend anzupassen, wird das Konzept *Transgender* oft als Oberbegriff verwendet, um alle Menschen anzusprechen, deren soziales Geschlechtsrollenverhalten oder deren Geschlechtsausdruck dauerhaft oder temporär von dem von ihnen qua biologischer Geschlechtszuweisung erwarteten abweicht. Wenn sich also eine laut Geburtsgeschlecht biologische Frau zwar durchaus als Frau sieht, aber überhaupt nicht mit der femininen Geschlechterrolle identifiziert, einen typischen „Männerberuf“ ergreift, eine „Männersportart“ ausübt, sich maskulin kleidet usw., dann könnte sie sich als Transgender verstehen bzw. von anderen so wahrgenommen werden. Das gilt analog beispielsweise für einen laut Geburtsgeschlecht biologischen Mann, der eine feminine Geschlechtsdarstellung mit Make-up und Rock bevorzugt (ohne sich deswegen als Frau zu definieren oder eine geschlechtsangleichende Operation anzustreben). Wie alle Konzepte rund um Geschlechterfragen werden auch Definition und Abgrenzung von Transgender gegenüber Transsexualität/Transidentität kontrovers diskutiert (zur Bedeutung des Transgender-Konzepts und Abgrenzungen bzw. Überschneidungen zu Transsexualität siehe z. B. Valentine 2007; Hines/Sanger 2010; Nagoshi/Brzuzy 2010; Gressgård 2010).

Während bei Transgender-Personen das soziale Geschlecht vor allem nicht erwartungskonform mit dem biologischen Geschlecht einhergeht, geht es bei *genderqueeren Personen* (non-binary genders, gender non-conformity, gender variants) in erster Linie darum, die Vielfalt sozialer Geschlechter jenseits binärer Maskulinität und Feminität sowie Heterosexualität auszudrücken. Bei genderqueeren Identitäten werden vor allem fünf Varianten des sozialen Geschlechts neben feminin und maskulin unterschieden (vgl. Nestle/Wilchins/Howell 2002; Roxie 2011):

1. Identität als sowohl maskulin als auch feminin (z. B. androgyn)
2. Identität als weder maskulin noch feminin (z. B. agender, neutrois; teilweise verbunden mit dem Wunsch, geschlechtsspezifische körperliche Merkmale zu eliminieren)
3. Identität, die flexibel zwischen feminin und maskulin changiert (z. B. gender fluid, bigender)

4. Identität als Angehörige eines dritten bzw. anderen Geschlechts (z. B. Personen, die sich ausdrücklich als „genderqueer“ oder „non-binary“ beschreiben ohne weitere Etikettierungen und die teilweise auch keine geschlechtsspezifischen, sondern alternative Personalpronomen verwenden, z. B. „s/he“ oder „ze“)
5. Identitäten, die Geschlechtsidentitäten mit sexuellen Identitäten verknüpfen (z. B. girlfag, gurdyke, butch, femme, boi etc.).

Geht es im Zusammenhang mit genderqueeren Identitäten primär um die Vielfalt des sozialen Geschlechts jenseits binärer Geschlechterrollen sowie jenseits der Norm der Heterosexualität, so zielt die Identität und geschlechterpolitische Position *Postgender* auf eine Ablehnung und Überwindung jeglicher Geschlechterbezüge ab (vgl. Dvorsky/Hughes 2008).

Angesichts der hier nur angedeuteten immensen Komplexität des in zahlreiche Subdimensionen und auch darin wieder in verschiedene Ausprägungen ausdifferenzierten Konzepts „soziales Geschlecht“ steht die Operationalisierung vor großen Problemen. Die verschiedenen Ausformungen des sozialen Geschlechts können kaum eindeutig, trennscharf und erschöpfend als Antwortalternativen vorgegeben, sondern am ehesten über (halb-)offene Items erfasst werden.

In einem halboffenen Item alle in den letzten Absätzen angesprochenen Varianten des sozialen Geschlechts vorzugeben, wäre messtheoretisch problematisch, da damit verschiedene Subdimensionen vermischt und somit Eindeutigkeit und Exklusivität verletzt wären. Eine Kompromisslösung für ein halboffenes eindimensionales Einzel-Item mit fünf Ausprägungen zur Erfassung des sozialen Geschlechts könnte lauten:

Soziales Geschlecht:

- ☐ feminin
- ☐ maskulin
- ☐ sowohl maskulin als auch feminin
- ☐ weder maskulin noch feminin
- ☐ anderes, und zwar: _____

Dabei wäre es jedoch vermutlich notwendig, im Fragebogen konkret anzugeben, was unter „sozialem Geschlecht“, „feminin“ und „maskulin“ zu verstehen ist. Alternativ könnte auch mit Statements wie „hinsichtlich Geschlechterrolle definiere ich mich als...“ o. ä. operiert werden. Üblicher als die Nutzung eines Einzel-Items ist hierfür die Verwendung einer psychometrischen Gender-Skala (siehe Kap. 4).

Um maximale Diskriminierungsfreiheit zu gewährleisten und die Selbstdefinitionen jedes Individuums zum Ausdruck kommen zu lassen, wäre eine Operationalisierung über ein offenes Item ohne jegliche Antwortvorgaben aus Sicht der Queer-Theorie sinnvoll. Damit ist durch eine Leerzeile oder einen leeren Kasten u. a. auch die Möglichkeit eröffnet, das soziale Geschlecht mit einem Kommentar, mit Symbolen oder Zeichnungen zu repräsentieren (hierbei bieten Papier- und Online-Fragebögen unterschiedliche Möglichkeiten):

Soziales Geschlecht: _____

Beim Einsatz dieser Operationalisierungsform zeigt sich in der Praxis nicht selten, dass ein Großteil der Befragten weiterhin einfach „männlich“ oder „weiblich“ angibt. Es kann der Eindruck einer unprofessionellen Fragebogenkonstruktion entstehen, wenn die Befragten glauben, die üblichen Ankreuzkästchen seien „vergessen“ worden (diesem Problem wäre durch eine erläuternde Fußnote entgegenzuwirken). Bei der Verwendung eines offenen Items entsteht nicht unerheblicher Auswertungsaufwand, weil die Freitextantworten zu kodieren sind. Die Problematik der Kategorisierung von Gender-Vielfalt entsteht dann im Nachhinein, etwa wenn singuläre Antworten zu einer Sammelkategorie „anderes“ zusammengefasst bzw. angesichts geringer Fallzahlen ohnehin von den weiteren statistischen Analysen ausgeschlossen werden.

Die bei der Wahl der Operationalisierung des sozialen Geschlechts zu beachtenden Kriterien entsprechen den oben im Zusammenhang mit dem biologischen Geschlecht behandelten Aspekten: Allein durch die ausdrückliche Berücksichtigung des sozialen Geschlechts (anstelle des biologischen Geschlechts) sowie durch Antwortvorgaben, die dessen Vielfalt darstellen, positioniert sich das Forschungsprojekt augenfällig als gender-sensibel, was bei verschiedenen Befragtengruppen unterschiedliche Reaktionen – erwünschte (z. B. positive Einstellungen gegenüber dem Forschungsprojekt; Bewusstseinsschaffung für Gender-Vielfalt bei den Befragten) oder auch unerwünschte (z. B. negative Einstellungen gegenüber dem Forschungsprojekt) – auslösen kann. Über entsprechende Effekte (auch auf das Teilnahme- und Antwortverhalten) kann indessen nur spekuliert werden, da sie empirisch bislang nicht systematisch untersucht wurden.

Messtheoretisch besteht das Hauptproblem bei der Operationalisierung von sozialem Geschlecht darin, Eindimensionalität sicherzustellen, also ggf. eine konkrete Subdimension (z. B. Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck) herauszugreifen. Das nächste Problem besteht dann in der Vorgabe erschöpfender und trennscharfer Antwortalternativen für das Einzel-Item. Nicht zuletzt sind die Anforderungen und Vorzüge einer gender-sensiblen Operationalisierung von sozialem Geschlecht abzuwägen gegen die Nachteile eines sehr hohen Operationalisierungsaufwandes, eines möglichen Datenschutzproblems durch Abfrage von Ausprägungen, die vielleicht nur von einer Person in der Stichprobe angekreuzt werden, einer unklaren Reaktion der Zielgruppe (insbesondere, wenn diese mehrheitlich nicht gender-sensibilisiert ist) sowie einer möglicherweise teils theoretisch unklaren und teils methodisch unmöglichen (aufgrund zu geringer Fallzahlen) Auswertung diverser Varianten der Gender-Vielfalt. Daten zu erheben, die nachher zum Teil gar nicht ausgewertet werden, ist nicht nur ökonomisch, sondern auch forschungsethisch bedenklich. Diese Einwände sind kein Plädoyer gegen die differenzierte Operationalisierung des sozialen Geschlechts, sollten aber bei der Item-Konstruktion berücksichtigt werden. Geboten ist eine differenzierte und ausdrückliche Erhebung des sozialen Geschlechts (anstelle der fragwürdigen Verwendung des biologischen Geschlechts als Stellvertreter) immer dann, wenn soziale Geschlechtseffekte im Kontext der Forschungsfrage theoretisch begründet eine Rolle spielen und es vermieden werden soll, Geschlechterstereotype zu reifizieren.

4 Probleme bei der Erhebung des sozialen Geschlechts mittels psychometrischer Skalen

Bei der Geschlechtsabfrage mittels Einzel-Item werden Kategorien vorgegeben, denen sich die Befragten zuordnen, oder es wird durch ein offenes Antwortformat die Möglichkeit zur Selbstdefinition in eigenen Worten eröffnet. Geschlecht wird als kategoriales Merkmal mit verschiedenen, qualitativ unterschiedlichen Ausprägungen erfasst.

Geschlecht kann jedoch – hinsichtlich verschiedener Subdimensionen – auch als kontinuierliche Variable aufgefasst und anstelle von Einzel-Items über Skalen erhoben werden. Bei einer Skala wird das Merkmal Geschlecht über einen Satz von Items operationalisiert, die jeweils auf Ratingskalen (z. B. „nie“ bis „immer“ oder „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“) zu beantworten sind, wobei die Antworten auf die einzelnen Items zu einem intervallskalierten Skalenwert (Summen- oder Durchschnittswert) zusammengefasst werden, sodass für die statistische Auswertung dann z. B. ein Skalenwert im Wertebereich von 0 bis 100 pro Person vorliegt. Dementsprechend würde dann nicht abgefragt, *ob* sich eine Person hinsichtlich ihres sozialen Geschlechts entweder als „maskulin“ oder als „feminin“ einordnet, sondern *in welchem Maße* sie sich jeweils auf einem Kontinuum mit maskulinen und mit femininen Eigenschaften identifiziert. Eine Gender-Skala kann aus mehreren Unterskalen bestehen, die Teilaspekte des sozialen Geschlechts über Subskalen-Werte misst.

Psychometrische Skalen haben geprüfte Testgütekriterien, d. h., es wurde sichergestellt, dass die Items tatsächlich das Zielkonstrukt messen (Validität) und dass die Skalenwerte nur wenig mit Messfehlern behaftet sind (Reliabilität). Zudem ist durch die Standardisierung des Vorgehens das Ergebnis auch jeweils unabhängig von der Person, die die Daten erhebt, auswertet und interpretiert (Objektivität). Messtheoretisch sind Skalen somit Einzel-Items generell überlegen. Voraussetzung ist jedoch eine angemessene statistische Auswertung: Vorzugsweise sollten die Skalenwerte über konfirmatorische Faktorenanalysen bzw. Strukturgleichungsmodelle berechnet werden, die das theoretisch zugrunde gelegte Messmodell³ von ein- oder mehrdimensionalen Skalen empirisch am Datensatz prüfen (zur statistischen Testtheorie siehe z. B. Moosbrugger/Kelava 2012).

Der Nachteil von Skalen besteht darin, dass sie einen Fragebogen deutlich verlängern. Eine einzelne Gender-Skala umfasst in der Regel rund 20 bis 60 Items. Dies ist den Befragungspersonen oft nicht zumutbar, da mit zunehmender Fragebogenlänge Antwortbereitschaft und Antwortorgfalt sinken. Ein Kompromiss sind teilweise Kurzskalen im Umfang von 3 bis 10 Items, die aus den Originalskalen ausgegliedert werden. Ein weiteres Problem neben der Forschungsökonomie ist die begrenzte Zahl verfügbarer psychometrischer Gender-Skalen. Eine Gender-Skala für eine eigene Studie neu zu entwickeln, ist in der Regel zu aufwändig; eine zur jeweiligen Studie passende Skala in der Literatur zu finden, ist indessen oft nicht möglich. Die wenigen etablierten Skalen leiden nicht selten unter ihrer historischen und kulturellen Gebundenheit, denn gerade soziale Normen und Erwartungen im Hinblick auf Geschlechterrollen unterliegen dem Wandel.

Der Stand der Instrumentenentwicklung ist somit unzureichend: Es fehlt ein Satz aktueller psychometrischer Gender-(Kurz-)Skalen, der theoriebasiert systematisch ver-

3 Das Messmodell einer Gender-Skala gibt an, welche Items der Skala jeweils gemeinsam als Indikatoren welche latenten Gender-Subdimensionen abbilden sollen.

schiedene Subdimensionen (Geschlechtsrollenverhalten, Geschlechtsausdruck, Geschlechtsidentität, geschlechterpolitische Identität etc.) erfasst. Einige der vorliegenden Gender-Skalen seien hier exemplarisch aufgeführt:

Das aus 60 Items bestehende *Bem Sex Role Inventory* (BSRI) der Sozialpsychologin Sandra Bem (1974, 1981; deutschsprachige Fassung: Schneider-Düker/Kohler 1988) gehört international zu den meist genutzten Gender-Skalen. Die APA Literaturdatenbank PsycInfo⁴ weist 1 656 referierte Zeitschriftenartikel aus, die das Instrument verwenden oder auf das Instrument verweisen (Stand: März 2013). Anhand der Skala werden Personen gemäß ihrer Geschlechterrolle in vier Gruppen eingeteilt: maskulin (starke Selbstzuschreibung maskuliner, geringe Selbstzuschreibung femininer Eigenschaften), feminin (starke Selbstzuschreibung femininer, geringe Selbstzuschreibung maskuliner Eigenschaften), androgyn (starke Selbstzuschreibung sowohl maskuliner als auch femininer Eigenschaften), undifferenziert (geringe Selbstzuschreibung sowohl maskuliner als auch femininer Eigenschaften). Hierbei ist zu beachten, dass es historischem Wandel und kulturellen Einflüssen unterliegt, welche Eigenschaften jeweils als typisch maskulin (z. B. „sachlich“, „kraftvoll“, „furchtlos“) oder feminin (z. B. „feinfühlig“, „selbstaufopfernd“, „romantisch“) aufgefasst und im Fragebogen zur Selbstbeschreibung vorgelegt werden (für eine auf die indische Kultur zugeschnittene Variante des BSRI siehe z. B. Basu 2010).

Skalen zur Erfassung unterschiedlicher Aspekte von Geschlechtsidentität sind in der Sozialpsychologie und Gender-Forschung von Bedeutung, etwa im Zusammenhang mit Theorien des Geschlechtsrollenverhaltens. Die *Gender Role Conflict Scale* (GRCS) ist ein aus 37 Items bzw. vier Subskalen – 1) Restricted Emotionality, 2) Success, Power, and Competition, 3) Restrictive Affectionate Behavior between Men sowie 4) Conflicts between Work and Family Relations – bestehendes Instrument, das erfasst, inwiefern Männer durch ihre Geschlechtsrolle Konflikte und Nachteile in ihrer Lebensgestaltung erfahren (O’Neil et al. 1986; für eine Kurzska siehe z. B. Wester et al. 2012). Für Frauen existiert die *Feminine Gender Role Stress Scale* (FGRSS) (Gillespie/Eisler 1992) mit 39 Items bzw. fünf Subskalen: 1) Fear of Not Being Nurturant, 2) Fear of Physical Unattractiveness, 3) Fear of Unemotional Relationships, 4) Fear of Behaving Assertively und 5) Fear of Victimization.

Weitere Skalen erfassen, inwiefern Menschen feminine oder maskuline Geschlechtsrollenvorgaben für sich übernehmen (z. B. *Femininity Ideology Scale* (FIS): Levant et al. 2007; *Male Role Norm Inventory* (MRNI): Levant/Richmond 2007) oder inwiefern sie bestimmte geschlechterpolitische Identitäten entwickeln (z. B. *Feminist Identity Development Scale* (FIDS): Bargad/Hyde 1991).

Die Verwendung entsprechender Skalen zeigt oftmals, dass die graduelle Ausprägung des sozialen Geschlechts das Verhalten und die Einstellungen – etwa im Zusammenhang mit Leistungen, Gesundheit oder Sexualität – statistisch viel besser vorhersagt als die kategoriale Selbstzuordnung als „Frau“ oder „Mann“ in einem Einzel-Item (z. B. Tate 2011).

Skalen zur Erfassung von Gender-Identität spielen zudem in der klinischen Psychologie und Medizin eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Probleme oder Störungen hinsichtlich der Geschlechtsidentität zu diagnostizieren (z. B. *Gender Identity/Gender*

4 Die APA Literaturdatenbank PsycInfo ist im Internet zugänglich unter: www.apa.org/psycinfo/.

Dysphoria Questionnaire for Adolescents and Adults (GIDYQ-AA): Singh et al. 2010). Entsprechende Instrumente sind forschungsethisch und geschlechterpolitisch besonders brisant, da sie ausschlaggebend dafür sind, welche Geschlechterausprägungen als gesund oder krank gelten, und im Rahmen der Diagnostik weitreichende Folgen für Individuen haben können (z. B. Bewilligung oder Ablehnung geschlechtsangleichender medizinischer Maßnahmen bei Transsexualität/Transidentität).

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das Merkmal Geschlecht wird in Fragebögen routinemäßig erfasst, wobei meist in einem Einzel-Item nur die Ausprägungen „männlich“ und „weiblich“ vorgegeben werden. Aus Sicht der Gender- und Queer-Theorie ist dies unzureichend, zum einen, da Geschlecht mehrere Dimensionen hat (z. B. biologisches bzw. körperliches Geschlecht/ Geburtsgeschlecht und soziales bzw. psychologisches Geschlecht/Identifikationsgeschlecht), die separat zu erfassen sind, und zum anderen, da es auf jeder Dimension mehr als zwei Ausprägungen aufweist (z. B. neben weiblich und männlich ebenso intersexuell oder transsexuell bzw. androgyn, agender oder genderqueer). Wie viele und welche Ausprägungen dies im Einzelnen sind, wie sie zu definieren und voneinander abzugrenzen sind, wird dabei in der Literatur kontrovers diskutiert.

Die Operationalisierung von Geschlecht im Fragebogen zu reflektieren, die interessierende(n) Geschlechtsdimension(en) genau zu definieren und deren vielfältige Ausprägungen angemessen zu berücksichtigen, ist vor allem unter folgenden Bedingungen empfehlenswert:

- Das Geschlecht hat für die Studie großen bis mittleren theoretischen Stellenwert und dient nicht nur als soziodemografische Hintergrundinformation oder Filtervariable. Dementsprechend soll es differenziert in mehreren Dimensionen und/oder zumindest auf einer relevanten Dimension mit vielfältigen Ausprägungen erfasst werden.
- Es werden Zielgruppen untersucht, die hinsichtlich Geschlecht besonders sensibilisiert und/oder besonders heterogen zusammengesetzt sind und die von den Forschenden somit angemessen angesprochen anstatt implizit ausgegrenzt werden sollen, nicht zuletzt, um ein positives Verhältnis und Vertrauen zwischen Forschenden und Untersuchungsteilnehmenden zu fördern.
- Man möchte durch die Fragebogengestaltung das verbreitete dichotome Geschlechtermodell nicht erneut affirmieren, sondern dekonstruieren. Die ausdrückliche Nennung verschiedener Dimensionen und Ausprägungen von Geschlecht im Fragebogen kann im Sinne einer Intervention dazu beitragen, dass den Befragten die Geschlechtervielfalt bewusst(er) wird, selbst wenn viele Antwortalternativen nur selten oder gar nicht angekreuzt werden.

Notwendig sind Methodenstudien, die verschiedene Varianten der Operationalisierung von Geschlecht hinsichtlich der diskutierten Wirkungen empirisch miteinander vergleichen, etwa dahingehend, inwiefern sich Befragte durch die Fragenformulierung adäquat angesprochen oder ausgegrenzt fühlen oder wie sich verschiedene Gender-Items auf

Antwortbereitschaft, Antwortqualität oder die Vorstellungen der Befragten über die Zielsetzungen des Forschungsprojekts auswirken.

Wichtig ist eine stärkere Geschlechtersensibilisierung in der akademischen Methodenlehre. So werden in Methodenlehrbüchern beim Thema Fragebogenkonstruktion binäre Geschlechts-Items in der Regel überhaupt nicht problematisiert oder sogar als vermeintliche Paradebeispiele einfacher und eindeutiger Items angeführt (z. B. Häder 2006: 53). Dasselbe gilt für Statistiklehrbücher, die Signifikanztests zu Gruppenunterschieden nicht selten stereotyp anhand von Geschlechtsunterschieden durchspielen. Dies geschieht, ohne dass erkenntnis- und gender-theoretisch diskutiert wird, dass hier nicht vorhandene Geschlechtsunterschiede bzw. Geschlechterdifferenzen aufgedeckt, sondern Geschlechtsunterscheidungen bzw. Geschlechtsdifferenzierungen durch Forschungsdesign, Operationalisierung und statistische Auswertung hergestellt werden (vgl. Frey et al. 2006; Gildemeister 2004). Die Problematik der Reifizierung von Geschlechterstereotypen ist nicht nur an die Operationalisierung gebunden, sondern wesentlich auch an die Datenauswertung: Geschlecht immer auch im Sinne von Intersektionalität im Zusammenhang mit anderen sozialen Kategorien auszuwerten, wird als eine weitere wichtige Strategie empfohlen (vgl. Degele/Schirmer 2004).

Im Sinne einer integrierten Gender-Kompetenz-Bildung in der Hochschullehre ist es nicht zuletzt empfehlenswert, die Operationalisierungsprobleme des Konstrukts „Geschlecht“ als Thema im Rahmen der obligatorischen sozialwissenschaftlichen Methodenausbildung aufzugreifen, weil auf diese Weise zum einen alle Studierenden erreicht werden und zum anderen der Anwendungsfall Fragebogen-Konstruktion verdeutlicht, dass und wie neben mess- und umfrage-theoretischen sowie forschungsethischen Aspekten auch vermeintlich abstrakte und abgehobene gender- und queer-theoretische Überlegungen zur Konzeptualisierung von Geschlecht ganz praktisch bedeutsam und umsetzbar sind.

Literaturverzeichnis

- Baba, Tsuyoshi; Endo, Toshiaki; Ikeda, Keiko; Shimizu, Ayumi; Honnma, Hiroyuki; Ikeda, Hiroshi; Masumori, Naoya; Ohmura, Tousei; Kiya, Tamotsu; Fujimoto, Takashi; Koizumi, Motoiki & Saito, Tsuyoshi. (2011). Distinctive features of female-to-male transsexualism and prevalence of gender identity disorder in Japan. *Journal of Sexual Medicine*, 8(6), 1686–1693.
- Basu, Jayanti. (2010). Development of the Indian Gender Role Identity Scale. *Journal of the Indian Academy of Applied Psychology*, 36(1), 25–34.
- Bargad, Adena & Hyde, Janet S. (1991). Women's studies: A study of feminist identity development in women. *Psychology of Women Quarterly*, 15(2), 181–201.
- Bem, Sandra L. (1974). The measurement of psychological androgyny. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 42, 155–62.
- Bem, Sandra L. (1981). Gender schema theory: A cognitive account of sex typing source. *Psychological Review*, 88(4), 354–364.
- Blashill, Aaron J. & Vander Wal, Jillon S. (2010). Gender role conflict as a mediator between social sensitivity and depression in a sample of gay men. *International Journal of Men's Health*, 9(1), 26–39.
- Bortz, Jürgen & Döring, Nicola. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. (4. Aufl.). Heidelberg: Springer.

- Degele, Nina. (2008). *Gender/Queer Studies: Eine Einführung*. München: UTB.
- Degele, Nina & Schirmer, Dominique. (2004). Selbstverständlich heteronormativ: zum Problem der Reifizierung in der Geschlechterforschung. In Sylvia Buchen, Cornelia Helfferich & Maja S. Maier (Hrsg.), *Gender methodologisch. Empirische Forschung in der Informationsgesellschaft vor neuen Herausforderungen* (S. 107–122). Wiesbaden: VS Verlag.
- Dvorsky, George & Hughes, James. (2008). *Postgenderism: Beyond the Gender Binary*. Zugriff am 13. März 2012 unter <http://ieet.org/archive/IEET-03-PostGender.pdf>.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. (2007). *Gender Mainstreaming in Surveys*. Zugriff am 13. März 2012 unter www.eurofound.europa.eu/ewco/reports/TN0608TR02/TN0608TR02.htm.
- Fausto-Sterling, Anne. (2000). The Five Sexes, Revisited – The Varieties of Sex Will Test Medical Values and Social Norms. *The Sciences*, 40(4), 17–23.
- Frey, Regina; Hartmann, Jutta; Heilmann, Andreas; Kugler, Thomas; Nordt, Stephanie & Smykalla, Sandra. (2006). *Gender-Manifest. Plädoyer für eine kritisch reflektierende Praxis in der genderorientierten Bildung und Beratung*. Sektion Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Zugriff am 13. März 2012 unter www.gender.de/manifest/.
- Gildemeister, Regine. (2004). Geschlechterdifferenz – Geschlechterdifferenzierung: Beispiele und Folgen eines Blickwechsels in der empirischen Geschlechterforschung. In Sylvia Buchen, Cornelia Helfferich & Maja S. Maier (Hrsg.), *Gender methodologisch. Empirische Forschung in der Informationsgesellschaft vor neuen Herausforderungen* (S. 27–45). Wiesbaden: VS Verlag.
- Gildemeister, Regine. (2010). Doing Gender: Soziale Praktiken der Geschlechterunterscheidung. In Ruth Becker & Beate Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie* (S. 137–145). (3. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag.
- Gillespie, Betty L. & Eisler, Richard M. (1992). Development of the feminine gender role stress scale: A cognitive-behavior measure of stress, appraisal, and coping for women. *Behavior Modification*, 16(3), 426–438.
- Gressgård, Randi. (2010). When trans translates into tolerance – Or was it monstrous? Transsexual and transgender identity in liberal humanist discourse. *Sexualities*, 13(5), 539–561.
- Groneberg, Michael & Zehnder, Kathrin. (2008). „Intersex“. *Geschlechtsanpassung zum Wohl des Kindes?* Fribourg: Paulusverlag.
- Häder, Michael (2006). *Empirische Sozialforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Hines, Sally & Sanger, Tam. (2010). *Transgender Identities: Towards a Social Analysis of Gender Diversity*. New York: Routledge.
- Levant, Ronald F. & Richmond, Katherine. (2007). A review of research on masculinity ideologies using the Male Role Norms Inventory. *Journal of Men's Studies*, 15, 130–146.
- Levant, Ronald F.; Richmond, Katherine; Cook, Stephen; House, A. Tanner & Aupont, Maryse. (2007). The Femininity Ideology Scale: Factor structure, reliability, convergent and discriminant validity, and social contextual variation. *Sex Roles*, 57(5–6), 373–383.
- Martínez-Patiño, María José. (2005). Personal Account: A woman tried and tested. *The Lancet* 366, Suppl1: 38.
- Meyerowitz, Joanne. (2004). *How Sex Changed: A History of Transsexuality in the United States*. Cambridge: Harvard University Press.
- Moosbrugger, Helfried & Kelava, Augustin. (Hrsg.). (2012). *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion* (2. Aufl.). Heidelberg: Springer.
- Mummendey, Hans-Dieter & Grau, Ina. (2008). *Die Fragebogen-Methode* (5. Aufl.). Göttingen: Hogrefe.
- Nagoshi, Julie L. & Brzuzy, Stephan/ie. (2010). Transgender theory: Embodying research and practice. *Affilia: Journal of Women & Social Work*, 25(4), 431–443.
- Nestle, Joan; Wilchins, Riki & Howell, Clare. (2002). *GenderQueer: Voices From Beyond the Sexual Binary*. Los Angeles: Alyson.

- Olyslager, Femke & Conway, Lynn. (2007). *On the Calculation of the Prevalence of Transsexualism*. Paper presented at the WPATH 20th International Symposium, Chicago, Illinois, September 5–8. Zugriff am 13. März 2012 unter <http://ai.eecs.umich.edu/people/conway/TS/Prevalence/Reports/Prevalence%20of%20Transsexualism.pdf>.
- O'Neil, James; Helms, Barbara; Gable, Robert; David, Laurence & Wrightsman, Lawrence. (1986). Gender role conflict scale: College men's fear of femininity. *Sex Roles*, 14, 335–350.
- Preves, Sharon E. (2003). *Intersex and Identity: The Contested Self*. Brunswick: Rutgers University Press.
- Roxie, Marilyn M. (2011). *Genderqueer Identities and Terminology*. Zugriff am 13. März 2012 unter <http://genderqueerid.com/gq-terms>.
- Rubin, Gayle. (1975). The Traffic in Women: Notes on the "Political Economy" of Sex. In Rayna Reiter (Hrsg.), *Toward an Anthropology of Women* (S. 157–210). New York: Monthly Review Press.
- Sax, Leonard. (2002). How common is intersex? A response to Anne Fausto-Sterling. *Journal of Sex Research*, 39, 174–178.
- Schneider-Düker, Marianne & Kohler, André. (1988). Die Erfassung von Geschlechtsrollen – Ergebnisse zur deutschen Neukonstruktion des Bem Sex-Role-Inventory. *Diagnostica*, 34(3), 256–270.
- Schnell, Rainer; Hill, Paul & Esser, Elke. (2008). *Methoden der empirischen Sozialforschung* (8. Aufl.). München: Oldenbourg.
- Singh, Devita; Deogracias, Joseph J.; Johnson, Laurel L.; Bradley, Susan J.; Kibblewhite, Sarah J.; Owen-Anderson, Allison; Peterson-Badali, Michele; Meyer-Bahlburg, Heino F. L. & Zucker, Kenneth J. (2010). The Gender Identity/Gender Dysphoria Questionnaire for Adolescents and Adults: Further validity evidence. *Journal of Sex Research*, 47(1), 49–58.
- Tate, Chuck. (2011). The "problem" of number revisited: The relative contributions of psychosocial, experiential, and evolutionary factors to the desired number of sexual partners. *Sex Roles*, 64(9–10), 644–657.
- Valentine, David. (2007). *Imagining transgender: An ethnography of a category*. Durham: Duke University Press.
- Veale, Jaimie F. (2008). Prevalence of transsexualism among New Zealand passport holders. *Australian and New Zealand Journal of Psychiatry*, 42(10), 887–889.
- Voß, Heinz-Jürgen. (2011). *Making Sex Revisited: Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch-medizinischer Perspektive*. Bielefeld: transcript.
- Wester, Stephen R.; Vogel, David L.; O'Neil, James M. & Danforth, Lindsay. (2012). Development and Evaluation of the Gender Role Conflict Scale Short Form (GRCS-SF). *Psychology of Men & Masculinity*, 13, 199–210.

Zur Person

Nicola Döring, Prof. Dr., Technische Universität Ilmenau, Institut für Medien und Kommunikationswissenschaft – Fachgebiet Medienpsychologie und Medienkonzeption. Arbeitsschwerpunkte: Medien- und Technikpsychologie, Medienkonzeption, Medienpädagogik, Sexual- und Geschlechterforschung.

Kontakt: Technische Universität Ilmenau, Institut für Medien und Kommunikationswissenschaft, Ehrenbergstraße 29, 98693 Ilmenau

E-Mail: nicola.doering@tu-ilmenau.de

Das kulturelle Deutungsmuster „Geschlechterdifferenz“. Zur Kritik von Heinz-Jürgen Voß an Claudia Honegger und Londa Schiebinger

Zusammenfassung

Vor drei Jahren veröffentlichte Heinz-Jürgen Voß eine Untersuchung biologisch-medizinischer Geschlechtertheorien von der Antike bis zur Gegenwart, in der er bisherige Erkenntnisse zum kulturellen Deutungsmuster „Geschlechterdifferenz“ – insbesondere jene von Claudia Honegger und Londa Schiebinger – grundsätzlich infrage stellt. Dieser Beitrag diskutiert die einzelnen Argumente von Voß und konfrontiert sie mit den Forschungsinteressen, dem analytischen Vorgehen und den Ergebnissen von Honegger und Schiebinger. Meine These lautet, dass Voß bis dato vorliegende Aussagen zum kulturellen Deutungsmuster „Geschlechterdifferenz“ nicht widerlegt hat. Jedoch eröffnet seine Analyse die Möglichkeit, neue Fragen zur Konstitution der Geschlechterordnung zu formulieren.

Schlüsselwörter

Geschlechterdifferenz, Geschlechterordnung, Wissenschaftsgeschichte, Geschlecht und Medizin, Honegger, Schiebinger

Summary

The cultural pattern of “gender difference”. On Heinz-Jürgen Voß's critique of Claudia Honegger and Londa Schiebinger

Three years ago Heinz-Jürgen Voß published an analysis of gender theories in biology and medicine from the ancient world to the present in which he contested findings about the cultural pattern of gender difference, in particular those of Claudia Honegger and Londa Schiebinger. This article discusses Voß's arguments and confronts them with the research interests, the analytical approach and the conclusions of Honegger and Schiebinger. I contend that Voß does not succeed in falsifying the findings, although his results do inspire new questions about the constitution of the gender system.

Keywords

gender differences, gender system, history of science, gender and medicine, Honegger, Schiebinger

In den vergangenen drei Jahren hat Heinz-Jürgen Voß zwei Veröffentlichungen zur „Natürlichkeit“ von Geschlecht vorgelegt. In *Making Sex Revisited. Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch-medizinischer Perspektive*¹ vollzieht der Autor die „Suche nach den geschlechtsbestimmenden Faktoren“ (Voß 2011a: 17) innerhalb von Biologie und Medizin von der Antike bis zur Gegenwart nach. Mit *Geschlecht. Wider die Natürlichkeit* hat Voß (2011b) eine kompakte Einführung in die Geschlechterforschung verfasst, die wesentliche Ergebnisse seiner Dissertation *Making Sex Revisited* aufgreift. Voß' Schriften haben eine große Aufmerksamkeit erfahren², wobei die Dekonstruktion

1 Die Publikation erschien in der ersten Auflage im Jahr 2010. Für den vorliegenden Aufsatz wurde die unveränderte dritte Auflage verwendet.

2 Zu den zahlreichen Rezensionen siehe <http://dasendedessex.blogspot.de/2010/03/08/erste-rezension-in-gigi66-und-weitere-rezensionen/>, Zugriff am 21.03.2012, auch verdeutlicht dies die bereits dritte Auflage von *Making Sex Revisited* innerhalb von zwei Jahren sowie die gegenwärtige Übersetzung ins Englische, gefördert durch „Geisteswissenschaften international“.

der *scheinbar* eindeutigen Geschlechtsdetermination durch Chromosomen und Gene im Mittelpunkt des Interesses steht. Allerdings findet sich bei Voß auch eine dezidierte Kritik an grundlegenden geschlechterhistorischen Untersuchungen, was in der Rezeption bislang kaum bzw. nicht thematisiert wurde. In den ersten beiden Kapiteln von *Making Sex Revisited* sowie in *Geschlecht* argumentiert Voß mehrfach, dass die Ergebnisse von Claudia Honegger (1991), Thomas Laqueur (1992) und Londa Schiebinger (1993; 1995), welche laut Voß die „Genese der biologisch-medizinischen Geschlechterdifferenz“ ab dem 18. Jahrhundert untersuchen, nicht haltbar und einer Revision zu unterziehen seien (Voß 2011b: 69; 2011a: 16). Denn es habe sowohl in vergangenen als auch gegenwärtigen biologisch-medizinischen Geschlechtertheorien immer „Elemente der Entsprechung und Elemente der Differenz“ gegeben (Voß 2011a: 17; Hervorh. D. H.). Konkret bezieht sich Voß auf die These von der „Sonderanthropologie der Frau“ von Honegger, die Unterscheidung in „Ein-Geschlechter-Modell“ und „Zwei-Geschlechter-Modell“ von Laqueur sowie die wissenschaftshistorischen Arbeiten von Schiebinger.

Im Folgenden wird die Rezeption von Honegger und Schiebinger³ durch Voß diskutiert. Hierfür wird zunächst ein Überblick zur Kritik von Voß an den entsprechenden Studien gegeben (1.). Dem folgt eine Systematisierung der einzelnen Kritikpunkte an Honegger (2.) und Schiebinger (3.), die gleichzeitig mit deren Arbeiten kontrastiert werden. Dabei lässt sich zeigen, so die These, dass die Argumentation von Voß zum einen aus den unterschiedlichen Erkenntnisinteressen resultiert – während Voß die Geschlechtertheorien der biologisch-medizinischen Wissenschaften rekonstruiert, analysieren Honegger und Schiebinger die Konstitution des kulturellen Deutungsmusters „Geschlechterdifferenz“, wofür auch die Betrachtung des medizinischen Diskurses relevant ist – und zum anderen aus einer selektiven Rezeption der Arbeiten von Honegger und Schiebinger. Abschließend werden die Ergebnisse in ihrer Bedeutung für das Phänomen der modernen Geschlechterordnung verortet und diskutiert (4.). Denn trotz des problematisierten Anspruchs von Voß hinsichtlich der Befunde von Honegger und Schiebinger eröffnet seine Studie eine notwendige Diskussion über die sozio-historische Konstitution des „kulturellen Systems der Zweigeschlechtlichkeit“ (Hagemann-White 1988: 234) und bezieht sich darüber hinaus auf das Desiderat des Verweisungszusammenhangs von Geschlecht und „Fortpflanzung“.

1 Voß' Kritik an der Geschlechterforschung

Voß würdigt die „[g]ewissermaßen kanonisch[en]“⁴ (Voß 2011b: 69) Arbeiten von Laqueur, Honegger und Schiebinger als „[b]emerkenswerte sozial- und kulturwissenschaftliche Arbeiten, in denen die gesellschaftliche Prägung historischer naturphiloso-

3 Die Kritik an sowie die Untersuchung von Laqueur werden nicht systematisch in die Betrachtung einbezogen, insofern Laqueur m. E. eine von Honegger und Schiebinger sehr verschiedene Forschungsperspektive einnimmt, nämlich (sehr verkürzt formuliert) eine Geschichte des Geschlechtskörpers, die zudem eine breitere Zeitspanne abdeckt als die Untersuchungen von Honegger und Schiebinger. Zur Forschungsdiskussion der Thesen Laqueurs vgl. etwa Harvey 2002.

4 Voß bezeichnet die Rezeption auch als „euphorisch“ (Voß 2011a: 18), wobei er sich auf Hoff bezieht, die sich ausschließlich mit der *Ordnung der Geschlechter* von Honegger befasst und von einer „breiten“ Rezeptionsgeschichte spricht (Hoff 2005: 276).

phischer und biologisch-medizinischer Geschlechtertheorien herausgearbeitet“ wurde (Voß 2011a: 14, s. a. 16; s. a. Voß 2011b: 71). Trotz der PionierInnenarbeit von Laqueur, Honegger und Schiebinger, den „Blick auf ‚Natürlichkeit‘ [...] aus einer historisch und erkenntnistheoretischen Perspektive“ (Voß 2011b: 21) gelenkt zu haben, seien „Ergänzungen nötig“ (Voß 2011b: 22). An welchen Stellen diese „Ergänzungen“ ansetzen, ist teils schwierig nachzuvollziehen, da Voß an keiner Stelle direkte Zitationen von Honegger, Laqueur und Schiebinger anführt, sondern lediglich Reformulierungen der – entsprechend von ihm interpretierten – Kernaussagen. Zum Teil bezieht er seine Kritik auf die gesamte Geschlechterforschung.

Nach Voß konzentrierte sich *erstens* die bisherige Geschlechterforschung primär auf biologisch-medizinische Theorien der Geschlechterdifferenz und übersehe respektive unterschätze entsprechende Theorien zur Geschlechtergleichheit (Voß 2011a: 17, 235, 313; Voß 2011b: 22, 120). Wobei *zweitens* der Fokus auf „makroskopischen Strukturen“ liege (Voß 2011a: 20). *Drittens* werde „[s]ehr verkürzt“ davon ausgegangen, „dass Biologie und Medizin die Argumente für eine männliche Vorherrschaft in der Gesellschaft abgesichert hätten“ (Voß 2011b: 70), dies würde „[a]m prägnantesten“ mit der These von der „Sonderanthropologie der Frau“ von Honegger vertreten. *Viertens* würden Honegger, Schiebinger sowie Laqueur einer „Vorstellung radikaler Brüche in der Entwicklung naturphilosophischer und biologisch-medizinischer Geschlechtertheorien“ folgen (Voß 2011a: 17). Diese „strikte Abgrenzung“ (Voß 2011a: 18, s. a. 76), die Voß vor allem in Laqueurs Unterscheidung in „Ein-Geschlechter-Modell“ und „Zwei-Geschlechter-Modell“ ausmacht, sei „nicht haltbar“ (Voß 2011b: 71; s. a. Voß 2011a: 17).

Die Analyse führt Voß unter anderem zu folgenden – für diesen Beitrag relevanten – Schlussfolgerungen: Er bestärkt die bestehende Erkenntnis, dass naturphilosophische und biologisch-medizinische Geschlechtertheorien als gesellschaftlich verortet zu betrachten sind (Voß 2011a: 313, 232). Jedoch seien diese Theorien nicht als „monolithische[r] Block“ zu sehen, denn es habe „Aushandlungen und Diskussionen“ gegeben, die Differenz- und Gleichheitspositionen umfassten (Voß 2011a: 313; s. a. Voß 2011b: 120). Vor allem seien Genitalien – in Anspielung auf Laqueur – keine geeigneten „Indikatoren“ für die Unterscheidung entsprechender Theorien (Voß 2011a: 233). Daher müsse die Vorstellung von den biologisch-medizinischen Wissenschaften, die „unbedingt eine geschlechterdifferenzierende Ordnung zu begründen suchten“, aufgegeben werden (Voß 2011a: 233). Trotzdem gesteht Voß zu, Laqueurs Analyse zeige, dass das männliche Geschlecht in den meisten Beschreibungen als dem weiblichen überlegen dargestellt wurde (und wird) (Voß 2011a: 314). Betont wird die Verlagerung in „immer kleinere Bestandteile“, die von den biologisch-medizinischen Wissenschaften „als für die Geschlechtsausbildung bedeutsam postuliert“ wurden (Voß 2011a: 315, s. a. 17, 20), also in für LaiInnen nicht zugängliche bzw. nicht sichtbare Strukturen (Voß 2011a: 235). Besonders relevant für diese Entwicklung seien sich verändernde Zeugungsauffassungen, denn mit der „Etablierung der Epigenese“ habe die Suche nach „Geschlechterdifferenzen am ganzen Körper“ begonnen (Voß 2011a: 20).

Daraus leitet Voß verschiedene „Anregungen für weitere Untersuchungen“ ab (Voß 2011a: 320), unter anderem Analysen zu Diskursübergängen, die zeigen sollen, „welche Theorien der Ausbildung und Ausgestaltung von Geschlecht wann und in welchem gesellschaftlichen Kontext dominanter bzw. präsent werden konnten“ (Voß 2011a: 320).

Dabei seien auch die Auseinandersetzungen und gegenseitigen Bezugnahmen von literarischen und wissenschaftlichen Diskussionen einzubeziehen. Die Untersuchungen müssten ihr Augenmerk auf die Gleichzeitigkeit von „Kontinuität und Wandel“ und damit von Gleichheit und Differenz richten (Voß 2011a: 322).⁵

2 Die „Sonderanthropologie der Frau“ – Claudia Honegger

Der These von der „Sonderanthropologie der Frau“ von Honegger widerspricht Voß ausdrücklich⁶, denn eine solche sei nicht zu konstatieren, „jedenfalls nicht in qualitativer größerer Intensität als in den Jahrhunderten zuvor“ (Voß 2011a: 90, s. a. 120, 144; 2011b: 22, 70). Voß begründet dies mit der Kontinuität „relativer“ Geschlechterdifferenzen in biologisch-medizinischen Theorien. Das konkrete Nachspüren der Kritik erweist sich als schwierig, da Voß an keiner Stelle eine Skizzierung der Argumentation von Honegger unternimmt. Vielmehr finden sich vereinzelt gestreute Anmerkungen, die im Folgenden systematisiert dargestellt und anschließend auf der Grundlage der Studie von Honegger kritisch diskutiert werden.

Wie bereits erwähnt, betrachtet Voß die These als prägnantes Beispiel für die Annahme der bisherigen Forschung, „dass Biologie und Medizin die Argumente für eine männliche Vorherrschaft in der Gesellschaft abgesichert hätten“, insofern mit ihr „die Naturalisierung der minderwertigen Position der Frau im bürgerlichen Gesellschaftskonzept charakterisiert wurde“ (Voß 2011b: 70). Voß bescheinigt Honegger (wie auch anderen AutorInnen), sich lediglich auf Theorien der Geschlechterdifferenz zu konzentrieren. In diesen Zusammenhang fügt sich das Argument von Voß ein, dass Honegger „Descartes' Lehren als ‚allgemeine der Zeit‘ ausweisen“ würde, obwohl „es zahlreiche andere Humanist/innen gab, die Geist und Körper nicht dualistisch verstanden“ (Voß 2011a: 117). Diese vorgeblich auf Differenz fokussierte Betrachtung will Voß durch seine Studie ergänzen bzw. falsifizieren.

Konkrete Kritik findet sich auch zur Analyse der Schriften von Pierre Roussel und Jakob F. Ackermann. Laut Voß habe Honegger jene „als Gewährsleute für eine verstärkte, und insbesondere anatomische, Beschreibung von Geschlechterdifferenzen herangezogen“ (Voß 2011a: 91, s. a. 144; Voß 2011b: 103, 105). Sowohl für Roussel als auch für Ackermann betont Voß mehrfach, dass sie „relative und keine grundsätzlichen, absoluten Unterschiede zwischen Frauen und Männern beschrieb[en]“ hätten (Voß 2011b:

5 Darüber hinaus betont Voß mehrfach, dass Einflüsse arabischer, persischer und indischer Medizin sowie afrikanischen Wissens systematisch zu berücksichtigen seien (Voß 2011a: 322). Während Voß selbst eigentlich nur einige Autoren nennt (Voß 2011a: 77f.) und im ausführlichen Personenverzeichnis anführt sowie im Einführungsbuch vertiefend auf ibn-Sinā (Voß 2011b: 75f.) eingeht, finden sich bei Laqueur (1992) zahlreiche inhaltliche Bezüge auf: ibn-Sinā (980–1037) unter Verwendung des latinisierten Namens Avicenna auf S. 40f., 45; Constantinus Africanus (1017–1087), arabischer Name unbekannt, auf S. 42; ar-Razi (864–925) unter Verwendung des latinisierten Namens Rhazes auf S. 50; ibn Ruschd (1126–1198) unter Verwendung des latinisierten Namens Averroes auf S. 67 sowie al-Kunna al-Maliki auf S. 97, 270 (zu dem keine weiteren Angaben vorliegen). – Dies scheint Voß nicht zur Kenntnis genommen zu haben.

6 Voß kritisiert im gleichen Atemzug auch Sabine Mehlmann (2008), die nach seinem Dafürhalten die These der Sonderanthropologie noch weiter zugespitzt habe (Voß 2011a: 120). Dies kann hier nicht näher erörtert werden.

107; Hervorh. im Orig.; s. a. 104; Voß 2011a: 133, 141ff.). Vor allem Ackermann habe durch Honegger eine „einseitige Würdigung“ erfahren (Voß 2011a: 151, Fn 263), da sie sich lediglich auf seine Doktorarbeit und nicht auf später erschienene Arbeiten bezieht. Für Voß benennt Honegger jene Dissertation ungerechtfertigterweise als eine der Arbeiten, „die biologisch-medizinische Geschlechtertheorien moderner Wissenschaften begründeten“ (Voß 2011a: 19; s. a. 131). Die „einseitige“ Rezeption führe Honegger fälschlicherweise zu dem Schluss, lediglich eine einzige Schrift – von Karl Augustus Erb – als „Widerstand“ (Voß 2011a: 16) wahrzunehmen und als „kurzes Zwischenspiel und einen einsamen Ruf“ darzustellen (Voß 2011a: 151, Fn 263), obwohl „bei genauerer Betrachtung“ Erb keineswegs ein „Einzelfall“ war, „sondern in eine ganze Richtung eingebettet, die Gemeinsamkeiten physischer und physiologischer Merkmale [...] in den Blick nahm [...]“ (Voß 2011a: 20, s. a. 152).⁷

Ein grundsätzliches Problem, warum Voß die These von der „Sonderanthropologie der Frau“ nicht widerlegen kann, besteht m. E. in den verschiedenen Untersuchungsvorhaben. Honegger hat eine „Archäologie der Gynäkologie“ verfasst (Honegger 1991: 211), in der sie den Entstehungs- und Begründungszusammenhang des modernen kulturellen Deutungsmusters Geschlechterdifferenz untersucht, welches als „ein Zusammenhangsphänomen, ein komplexes Syndrom“ zu betrachten ist (Honegger 1991: 212f.). Ihre These und ihr Forschungsinteresse bestehen darin, aufzuzeigen, „dass und wie moderne Differenzierungen und Generalisierungsschübe in den kulturellen Weltbildern seit der Aufklärung erkaufte wurden durch Entdifferenzierung, Redundanz und Individualitätsverluste aufseiten ‚der Frau‘“ (Honegger 1991: 5). Wobei ein konstitutives Moment die „zunehmende ‚Verwissenschaftlichung‘ der Begründungsversuche“ darstellt (Honegger 1991: 2, s. a. 89, 192). Hinsichtlich der modernen Geschlechterbestimmung betrachtet Honegger jedoch nicht die gesamte Medizin und Biologie. Vielmehr legt sie den Fokus auf die „seit der Mitte des 18. Jahrhunderts allmählich sich formierenden sogenannten Wissenschaften vom Menschen, die Anthropologien“ (Honegger 1991: 6) und unternimmt eine Rekonstruktion der „Genese der weiblichen Sonderanthropologie im Rahmen der allgemeinen Anthropologie“ (Honegger 1991: 116). Diese wesentliche Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf die Anthropologie wird von Voß nicht rezipiert, vielmehr schreibt er Honegger irrtümlicherweise eine andere Perspektive zu – nämlich auf die modernen biologisch-medizinischen Geschlechtertheorien⁸.

Die Entscheidung für das Feld der Anthropologie ergibt sich aus den Bezugsautoren der sich in den 1820er Jahren (neu) konstituierenden Gynäkologie. Das Buch könnte – sinnbildlich gesprochen – auch von hinten nach vorne gelesen werden, insofern die verschiedenen Stränge ausgehend von der Gynäkologie zurückverfolgt werden. Die Bezüge ergeben sich aus den Autoren (wie etwa Roussel und Ackermann), an deren Arbeiten in den gynäkologischen Lehrbüchern jener Zeit angeschlossen wurde (Honegger 1991: 202ff.). Honegger konstatiert, dass das „sonderanthropologische System

7 Des Weiteren widerspricht Voß (2011a: 111f.) der Einschätzung von Honegger (1991: 96), dass Theodor von Hippel „radikaler“ war als Mary Wollstonecraft. Dies ist jedoch für die weitere Argumentation nicht relevant. Zu Wollstonecraft und Hippel siehe auch Schiebinger (1993: 323ff.).

8 Die Betrachtung von Honegger wird einmal mehr deutlich, wenn sie am Ende der Arbeit darauf verweist, dass durchaus auch für die frühe Soziologie von einer „weiblichen Sonder-Soziologie“ gesprochen werden könnte (Honegger 1991: 259, Fn 368).

[...] längst ausformuliert [war], als sich die Geburtshelfer und praktischen Ärzte im frühen 19. Jahrhundert ebenfalls mit Inbrunst des ganzen Weibes anzunehmen begannen“ (Honegger 1991: 204).

Die Entstehung der modernen Geschlechterordnung betrachtet Honegger (wie auch Laqueur und Schiebinger) keineswegs als Ergebnis eines radikalen Bruchs mit der Vergangenheit, jedoch als emergentes Phänomen. Auch stellt sie keinen linearen und eindeutigen Verlauf dar, sondern zahlreiche – durchaus kontroverse – Debatten „um die Rolle der Frauen“ in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Jenen Zeitraum charakterisiert sie als einen unentschiedenen, in dem „viele nebeneinander möglich war“ (Honegger 1991: 14, s. a. 4, 53, 89). Daher würde sich eine Aussage – wie sie Voß (2011a: 117) hinsichtlich Descartes (1598–1650) unterstellt – über einen allgemeingültigen Topos jener Zeit nicht in die Argumentationslogik einfügen. Tatsächlich macht Honegger dies nicht, sondern markiert Descartes' Dualismus von Körper und Geist als den „entscheidende[n] Opponenten“, von dem die neuen Wissenschaftler des Menschen sich konzeptuell abzusetzen versuchten“ (Honegger 1991: 109, s. a. 8). Denn für die Moral-Physiologie ist der Anspruch kennzeichnend, diesen Gegensatz zu überwinden. „Das Physische bildet das Moralische“ ist ein Kernsatz der neuen Anthropologie um 1800“ (Honegger 1991: 42). Der „Körper als Organisation“ sollte in seiner „Selbstgenügsamkeit“ und „Vollständigkeit“ empirisch untersucht werden (Honegger 1991: 109).

Die Konstituierung einer „Sonderanthropologie der Frau“ verortet Honegger in Frankreich und benennt Pierre Roussel als den „ersten Vertreter einer expliziten *Science de la femme*“ (Honegger 1991: 126). Denn Roussel begann damit, „den Körper der Frau nicht mehr isoliert zu betrachten – oder wie die Physiologie bisher – den Männerkörper allein, sondern die beiden miteinander zu vergleichen; und zwar in körperlicher wie moralischer Hinsicht“ (Honegger 1991: 145). Honegger geht es also nicht darum, ob eine Geschlechtertheorie der Differenz oder Gleichheit formuliert wurde, sondern als wesentlich erachtet sie *erstens* die wissenschaftlich komparative Herangehensweise – also das Ins-Verhältnis-Setzen von Frau und Mann –, welche sich *zweitens* sowohl auf die physische als auch die psychische Ebene bezog. Als Bezugsgröße für die „ganzheitliche“ Betrachtung des Menschen respektive der Männer und Frauen diene Roussel die Natur, die „zur Erreichung ihres Endzwecks, der Fortpflanzung der Gattung, die Mittel unterschiedlich verteilt“ habe (Roussel; zit. n. Honegger 1991: 147). Die unterschiedlich zugewiesenen Mittel wiederum „determinieren den Geschlechtsunterschied. Das Wesentliche liegt nicht in einem einzelnen Organ, sondern im ganzen beseelten Organismus, in dessen Organisationsgestalt eben“ (Honegger 1991: 147). Innerhalb der „*médecins-philosophes*“ kann Honegger eine große Wirkkraft von Roussel nachweisen (Honegger 1991: 151; Hervorh. im Orig., s. a. 133) und ebenso die Bezüge späterer Autoren auf Roussel (Honegger 1991: 162, 185f., 190–192). Hierbei geht es nicht um die Darstellung eines „monolithischen Blocks“ (Voß 2011a: 313), vielmehr macht Honegger deutlich, dass es sich zunächst um innerwissenschaftliche Debatten handelte, die erst „brisant wurden“ durch „Querverbindungen zu halböffentlichen und öffentlichen Disputen, die in diesen Jahren allenthalben über die Rolle der Frauen geführt wurden“ (Honegger 1991: 140). Als kritische Stimmen gegenüber psycho-physiologischen Argumentationen führt sie etwa Theodor von Hippel und Jakob Mauvillon an. Auch für den Pädagogen Joachim Heinrich Campe und für Adolph Knigge wird konstatiert, „dass

sie zwar auf einen Naturdeterminismus zurückgreifen, diesen aber doch nicht ‚wissenschaftlich‘ zu traktieren versuchen“ (Honegger 1991: 71).

Ebenso vielgestaltig zeigt sich die in Deutschland etwas später einsetzende Entwicklung. Die Anthropologen der 1770er Jahren schreiben noch keine „weibliche Sonderanthropologie“ (Honegger 1991: 169). Vielmehr gingen die ersten dahin führenden Äußerungen gar nicht von der deutschen Anthropologie aus, sondern sind in „Geschichten der Menschheit und sozialkritischen Zeitdiagnosen“ (Honegger 1991: 169) zu finden. Erst ab den 1790er Jahren und um 1800 erschienen deutlich vermehrt Anthropologien, die sich explizit mit *der* Frau befassen (vgl. Honegger 1991: 170, 187). Ein zentraler Bezugspunkt stellt die vergleichende Anatomie dar und hier insbesondere in Person des Anatomen Jakob Fidelius Ackermann, der 1788 eine Schrift *Ueber die körperliche Verschiedenheit des Mannes vom Weibe außer den Geschlechtstheilen* veröffentlicht hat. Doch anders als Voß mehrfach konstatiert, benennt Honegger Ackermann nicht als einen „Vertreter der beginnenden ‚Sonderanthropologie der Frau‘“ (Voß 2011a: 144), vielmehr wurde „seine empirische Arbeit in der Folgezeit zu *der* paradigmatischen Belegstudie für die deutsche Sonderanthropologie“ (Honegger 1991: 172; Hervorh. im Orig.). Ackermann selbst, so Honegger, habe sich „weitgehend jeder psycho-physiologischen Spekulation oder sozial-moralischen Deutung seiner anatomischen Befunde“ enthalten (Honegger 1991: 172, s. a. 176). Seine „Annahme, dass der weibliche Körper in jedem seiner Elemente vom männlichen Körper abweiche“, fand jedoch bei den „Sonderanthropologen“ große Resonanz (Honegger 1991: 172)⁹. Ebenso verweist Honegger darauf, dass die – auch von Voß (2011a: 133f.) benannten – Erkenntnisse von Ackermann zur „größeren Geistesfähigkeit“ der Frau (Honegger 1991: 172) aufgrund des Verhältnisses von Gehirngröße und Stärke der Nerven(enden) „von den nachfolgenden Psycho-Physiologen stets tapfer ignoriert“ wurden (Honegger 1991: 178). Honegger „würdigte“ Ackermann keineswegs „einseitig“ (Voß 2011a: 151, Fn 263), vielmehr wären weitere Arbeiten von Ackermann für ihre Untersuchung nur relevant gewesen, wenn sich Moralphysiologen auf jene bezogen hätten. Darüber hinaus wird erneut deutlich, dass Honegger keine Analyse biologisch-medizinischer Geschlechtertheorien vorgenommen hat, sondern den komplexen Entstehungszusammenhang eines kulturellen Deutungsmusters – der Geschlechterdifferenz – in den Mittelpunkt stellt.

Der Anatomie räumt Honegger eine wichtige Rolle ein und bezeichnet sie als „Basiswissenschaft“ der „Sonderanthropologie“, zu der im Laufe des 18. Jahrhunderts die Physiologie hinzukommt (Honegger 1991: 136, s. a. 111, 121). Aus den beiden Disziplinen leitet sich allerdings nicht zwingend eine „sonderanthropologische“ Perspektive ab. Honegger zeigt etwa für die in den 1790er Jahren erschienenen Anthropologien von Johann Daniel Metzger und Johann Ith¹⁰, dass Ersterer „äußerst rudimentär“ und Letzte-

9 Die Rezeptionsgeschichte reicht bis ins 19. Jahrhundert, denn Theodor von Bischoff (1807–1882) bezieht sich noch in seiner Schrift *Das Studium und die Ausübung der Medicin durch die Frauen* aus dem Jahr 1872 auf Ackermann (Honegger 1991: 178).

Honegger bescheinigt beispielsweise auch Kant eine breite Wirkung in der Sonderanthropologie – ohne ihn gleich zum „Vertreter“ zu machen. So erwiesen sich seine nicht systematischen Überlegungen zum „Charakter des Geschlechts“ durchaus „als ‚anschlussfähig‘“ und wurden „von den nachfolgenden Sonderanthropologen prompt in den Rang empirisch-wissenschaftlich erhärteter und durch die Reputation Kants gesicherter Aussagen erhoben“ (Honegger 1991: 187).

10 Hinsichtlich Ith wird der unterschiedliche Untersuchungsansatz von Voß und Honegger einmal mehr deutlich. Während Ith für Honegger nicht weiter relevant ist, da er keine „sonderanthropolo-

rer „überhaupt noch nicht“ „sonderanthropologische“ Argumente anführten (Honegger 1991: 182). Vielmehr sind verschiedene „Denker, Dichter oder Wissenschaftler“ an dem Konstitutionsprozess beteiligt (Honegger 1991: 183), in dessen Verlauf es zu „stimulierenden Verbindungen“ zwischen philosophischen und medizinisch-anthropologischen Überlegungen und Argumentationen kam (Honegger 1991: 182). Das letztlich dominante „sonderanthropologische“ Resultat ist jedoch, „die Geschlechtsunterschiede nicht länger nur in den Geschlechtsorganen auszumachen und beschränkt auf die Oberfläche des Körpers“, sondern in ihrer Bestimmung der „Tiefenstrukturen des Leibes“ (Honegger 1991: 180f.). In der deutschen Debatte um die Psycho-Physiologie der Geschlechter findet Honegger dabei (neben Hippel) lediglich ein „absolut einzigartiges Buch“ von Karl August Erb, das sich äußerst kritisch mit der „Logik der psycho-physiologischen Argumentationsstruktur“ auseinandersetzt (Honegger 1991: 193), aber bei den Zeitgenossen auf praktisch keine Resonanz stieß. Während es Honegger also um die Kritik der moral-physiologischen Logik geht, besteht für Voß der zugeschriebene Ausnahmestatus in der Zuordnung von Erb zu den GleichheitstheoretikerInnen (von denen es zu der Zeit in der Tat mehr gab) (vgl. Voß 2011a: 20, 152). Der Kern der „Sonderanthropologie der Frau“ bzw. der psycho-physiologischen Anthropologie findet sich in Voß' Ausführungen nicht wieder, ihm geht es um die „Gemeinsamkeiten physischer und physiologischer Merkmale“ (Voß 2011a: 20) – was jedoch nicht das Anliegen von Honegger war.

3 „*The Mind has no sex*“ – Londa Schiebinger

Londa Schiebinger wird von Voß unter die VertreterInnen einer Geschlechterforschung subsumiert, die sich genuin auf die biologisch-medizinischen Geschlechtertheorien der Differenz zentriert haben sollen. Während für Honegger teils greifbare Bezüge für die Kritik vorliegen, wird Schiebinger vor allem in der Trias – Honegger, Laqueur, Schiebinger – genannt (Voß 2011a: 14, 16, 20, 76, 90, 120; Voß 2011b: 70). Der einzig konkrete Aspekt, den Voß benennt, ist der Bezug von Schiebinger (im Gegensatz zu Honegger) auf Laqueur in ihrer Studie *The Mind has no sex?* (Voß 2011a: 16) sowie expliziter die von ihr mit Laqueur geteilte Annahme über „das Fortwirken antiker Betrachtungen bis in die Renaissance und ein sich anschließender radikaler Bruch“ (Voß 2011a: 76).

So wenig wie Honegger untersucht Schiebinger jedoch die medizinischen Geschlechterkonzeptionen. Ihre leitende Forschungsfrage ist, wie es zum Ausschluss von Frauen aus den modernen Wissenschaften kam, wobei Schiebinger den wissenschaftlichen Konstitutionsprozess im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts¹¹ (Schiebinger 1993: 15) betrachtet. Schiebinger wählt hierfür ein komplexes Analyseschema, mit dem sie „Institutionen, Biografien, wissenschaftliche Definition der weiblichen Natur und kulturelle Bedeutungen der Geschlechtsidentität“ betrachtet (Schiebinger 1993: 21). „What is interesting are the changing reinterpretations and relocations of difference and the new meanings attached to new kinds of sameness and difference for different purposes“

gischen“ Argumente verwendet, führt Voß ihn als Vertreter der Geschlechterdifferenz ein (Voß 2011a: 145, 148) – wobei er diese von Honegger differierende Position nicht explizit macht und somit auch nicht begründet (wie etwa bei Ackermann oder Erb).

11 In *Nature's Body* erweitert Schiebinger den Blick auf *gender* und Wissenschaft um die Differenzkategorie *race* (vgl. Schiebinger 1995: Kap. 4 bis 6).

(Schiebinger 2003¹²: 313). Die Notwendigkeit einer solchen Arbeit bestehe darin, dass zwar der Entstehungszusammenhang der modernen Wissenschaft bereits ausgiebig durchleuchtet wurde, jedoch ohne die „wissenschaftlichen Interpretationen der Geschlechtlichkeit“ einzubeziehen (Schiebinger 1993: 230). „Weiblichkeit“ repräsentiert für Schiebinger „einen Komplex zusammenhängender Werte [...], denen die moderne Wissenschaft keinen Raum lässt“ (Schiebinger 1993: 389). Das heißt, es geht weniger um Frauen als historische Akteurinnen, sondern um Zuschreibungsprozesse, die Menschen aus der Wissenschaft ausschließen (Schiebinger 1993: 387).

Der Annahme einer grundlegenden Veränderung der Weltanschauung (Kosmologie) im Zuge der Aufklärung folgend, stellt Schiebinger allerdings keine Kontinuität von der Antike bis zur Renaissance her. Ihre Betrachtung beginnt mit der Renaissance, die sich auf zwei kosmologische Systeme bezog: „die aristotelisch-galenische Humoraltheorie“ und „die jüdisch-christliche Schöpfungsgeschichte“¹³ (Schiebinger 1993: 230). Kennzeichnend ist der „exakt bestimmte Platz“ der Menschen respektive Männer und Frauen „in der ‚großen Kette der Lebewesen‘“, also in „Bezug auf die Pflanzen, die Tiere und Gott“ (Schiebinger 1993: 230). Gleichzeitig macht Schiebinger deutlich, dass in der Renaissance durchaus „lebhaft“ über „die Frau und ihr geistiges Naturell“ debattiert wurde (Schiebinger 1993: 237), ohne jedoch die bestehende Weltanschauung grundsätzlich infrage zu stellen (Schiebinger 1993: 239). Vielmehr versuchten auch FeministInnen des 16. und 17. Jahrhunderts, „den Frauen eine angesehene Stellung innerhalb der unverändert einflussreichen alten Kosmologien zu sichern“ (Schiebinger 1993: 243). Schiebinger spricht für jene Zeit von einer „incomplete‘ revolution in the study of sexual difference“, insofern die Humoraltheorie fortbestand und „satisfactory explanations of secondary sexual differences in the physical body“ offerierte (Schiebinger 2003: 308).

Der Entstehungszusammenhang für eine neue Kosmologie liegt ihrer Meinung nach in der Aufklärung und den neuen wissenschaftlichen Methoden. Theoretiker wie Descartes, Locke und Bacon befassten sich nicht mit der „Frauenfrage“, ihre Überlegungen für eine neue Gesellschaftsordnung waren jedoch auch folgenreich für das Geschlechterverhältnis (vgl. Schiebinger 1993: 244ff.). Im Zuge dessen kam es zu einer Neubewertung der Geschlechtlichkeit, die sich „nicht mehr auf die Fortpflanzungsorgane“ beschränkte, sondern „den ganzen Körper“ durchdrang (Schiebinger 1993: 270). „Weibliches“ und „männliches“ Geschlecht wurden nun vergleichend hinsichtlich ihrer Unterschiede „exakt abgemessen, beschrieben und dargestellt“ (Schiebinger 1993: 282). Der (dichotome) Geschlechtskörper wurde „resexualisiert“ entlang „profoundly different lines“, als dies in den „alten“ Kosmologien der Fall war (Schiebinger 2003: 310f.). Schiebinger macht dabei auch auf die Entstehung der Nationalstaaten und der damit einhergehenden neuen (modernen) Einschätzung der Bevölkerung aufmerksam (Schiebinger 1993: 307, s. a. 315). Dies korrespondierte mit einer gesteigerten Bedeut-

12 Im Zuge des „Skelettstreits“ verfasste Schiebinger (2003) eine Replik zu Stolberg (2003), der Schiebingers Erkenntnisse und Interpretationen zum Entstehungszusammenhang des weiblichen Skeletts kritisierte und teilweise als falsch deklarierte (Schiebinger 1986; 1993: 270ff.). Hierauf reagierte auch Laqueur (2003). Schiebinger fasst in ihrer Replik Forschungsinteresse und Erklärungsansatz prägnant zusammen.

13 Dies findet sich ähnlich auch bei Voß: „Dass es einen Geschlechtsunterschied geben müsse, stand (zunächst) nicht zur Debatte. Diese Entscheidung war durch eine zwei Geschlechter unterscheidende Geschlechterordnung, biblische Beschreibungen und antike naturphilosophische Theorien vorweggenommen“ (Voß 2011a: 121).

samkeit von „Mütterlichkeit“¹⁴ (Schiebinger 1993: 269, s. a. 292, 383), die die (gesunden) „Krieger“ der Nation gebären soll(t)en.

Schiebinger verortet die „treibende Kraft“ nicht in den (Natur-)Wissenschaften, sondern in der Politik, genauer: in der zentralen Rolle des Naturrechts in liberalen Theorien. „Um im Rahmen liberalen Denkens gesellschaftliche Ungleichheit zu rechtfertigen, würde die Wissenschaft den Beweis zu erbringen haben, dass die menschliche Natur nicht gleich, sondern nach Alter, Rasse und Geschlecht unterschieden war“ (Schiebinger 1993: 302). In diesem Kontext entstand für Schiebinger die Idee von der Geschlechterkomplementarität. „Von nun an galten die Frauen im Verhältnis zum Mann nicht mehr einfach als *minderwertig*, sondern als *fundamental verschieden* und somit als *nicht mehr mit ihm vergleichbar*“ (Schiebinger 1993: 304; Hervorh. im Orig.). Die liberale Tendenz zu Natur und Naturgesetzen „privilegierte das Urteil der Mediziner, da diese zur Einsicht in die menschliche Natur am besten geeignet sein mußten“ (Schiebinger 1993: 311). Für Schiebinger sind daher biologisch-medizinische Geschlechtertheorien aufgrund ihrer Wechselwirkung mit dem gesellschaftspolitischen Diskurs relevant. Wären die Gleichheitstheorien dominant gewesen, wäre über diese geschrieben worden (vgl. Schiebinger 1993: 331). Der „radikale Bruch“ bedeutet hierbei nicht die vollständige Ablösung einer alten durch eine neue Ordnung, vielmehr wurde, „was Brauch und Sitte war“, übernommen und nun als „natürlich“ bezeichnet (Schiebinger 1993: 317, s. a. 328). Es kam zu einer Verschiebung in den Begründungszusammenhängen, der kulturelle Deutungsmuster mit einer eigenen Qualität folgten.

4 Geschlechterdifferenz – Zweigeschlechtlichkeit – „Fortpflanzung“

Honegger und Schiebinger bewegen sich mit ihren Analysen zur Geschlechterdifferenz auf der Ebene der kulturellen Deutungsmuster. Während sich Honegger vom Feld der Gynäkologie aus nähert, fragt Schiebinger nach dem Ausschlusskriterium „Weiblichkeit“ in den sich konstituierenden modernen Wissenschaften. Beide betrachten die gesellschaftliche Bedeutung des medizinischen Diskurses zu Geschlecht, ohne diesen zum Mittelpunkt der Untersuchung zu machen respektive nach dem Geschlechterverständnis im medizinischen Diskurs zu fragen. Daher ist es fraglich, ob sie die richtigen Adressatinnen für eine Kritik an einer differenzorientierten Geschlechterforschung sind. Wurden überdies durch diese vehemente Kritik nicht auch Potenziale in der Analyse von Voß verschenkt?

Voß hat sich konkret dem medizinischen Diskurs gewidmet und kommt in seiner Zwischenbetrachtung zum zweiten Kapitel, das sich auch auf die Studien von Honegger und Schiebinger bezieht, zu folgenden Ergebnissen: *Erstens* wird hinsichtlich des Verhältnisses von Medizin und Gesellschaft deutlich, dass medizinische Diagnosen und Behandlungen zur Herstellung eindeutiger (Zwei-)Geschlechtlichkeit beitragen und damit normalisierend wirken (Voß 2011a: 233), wobei die entscheidenden Kriterien der

14 Wobei Schiebinger in einer weiteren Untersuchung hervorhebt, dass sich das Mutterschaftsideal nur auf weiße, europäische Frauen bezog (Schiebinger 1995: 228), insbesondere auf jene aus der Mittelschicht (Schiebinger 1995: 258).

Eindeutigkeit historisch und gesellschaftlich variabel sind. *Zweitens* haben nicht alle biologisch-medizinischen Theorien eine „geschlechterdifferenzierende Ordnung“ zum Ziel, sondern es finden sich rege Diskussionen, die „Argumente der Gleichheit“ und „Differenzvorstellungen“ umfassen (Voß 2011a: 233f.). *Drittens* fand eine Verschiebung der Geschlechtsbestimmung in nur für ExpertInnen sichtbaren Strukturen statt. Ein wesentlicher Aspekt hiervon ist die allmähliche Durchsetzung epigenetischer Auffassungen (Voß 2011a: 234). Die zweite und dritte Schlussfolgerung nutzt Voß, um explizit Kritik an der differenzorientierten, „emanzipatorischen Geschlechterforschung“ zu üben (Voß 2011a: 235).

Zunächst zur Kritik an der Differenzorientierung der Geschlechterforschung: Voß versucht einerseits, diese Kritik durch die Darstellung der Pluralität von biologisch-medizinischen Geschlechtertheorien zu untermauern. Andererseits verweist er besonders bei verschiedenen Autoren wie Roussel und Ackermann immer wieder darauf, dass „relative Differenzen“ und nicht „absolute Differenzen“ beschrieben wurden (u. a. Voß 2011a: 133, 141ff.). Auf das erste Argument wurde bereits in Abschnitt 1 und 2 eingegangen. Schwerer nachvollziehbar erweist sich das zweite. Für Voß besteht das Problem absoluter Differenzen darin, dass „die gemeinsame Art von Frau und Mann in Frage“ gestellt würde (Voß 2011a: 151). Damit trifft er m. E. nicht den Kern der Argumentation von Schiebinger und Honegger. Beide Autorinnen (und ebenso Laqueur) betonen die komparative Methode als zentrales Instrument der Anatomie und dann auch der Physiologie (Honegger 1991: 119, 207; Schiebinger 1993: 282). Aus der vergleichenden Herangehensweise folgen dementsprechend relationale Schlussfolgerungen. Jedoch gingen einige (!) Mediziner und ebenso Nicht-Mediziner darüber hinaus und verknüpften relative Differenzen mit psychologischen und moralischen Bewertungen, aus denen „qualitative Unterschiede und *Wesens*-Differenzen“ abgeleitet wurden (Honegger 1991: 207; Hervorh. im Orig.). Karin Hausen (1976) hat dies mit dem Begriff des „Geschlechtscharakters“ beschrieben. Geschlecht erhielt eine neue Qualität, es wurde „als eine Kombination von Biologie und Bestimmung aus der Natur abgeleitet und zugleich als Wesensmerkmal in das Innere der Menschen verlegt“ (Hausen 1976: 369; s. a. Maihofer 2001: 123). Zentrale Merkmale dieses Verständnisses von Geschlecht sind zum einen die Polarisierung von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ (und damit die Forcierung von Zweigeschlechtlichkeit) und zum anderen die als komplementär, also sich gegenseitig ergänzend, gedachte Geschlechterbeziehung, in der „Frau“ und „Mann“ zwei Teile einer Einheit sind – wobei diese Beziehung als gleichwertig und als ungleichwertig gedacht werden konnte (und kann).¹⁵ Schiebinger fasst dies pointiert zusammen: Es gehe um „sich ergänzende Gegensätzlichkeit – und nicht Gleichartigkeit oder Gleichrangigkeit“ (Schiebinger 1993: 314), und findet gar ein „bestechendes“ Moment in jener Argumentation, insofern „sich in der körperlichen Verschiedenartigkeit das Streben der Natur nach einem Zustand sozialer Stabilität offenbare“ (Schiebinger 1993: 313). Genauso wenig wie Voß attestieren Honegger und Schiebinger den Medizinerinnen, die „Art Mensch“ entlang von Geschlecht infrage zu stellen, und sie suggerieren auch keine differenzversessene Medizin. Vielmehr steht das komplexe

15 Für die vielfältigen Kombinationen von und Positionen zu Gleichheit, Differenz und (Un-)Gleichwertigkeit hat etwa Holland-Cunz eine Systematisierung unternommen und beschreibt acht „logisch“ mögliche Positionen (Holland-Cunz 2003: 123ff.).

Wechselspiel von medizinischen, intellektuellen, politischen und literarischen Diskursen im Mittelpunkt, in denen sich das moderne Deutungsmuster Geschlechterdifferenz verbunden mit der Polaritäts- und Komplementaritätsannahme als das dominierende entwickeln und durchsetzen konnte. Die Bedeutung der biologisch-medizinischen Wissenschaften resultiert daraus, dass bestimmte (nicht alle) Erkenntnisse zu Geschlecht aufgrund der (gesellschaftlich zugeschriebenen) wissenschaftlichen Autorität eine Wirkmächtigkeit entfalten konnten. Damit soll nicht gesagt werden, dass es irrelevant sei, eine Geschichte der *anderen* Stimmen im medizinischen Diskurs zu verfassen, um dem „institutionellen Vergessen“ (Douglas 1991) nicht-dominanter (verschriftlichter) Ideen und Theorien entgegenzutreten. Dies ist ein wichtiger Beitrag von Voß. Jedoch bleibt aus dieser Perspektive die Kritik von Voß an Honegger und Schiebinger nicht nachvollziehbar.

Dem nächsten Kritikpunkt kann verhältnismäßig kurz begegnet werden, denn die von Voß hervorgehobene Erkenntnis über die Verlagerung der „geschlechtsbestimmenden Faktoren“ in zunehmend kleinere, nicht mehr sichtbare Strukturen, die somit nur noch von ExpertInnen gelesen werden können, ist – wie oben bereits angedeutet – nicht neu.¹⁶ Honegger spricht von einer Verschiebung von der „Oberfläche des Körpers“ in die „Tiefenstrukturen des Leibes“ (Honegger 1991: 181f.) und Schiebinger fasst dies in einer Kapitelüberschrift – „Der Unterschied geht tiefer“ – zusammen (Schiebinger 1993: 267). Ebenso findet sich beispielsweise bei Ute Planert in einer Studie zum „Volkskörper“ folgende pointierte Formulierung:

„Was die Anthropologen des 18. Jahrhunderts in den Strukturen des Körpers selbst, die Anatomen und Physiologen des 19. Jahrhunderts in den Hirnregionen gefunden hatten, orteten Biologen und Mediziner im Zeitalter der Genetik auf den Chromosomen und im Regelkreis der Geschlechtshormone“ (Planert 2000: 569).

Was nicht Thema der Arbeiten von Honegger und Schiebinger war, aber von Voß eindrücklich dargestellt wurde, ist die Fortschreibung dieser Entwicklung und damit die Vielschichtigkeit und insbesondere *Uneindeutigkeit* biologisch-medizinischer Theorien für das 20. Jahrhundert.

Was jedoch bei Honegger und Schiebinger in der Tat – wie Voß kritisch anmerkt – nicht (explizit) thematisiert wird, ist das Phänomen der Zweigeschlechtlichkeit. Voß zeichnet deutlich nach, welche Bedeutung der Medizin in diesem Herstellungs- respektive Normalisierungsprozess zukommt. Vermutlich wäre es eine lohnende Arbeit, die Studien von Schiebinger und Honegger daraufhin zu durchleuchten, bzw. hätte so ein Untersuchungsinteresse von Voß lauten können. An die Kopplung von Zweigeschlechtlichkeit und Geschlechterkomplementarität respektive -polarität schließt sich zudem die Frage an, wie hierin die Fortpflanzung zu verorten ist. Voß betont mehrfach die „bedeutende Rolle“ von „Zeugungstheorien“ (Voß 2011a: 121, s. a. 20, 52). Er arbeitet heraus, wie „männliche“ und „weibliche“ Beiträge zur Fertilisation aus medizinischer Perspektive diskutiert (und bewertet) wurden sowie die Erklärungsansätze zur Entstehung von „weiblichem“ und „männlichem“ Geschlecht. Dass „Zeugungsauffassungen“ für biologisch-medizinische Geschlechtertheorien relevant waren (und sind),

16 Auch Laqueur schreibt, dass „the new difference could be demonstrated not just in visible bodies but in its microscopic building blocks“ (Laqueur 1992: 6, s. a. 171f.).

ist jedoch auch kein *Novum*¹⁷, wobei Voß hier keine Referenzen angibt. Auch Honegger verweist in ihren verschiedenen Fallstudien auf die Bedeutsamkeit der Fortpflanzung¹⁸, ohne dies allerdings systematisch in ihre theoretischen Betrachtungen einzubeziehen. Schiebinger benennt ebenfalls die veränderte Perspektive auf Geschlecht durch neue Fertilisationstheorien im 17. Jahrhundert (Schiebinger 1993: 255) und kontextualisiert darüber hinaus die mit Nationalstaatsbildung und Bevölkerungsfragen einhergehende Aufwertung von „Mütterlichkeit“ (Schiebinger 1993: 269, 294, 307, 315).

Aus einer theoretischen Perspektive formulierte Hilge Landweer, dass Gesellschaften „in ihren Geschlechterbegriffen auf den jeweils als möglich unterstellten Beitrag zu Reproduktion“ verweisen (Landweer 1994: 152). Daran anknüpfend fordert Barbara Drinck, den „Prokreationsdualismus“, der „uns zwingt, Zeugungsvorgänge von Frau und Mann als grundlegend verschieden anzusehen, und zwar nicht nur in ihrer Funktion, sondern auch in ihrer Bewertung“, in der Geschlechterforschung ernst zu nehmen (Drinck 2005: 60f.). Weder Honegger noch Schiebinger und genauso wenig Voß unternehmen es, die selbst deklarierte „bedeutende Rolle“ auszubuchstabieren. So findet sich bei Voß weder in den Zwischenbetrachtungen zum zweiten Teil¹⁹ noch zum dritten Teil ein entsprechendes Argument. In den Schlussfolgerungen konstatiert Voß dann, das „Ideal geschlechtlicher Fortpflanzung“ sei „[g]esellschaftlich hoch gewichtet“ (Voß 2011a: 317). Allerdings wäre die Relevanz für die biologisch-medizinischen Geschlechtertheorien eher gering, weil „weiblich“ und „männlich“ auch, und nicht selten, *ohne Fertilität* in Theoriebildung biologischer und medizinischer Wissenschaften einbezogen wurde und wird“ (Voß 2011a: 317; Hervorh. im Orig.), wodurch Fortpflanzung an dieser Stelle anscheinend mit Fertilität gleichgesetzt wird. Das diagnostizierte „Beharrungsvermögen“ in der „dichotomen Interpretation“ von Geschlecht (Voß 2011a: 314) erfährt von ihm keine systematische Rückkopplung an die Fortpflanzung, obwohl sich hier nicht nur die Frage stellt, welches Gewicht den jeweiligen „Zeugungsbeiträgen“ zugestanden wird oder ob eine „gemischt geschlechtliche Anlage“ angenommen wird (oder nicht). Voß selbst formuliert, es wurde lange Zeit nicht infrage gestellt, dass „es einen Geschlechtsunterschied geben müsse“ (Voß 2011a: 121). Vielleicht ist es an der Zeit (auch mit Blick auf die assistierten Reproduktionstechnologien), Geschlecht als „the structure of social relations that centres on the reproductive arena, and the set of practices that bring reproductive distinctions between bodies into social processes“ (Connell 2009: 11) zu betrachten?!

17 Laqueur benennt als eine wesentliche Triebkraft naturphilosophischer und medizinischer Theorien zum Geschlechtskörper die Frage nach der Legitimität des Nachwuchses und damit nach der Vater-schaft. „The one-sex model can be read, I want to suggest, as an exercise in preserving the Father, he who stands not only for order but for the very existence of civilization itself“ (Laqueur 1992: 58).

18 Zum Beispiel bei Stahl, der den „Endzweck des weiblichen Geschlechts, in der Sicherung der Fortpflanzung“ sieht (Honegger 1991: 144); daran schließen sich auch Roussel (Honegger 1991: 147ff.) oder Humboldt an (Honegger 1991: 184).

19 Hier findet sich ein kurzer Hinweis auf die Diskussion über die „geschlechtlich gemeinsame Anlage“, der sich jedoch auf die Verschiebung der Geschlechterbestimmung in nicht-sichtbare Strukturen bezieht (Voß 2011a: 235).

Literaturverzeichnis

- Connell, Raewyn. (2009). *Gender. In world perspective* (2. Aufl.). Cambridge: Polity Press.
- Douglas, Mary. (1991 [1986]). *Wie Institutionen denken*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Drinck, Barbara. (2005). Blickwechsel der Geschlechterforschung. In Dorothea Lüdke, Anita Runge & Mechthild Koreuber (Hrsg.), *Kompetenz und/oder Zuständigkeit. Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Gleichstellungspraxis* (S. 53–68). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Hagemann-White, Carol. (1988). Wir werden nicht zweigeschlechtlich geboren... In Carol Hagemann-White & Maria S. Rerrich (Hrsg.), *FrauenMännerBilder. Männer und Männlichkeit in der feministischen Diskussion* (S. 224–235). Bielefeld: AJZ-Verlag.
- Harvey, Karen. (2002). The Century of Sex? Gender, Bodies and Sexuality in the Long Eighteenth Century. *The Historical Journal*, 45(4), 899–916.
- Hausen, Karin. (1976). Die Polarisierung der „Geschlechtercharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In Werner Conze (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen* (S. 363–393). Stuttgart: Klett.
- Hoff, Walburga. (2005). Claudia Honegger: Die Ordnung der Geschlechter. In Martina Löw & Bettina Mathes (Hrsg.), *Schlüsselwerke der Geschlechterforschung* (S. 267–282). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Holland-Cunz, Barbara. (2003). *Die alte neue Frauenfrage*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Honegger, Claudia. (1991). *Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib, 1750–1850*. Frankfurt/Main: Campus.
- Landweer, Hilge. (1994). Generativität und Geschlecht. Ein blinder Fleck in der sex/gender-Debatte. In Theresa Wobbe (Hrsg.), *Denkachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht* (S. 147–166). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Laqueur, Thomas W. (1992 [1990]). *Making Sex. Body and Gender from the Greeks to Freud*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Laqueur, Thomas W. (2003). Sex in the Flesh. *Isis* 94, 300–306.
- Maihofer, Andrea. (2001). Dialektik der Aufklärung. Die Entstehung der modernen Gleichheitsidee, des Diskurses der qualitativen Geschlechterdifferenz und der Rassentheorien im 18. Jahrhundert. In Steffi Hobuß (Hrsg.), *Die andere Hälfte der Globalisierung. Menschenrechte, Ökonomie und Medialität aus feministischer Sicht* (S. 113–132). Frankfurt/Main: Campus.
- Mehlmann, Sabine. (2008). Das sexu(alis)ierte Individuum. Zur paradoxen Konstruktionslogik moderner Männlichkeiten. In Ulrike Brunotte & Rainer Herrn (Hrsg.), *Männlichkeiten und Moderne. Geschlecht in den Wissenskulturen um 1900* (S. 37–55). Bielefeld: transcript.
- Planert, Ute. (2000). Der dreifache Körper des Volkes: Sexualität, Biopolitik und die Wissenschaften vom Leben. *Geschichte und Gesellschaft* 26(4), 539–576.
- Schiebinger, Londa. (1986). Skeletons in the Closet: The First Illustrations of the Female Skeleton in Eighteenth-Century Anatomy. *Representations* 14, 42–82.
- Schiebinger, Londa. (1993 [1989]). *Schöne Geister. Frauen in den Anfängen der modernen Wissenschaft*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schiebinger, Londa. (1995 [1993]). *Am Busen der Natur. Erkenntnis und Geschlecht in den Anfängen der Wissenschaft*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schiebinger, Londa. (2003). Skelettestreit. *Isis* 94, 307–313.
- Stolberg, Michael. (2003). A Woman to her Bones. The Anatomy of Sexual Difference in the Sixteenth and Early Seventeenth Centuries. *Isis* 94, 274–299.
- Voß, Heinz-Jürgen. (2011a [2010]). *Making Sex Revisited. Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch-medizinischer Perspektive* (3. Aufl.). Bielefeld: transcript.
- Voß, Heinz-Jürgen. (2011b). *Geschlecht. Wider die Natürlichkeit*. Stuttgart: Schmetterling-Verlag.

Zur Person

Daniela Heitzmann, Diplom-Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gender Research Group an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterverhältnisse und Reproduktionstechnologien in Deutschland und Israel, Diversity und Hochschule, Geschlechtersoziologie.

Kontakt: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Gender Research Group, Westring 383, 24118 Kiel

E-Mail: heitzmann@gender.uni-kiel.de

Sabine Klinger, Linda Kagerbauer

(De-)Thematisierungen und neoliberale Verdeckungen am Beispiel feministischer Mädchen_arbeit – ein Zwischenruf

Zusammenfassung

In diesem Artikel wird am Beispiel der Praxis feministischer Mädchen_arbeit¹ über Gender im Spannungsfeld zwischen Gleichstellung, Differenz und Vereinnahmung – auch im Hinblick auf die Mechanismen und Verdeckungen neoliberaler Aktivierungen – reflektiert. Die Überlegungen zeichnen sich durch einen parteiischen Praxisbezug sowie ein feministisches Wissenschaftsverständnis aus. Die Ausführungen sind als dialogische und politische Positionierung angelegt, um eine Thematisierung und Auseinandersetzung zu ermöglichen und anzuregen. Dieser Beitrag ist als Zwischenruf zu verstehen, der zur weiteren Diskussion einlädt.

Schlüsselwörter

Feministische Mädchenarbeit, Neoliberale Verdeckungszusammenhänge, Soziale Arbeit, (De-)Thematisierung von Geschlecht

Summary

Feminist (social) work with girls as an example of (de-)thematizing and neoliberal masking – an interjection

In this article we reflect on gender issues caught between gender equality, difference and usurpation, using the example of feminist (social) work with girls and taking into account the mechanisms and masking effects of neoliberal activations. Our ideas are characterized by a partisan foundation in reality and a feminist understanding of science. The line of argument is based on a dialogical and political positioning, which is aimed at stimulating and facilitating a thematization and debate. We would like the article to be seen as an interjection which invites further discussion.

Keywords

feminist (social) work with girls, neoliberal masking links, social work, (de-)thematizing of gender

1 Die Thematisierung von Geschlecht im Spannungsfeld von „Gleichheitsrhetorik“ und „Geschlechterdifferenz“

Bei der Durchsicht aktueller Diagnosen zur Relevanz von Geschlecht in der Erziehungs- und Bildungswissenschaft sowie der Pädagogik² ergibt sich ein widersprüchliches Bild: Geschlecht wird als genuiner Bestandteil erziehungstheoretischen Denkens und erziehungspraktischen Wirkens bezeichnet (vgl. Rendtorff/Moser 1999: 47ff.). Es wird in

1 Bei der Bezeichnung Mädchen_arbeit orientieren wir uns an Busche et al: „Um sich auf ‚Mädchen_‘ zu beziehen und gleichzeitig das Nichtsagbare, Nichtdefinierte, Widersprüchliche und über die Zweigeschlechtlichkeit Hinausweisende deutlich zu machen, schlagen wir die Einführung der Kategorie ‚Mädchen_‘ vor. Mit dem Unterstrich wollen wir [...] einen Plural ausdrücken [...] im Sinne einer Vielfalt, Heterogenität und Unabgeschlossenheit der Kategorie“ (vgl. Busche et al. 2010: 316).

2 Erziehungs-, Bildungswissenschaft und Pädagogik werden in diesem Beitrag synonym verwendet.

empirischen Studien als Faktor mit einbezogen und viele Autor_innen³ greifen die Geschlechterperspektive auf (vgl. Macha 2005: 7). Dies liest sich zunächst wie eine Erfolgsgeschichte, doch zeigt sich auch, dass Geschlecht in der disziplinären Mainstream-Entwicklung eine nur selten genannte und eher unsichtbare Figur ist (vgl. Rendtorff/Moser 1999: 46). Diese Diagnose gilt laut Mechthild Bereswill und Gerd Stecklina auch für die Soziale Arbeit (Bereswill/Stecklina 2010: 8).

In diesem (disziplinären) Spannungsfeld der Geschlechterdebatte als aktuellem und brisantem Thema, das gleichzeitig als legitimationsbedürftig und randständig im erziehungs-, bildungswissenschaftlichen sowie pädagogischen Mainstream erscheint, siedeln wir unseren Artikel an. Ziel ist, diese paradoxe Situation darzustellen und für eine (Re-)Vitalisierung der kritischen Auseinandersetzung mit der Kategorie Geschlecht zu plädieren. Aus unserer Perspektive ist es nach wie vor unabdingbar, Geschlechterfragen im erziehungstheoretischen Denken und erziehungs- sowie bildungspraktischen Wirken kritisch zu implementieren. Dies wird im Folgenden in Verschränkung mit anderen intersektionalen Kategorien und Herrschaftsverhältnissen sowie in Abhängigkeit von politischen Bedingungen und Mechanismen als strukturelles Konfliktpotenzial gedacht und am Beispiel der feministischen Mädchen_arbeit verdeutlicht.

Es zeigt sich, dass die alltäglichen Lebenspraxen trotz medial zelebrierter Lockerungen zweigeschlechtlicher Normierung nach wie vor einschneidend durch heteronormative Muster geprägt sind. Naturalisierende und biologistische Deutungen von Beziehungsmustern, Familienmodellen, Geschlechterrollen und sexuellen Orientierungen haben nach wie vor Konjunktur und bilden die Grundlage für (Re-)Strukturierungsprozesse von Geschlechterdifferenzen sowie eine hierarchische Geschlechterordnung. Man kann also von einer Gleichzeitigkeit von Veränderung und Verfestigung bestehender Ungleichheit in Geschlechterverhältnissen ausgehen (vgl. Frieberthshäuser 2012: 111). Angelika Wetterer verweist hierbei auf die Gleichzeitigkeit von Modernisierungsprozessen, Wandel von Geschlechterdifferenzen und Reformulierung von Geschlechterdifferenzen in ihrer strukturellen Persistenz. Sie fasst diese Prozesse mit dem Begriff der „rhetorischen Modernisierung“ zusammen und beschreibt dabei eine Modernisierung, „[...] die sich im Diskurs und der Sprache, kaum jedoch in der Praxis zeigt [...]“ (Wetterer 2006: 12). Maria Bitzan und das Institut für frauenpolitische Sozialforschung haben für diese Mechanismen die Analysefolie des Verdeckungszusammenhangs entworfen:

„Typische aus dem Geschlechterverhältnis resultierende Konflikte sind durch Erscheinungsformen der Moderne verdeckt und nicht gelöst. Sozialpolitische Definitions- und Umgangsweisen (denen auch Sozialpädagogik, Bildungs- und Soziale Arbeit zuzurechnen sind) tragen zur Verdeckung und Normalisierung bei“ (Bitzan 2002: 30).

Dass die (De-)Thematisierung von Geschlecht und Geschlechterfragen Teil des Verdeckungszusammenhangs und der rhetorischen Modernisierungsdiskurse ist, zeichnet Sabine Klinger (2013) nach. Sie rekonstruiert, dass bei einer Thematisierung von Geschlecht und Geschlechterfragen Dynamiken wirken, die zu einer De-Thematisierung

3 Mit dem Unterstrich (gendergap) soll im Text darüber hinaus den Personen Raum geschaffen werden, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen: „Er soll weiterhin verdeutlichen, dass wir die Kategorie Mädchen/Frau und Mann/Junge nicht als natürliche, sondern sozial konstruierte Kategorien innerhalb eines hierarchischen Geschlechterverhältnisses betrachten“ (Busche et al. 2010: 7).

führen. Das heißt, auch bei einer Thematisierung bleiben implizit und explizit binäre Geschlechternormen und die Orientierung an einer kohärenten, lebenslang stabilen Geschlechtsidentität wirksam und gleichzeitig verlieren die Bedeutungszuschreibung von Geschlecht und Geschlechterfragen sowie die kritische Auseinandersetzung an Relevanz und Legitimation (Klinger 2013: 12).

2 Feministische Mädchen_arbeit im Kontext neoliberaler Aktivierungspolitik

An dieser Stelle werden der Blick auf die Entwicklung von und der Umgang mit den oben dargestellten Spannungsfeldern am Beispiel der feministischen Mädchen_arbeit skizziert. Feministische Mädchen_arbeit entstand im Kontext der Zweiten deutschen Frauenbewegung. Ihr Bestreben war es vor allem, Kritik an der von Geschlechterhierarchien geprägten Sozialen Arbeit und im Besonderen an der Jugendhilfe zu formulieren. Mädchen_arbeit formierte sich also als Reaktion auf gesellschaftliche Widersprüche und Diskriminierungen, wie sie sich besonders für Mädchen_ und Frauen zeigten. Mädchen_bezogene Angebote übersetzten diese Kritik in eine spezifische Organisationsform, indem Schutzzräume und Hilfeformen für Mädchen_ ebenso wie Angebote der außerschulischen Bildung organisiert und institutionalisiert wurden. Damit lassen sich Projekte in den Anfangsjahren als Erscheinungs- und Ausdrucksform praktisch gewordener Patriarchatskritik charakterisieren, die sich als kritischer Marker einer sexistischen Jugendhilfe und Ausgangspunkt feministischer Politik und Pädagogik verstand (vgl. Brückner 1996; Kagerbauer 2008). Die pädagogische Ausgestaltung von Angeboten war die Folge einer feministischen Analyse und eng an politische Selbstverständnisse gekoppelt. In der feministischen Mädchen_arbeit verstanden sich die meisten Mädchen_arbeiterinnen als politische Initiator_innen (Politik in der 1. Person). Denn „[e]rst allmählich entstanden aus den Projekten berufliche Kontexte mit bezahlter Arbeit und einem beruflichen Selbstverständnis“ (Brückner 1996: 13). So haben sich zum Beispiel im Herbst 1981 in Wien Betreuerinnen aus verschiedenen Wiener Jugendzentren zum „Arbeitskreis feministische Mädchenarbeit“ zusammengeschlossen, um Konzepte für die Mädchen_arbeit zu entwickeln sowie ihre eigene Rolle in ihrer Arbeit zu reflektieren. Im Laufe der Zeit wurden Konzepte für arbeitsmarktpolitische Beratungs- und Betreuungseinrichtungen entwickelt und es wurde gefordert, dass Mädchen_arbeit etabliert sowie institutionalisiert werden und feministische Mädchen_arbeit kein Spezialprojekt der Jugendarbeit mehr darstellen sollte. Seit dieser Initialzündung Anfang der 1980er Jahre wurden viele Mädchen_projekte gegründet. Im berufspädagogischen Bereich entstanden Einrichtungen wie z. B. Cassandra (1988), Sprungbrett (1989), Matadora (1989) und MAFALDA (1990). Im freizeitpädagogischen Bereich haben besonders die Jugendzentren parteiliche Mädchen_arbeit für sich adaptiert (vgl. Klinger 2008: 52). Im Zuge der eigenen Professionalisierungsgeschichte veränderten sich politische Wirkungsfelder und Ansprüche feministischer Mädchen_arbeit. Auch Margit Brückner resümiert, dass die Bedeutung der Qualität von Hilfeleistungen stieg, während die politische und feministische Idee selbst aus dem Fokus der Fachöffentlichkeit und der Adressat_innen geriet (Brückner 1996: 251). Im Gegensatz zu den offensiven, konfrontativen und öffentlichen Politikaktionen der An-

fangszeit haben sich politische Arbeitsmethoden in der Gegenwart verändert: Ein eher institutionalisiertes Politikverständnis, das politisches Engagement tendenziell entpersonalisiert, organisiert und an Strukturen und Funktionen delegiert⁴, ermöglicht vor allem die Trennung von Politik und Person. Ein solches personenübergreifendes Konstrukt hat politische Aktions- und Repräsentationsformen verändert und eine Abkopplung der Mädchen_politik von der praktischen Arbeit ermöglicht. Verstärkt durch eine fachliche und gesetzliche Verankerung (beispielsweise im KJHG § 9 (3)) hat sich Mädchen_arbeit heute besonders als pädagogischer Auftrag etabliert. Politische Arbeit wird somit immer weniger als integraler Bestandteil der Arbeit verstanden (vgl. Kagerbauer 2012). Unterstützt wurde diese professionsbezogene Veränderung durch neoliberale Transformationen, die in der Sozialen Praxis zunehmend Instrumente der neuen Steuerung etablierten, die vor allem zu einer Verankerung marktorientierter Effizienz- und Leistungsprinzipien sowie zu einem systematischen Verschluss politischer Reflexions- und Partizipationsräume vor Ort führen: In dieser neoliberalen Verwertbarkeitslogik, gekoppelt an finanziellen und inhaltlichen Legitimationsdruck, bleibt für politisches Engagement, kritische Analysen oder Widerstand oft keine Zeit (vgl. Fußnote 4). So verschließen jene Instrumente der neuen Steuerung, die ein Mehr an Legitimationszwängen wie Leistungsnachweise, Qualitätsstandards oder Dokumentationssysteme mit sich brachten, systematisch politische Denkräume. Die Zunahme organisatorischer und administrativer Aufgaben verdeutlicht den sozialen Rückzug sozialstaatlicher Verantwortung und verlagert den Umgang mit diesen Prozessen auf individuelle Leistungen und Bewältigungsformen – die „Entlastung einer staatlichen Verantwortung“ (Bitzan 2000: 341). Wir verstehen eine solche Form „neoliberaler Beschäftigungsstrategie“ als eine moderne und subtile Form der Entpolitisierung, indem bewusst Raum für kollektive Prozesse genommen und organisatorische Pflichten gesteigert werden. Für politische Arbeit innerhalb und außerhalb der Projekte bleibt somit oft keine Zeit oder eben keine Notwendigkeit. In der LAG Mädchenpolitik in Hessen e. V. wird das beispielsweise dadurch spürbar, dass es zunehmend schwieriger wird, die Teilnahme an Fachtagungen oder Jahreshauptversammlungen durchzusetzen oder zu organisieren⁵. Vor allem Projekte in größerer oder städtischer Träger_innenschaft melden zurück, dass politische Vernetzung und damit feministische Praxis zunehmend weniger Interesse und Anerkennung erfährt und kaum Ressourcen erhält. (Politische und gesellschaftskritische) Mädchen_arbeit erscheint unnötig, unbequem und vor allem legitimationsbedürftig. Denn im Zuge der neoliberalen Mobilisierung und dem damit verbundenen sozialpolitischen Paradigmenwechsel gerät Mädchen_arbeit in ihrer politischen Tradition und ihrem kritischen Potenzial in einen Widerspruch zu einer postwohlfahrtsstaatlichen, neoliberalen Sozialpolitik.

Neoliberalismus versteht sich als Liberalisierung der Wirtschaft zur Herstellung einer freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, die sich auf den Rückzug des

4 Nach den ersten Ergebnissen der unveröffentlichten Dissertation von Linda Kagerbauer verdeutlicht sich diese Aussage strukturell beispielsweise darin, dass politische Arbeit häufig an ein Amt oder eine Funktion in der Einrichtung gebunden wird. Damit ist der Zugang zu politischer Arbeit oft hierarchisiert und nicht für jede/n zugänglich.

5 Aus diesem Grund hat die LAG Mädchenpolitik in Hessen e. V. beispielsweise 2012 eine Fachtagung zum Thema „Was bleibt, ist keine Zeit?!“ Vernetzung in der feministischen Mädchenarbeit in Zeiten politischer (Ver-)Kürzungen“ organisiert. Hier stand die kritische und gesellschaftliche Verortung des Themas im Fokus.

Staates bei gleichzeitiger Verankerung eines Leistungs- und Effizienzprinzips konzentriert, worunter „[...] eine weitgehende Ökonomisierung aller gesellschaftlicher Bereiche und deren Ausrichtung an den Verwertungsinteressen des Kapitals verstanden wird“ (Winker 2007: 15). Dies wird in Ideen realisiert wie: „Fordern und Fördern“, die dazu führ(t)en, dass Menschen ebenso wie Institutionen ihren Anspruch auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen über ihre kapitalistische Verwertbarkeit und Leistungsbereitschaft nachweisen müssen. Im Zuge der neoliberalen Ökonomisierung des Sozialen werden wohlfahrtsstaatliche Leistungen für soziale Projekte somit zunehmend an Effizienz- und Leistungsprinzipien in Form von verschärften Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen geknüpft. Im Kontext des damit verbundenen Paradigmenwechsels in der Sozialen Arbeit, der sich im aktivierenden Sozialstaat konkretisiert, analysiert Bitzan die Moderne als

„[...] Entöffentlichung geschlechtshierarchischer Widersprüche und Individualisierung gesellschaftlicher Konflikte, die ihre Lösung zu einer Privataufgabe machen. [...] Hinter individuellem Scheitern stehende gesellschaftliche Konflikte sind als solche nicht mehr erkennbar und somit auch nicht mehr politisierbar“ (Bitzan 2000: 340).

Diese Neuformierung des Sozialstaates mittels Übertragung sozialstaatlicher Verantwortung und Risikoabsicherung in die Selbstverantwortung festigt das Konzept des aktivierenden Sozialstaates. Was für die gesamte Soziale Arbeit gilt, verschärft sich im Kontext feministischer Arbeit, wie im Folgenden verdeutlicht wird.

3 Vereinnahmungen emanzipatorischer, feministischer Ideen

Mit der Frage, welche Auswirkungen diese Entwicklungen im Kontext feministischer Errungenschaften haben, setzt sich Angela McRobbie auseinander: Sie führt das Konzept der Desartikulation ein, „[...] um verstehen zu können, wie die institutionellen Erfolge, die der Feminismus in den vergangenen 30 Jahren verzeichnen konnte, gegenwärtig ausgehöhlt und unterminiert werden“ (McRobbie 2010: 47). Mit Blick auf den Feminismus möchte sie zeigen, dass die Desartikulation zum machstrategischen Kalkül eines neuen Gender-Diskurses gehört. McRobbies These lautet, dass Frauen als Ersatz für einen als überholt geltenden Feminismus ein neuer Geschlechtervertrag angeboten wird, der sie (erfolgreich) als moderne Subjekte des 21. Jahrhunderts anruft. Die Desartikulation feministischer Inhalte und Positionen scheint heute Grundlage dieses neuen Geschlechtervertrags zu sein. Die Erfolge des Feminismus werden zwar anerkannt – dies ist auch ein zentraler Unterschied zu traditionellen Backlash-Debatten –, doch der Feminismus wird als unzeitgemäß ausgerangiert. McRobbie spricht hier auch von einer „Politik der Desartikulation“ (McRobbie 2010: 47ff.). Diese zielt darauf ab, die gruppenübergreifende politische Nutzarmachung von intersektionalen Differenzkategorien und die Weitergabe feministischen Denkens von einer Frauengeneration zur nächsten zu unterbinden. Die Artikulationen werden entknüpft und aufgelöst, folglich wird eine neue feministische Politik immer weniger vorstellbar (vgl. McRobbie 2010: 49). Gerade durch die Form der Anerkennung bzw. Inanspruchnahme, so McRobbie, würden etwaige Aufrufe zur Erneuerung des Feminismus bereits im Vorfeld diskreditiert. Sie sieht in der Integration

(ehemals) feministischer Elemente in gesellschaftliche Institutionen eine neue, komplexere Variante von Antifeminismus, durch die das Entstehen einer neuen Frauenbewegung präventiv verhindert werden soll (vgl. McRobbie 2010; Klinger 2013: 92).

Diese Überlegungen von McRobbie verbinden sich mit dem, was Susanne Maurer die „Verheißungen des Neoliberalismus“ (Maurer 2006: 241) nennt, nämlich das Aufgreifen und die Funktionalisierung emanzipatorischer, feministischer Anliegen wie im Bereich der außerschulischen Bildung sowie der Mädchenarbeit, die zunehmend auf die Frage von Erwerbstätigkeit und Wettbewerbsfähigkeit reduziert werden: Die hohen Erfolgsquoten bei der Erlangung von Qualifikationen sind zum Maßstab der bisher erreichten Gleichberechtigung geworden und junge Männer sind heutzutage scheinbar die eigentlichen Verlierer, die diskriminiert werden (vgl. McRobbie 2010: 113). Dieser Vereinnahmung emanzipatorischer, feministischer Ideen durch jene neoliberale Mobilisierung kommt eine besondere Bedeutung zu, was im Folgenden an der inhaltlichen Verschiebung des Bildungsbegriffs in der Jugend- und Mädchenarbeit verdeutlicht wird. Wurde dieser noch in den Anfängen emanzipatorischer Jugendarbeit vor allem in seiner außerschulischen Relevanz zum Gegenstand kritischer Jugendarbeit, lässt sich heute die Vereinnahmung des kritischen Potenzials feststellen. Diese ist sowohl charakterisiert durch eine neoliberal initiierte Verkürzung von politischen Denkräumen als auch durch die praktizierte Übernahme der damit verbundenen Diskurse. Eine Pädagogin aus der Mädchenarbeit meint dazu: „Wir haben ganz stark den Fokus in den letzten Jahren immer mehr drauf ausgerichtet, denen besseres Handwerkszeug mitzugeben für diese Kämpfe“. Wie die Aussage der Mädchenarbeiterin⁶ darstellt, wurde das kritische Potenzial feministischer Bildungsarbeit nicht ausgeschöpft, sondern die Pädagogin merkt kritisch an, dass auch in der Handlungspraxis eine Orientierung an den neoliberalen Zwängen im Vordergrund stand.

Bildung meint in den meisten mädchenbezogenen Praxen, so unsere Hypothese, heute nicht mehr politische Bildung als Form kreativer und kritischer Persönlichkeitsbildung, sondern reduziert sich zunehmend auf das Ziel der bedingungslosen Einmündung in den Arbeitsmarkt im Sinne einer neoliberalen Verwertbarkeitslogik. Unter dem Begriff Bildung scheint sich nur noch „das Ziel, gut in der Schule zu sein“⁷, zu subsumieren und finanzieren zu lassen, wie eine Pädagogin aus der Mädchenarbeit resümiert. Bundesweit lässt sich ein Trend beobachten, dass Projekte vermehrt finanziert werden, wenn sie jenen Handlungslogiken dienen und der neoliberalen, individualisierten Verwertbarkeit für den Arbeitsmarkt (Bewerbungstraining, Berufsbildung) dienlich sind. Fokus ist dann weniger die kritische Auseinandersetzung mit sexistischen, kapitalistischen Strukturen und Instrumenten des Arbeitsmarktes oder die Infragestellung der Geschlechterverhältnisse, sondern die Erstellung einer „passenden“ Bewerbungsmappe.

Die Paradigmen feministischer Mädchenarbeit laufen damit Gefahr, in ihren individuellen Zuschnitten und parteilichen Prinzipien den individualisierenden Mechanismen zuzuarbeiten, werden sie nicht kritisch geprüft und in herrschaftskritische Zusammenhänge gestellt. Es gilt, zu analysieren, inwiefern Mädchenprojekte darin verstrickt sind/werden, Bildungserfolg zur einzigen Größe, Legitimation und zum Maßstab von

6 Dieses Zitat stammt aus einer Gruppendiskussion und damit dem Datenmaterial, das der unveröffentlichten Dissertation von Linda Kagerbauer zugrunde liegt.

7 Siehe Fußnote 6.

Mädchen_arbeit zu machen. Notwendig ist hierbei, eine kritische Position zu beziehen, da Mädchen_ zunehmend zum Symbol der Transformation des Sozial- und Bildungssystems gemacht werden: Als „Bildungsgewinnerinnen“ erweisen sie sich als Erfolg versprechende Objekte von Bildungsinvestitionen, als „Alphamädchen“⁸ symbolisieren sie das Ende des alten Feminismus. Dieser hoch selektive Prozess als Abbild eines weißen Eliten- und Dominanzdiskurses, der Lebenswelten von Mädchen_ nur noch im Kontext arbeitsmarktorientierter Bildungspolitik als relevant erscheinen lässt, bleibt zudem auf einen mittelschichtsorientierten, weißen, deutschen Bildungsdiskurs reduziert. Mädchen_, die von Rassismus, Klassismus oder anderen interdependenten Ausschlussmechanismen betroffen sind, werden in dieser normierenden und selektierenden Diskussion tendenziell ausgeblendet. Eine solche Logik bestärkt Mechanismen der Individualisierung und Entpolitisierung sozialer Verhältnisse, die sich ebenfalls im Kontext einer globalen, neoliberalen Wirtschaftspolitik verstehen, in der sich „luminöse“ (McRobbie 2010: 92) Anerkennungen zunehmend an Kompetenz, Leistung sowie Erfolg binden. Kontrolle und Regulierung erfolgen also über die Anrufung als „[...] ökonomisch aktive Staatsbürgerin“ (McRobbie 2010: 92) und bestrafen diejenigen, „[...] die diesen Anrufungen nicht nachkommen wollen oder können, härter denn je“ (McRobbie 2010: 95).

Es bedarf also dringend einer herrschaftskritischen Reaktivierung der politischen, feministischen, geschlechtersensiblen Forschung, Wissenschaft und Praxis, die diesen Mechanismen begegnen, auf allen Ebenen die Relevanz politischer Bildungsarbeit sowie widerständiger Praxis denken. Sie legitimieren sich eben nicht über pädagogische Verwertbarkeit, sondern über politische Spannungsfelder und Konflikte. Dazu braucht es unserer Meinung nach Raum, Zeit und individuelle sowie kollektive Reflexionen.

4 Hegemoniale Selbstreflexionen und herrschaftskritische Positionen

Damit appellieren wir an eine feministische Tradition und ein Professionalitätsverständnis, das politische Reflexion und Diskussion als einen wesentlichen Bestandteil von Arbeit denkt. Dafür benötigt es ebenso Zeit und Raum wie für Qualitätsprozesse, Dokumentation etc. oder pädagogische Arbeit. In Anlehnung an unsere Ausführungen zu Beginn plädieren wir für eine Rückkopplung und Gleichzeitigkeit von politischer und pädagogischer Arbeit, in der innerhalb und außerhalb von Arbeitszeit Politik sowie die damit verbundene hegemoniale Selbstreflexion⁹ als Praxis gedacht werden können. Im Rahmen der neoliberalen Aktivierungspolitiken wird die Position von Mädchen_ und Frauen, zumindest in der westlichen Hemisphäre, als hegemoniale Position inszeniert und begriffen. Deshalb zielt die hegemoniale Selbstkritik darauf ab, diese Position innerhalb gesellschaftlicher Diskurse kritisch zu reflektieren. Dies schließt einen reflek-

8 Der Diskurs, der hier aufgegriffen wird, geht zurück auf den Artikel: „Die Alpha-Mädchen: Wie eine neue Generation von Frauen die Männer überholt“, der 2007 in der Zeitschrift *Der Spiegel* erschien. Wir konzentrieren uns auf den medialen Diskurs um Jungen als Bildungsverlierer, in dem unter Überschriften wie „Arme Jungs“ Erfolge der Mädchen_arbeit gegen eine diagnostizierte Benachteiligung von Jungen ausgespielt wurden (Graff 2011: 267).

9 Der Begriff der hegemonialen (Selbst-)Kritik wurde vor allem von Gabriele Dietze (2008) im Diskurs über Critical Whiteness Theory und kritischen Okzidentalismus geprägt.

tierten und reflektierenden Umgang mit Geschlecht sowie Geschlechterverhältnissen ein und bezieht auch die Verwobenheit der Subjekte sowie Strukturen in die herrschenden Geschlechterverhältnisse mit ein.

Eine solche Repolitisierung von Sozialer Arbeit im Allgemeinen und Mädchenarbeit im Speziellen ist um individuelle politische Selbstverständnisse und kollektive Handlungspraxen als Bestandteil von Arbeit bemüht, innerhalb derer sich Mädchenarbeit mit einem feministischen bzw. herrschaftskritischen und damit politischen Anspruch verstehen sollte.

Das bedeutet unserer Meinung nach auch, das politische Mandat und gesellschaftskritische Potenzial eines sozialen sowie erziehungswissenschaftlichen Bezugsrahmens neu zu denken, um sich in jene antifeministischen und neoliberalen Diskurse einzumischen und diese kritisch zu verorten. Deshalb lautet unsere Forderung, dass es dringend einer herrschaftskritischen Verständigung zwischen einer politischen, feministischen, geschlechtersensiblen Forschung, Wissenschaft und Praxis bedarf, die auch die eigenen Verwobenheiten in aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen sowie die damit verbundenen Vereinnahmungen von Bildungsräumen ebenso wie die (De-)Thematisierung von Geschlecht reflektiert. Diese Forderung wird zwar zum Teil bereits eingelöst – als ein Beispiel ist hier die Zeitschrift „Betrifft: Mädchen“ zu nennen –, allerdings spiegelt sich dies nicht im gesellschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Mainstream wider. In der Thematisierung von Geschlecht im Sinne einer hegemonialen Selbstreflexion sehen wir eine Möglichkeit, von einem unreflektierten Umgang mit Geschlecht zu einem reflektierenden zu gelangen. Paradox wirkt dabei, dass die tradierten Geschlechterrollen und -differenzen auch in ihren intersektionalen Interdependenzen und Verschränkungen zunächst sichtbar und bewusst gemacht, also betont werden müssen, um überwunden werden zu können (vgl. Hanschitz/Schmidt/Schwarz 2009: 117). Die Reflexion der Kategorie Geschlecht bedeutet somit auch, die (eigene) hegemoniale Position innerhalb gesellschaftlicher Diskurse und Strukturen kritisch zu hinterfragen, um sich der jeweiligen Positionierung im Feld bewusst zu sein und danach handeln zu können. In der feministischen Mädchenarbeit braucht es hierfür nach wie vor Räume, um emanzipatorische Abstraktionen und gesellschafts- sowie geschlechterkritische Perspektiven und Praxen zu ermöglichen. Denn indem einzelne Konkretisierungen und Erfahrungen auf das (abstrakte) Allgemeine bezogen werden können, lässt sich ein Stück *Aufklärung* und *reflexiver Raum* gewinnen.

Aus diesem Grund haben wir beispielsweise das *ju_fem_netz* ins Leben gerufen, ein Netzwerk junger* Feminist_innen (innerhalb und außerhalb der Mädchenarbeit). Viele der am *ju_fem_netz* Beteiligten kommen aus der feministischen Mädchenarbeit. Mädchenarbeit wird begriffen als ein Ort, in dem sexistische Strukturen zwar wirkmächtig, jedoch auch verhandelbar sind und behandelt werden. Ziel ist es, Mädchen Mut zu machen, kritisch auf gesellschaftliche Strukturen zu blicken und Benachteiligungen nicht weiter als individuelles Scheitern, sondern als das Ergebnis diskriminierender Politik und Menschenbilder zu begreifen:

„Wir wollen jungen Frauen* und Mädchen* Mut machen, neue Wege zu beschreiten, und zwar jenseits einer stumpfen Selbstoptimierung mit dem Ziel bestmöglicher Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen sie unterstützen, Ideen zu spinnen für ein Leben, das sehr viel mehr bereithält als die heterosexistische Kleinfamilie“ (*ju_fem_netz* 2012).

Das Netzwerk, das sich im Jahr 2013 zum vierten Mal in Frankfurt trifft, positioniert sich aktiv gegen die erwähnte neoliberale Verwertbarkeitslogik und besetzt damit entgegen der individualisierenden und entpolitisierenden Strategien einen reflexiven und explizit feministischen Raum. Es wird getragen von dem Versuch, feministische Theorie, politische Selbstverständnisse und pädagogische Praxis zusammen und als integralen Bestandteil von Mädchenarbeit zu denken.

Literaturverzeichnis

- Bereswill, Mechthild & Stecklina, Gerd. (Hrsg.). (2010). *Geschlechterperspektive für die Soziale Arbeit. Zum Spannungsfeld von Frauenbewegungen und Professionalisierungsprozessen*. Weinheim: Juventa.
- Bitzan, Maria. (2000). Konflikt und Eigensinn. *Neue Praxis*, 30(4), 335–346.
- Bitzan, Maria. (2002). Sozialpolitische Ver- und Entdeckungen. Geschlechterkonflikte und Soziale Arbeit. *WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-Gesundheits- und Sozialbereich*, 84(22), 27–42.
- Brückner, Margit. (1996). *Frauen- und Mädchenprojekte: Von der feministischen Gewissheit zur neuen Suchbewegung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Busche, Mart; Maikowski, Laura; Pohlkamp, Ines & Wesemüller, Ellen. (2010). *Feministische Mädchenarbeit weiterdenken. Zur Aktualität einer bildungspolitischen Debatte*. Bielefeld: transcript.
- Der Spiegel. (2007). Die Alpha-Mädchen: Wie eine neue Generation von Frauen die Männer überholt. *Der Spiegel*, (24), 56–71.
- Dietze, Gabriele. (2008). Intersektionalität und Hegemoniale(selbst)kritik. In Wolfgang Gippert, Petra Götte & Elke Kleinau (Hrsg.), *Transkulturalität. Gender- und bildungshistorische Perspektiven*. (S. 27–43). Bielefeld: transcript.
- Friebertshäuser, Barbara. (2012). Perspektiven erziehungswissenschaftlicher und ethnographischer Geschlechterforschung auf Körperinszenierungen im Jugendalter. In Friedhelm Ackermann, Thoma Ley, Claudia Machold & Mark Schrödter (Hrsg.), *Qualitatives Forschen in der Erziehungswissenschaft* (S. 97–114). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Graff, Ulrike. (2011). Mädchenarbeit. In Gudrun Ehlert, Heide Funk & Gerd Stecklina (Hrsg.), *Wörterbuch Soziale Arbeit und Geschlecht* (S. 266–269). Weinheim: Juventa Verlag.
- Hanschitz, Rudolf-Christian; Schmidt, Esther & Schwarz, Guido. (2009). *Transdisziplinarität in Forschung und Praxis: Chancen und Risiken partizipativer Prozesse*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- ju_fem_netz. (2012). *Für mehr Feminismus! ...und was wir damit meinen. Ein Widerspruch des ju_fem_netz gegen die Vereinnahmung des Emanzipationsbegriffs durch reaktionäre Politik*. Zugriff am 23. April 2013 unter www.feministisches-zentrum.de/junge-feministinnen-maedchenarbeit.
- Kagerbauer, Linda. (2008). *Hier sind wir! Junge feministische Sozialpädagoginnen und ihre Aufforderung zu einem Dialog der Generationen*. Darmstadt: Büchner.
- Kagerbauer, Linda. (2012). Gemeinsam sind wir stark?! Generationen in der feministischen Mädchenarbeit. *Fachzeitschrift Forum Erziehungshilfen*, 18(4), 216–220.
- Klinger, Sabine. (2008). *Selbstbewusste Mädchen! Das geschlechtssensible Selbstbehauptungs- und Verteidigungskonzept drehungen als zentraler Beitrag für die feministische Mädchenarbeit*. Wien, München: Profil.
- Klinger, Sabine. (2013). *Spielarten der (De-)Thematisierung von ‚Geschlecht‘. Habituelle (Re) Konstruktionen bei Studierenden der Erziehungs- und Bildungswissenschaften*. (Unveröffentl. Dissertation). Marburg/Lahn.

- Macha, Hildegard. (2005). Grußwort. In Rita Casale, Barbara Rendtorff, Sabine Andresen, Vera Moser & Annedore Prengel (Hrsg.), *Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Geschlechterforschung in der Kritik* (S. 7–8). Opladen, Bloomfield Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Maurer, Susanne. (2006). Gouvernementalität ‚von unten her‘ denken. Soziale Arbeit und soziale Bewegungen als (kollektive) Akteure ‚beweglicher Ordnungen‘. In Susanne Maurer & Susanne Weber (Hrsg.), *Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft. Wissen – Macht – Transformation* (S. 233–252). Wiesbaden: VS-Verlag.
- McRobbie, Angela. (2010). *Top Girls: Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Rendtorff, Barbara & Moser, Vera. (Hrsg.). (1999). *Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in der Erziehungswissenschaft. Eine Einführung*. Opladen: Juventa.
- Wetterer, Angelika. (2006). Ordentliche Unordnung? Widersprüche im sozialen Wandel der Geschlechterverhältnisse. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 31(4), 5–22.
- Winker, Gabriele. (2007). Traditionelle Geschlechterordnung unter neoliberalem Druck. Veränderte Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. In Melanie Groß & Gabriele Winker (Hrsg.), *Queere Kritiken neoliberaler Verhältnisse* (S. 15–51). Münster: Unrast.

Zu den Personen

Sabine Klinger, Mag.^a M. A., Mitglied des Promotionskollegs „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Demokratie und Organisation“ an der Philipps-Universität Marburg und Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Qualitative Sozialforschung, Sozialisations- und Bildungsforschung, Gender Studies und geschlechtersensible Praxis, Feministische Mädchen_arbeit.
E-Mail: sabine.klinger@staff.uni-marburg.de

Linda Kagerbauer, Dipl.-Sozialpädagogin, freiberufliche Referentin, Promotionsstudentin an der Philipps-Universität Marburg, Vorstandsfrau der LAG Mädchenpolitik in Hessen e.V., Mitbegründerin des *ju_fem_netzes* und Referentin für Mädchenpolitik und Kultur des Frauenreferates der Stadt Frankfurt (Main). Arbeitsschwerpunkte: Feminismus, Generationen, Feministische Mädchen_arbeit, Mädchen_politik, Kritische Soziale Arbeit, Gendertheorie und gendersensible Praxis.
E-Mail: info@linda-kagerbauer.de

Männlicher Negativismus. Zwischen Hilferuf und Stigmatisierungsangst

Zusammenfassung

Alle PatientInnen des Jahres 2011 einer nord-deutschen psychosomatischen Klinik wurden hinsichtlich ihrer Ausprägung auf der PSSI-Skala „Kritischer Stil/negativistische Persönlichkeitsstörung“ in hoch (t-Werte 71–80) vs. niedrig (t-Werte 20–40) und nach Geschlecht voneinander unterschieden. Es wurde angenommen, dass negativistische Männer ihre Persönlichkeitsstruktur unter anderem über traditionelle Männlichkeitskonzepte erworben haben, und zwar in der Form, dass sie affektive Regungen nach negativ-bedrohlichen Reizen eher unterdrücken und mit diesem Verhaltensmuster bei der Lebensbewältigung mehr und mehr gescheitert sind, bis hin zur Entwicklung einer klinischen Symptomatik. Bei der Aufnahme in die Klinik wird dieses Muster dann erneut aktiviert, sodass diese Männer im Vergleich zu hoch negativistischen Frauen reduzierte Angaben der Symptomausprägung (SCL-90) dokumentieren. Mehrere signifikante ANOVAS bestätigten diese Annahme. In der Korrelation der SCL-90-Skalen zu anderen Persönlichkeitsstilen des PSSI konnte dargestellt werden, dass im Vergleich zu hoch negativistischen Frauen die in der Sozialisation verdrängten negativ-bedrohlichen Inhalte auf den Skalen des depressiven Stils und des selbstunsicheren Stils zum Ausdruck kommen. Dies unterstützt die These, dass diese Männer frühzeitig gelernt haben, traditionell männlichen Verhaltensnormen zu entsprechen und selbstunsichere bzw. depressive Erlebnisinhalte zu unterdrücken.

Schlüsselwörter

Passiv-aggressive Persönlichkeitsstörung, Männlichkeitskonzepte, Scham, Stoizismus, PSI-Theorie

Summary

Masculine negativism.
Crying for help and risking stigmatization?

All the patients in a psychosomatic hospital in northern Germany, having received psychotherapeutic treatment in 2011, were examined as to their scores on the PSSI scale "Critical personality style/Negativistic personality disorder". Based on their t-values they were labelled "low" (20–40) or "high" (71–80) and grouped according to gender. High negativistic male subjects were hypothesized to have acquired many aspects of their personality structure from traditional masculinity concepts, leading them to tend to suppress affective impulses after exposure to negative or threatening stimuli. The development of clinically relevant symptoms was thus derived from the experience of increasing failure of this affective pattern of behaviour in social situations. At the point of entry into hospital, high negativistic male patients re-activate that pattern and we expected them to score significantly lower than high negativistic women on the SCL-90 symptom index. Several significant 2x2 ANOVAs supported this hypothesis. Personality measures (PSSI) and SCL-90 score correlates showed, in comparison to high negativistic female individuals, a preference for the negative and threatening contents of the symptom index to be expressed on the Depressive and Self-Critical personality style, thus supporting the idea of early exposure to traditional male behavioural norms and their implementation in social situations.

Keywords

passive-aggressive personality disorder, masculinity concepts, shame, stoicism, PSI-theory

1 Einleitung

In ihrem neu erschienenen Buch „Das Ende der Männer“ kommt Hanna Rosin zu dem Befund, dass US-amerikanische Männer inzwischen auf nahezu allen Ebenen eine statistisch wahrnehmbare Entwicklungsstagnation aufweisen. Ob Schule, Universität oder Job – die aufstrebenden und an Karriere orientierten Frauen übertreffen die Männer, welche als schlechter qualifiziert und insgesamt unbeweglich bis hin zur Rigidität charakterisiert werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben in den vergangenen zehn Jahren auch hierzulande die Frauen in diesem Bereich aufgeholt: Während der weibliche Anteil der Hochqualifizierten bei den 30- bis 34-jährigen Erwerbspersonen von 24 auf 35 % stieg, blieben die Männer weitgehend auf ihrem Wert von rund 30 % stehen (siehe: Der Spiegel 1/2013). Rosin führt dies unter anderem auf eine Unflexibilität zurück, die ihre Wurzeln in den traditionell männlichen Rollenbildern hat.

Im Rahmen klinischer Betrachtungen gehören diese Attribute in das Gebiet der Persönlichkeitsforschung, und es scheint ein lohnendes Unterfangen zu sein, mit entsprechenden Instrumenten die beschriebenen Charakteristika aus psychotherapeutischer Sicht widerzuspiegeln. Die von Rosin beschriebenen Probleme der Männer müssen zwangsläufig eine psychische Übersteigerung mit sich bringen, die sowohl in ambulanten als auch stationären Einrichtungen (mit-)behandelt wird. Im Bereich der Persönlichkeitsstörungen bietet die Theorie der Persönlichkeits-System-Interaktionen (Kuhl 2001; 2010) von Julius Kuhl (kurz: PSI-Theorie) einen sinnvollen Rahmen, um dem Phänomen genauer auf den Grund zu gehen, da sie es ermöglicht, das affektive Grundmuster einer Persönlichkeit zu entdifferenzieren. Rigidität wird darin als funktionale Abwehr von positiven und negativen Reizen aus der Außenwelt beschrieben und unter anderem der negativistischen Persönlichkeit zugeordnet. Im gesunden Rahmen wird dieser Persönlichkeitsanteil als kritische bzw. skeptische Haltung der Welt gegenüber beschrieben. In der übersteigerten (gestörten) Form wehren diese Personen jegliche Anforderungen oder Anregungen durch passiven Widerstand ab (Kuhl/Alsleben 2009), weswegen diese Persönlichkeitsstörung auch als passiv-aggressiv bezeichnet wird. Zwischen der (sehr viel bekannteren und besser erforschten) Borderlinestörung und der Negativistischen Störung lassen sich mit der PSI-Theorie dichotome Verbindungen schaffen: Beide Krankheitsbilder beruhen demnach auf eher konstitutionell verankerten Wurzeln, sind also dem Temperament zuzuordnen; die Borderlinestörung differenziert in der Heftigkeit des Ausdrucks nicht zwischen negativen und positiven Erlebnisinhalten, beide werden stattdessen relativ ungebremsst gebahnt, was für die Außenwelt als instabiler Wechsel zwischen vielfältigen Emotionen und inneren Haltungen wahrnehmbar wird. Die negativistische Störung blockiert dagegen positive und negative Anregungen von außen ebenso undifferenziert, und entsprechende Personen wirken daher für die Umwelt stoisch bis hin zu affektarm.

Der Entwicklungsschritt der Übernahme männlicher Rollenmuster müsste also einen Boden bieten, auf welchem Grundzüge einer negativistischen Persönlichkeit besonders gut gedeihen können. Es wird nicht in Zweifel gezogen, dass dies in den meisten Fällen zunächst durchaus sinnvoll ist. Unter welchen Bedingungen eine solche Haltung adaptiv ist und daher eine wichtige intrapsychische Funktion übernimmt, scheint allerdings zwischen den Geschlechtern zu variieren. Im stationären psychotherapeutischen

Kontext beobachten wir häufig erhöhte Anlaufzeiten für den Aufbau einer therapeutischen Beziehung zu männlichen Patienten im Vergleich zu weiblichen Patienten. Stattdessen zeichnen sich diese Patienten durch eine erstaunliche Rigidität, Unflexibilität und emotionale Unangreifbarkeit aus. Die dabei nach außen transportierte Affektverflachung wirkt eher gekünstelt und als Teil einer lebensnotwendigen Fassade, jedoch weniger als authentischer Ausdruck einer schweren depressiven Verstimmung. Als Gründe dafür sind in der Regel Scham für den offenbaren Verlust an Kontrolle über das eigene Leben und eine darin liegende Bedrohung für die Selbstwertschätzung zu nennen. Für den Aufbau einer therapeutischen Beziehung mag dieses Verhalten dysfunktional sein, verweist aber auf seine ehemals funktionalen und hilfreichen Wurzeln.

In der Sozialisation von Jungen und Mädchen sind nach wie vor oft traditionelle Muster zu erkennen (Schnack/Neutzling 2011). Im Gegensatz zu Mädchen müssen sich Jungen sehr viel häufiger sagen lassen, dass sie nicht weinen und sich zusammenreißen sollen, wenn etwas wehtut. In sozialen Kontexten mit ausgeprägt männlicher Normbetonung und hoher Kohäsion (Fußballverein, Armee, durchsetzungsorientierte Berufe) wird das Zeigen von Hemmung, Angst oder Schmerz besonders gerne mit Homosexualität oder Weiblichkeit assoziiert und löst eine schambesetzte Bedrohung für Status und Selbstwert aus (Hayward/Bright 1997). Daraus resultiert die – implizit motivierte – Konsequenz, dass die Betroffenen das Zeigen von Gefühlen generell unterbinden oder sich auf eine oberflächlich positive Emotionalität begrenzen. Das Hemmen von emotionalen Regungen gehört somit ebenso zu den von Männern früh erlernten Sozialisationsparametern wie das Herunterspielen von körperlichen oder psychischen Symptomen. Daraus folgt ein geschlechtstypisches Muster im Verhalten beim Aufsuchen von Hilfe, das bisher allerdings vorwiegend unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten untersucht wurde. Bei genauerer Betrachtung des dabei von Michael E. Addis und James R. Mahalik (2003) entwickelten Modells fallen schnell die bereits erwähnten Aspekte der Scham und der Selbstwertproblematik auf.

Zur Entwicklung von übersteigertem Negativismus mit Störungswertigkeit wird dieser Umstand erst einen besonderen Beitrag leisten, wenn die psychischen Probleme einsetzen und mit den zur Verfügung stehenden Werkzeugen (Sucht, Verdrängung, Verleugnung, Rationalisierung, Aggression) nicht mehr gelöst werden können. Die Erschöpfung und Aufgeriebenheit, mit denen manche Patienten beiderlei Geschlechts häufig stationär aufgenommen werden, können möglicherweise zurückgeführt werden auf einen zwanghaften Aktionismus, mit dem die Betroffenen immer undifferenzierter dysfunktionale Lösungen in Anspruch nehmen. Im Sinne des Paradigmas der Erlernten Hilflosigkeit (Abramson/Seligman/Teasdale 1978) müssen diese Männer dann frustriert anerkennen, dass sie mit den Mitteln gescheitert sind, die sich noch während der Sozialisation und auch später als hilfreich erwiesen haben, um sich Respekt und Anerkennung von anderen männlichen Sozialisationspartnern zu verdienen. Die daraus resultierende Schlussfolgerung, sich professionelle Hilfe zu suchen, wird gerade unter Männern lange hinausgezögert (Hayward/Bright 1997). Um die damit verbundene Scham zu ertragen, bleibt vielen nur die Flucht in den Negativismus. „Mir hat nichts helfen können, warum sollte mir also ausgerechnet ein Psychologe helfen?“, ist eine typische Aussage, die genau die globale Verweigerungshaltung zum Ausdruck bringt, die zu Beginn einer stationären Psychotherapie das Beziehungsaufnahmeverhalten von negativistischen Männern

kennzeichnet. Das bedeutet: Die früh erlernte Fähigkeit, affektive Bedrohungen intrapsychisch zu unterdrücken, hat ihre Funktionalität für das Überleben und die Akzeptanz in der Männerwelt verloren und wird nun im Angesicht eines drohenden Stigmas dysfunktional übersteigert.

2 Hypothesen

Die Symptome sollten daher in einer Beziehung zu den lange unterdrückten Persönlichkeitsaspekten stehen, die wir bei mit traditionellem Männlichkeitskonzept sozialisierten Männern im Bereich der Selbstunsicherheit und Depressivität vermuteten. Wir fokussierten unsere Fall-Kontroll-Untersuchung auf männliche Patienten mit hoch negativistischen Persönlichkeitsanteilen mit der Hypothese, dass diese a) ihre Symptome bei Aufnahme in die Klinik als geringfügiger ausgeprägt beschreiben im Vergleich zu hoch negativistischen Patientinnen und dass sie b) auf der strukturellen Ebene der Persönlichkeit im Gegensatz zu hoch negativistischen Patientinnen ausgeprägte selbstunsichere Persönlichkeitsanteile aufweisen würden, nämlich genau die, welche sie jahrzehntelang unterdrückt hatten, um in der Männerwelt nicht als schwächlich zu gelten. Dies würde sich am ehesten als positive Korrelation der Symptomskalen mit der PSSI-Skala (Kuhl/Kazén 2009) zur selbstunsicheren Persönlichkeit abbilden.

3 Methoden

Dazu wurden die bei der Aufnahme in unsere Klinik erhobenen Scores des SCL-90-R (Symptom-Check-Liste, revidierte Fassung) und des PSSI (Persönlichkeitsstil- und -störungsinventar) aller PatientInnenaufnahmen (N = 829) des Jahres 2011 zugrunde gelegt. 29 männliche und 59 weibliche Patienten wurden als hoch negativistisch befundet (t -Werte >70), 25 männliche und 45 weibliche Patienten als niedrig negativistisch (t -Werte <41). Die Scores der neun Einzel- und drei Globalskalen SCL-90-R wurden im Geschlechtervergleich über eine 2x2-Varianzanalyse verglichen. Anschließend wurden die jeweiligen Korrelationen der SCL-90-R-Skalen mit den PSSI-Skalen ausgewertet.

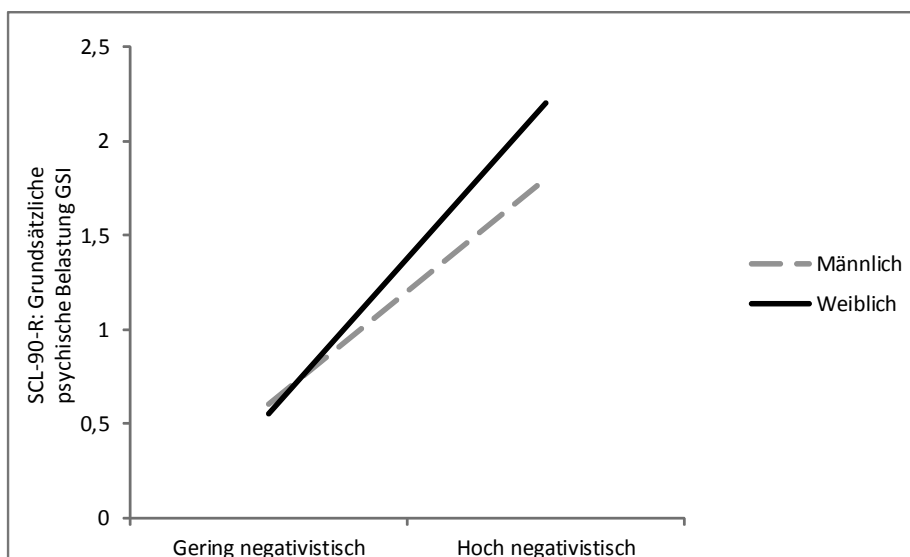
Der PSSI besteht aus 14 Skalen und orientiert sich am DSM-IV, dem im anglo-amerikanischen Raum gebräuchlichen diagnostischen Handbuch zur Erfassung psychischer Erkrankungen. Die PSSI-Skalen weisen eine Reliabilität von .73–.85 auf (Cronbachs Alpha) und gelten somit als akzeptabel bis gut bei ebenfalls gut belegter Konstruktvalidität.

4 Resultate

Erwartungsgemäß erfüllte sich die Vorhersage zu Hypothese a). Hoch negativistische männliche Patienten geben im SCL-90-R bei der Aufnahme in die Klinik ihre Symptome signifikant geringer zu Protokoll als hoch negativistische weibliche Patienten. Abb. 1 zeigt den 2x2-ANOVA-Interaktionseffekt zur psychischen Gesamtbelastung

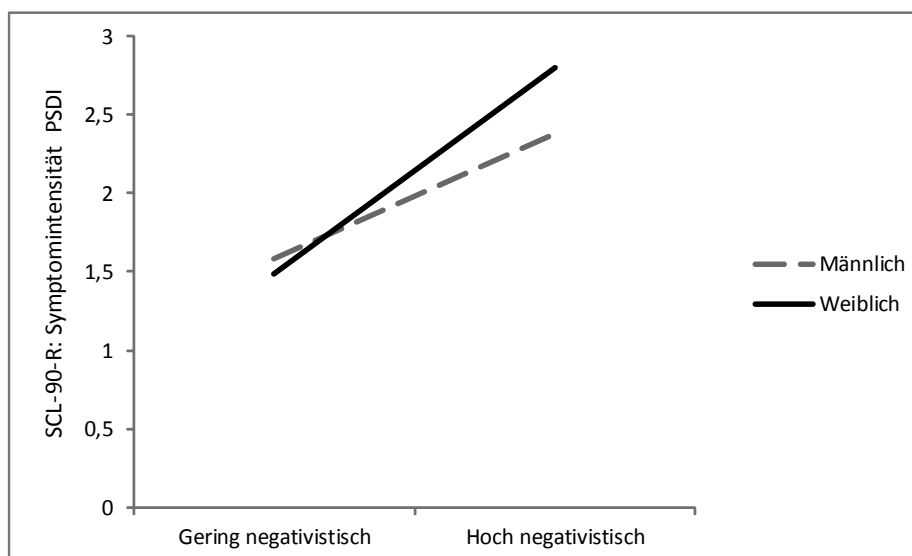
(GSI), Abb. 2 den 2x2-ANOVA-Interaktionseffekt zur Symptomintensität (PSDI). Interaktionseffekte werden nach demselben Muster außerdem signifikant und hochsignifikant für folgende Einzelskalen: Somatisierung ($p < .05$; $F = 4,319$; korr. $R^2 = .31$), Depressivität ($p < .05$; $F = 5,074$; korr. $R^2 = .62$), Unsicherheit im Sozialkontakt ($p < .01$; $F = 8,192$; korr. $R^2 = .66$) und Paranoides Denken ($p < .01$; $F = 9,882$; korr. $R^2 = .718$). Keine ANOVA wurde für die SCL-90-R Scores signifikant, die die PatientInnen zur Entlassung angaben.

Abbildung 1: 2x2-ANOVA mit den GSI-Scores (SCL-90-R) als abhängiger Variable bei hoch vs. gering negativistischen PatientInnen (männlich vs. weiblich). Der Interaktionseffekt wird signifikant ($p < .05$; $F = 5,054$; korr. $R^2 = .621$).¹



¹ Quelle: eigene Darstellung.

Abbildung 2: 2x2-ANOVA mit den PSDI-Scores (SCL-90-R) als abhängiger Variable bei hoch vs. gering negativistischen PatientInnen (männlich vs. weiblich). Der Interaktionseffekt wird hochsignifikant ($p < .01$; $F = 7,955$; $\text{kor. } R^2 = .579$).²



Die PSSI-Skalen zum selbstunsicheren und zum depressiven Persönlichkeitsstil korrelieren bei den Männern mit fast allen Skalen des SCL-90-R signifikant, nicht aber bei den Frauen (Tab. 1). Dies unterstützt die Hypothese b). Beide Geschlechter zeigen außerdem auf den PSSI-Skalen zur Borderlinestörung und zur schizoiden Störung erhöhte signifikante Korrelationen mit den SCL-90-R-Aufnahme-Scores. Keine weiteren PSSI-Skalen weisen signifikante Korrelationen zu den SCL 90-R-Skalen bei beiden Geschlechtern auf.

² Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle 1: Korrelationen zwischen den SCL-90-R Skalen und den PSSI-Skalen Borderline (BL), Schizoid (SZ), Selbstunsicher (SU) und Depressiv (DP) bei hoch negativistischen (t-Wert 71–80) männlichen (n=29) und weiblichen Aufnahmepatienten (n=59).³

*= $p < .05$; **= $p < .01$; n.s.=nicht signifikant

Geschlecht PSSI-Skala	Männlich				Weiblich			
	BL	SZ	SU	DP	BL	SZ	SU	DP
SCL-90-R Skala								
Somatisierung	.39*	.39*	.42*	.37*	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Zwanghaftigkeit	.56**	.54**	.57**	.65**	n.s.	.30*	n.s.	n.s.
Unsicherheit im Sozialkontakt	n.s.	.50**	.56**	.62**	.44**	.38**	.38**	n.s.
Depressivität	.52**	.49**	.60**	.66**	.29*	.36**	.33*	n.s.
Ängstlichkeit	.61**	.42*	.55**	.46*	.32*	.33*	n.s.	n.s.
Aggressivität/ Feindseligkeit	.45*	n.s.	n.s.	n.s.	.44**	n.s.	n.s.	n.s.
Phobische Angst	n.s.	.48**	.61**	.53**	n.s.	.45**	.27*	n.s.
Paranoides Denken	n.s.	n.s.	.39*	.57**	.32*	.32*	n.s.	n.s.
Psychotizismus	.46*	.37*	.54**	.50**	.28*	.30*	n.s.	n.s.
GSI	.52**	.48**	.57**	.59**	.32*	.38**	n.s.	n.s.
PSDI	.53**	.47*	.44*	.55**	.27*	.35**	n.s.	n.s.

5 Diskussion

Die Befunde zeigen einen (hoch-)signifikanten Interaktionseffekt zwischen Geschlecht und hoch bzw. gering ausgeprägten negativistischen Persönlichkeitsanteilen mit sehr guter Varianzaufklärung (korr. R^2). Demnach geben hoch negativistische männliche Patienten bei der Aufnahme zur stationären Behandlung ihre Symptome signifikant und hochsignifikant geringer ausgeprägt an, als es hoch negativistische weibliche Patienten tun, insbesondere bei Angaben zu körperlichen Problemen (Somatisierung), sozialer Unsicherheit, Depressivität und paranoidem Denken. Somit ist die Hypothese a) mit den zur Verfügung stehenden Daten belegt: Weder auf anderen Persönlichkeitsskalen noch bei der Entlassung ist ein so deutlicher Unterschied statistisch messbar. Hypothese b) nimmt an, dass auf der Basis der Persönlichkeit nun positive Korrelationen mit der PSSI-Skala zur selbstunsicheren Persönlichkeit entstehen, also: Je stärker die Symptome, desto ausgeprägter sind die

3 Quelle: eigene Darstellung.

lange unterdrückten selbstunsicheren Anteile. Im Ergebnis korreliert die Ausprägung der Symptomanangaben mit vier Persönlichkeitsstilen des PSSI, während dies bei den weiblichen Patienten nur für zwei Stile gilt: Beide Geschlechter weisen signifikante Korrelationen auf den Skalen sowohl zum Borderlinestil als auch zum schizoiden Stil auf, Männer zusätzlich auf den Skalen zum depressiven und wie erwartet zum selbstunsicheren Stil.

Wie sind diese Ergebnisse nun zu interpretieren? Einerseits wird die geringer entwickelte Fähigkeit des Sich-Spüren-Könnens der Männer tatsächlich über die Resultate der ersten Hypothese dargestellt. Das wahre Dilemma der Ambivalenz und inneren Gespaltenheit zwischen dem ehemaligen Anspruch, männliche Normerwartungen zu erfüllen, und aktueller Realität einer psychischen Dekompensation kommt jedoch besonders über die Korrelationen zu der zweiten Hypothese zum Ausdruck. Gefühle von Selbstunsicherheit und Depressivität wurden früh mit Scham und Selbstwertbedrohung verknüpft und daher nicht funktional in die Persönlichkeitsentwicklung integriert. Allen klassischen psychotherapeutischen Schulen ist die Annahme gemein, dass nicht integrierte Persönlichkeitsanteile zum Boden für psychische Dekompensationen werden können und demnach eine psychotherapeutische Behandlung nahelegen, je länger die dagegen eingesetzten Strategien sich als fruchtlos oder gar pathologisch erweisen. Es sind also nicht die selbstunsicheren und depressiven Persönlichkeitsanteile, die pathologisch wirksam sind, sondern die übermäßig in Anspruch genommenen Maßnahmen, um diese Anteile nicht wahrnehmen zu müssen. Alles das, was negativistische Männer aber zuvor nicht wahrnehmen sollten, wird bei Aufnahme einer stationären Psychotherapie zum Thema und wirkt dann wie eine Art Zwickmühle. Diese Widersprüchlichkeit war diesen Männern über lange Zeit nicht unbekannt und wurde dann bekämpft, wenn eine Abwertung mit nachfolgender Beschämung zu erwarten war. Waren die bekannten Lösungswege nicht mehr realisierbar, traten in der Folge Aktionismus, autodestruktives Handeln und Suizidalität auf – in dieser Stichprobe bis hin zum Wunsch, sich therapeutisch behandeln zu lassen. Darauf soll würdigend hingewiesen sein, denn es handelt sich hier um Männer, die zu ihren selbstunsicheren und depressiven Anteilen schließlich doch stehen können und dies über die Aufnahme einer stationären Psychotherapie dokumentieren. Dies scheint eine Grunderkenntnis zu sein, welche für Männer erforderlich ist, um den Weg in eine Klinik als mögliche Lösungsalternative wahrzunehmen: Die Angst vor dem Stigma hat nicht mehr die Wertigkeit wie der drohende Verlust von Lebendigkeit. Die beobachteten geringeren Ausprägungen der Symptomanangaben legen demzufolge nicht eine bewusste Strategie des schamvermeidenden Herunterspielens nahe, sondern eher eine durch früh zu eigen gemachte Männlichkeitskonzeptionen grundsätzlich weniger ausgeprägte Empfindungsfunktion. Demnach sollten betroffene Männer eine besondere Würdigung für den mutigen Schritt erhalten, denn sie erlauben es sich, gegen ihre Sozialisationserfahrung und ihre Angst vor Scham ihren Empfindungen endlich doch nachzuspüren, ergo: lebendiger zu werden. Interessanterweise gehört ja auch die Borderline-Skala (als Ausdruck für spontane bis überschießende und unreflektierte Lebendigkeit) zu den positiv korrelierenden Skalen, sodass sich hier Problem und Lösung in einer Wurzel wiederfinden und therapeutisch begleitet zu einer funktionaleren (sprich: flexibleren) Synthese heranreifen können.

Die hier dargelegte Entwicklungskette ist lediglich als Arbeitshypothese zu betrachten und sollte aufgrund einiger Überlegungen kritisch eingegrenzt werden. Ob die Individuen dieser Stichprobe tatsächlich mit traditionellen Männlichkeitskonzepten

sozialisiert wurden, ist nicht belegt. Auch bleibt es hypothetisch, ob die vor der Dekompensation implementierten Handlungsstrategien unter anderem den Zweck erfüllen sollten, als schwächlich wahrgenommene kognitive und emotionale intrapsychische Repräsentationen wie Selbstunsicherheit und Depressivität zu überlagern. Insgesamt präsentiert sich das Bild des negativistischen Mannes als das eines mit sich und seinen als problematisch wahrgenommenen Repräsentanzen kämpfenden Individuums, dem über gezielte kommunikative Hilfsinterventionen möglicherweise gut geholfen werden kann. Es scheint sinnvoll zu sein, die betroffenen Männer darin zu unterstützen, selbstunsichere und depressive Elemente anders zu begreifen und sinnvoller mit ihnen umzugehen. In stationären Therapiekonstellationen bieten sich möglicherweise auf genau diese Sachverhalte abzielende Gruppeninterventionen für Männer an. Weitere Untersuchungen könnten diese und andere Fragen auflösen und somit mehr Licht in das schwierige Unterfangen der Therapie von negativistischen Männern bringen.

Literaturverzeichnis

- Abramson, Lyn Y.; Seligman, Martin E. & Teasdale, John D. (1978). Learned Helplessness in Humans: Critique and Reformulation. *Journal of Abnormal Psychology*, 87(1), 49–74.
- Addis, Michael E. & Mahalik, James R. (2003). Men, masculinity, and the contexts of help-seeking. *American Psychologist*, 58, 5–14.
- Der Spiegel (2013). *Männerdämmerung*, 67(1), 98–104.
- Hayward, Peter & Bright, Jennifer. (1997). Stigma and mental illness: A review and critique. *Journal of Mental Health*, 6, 345–354.
- Kuhl, Julius. (2001). *Motivation und Persönlichkeit. Interaktionen psychischer Systeme*. Göttingen: Hogrefe.
- Kuhl, Julius. (2010). *Lehrbuch der Persönlichkeitspsychologie: Motivation, Emotion und Selbststeuerung*. Göttingen: Hogrefe.
- Kuhl, Julius & Alsleben, Philipp. (2009). *Trainingsbegleitende Osnabrücker Persönlichkeitsdiagnostik*. Osnabrück: Impart GmbH.
- Kuhl, Julius & Kazén, Miguel. (2009). *Persönlichkeitsstil- und -störungsinventar*. Manual. 2., überarbeitete und neu normierte Aufl. Göttingen: Hogrefe.
- Schnack, Dieter & Neutzling, Rainer. (2011). *Kleine Helden in Not – Jungen auf der Suche nach Männlichkeit*. Berlin: Rowohlt.

Zu den Personen

Stefan Raads, Dr., 1969, Ltd. Psychologe, Clemens-August-Klinik Neuenkirchen-Vörden. Arbeitsschwerpunkte: Psychotherapie, Persönlichkeitsforschung, Sportpsychologie.
Kontakt: Clemens-August-Klinik Neuenkirchen-Vörden, Wahlde 11, 49434 Neuenkirchen-Vörden
E-Mail: raads@clemensaugust.de

Lothar Neitzel, Dr., 1951, Chefarzt, Clemens-August-Klinik Neuenkirchen-Vörden. Arbeitsschwerpunkte: Psychotherapie, Persönlichkeitsforschung, Sportmedizin.
Kontakt: Clemens-August-Klinik Neuenkirchen-Vörden, Wahlde 11, 49434 Neuenkirchen-Vörden
E-Mail: neitzel@clemensaugust.de

Judith Conrads

40 Jahre feministische Debatten.

Tagung vom 2. bis 3. November 2012 an der Universität Paderborn

Zusammenfassung

Am 2. und 3. November 2012 fand an der Universität Paderborn die Tagung „40 Jahre feministische Debatten“ statt. 140 Teilnehmende diskutierten in einer Bestandsaufnahme die Entwicklungen von feministischer Theorie und Praxis seit den 1970er Jahren in Deutschland. Hierbei stand vor allem das Verhältnis von feministischer Wissenschaft und der Praxisseite der Neuen Frauenbewegung im Fokus. Unterschiedlich ausfallende Resümees zeigten Erfolge auf und stellten bis heute anhaltende Schief lagen in den Geschlechterverhältnissen heraus.

Schlüsselwörter

Neue Frauenbewegung, Geschlechterverhältnisse, Feministische Theorie, Gewalt, Feminismus

Summary

40 years of Feminist Debates. Conference at the University of Paderborn, 2/3 November 2012

The conference "40 years of Feminist Debates" was held at the University of Paderborn on 2/3 November 2012. The 140 participants discussed the development of feminist theory and practice since the 1970s. Discussions focused on the relationship between feminist science and the activists' feminist movement. The success achieved over this period was variously highlighted, although the continuing challenges faced in gender relations were also pointed out.

Keywords

new women's movement, gender relations, feminist theory, violence, feminism

Das 40-jährige Bestehen der Universität Paderborn nahm das dort angesiedelte Zentrum für Geschlechterstudien zum Anlass, die Entwicklung von feministischer Theorie und Praxis in eben dieser Zeitspanne genauer zu betrachten. Am 2. und 3. November 2012 blickten etwa 140 Teilnehmende unter der Leitung von Professorin Barbara Rendtorff (Universität Paderborn), Professorin Birgit Riegraf (Universität Paderborn) und Claudia Mahs (Zentrum für Geschlechterstudien/Universität Paderborn) auf die Anfänge der westdeutschen Frauenbewegung in Deutschland und zogen mit Blick auf die Entwicklung der Themen und Debatten bis in die Gegenwart Resümees. Viele Frauen „der ersten Stunde“, die bereits vor 40 Jahren aktiv waren, aber auch zahlreiche Studierende und NachwuchswissenschaftlerInnen waren anwesend. Zu VertreterInnen aus der Wissenschaft gesellten sich viele Teilnehmende aus der Praxis, wie Frauenhausmitarbeiterinnen oder Gleichstellungsbeauftragte, und brachten ihre alltäglichen Berufserfahrungen mit ein. Das im Zentrum vieler Diskussionen stehende Verhältnis zwischen Frauenbewegung und feministischer Theorie wurde so mit persönlichen Erfahrungen aus der frauenpolitischen Praxis bereichert.

Zum Tagungsprogramm

Nach der Begrüßung durch Barbara Rendtorff skizzierte Ilse Lenz (Universität Bochum) das Verhältnis zwischen feministischer Theorie und Praxis am Beispiel der Bewegungs- und Theoriegeschichte des Feminismus der zweiten Welle in Deutschland, beginnend mit Helke Sanders Rede vor dem SDS bis hin zu aktuellen Ansätzen zur Intersektionalität. Sie kategorisierte die Strömungen der Neuen Frauenbewegung und der feministischen Theorie anhand unterschiedlicher Geschlechterkonzeptionen, unterteilt nach Differenz- und Gleichheitstheorien. Die von der Frauenforschung ausgehende feministische Wissensproduktion sah sie in einem Spannungsverhältnis zwischen Bewegungs- und Wissenschaftslogik, wobei sie eine Tendenz zur Wissenschaftslogik ausmachte und demgegenüber die Bedeutung einer Theoriebildung aus der Praxis betonte, eine Sichtweise, die im Verlauf der Tagung von vielen Seiten bestätigt wurde.

Die vier Panels setzten sich mit Schlüsselthemen feministischer Debatten auseinander, wobei pro Panel ein Vortrag einen Rückblick auf die Anfangszeit vornehmen, der zweite aus der Gegenwartsperspektive die Entwicklung der letzten Jahre nachzeichnen und ein dritter einen ausgewählten speziellen Schwerpunkt innerhalb des Oberthemas fokussieren sollte.

In Panel 1 zu *Gewalt im Geschlechterverhältnis* zeichneten Carol Hagemann-White (Universität Osnabrück) und Margrit Brückner (FH Frankfurt) in ihren Vorträgen diesbezügliche Entwicklungslinien nach. Beide sahen dabei in der Individualisierung der Gewaltverhältnisse eine Fehlentwicklung, die von dem Diskurs um dahinterliegende strukturelle Einflüsse ablenke. Carol Hagemann-White widmete sich den Anfängen der Initiativen gegen Gewalt gegen Frauen in den 1970er Jahren, in denen die ersten Frauenhäuser entstanden. Als zentral sah sie die Spannung zwischen Institutionalisierung und Bewegung, zwischen der Forderung nach politischer Mitgestaltung und der Kritik am patriarchalen System: Es sollte der Spagat gelingen zwischen dem Anspruch auf Autonomie und der Annahme von Unterstützung durch einen männerdominierten Staat. Margrit Brückner führte Transformationen im Umgang mit Gewalt im Geschlechterverhältnis anhand von unterschiedlichen Ausprägungen von Gewalt, verschiedenen Formen ihrer Bearbeitung sowie dafür zuständigen Institutionen und deren Kooperationen untereinander vor. Sie verdeutlichte diesen Wandel am Beispiel der häuslichen Gewalt. Wenn auch Frauenhäuser sich der individuellen Probleme einzelner Frauen annahmen und ihnen einen konkreten Schutzraum eröffneten, so stand zumindest in der Anfangszeit – dies machten Hagemann-White und Brückner deutlich – ein darüber hinausgehender, politischer Ansatz dahinter: Ziel war, die strukturellen Möglichkeiten für Männergewalt gegen Frauen zu beseitigen. Entsprechend sah Hagemann-White in den Frauenhäusern von damals hochbedeutsame feministische Lernorte. Dies scheint in der Gegenwart in den Hintergrund gerückt zu sein, waren sich Referentinnen und Publikum einig und kritisierten die Entwicklung in Frauenhäusern und deren Arbeit hin zu reiner Sozialarbeit. Die zentrale Forderung lautete daher, den Blick auf die Gewalt im Geschlechterverhältnis und damit auf Ansätze zur Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse wieder stärker in den Vordergrund zu rücken.

Anna Lena Göttische (HU Berlin) fokussierte in ihrem Vortrag die Wechselwirkungen von Recht und Geschlechterverhältnissen. Anhand der rechtlichen Umsetzung des

Tatbestandes der Vergewaltigung in der Ehe und des Gewaltschutzgesetzes stellte sie exemplarisch dar, wie sich gesellschaftliche Strukturen und Debatten auf die Gesetzgebung auswirken können. Daneben veranschaulichte sie, wie Recht selbst wiederum Geschlechterverhältnisse herstellt oder verfestigt. Hierfür führte sie das EhegattInnensplitting und das Personenstandsrecht an, das die Beurkundung eines eindeutigen Geschlechts des Kindes erfordert¹, was das zugrunde liegende binäre, heteronormative Gesellschaftssystem stütze.

Panel 2 nahm mit der *Arbeit im Geschlechterverhältnis* einen weiteren zentralen Anknüpfungspunkt feministischer Gesellschaftskritik in den Blick. Regina Becker-Schmidt (Universität Hannover) eröffnete die Diskussion mit Betrachtungen über das Verhältnis von Erwerbs- und Hausarbeit sowie über Pflege- und Betreuungsarbeit, Substanzarbeit und Ehrenamt unter dem Stichwort der Subjektivierung dieser „Frauenarbeit“, deren weitgehend unentgeltlicher Charakter Benachteiligungen bei Lohn und sozialer Anerkennung mit sich bringt. Auch machte Becker-Schmidt ein dieser Arbeitsordnung zugrunde liegendes Gewaltverhältnis deutlich. Sie weitete ihre Ausführungen bis zur gegenwärtigen Krise des neoliberalen Modells aus und kritisierte die zunehmende Vermarktung der verschiedenen menschlichen Tätigkeiten. Damit stellte sie wichtige kritische Bezüge zum neoliberalen System her und fragte nach systemimmanenten Ungleichheitsmerkmalen. Andrea Bührmann (Universität Göttingen) machte den „Versuch einer kritischen Re-Konstruktion der Debatten über Arbeit“ und setzte sich aus einer Metaperspektive mit Forschungsansätzen darüber auseinander, *wie* und *was* Frauen arbeiten. Zum Ausgangspunkt nahm sie, in Erweiterung des Marx'schen Arbeitsbegriffes, das Konzept der doppelten Vergesellschaftung von Becker-Schmidt, nach welchem sich Arbeit aus Erwerbsarbeit *und* Reproduktionsarbeit zusammensetzt. Sie machte Tendenzen zur Re- und Neu-Konfiguration der geschlechtlichen Arbeitsteilung aus: Während Geschlechterverhältnisse sich in prekären Situationen „entdramatisierten“, beobachtete sie in ihren Untersuchungen zu Frauen in Führungspositionen einen Prozess der Re-Naturalisierung. Hier vollziehe sich der Aufstieg von Frauen häufig mit dem Argument des „Andersseins“, durch welches sie vermeintlich spezifische Eigenschaften in den Arbeitskontext brächten, was für Bührmann einen interessanten Ansatz für weitere Untersuchungen bildet. Die von ihr konstatierte Erosion des Ernährermodells wurde nicht von allen geteilt und ihr Ansatz als Mittel- und Oberschichtsfeminismus kritisiert. Auch Julia Lepperhoff (Evangelische Hochschule Berlin) machte in ihrem anschließenden Vortrag auf den Widerspruch aufmerksam, dass zwar seit den 1990er Jahren zunehmend mehr Frauen erwerbstätig seien, dies sich jedoch häufig im Rahmen von prekären Beschäftigungsverhältnissen vollziehe, womit die in den anfänglichen feministischen Forderungen mit Erwerbsarbeit verbundenen Ziele wie materielle Unabhängigkeit und soziale Absicherung nicht erfüllt würden. Auch im Bereich der Hausarbeit bemerkte sie Veränderungen, die sich ebenfalls vom ursprünglichen Verständnis einer Solidarität unter den Frauen unterschieden: Hierarchien, die sich bei der Arbeit im Privathaushalt

1 Eine Änderung des Personenstandsrechts vom 31. Januar 2013 sieht bei intersexuellen Kindern das Auslassen dieser Angabe im Geburtenregister vor. Der Verzicht auf den Geschlechtseintrag ist bei intersexuell geborenen Menschen damit jedoch obligatorisch und eine Einordnung in die bestehenden Kategorien weiblich und männlich ohne eine eindeutige Geschlechtszuweisung nicht möglich. Intersexuellenverbände befürchten, dass damit der Druck auf Eltern, geschlechtszuweisende Operationen bei betroffenen Kindern vorzunehmen, zunimmt.

auch innerhalb der Gruppe der Frauen zwischen denen bildeten, die sie verrichten und denen, die hierfür bezahlen, gerieten zunehmend in den Blick der Intersektionalitätsdebatte.

Feministische Theorien in Bewegung lautete der Titel des dritten Panels. Herta Nagl-Docekal (Universität Wien) betrachtete eine „Feministische Philosophie im postfeministischen Kontext“ und wich damit von der Struktur der Tagung, die an dieser Stelle einen Rückblick vorgesehen hätte, ab. Sie zeichnete aus philosophischer Perspektive verschiedene feministische Fragestellungen nach. Rita Casale (Universität Wuppertal) nahm in ihrem Vortrag „Epistemologisierung und Kulturalisierung“ einen kompakten Abriss der feministischen Theoriebildung in Form von deren Einbettung in die politische Theorieentwicklung der letzten 40 Jahre vor und fragte, ob sich heute eine Verschiebung der Ordnung feststellen lässt. Sie betonte die Bedeutung des Kontextbezuges: Wichtig sei zu verfolgen, wie gesellschaftliche Transformationen zu Verschiebungen führen und Theorien auf die Erfahrungsräume zu beziehen, in denen sie entstanden sind. Irene Pimminger (Agentur für Gleichstellung im ESF) fokussierte die gleichstellungspolitische Praxis. Sie fragte: „Was bedeutet Geschlechtergerechtigkeit?“ und ging damit explizit auf eine normative Dimension ein, die an anderen Stellen teilweise vermisst wurde. Den Gerechtigkeitsbegriff ins Zentrum ihrer Betrachtungen setzend stellte sie dar, wie dieser durch verschiedene feministische Konzepte und Positionen gefüllt werden könne, sodass er die Kategorie Geschlecht ausreichend berücksichtige und gleichzeitig die normative Komponente des Ansatzes verdeutliche. Unter diesem Blickwinkel untersuchte sie das Verhältnis von feministischer Theorie und gleichstellungspolitischer Praxis und ging auf Konsequenzen für die Gleichstellungspolitik ein.

Panel 4 beschäftigte sich mit dem Verhältnis von *Feminismus und Politik*. Sigrid Metz-Göckel (TU Dortmund) zeichnete beispielhaft und, angereichert durch eigene Erfahrungen, anschaulich die Entwicklung des 1980 gegründeten AK Wissenschaftlerinnen NRW nach, dessen Ziel eine paritätische Beteiligung von Frauen in der Wissenschaft war und der sich mit seinen Forderungen ans Wissenschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen wandte. Sie machte die Gratwanderung zwischen (radikaler) Bewegungs- und Institutionalisierungs- bzw. Wissenschaftslogik mit deren Anpassungstendenzen deutlich, denn charakteristisch sei damals für den AK eine in sich widersprüchliche Haltung zwischen demokratischem und wissenschaftlichem Anspruch gewesen: Einerseits ging es darum, Frauen stärker in die Hochschulen zu integrieren, auf der anderen Seite wurde das männerdominierte System der Hochschulen kritisiert. Dies führte mehr und mehr zu einer Entfernung von der Frauenbewegung. Für die Gegenwart sah Metz-Göckel Handlungsbedarf, da sie zwar Verbesserungen für einzelne Frauen auf individueller Ebene, nicht jedoch grundsätzliche Veränderungen der Geschlechterverhältnisse in den Hochschulen ausmachte. Die Suche nach Aktionspotenzial dürfe sich dabei nicht nur auf die Wissenschaft beschränken, vielmehr müssten die WissenschaftsakteurInnen dafür sorgen, dass ihre Analysen als angewandte Geschlechterforschung auch zu Taten führten. Die Forderung der Verbindung von Theorie und Praxis teilte sie mit Hilge Landweer (FU Berlin), die Theorie, Empirie und Methodik in der Geschlechterforschung der letzten 20 Jahre in ein Verhältnis setzte und vor dem konstatierten Hintergrund eines Stillstandes in der Theoriebildung seit Judith Butler untersuchte, welche Forschung der feministischen Theorie als Inspiration diene. Für die Anschlussfähigkeit

der Theorien sei deren politischer bzw. empirischer Bezug von zentraler Bedeutung, weshalb Landweer für eine enge Verzahnung von Theorie, Methode und Empirie und mehr „Praxistheorien“ plädierte. Ingrid Jungwirth (HU Berlin) stellte Ergebnisse aus ihrem Forschungsprojekt zu geografischer Mobilität und Berufschancen dar, in dem sie die Berufsverläufe hochqualifizierter Migrantinnen untersuchte und somit eine Differenzierung innerhalb der Kategorie „Frauen“ vornahm. Sie machte auf die Lücke in der Migrationsforschung hinsichtlich des Einbezuges von Verhältnissen zwischen den Geschlechtern aufmerksam. Jungwirths Befund lautete, dass sich das Genderregime in Deutschland mit seinem modernisierten Modell des männlichen Hauptverdieners für hochqualifizierte Migrantinnen besonders nachteilig auswirke. Denn statt auf qualifizierte Migrantinnen zurückzugreifen und in ihre Weiterqualifikation zu investieren, werde in Annahme einer klassischen Rollenverteilung in ihre Dequalifizierung investiert.

Elisabeth List (Universität Graz) zeichnete im Abschlussvortrag unter dem Titel „Von der Wissenschaftskritik zur Transformation des Wissens. Ein Perspektivenwechsel im feministischen Blick“ in einer wissenschaftsgeschichtlichen Perspektive das Verhältnis von Frauen zur Wissenschaft nach. Sie skizzierte die Entwicklung von den Anfängen feministischer Wissenschaftskritik, angestoßen durch die Ausgrenzungserfahrungen von Frauen in der Wissenschaft, über die Untersuchung der wissenschaftlichen Disziplinen nach geschlechterblinden Flecken bis hin zur Schaffung von Alternativen und zur Neuschreibung des Wissenschaftskanons. List verdeutlichte dies an verschiedenen wissenschaftlichen Themengebieten, von den Biowissenschaften über die Kritik am Neoliberalismus und feministischen alternativen Ökonomien bis zur Ethik, wobei die Ausführungen sich von einer geschlechterbezogenen Betrachtung zu einer allgemeinen wissenschaftskritischen Reflexion ausweiteten.

Diskussion und Resümee

Der Aufbau der Tagung und die angesprochenen Zielgruppen aus Forschung und Praxis ermöglichten einen fruchtbaren Austausch, wobei das Spannungsverhältnis zwischen feministischer Wissenschaft und Praxis sowohl in den Vorträgen als auch in den Diskussionen immer wieder zutage trat. Viele der größtenteils weiblichen Teilnehmenden entstammten der Generation, die die Anfänge der zweiten Welle der Frauenbewegung in Deutschland selbst miterlebt haben. Häufig tauschten sie Erinnerungen aus den 1970ern und 1980ern aus und zogen persönliche Vergleiche zwischen den Anfängen und dem heute Erreichten. Dabei wurde deutlich: Am Ziel sieht frau die Bewegung noch lange nicht. „Ich vermissе manchmal diese Frechheit ...“ Dieser Ausspruch einer Tagungsteilnehmerin bringt auf den Punkt, was in vielen Beiträgen durchschien: die Einschätzung, dass von den anfänglichen Ansätzen vieles verloren gegangen ist. Deutlich wurde dabei die Kritik an der Akademisierung und Institutionalisierung feministischer Fragestellungen und deren Entfremdung von der Praxis. Von einer aktiven Frauenbewegung, so die schlüssige Betrachtung vieler Teilnehmenden, kann denn auch heute nicht mehr die Rede sein: Erfolge sind vielmehr auf individueller Ebene zu verzeichnen – als Bestrebungen einzelner Frauen innerhalb des bestehenden Systems. Trotz Verbesserungen auf politischer und rechtlicher Ebene sind die Strukturen in Gesellschaft und Hochschule

bisher kaum verändert. Integration statt Systemkritik scheint das für die Gegenwart lautende Fazit zu sein. Zur Belebung feministischer Forderungen wurde für eine stärkere wechselseitige Begegnung von Forschung und Praxis plädiert.

Der Autorin als Angehöriger der „jüngeren“ Generation bot die Tagung überraschende Erkenntnisse: Nur selten weitete sich die Diskussion auf „radikale“ feministische Fragestellungen aus, Begriffe aus der Patriarchatskritik fielen seltener als in diesem Zusammenhang erwartet, die „Systemfrage“ wurde nur teilweise angerissen, aber zog sich nicht als grundlegend durch die Tagung. Der Radikalität von einst wurde wehmütig gedacht, in den aktuellen Debatten fand sie sich hier aber nicht wieder.

Wiederholt äußerten Teilnehmerinnen der älteren Generation die Zuversicht, die Generation junger Frauen werde ihre eigenen Wege finden, den Kampf für Gleichberechtigung weiterzuführen. Gleichzeitig formulierten sie die Angst, dass sich junge Frauen im Rahmen der Gender Studies „abschaffen“ – wird doch durch die Hinterfragung der Geschlechterdifferenz auch die Identifizierung als Frau oder Mann in Frage gestellt. Ihr Appell lautete, die Kategorie „Frau“ auch weiterhin anzuwenden, da trotz der Aufdeckung des konstruierten Charakters die Wirkungsmächtigkeit der (Ungleichheits-)Kategorie Geschlecht noch immer groß sei. Es zeigte sich: Auch in Bezug auf die Generationen scheint ein intensiver(er) Austausch, wie durch die Tagung zwischen Theorie und Praxis angeregt, wünschenswert.

Zur Person

Judith Conrads, M. A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordinations- und Forschungsstelle des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW an der Universität Duisburg-Essen. Arbeitsschwerpunkte: Wissenschaftsredaktion, Frauen- und Geschlechterforschung, Gender in der Friedensarbeit und Konfliktforschung, Geschlechtsspezifische Gewalt, Frauenrechte.

Kontakt: Koordinations- und Forschungsstelle des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW, Universität Duisburg-Essen, Berliner Platz 6–8, 45127 Essen

E-Mail: judith.conrads@uni-due.de

Eva Wegrzyn

Gleicher und ungleicher zugleich? Neukonfigurationen von Macht und flexibilisierten Ungleichheiten.

Tagung vom 6. bis 7. November 2012 an der
Ruhr-Universität Bochum

Zusammenfassung

Neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle versprechen Gleichheit und flexible Lebensgestaltungsmöglichkeiten: Nur die Leistung zählt, nicht das Geschlecht, die soziale Herkunft oder die Hautfarbe. Im Fokus der internationalen Konferenz, veranstaltet am 6. und 7. November 2012 an der Ruhr-Universität Bochum, stand das Spannungsverhältnis von Macht, Wandel und politischen Handlungsmöglichkeiten. Diskutiert wurden die Widersprüche und Fallstricke aktueller politischer Entwicklungen im Hinblick auf soziale (Un-)Gleichheit aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive.

Schlüsselwörter

Kapitalismus, Neoliberalismus, Meritokratie, Geschlechterverhältnisse, Klasse, Ethnizität

Summary

More Equal and More Unequal at the Same Time? New Configurations of Power and Flexibilized Inequalities. Conference at the Ruhr University Bochum, 6/7 November 2012

Neoliberal models of society and economics promise equality and flexible lifestyle choices: Achievement is what counts, not gender, social background or skin colour. The main topic of the international conference held at the Ruhr University Bochum on November 6/7 2012 was the ambiguous relation between power, social change and political agency. Participants discussed the contradictions and pitfalls of current developments and their implications in regard to social (in)equality from a social science perspective.

Keywords

capitalism, neoliberalism, meritocracy, gender relations, class, ethnicity

Frauen und Männer sind gleichberechtigt – dies scheint heute für viele nicht mehr nur auf dem Papier der Fall zu sein. Festgeschriebene Rollen sind passé, jede und jeder kann in der modernen, kapitalistischen Gesellschaft über den eigenen Lebensentwurf selbst entscheiden. Wie sieht aber die gesellschaftliche Wirklichkeit aus? Was folgt daraus möglicherweise für die Zukunft? Die Konferenz „Gleicher und ungleicher zugleich? Neukonfigurationen von Macht und flexibilisierten Ungleichheiten“, die am 6. und 7. November 2012 an der Ruhr-Universität Bochum vom Lehrstuhl Soziologie/Soziale Ungleichheit und Geschlecht (Prof. Dr. Ilse Lenz), der Heinrich-Böll-Stiftung NRW und dem Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung ausgerichtet wurde, widmete sich dem Spannungsverhältnis von Macht, Wandel und politischen Handlungsmöglichkeiten.

Die Realität, dies zeigten die Beiträge und Diskussionen, ist in Bezug auf Chancengleichheit in hohem Maße widersprüchlich. Ein besonderes Augenmerk lag daher auf

der Verwobenheit von Geschlecht mit weiteren Kerndimensionen sozialer Herrschaftsverhältnisse, vor allem Klasse, Ethnizität und sexuellem Begehren. Die Referentinnen und Referenten skizzierten mit jeweils unterschiedlichen Akzentuierungen sowohl den Wandel der Geschlechterverhältnisse als auch Beharrungstendenzen auf der Ebene der Normen, des Wohlfahrtsstaates sowie gesellschaftspolitischer Modelle und formulierten Desiderate für die Politik und für eine kritische Geschlechterforschung.

Die mit etwa 150 Teilnehmenden, mehr als die Hälfte davon Studierende, sehr gut besuchte Konferenz gliederte sich in einen Vortrags- und einen Workshopteil. Der disziplinäre Schwerpunkt der Beiträge war ein sozialwissenschaftlicher: Fragen der multiplen Ungleichheiten und Widersprüche in den Geschlechterverhältnissen wurden vor allem aus einer soziologischen und politikwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet. Der Tenor der Vorträge in Bezug auf die aktuellen Entwicklungen war nahezu durchweg kritisch und zeigte: Moderne, vermeintlich flexible und globalisierte Geschlechterverhältnisse in kapitalistischen Regimes haben einen hohen Preis.

Brigitte Aulenbacher von der Johannes Kepler Universität Linz rekonstruierte anhand von drei Bildern die widersprüchlichen Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen: Ein Bild zeigte das Cover der im November 2012 aktuellen Ausgabe der feministischen Zeitschrift „WIR FRAUEN“, die 2012 ihr dreißigjähriges Bestehen feierte. Deren fortbestehende Existenz, so Aulenbacher, löse in Zeiten der F-Klasse- und Alpha-Mädchen-Debatte oftmals Verwunderung aus. Das mit der Veränderung des Wohlfahrtsstaats einhergehende Doppelverdienermodell macht die Aushandlung von Familien- und Erwerbsarbeit zur Privatsache von Paaren. Frauenpolitische Forderungen erscheinen im Zeitgeist eines „alles ist möglich“ vielen als überholt. Das Plakat der DGB-Kampagne „Samstags gehört Vati mir“ aus den 1950er Jahren und das Cover des Dokumentarfilms „Mama Illegal“ über „irreguläre“ Migrantinnen in Österreich und Italien verdeutlichten zum einen die sich wandelnde Vaterrolle sowie die treibenden Kräfte dieses Wandels und zum anderen die sich verschärfenden Ungleichheiten unter Frauen: jene zwischen den ‚Einheimischen‘ und den Arbeitsmigrantinnen, die in den Ländern der EU Sorge- und Haushaltsarbeit unter rechtlich und wirtschaftlich prekären Bedingungen übernehmen. Die Ursachen für die widersprüchlichen Entwicklungen in den Geschlechterverhältnissen sieht Aulenbacher vor allem vor dem Hintergrund der wirkenden „Doppelregulative“ – kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsformen auf der einen und bürgerliches Geschlechtermodell auf der anderen Seite. Die Gemeinsamkeit der Regulative liegt in der Trennung der ökonomischen, öffentlichen und privaten Sphäre. Hier stellt sich die Frage, wie Gleichheit möglich ist, wenn Gesellschaften in hohem Maße andro- und eurozentrisch organisiert sind. Die Biographien der Einzelnen seien der Kristallisationspunkt der widersprüchlichen Herrschaftsverhältnisse und der gemeinsamen und getrennten Realitäten von Frauen und Männern, von Einheimischen und MigrantInnen, so die Vortragende. An dieser Stelle wären Beispiele aus der empirischen Sozialforschung hilfreich gewesen, um anhand konkreter Beispiele jene Fragen diskutieren zu können, mit denen Aulenbacher das Plenum aus ihrem theoretisch dichten Vortrag entließ: Welche politischen Forderungen können angesichts der widersprüchlichen Entwicklungen formuliert und wie kann Solidarität hergestellt werden? Wie wird aus den vielen Ichs vermeintlich befreiter Subjekte ein Wir?

Der Wandel der Geschlechterordnung war auch Gegenstand des Vortrags „Genderflexer – Zum (möglichen) Wandel der Geschlechterordnung“ von Ilse Lenz. Zur Veran-

schaulichung dieses Wandels zeigte Lenz ebenfalls drei Bilder: das Cover des Buches „Männlichkeit in Unordnung“, ein Plakat mit dem Titel „Postsexualität“ und ein Poster der Heinrich-Böll-Stiftung zur „Geschlechterdemokratie 2000 – Vielfalt der Visionen“. Diese Bilder lassen die Vermutung zu, dass sich Vorstellungen von Geschlecht in den letzten Jahrzehnten massiv gewandelt haben: Geschlecht wird zunehmend als soziale Kategorie, teilweise als Konstruktion aufgefasst – mit der Konsequenz, dass die Geschlechtszugehörigkeit „zum Element einer Wahlbiographie geworden“ ist. Personen spielen zunehmend mit flexibilisierten Geschlechterrollen, sie gestalten sie bewusst. Das Paradoxe jedoch sei, dass diese Gestaltungsmöglichkeiten eher von Frauen genutzt würden, aber auch, dass auf der Ebene der Sozialstruktur die Verhältnisse stabil blieben, wie etwa das Ernährer-/Hausfrauenmodell oder das sogenannte Ehegattensplitting in Deutschland zeigen. Die sich gegenwärtig abzeichnende Transformation biete zwar Chancen, dass die Geschlechterverhältnisse gleichheitsorientierter gestaltet würden, jedoch setzten das Modell des aktivierenden Wohlfahrtsstaats und der Niedriglohnsektor dieser Gestaltung womöglich Grenzen. Angesichts der Flexibilisierung, Ökonomisierung und Marktindividualisierung gelte es, interpersonelle Verbindlichkeiten und Solidarität, vor allem auf der Ebene der Institutionen, neu zu denken: Alle Geschlechter seien als potenzielle ErnährerInnen und VersorgerInnen, als Fürsorgende und Pflegende zu fassen, so Lenz. In der anschließenden Diskussion stieß dieser Punkt auf Kritik: Der Ruf nach Verbindlichkeit und Solidarität in familiären Beziehungen berge die Gefahr, mit einem Aufruf zur Revitalisierung ‚klassischer‘ Rollenmuster und Arbeitsteilungen verwechselt zu werden.

Birte Siim, Inhaberin der Marie-Jahoda-Gastprofessur an der Ruhr-Universität Bochum im Wintersemester 2012/2013, untersuchte das Verhältnis von Migration, Multikulturalismus und Gender in den skandinavischen Ländern aus einer demokratietheoretischen, intersektionalen Perspektive. Sie diskutierte das Thema am Beispiel Dänemarks und unter dem widersprüchlichen Verhältnis nationaler Gleichstellungspolitik zu populistischen Ausgrenzungen gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten. Die nordischen Wohlfahrtsstaaten gelten in Bezug auf ihre Geschlechter- und Familienpolitik als besonders frauenfreundlich. Wie weit reichen diese Politiken? Wer profitiert davon? Die Gewährleistung von gleichstellungspolitischen und anderen Rechten ist dort eng an das Konzept der StaatsbürgerInnenschaft geknüpft, was als Gender-Nationalismus bezeichnet werden könne: Die Stimmen von Frauen aus Minderheitengruppen finden in nationalen Entscheidungsgremien kaum Gehör. Angesichts sich verschärfender Ungleichheiten unter Frauen vor dem Hintergrund internationaler Migrationsbewegungen gelte es, so Siim, das Zusammenspiel von Migrations- und Geschlechterpolitik stärker zu diskutieren – nicht nur auf der Ebene des Nationalstaates, sondern international.

Gegenwärtig werde, so Andrea Bührmann von der Georg-August-Universität Göttingen im Eingangsvortrag des zweiten Konferenztages, im Zuge eines proklamierten Fachkräftemangels die verstärkte Mobilisierung von Frauen für den Arbeitsmarkt gefordert. Wie ist es zu dieser erneuten Mobilisierung gekommen und vor welchen Herausforderungen steht die kritische Forschung? Bührmann zeichnete zunächst die Entwicklung des fordistischen Geschlechtermodells in Deutschland nach – seine Hochphase, seine Krise ab den 1970er Jahren und den Status quo seit 2000 – und stellte anschließend theoretische Modelle vor, die den Wandel zu fassen suchen. Weite Verbreitung

haben hier die Systemtheorie und die Regulationstheorie gefunden. Die Paradoxien der Gegenwart lassen sich, so Bührmanns These, jedoch eher über handlungsorientierte Forschungsansätze verstehen, wie sie beispielsweise Bourdieu entwickelt hat. Diese richten den Blick darauf, mit welchen Motiven und Praktiken die Einzelnen in sozialen Strukturen agieren. Dies ermögliche, so Bührmann, Widerständigkeiten und die Mechanismen des Wandels, aber auch Beharrungen in konkreten sozialen Praxen genauer zu analysieren. Bührmann veranschaulichte dies am Beispiel ihrer eigenen Studie zu heterosexuellen Frauen im Topmanagement und deren Familienmodellen. Für diese Frauen sei das Paradox der Gleichzeitigkeit von Wandel und Beharrung besonders instruktiv. Familienmodelle der Arbeitsteilung lebten hier insofern weiter, als die Partner bzw. Ehemänner die Erziehungsarbeit übernehmen. Was aber verrät der Blick auf die Elite über Familienformen und Tendenzen der Arbeitsteilung, z. B. in der Mittelschicht oder in der ArbeiterInnenschaft? Praxeologische Forschungsansätze sollten, so die Kritik in der Diskussion, den Blick auf die Alltagspraxen einer Breite von AkteurInnen richten.

Danach weitete sich die Perspektive auf die globale Ebene aus. Das Verhältnis von hegemonialen Männlichkeiten und geopolitischen Interessen diskutierte James W. Messerschmidt von der University of Southern Maine anhand von Reden des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush. Er zeigte auf, wie Bush sich einer bestimmten Art von Männlichkeit bediente (weiß, christlich, heterosexuell), um Kriege wie im Irak zu forcieren und zu rechtfertigen. Als Bushs zentrale rhetorische Figuren nannte er „unzivilisierte Schurken(staaten)“, „Opfer“ („victims“) im Süden, insbesondere im Irak, und „Helden“ („US-Regierung“ und ihre „Gefolgsleute“) im „Kampf gegen den Terror“. Diese Begriffe seien in hohem Maße vergeschlechtlicht. Einige zentrale Aspekte wurden im Vortrag nicht berücksichtigt, jedoch anschließend diskutiert, so etwa die Bedeutung von Akteurinnen wie der ehemaligen Außenministerin Condoleezza Rice und die Frage, welche Rolle das Verhältnis von Weiblichkeit und politischer Elite im „Krieg gegen den Terror“ spielte.

Die widersprüchlichen Entwicklungen von flexibilisierten Geschlechterrollen, Gleichheitsversprechen und verschärften Ungleichheiten auf nationalstaatlicher Ebene, insbesondere zwischen Frauen, bettete die Publizistin Christa Wichterich in den Kontext internationaler Gender- und Gleichstellungsnormen ein. Hier konzentrierte sie sich auf die Entwicklungen seit den 1990er Jahren. Aktuell geltende Normen seien zum einen im Diskurs um Menschenrechte der Vereinten Nationen und internationaler Frauenbewegungen entstanden, zum anderen durch die neoliberalen Politiken der Weltbank und der Welthandelsorganisation. Im Zeitverlauf hätten emanzipatorische und neoliberale Diskurse und Politiken konvergiert, was die bereits in den vorherigen Vorträgen beschriebenen widersprüchlichen Entwicklungen zwischen Gleichheitsversprechen und sich verschärfenden Ungleichheiten vor allem zwischen Frauen oder zwischen ‚Einheimischen‘ und MigrantInnen gefördert habe. In Zeiten globaler Krisen, etwa auf den Finanzmärkten, würden die Widersprüche stärker und verschärfen sich Ungleichheiten. Wichterich plädierte für eine stärkere Re-Politisierung von Gender- und Ungleichheitsfragen, für Menschenrechte ohne Grenzen als globale öffentliche Güter und damit gegen eine Vereinnahmung des Politischen durch neoliberale Diskurse.

Im Anschluss fanden Arbeitsgruppen zu den Themen Arbeit, Demokratie, Körper und Sexualität, Bildung, Emanzipationsbündnisse sowie Gewalt statt. Die Impulsge-

benden kamen hier aus der politischen und gewerkschaftlichen Praxis sowie aus der Wissenschaft.

Impulse aus dem Plenum

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass sich große, neue Herausforderungen für eine kritische (Sozial-)Wissenschaft, politische AkteurInnen und die Zivilgesellschaften stellen. PodiumsteilnehmerInnen und Publikum diskutierten gesellschaftspolitische Aspekte flexibilisierter Ungleichheiten und mögliche Lösungsansätze: Die europäische Krise verschärfe und produziere neue Ungleichheiten. Dies böte neuen sozialen Bewegungen Anlass und Raum zu einer breiteren Mobilisierung und Solidarisierung. In Deutschland scheine aber ein Bewusstsein über die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Exporterfolg und Armut sowie Umweltzerstörung und deren Geschlechterdimensionen zu fehlen. Es wurde überlegt, wo Mobilisierungen und Bündnisse möglich sind. Unklar blieb, ob und wie das aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche System in Deutschland und Europa reformierbar ist und welche Ansätze bereits bestehen. Dabei wäre kritisch zu hinterfragen, was bei einer beginnenden Neuordnung durch wen aufgegeben werden muss und wem sie Vorteile bringt. Eine mögliche Lösung sah Sven Lehmann, Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen, darin, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen. Gleichzeitig, so ein Kommentar aus dem Publikum, müssten alle Lebensbereiche und Beiträge, auch jene der Sorgearbeit, Anerkennung finden.

Die Bedeutung der sozialen Herkunft führt heute nach wie vor dazu, dass Angehörige der höheren sozialen Schichten bei gleicher Leistung größere Teilhabe- und Aufstiegschancen haben als Angehörige niedrigerer Schichten. Der Arbeitsmarkt ist ein historisch-strukturell gewachsenes Herrschaftsverhältnis zwischen sozialen Gruppen. Im Plenum wurde die Frage aufgeworfen, ob die Ungleichheitsdimension der „Klasse“, wie Ilse Lenz zu Beginn der Abschlussdiskussion thematisierte, auf der Agenda von Wissenschaft und Politik wieder an Relevanz gewinnt. Denn das Wechselspiel von Geschlecht und Migration in Bezug auf Ungleichheit bzw. Gleichheit kann nur umfassend verstanden werden, wenn der soziale Hintergrund der Einzelnen in Betracht gezogen wird. Gitti Henschel, Leiterin des Gunda-Werner-Instituts, plädierte dafür, auf einer breiteren gesellschaftlichen Ebene über das Verhältnis von Arbeit, Leistung und Gerechtigkeit zu diskutieren. Bündnisse müssten, so ein Ergebnis ihres Workshops „Neue Emanzipationsbündnisse – Frauenbewegungen, Männerbewegungen?“, queer und intersektional sein und sich konsequent die Frage stellen, welche Interessen vertreten sind.

Um eine breite gesellschaftliche Mobilisierung des Widerstandes gegen die sich verschärfenden Ungleichheiten zu fördern, könnte, so Christa Wichterich, bei einer Debatte um gerechte und verhältnismäßige Löhne sowohl im Niedriglohnbereich als auch im Topmanagement angesetzt werden. Widerstand muss auch in der Wissenschaft europäisiert bzw. internationalisiert werden, so Katja Sabisch, Juniorprofessorin für Gender Studies der Ruhr-Universität Bochum. Das Aufspüren potenzieller Gemeinsamkeiten durch kritische Analysen sei ein wichtiges Feld für SozialwissenschaftlerInnen, deren Aufgabe sei es, kritisches Denken zu kultivieren, um dem Ohnmachtsgefühl gegenüber

einer „Expertokratie“ durch AkteurInnen in internationalen Organisationen und der Gefahr einer Entdemokratisierung entgegenzuwirken.

Fazit und Ausblick

Wie könnte eine mögliche Antwort auf die Frage des Konferenztitels „Gleicher und ungleicher zugleich?“ lauten?

Die schwer zu durchschauenden, da vor allem widersprüchlichen Wechselverhältnisse zwischen kapitalistischen Wirtschaftsordnungen, nationalstaatlichen Politiken, internationalen Regimen und Migrationsbewegungen auf der einen Seite und den Dimensionen sozialer Ungleichheit entlang der Kategorien Geschlecht, Ethnizität und Klasse auf der anderen Seite wurden deutlich. Der Fokus lag auf der makrostrukturellen Perspektive, um Zusammenhänge und Tendenzen ‚im Großen‘ nachzuzeichnen. Der Preis der Flexibilisierung ist hoch, so die Ergebnisse der Beiträge und Diskussionen. Viele mahnten die Entstehung von schärfer werdenden Ungleichheiten an, die sich entlang der Dimensionen von Ethnizität sowie Klasse und Geschlecht abzeichnen.

Eine wiederkehrende, exemplarische Figur für die ‚VerliererInnenseite‘ der Entwicklungen war die Migrantin aus wirtschaftlich schwachen Staaten, die in den reichen Ländern als Hausangestellte ausgebeutet wird. Hier wurden m. E. einseitig symbolische TäterInnen-Opfer-Konstellationen konstruiert. Wo sind die (widerständigen) Potenziale jener Personen, deren Lebensbedingungen prekär sind? Welche Positionen und Handlungsstrategien haben sie? Die nächste Tagung zur Analyse multipler Ungleichheiten sollte daher die Mikroperspektive stärker betonen und vor allem mehr Einblicke in Forschungsergebnisse von Studien gewähren, die das Handeln von konkreten AkteurInnen in konkreten Situationen zum Gegenstand haben.

Zur Person

Eva Wegrzyn, M. A. Arbeitsschwerpunkte: Redaktion des Gender Portals der UDE, Entwicklung von Weiterbildungsangeboten im Bereich Gender und Diversity, Koordination des bundesweiten Netzwerks Expert/inn/enkreis Genderkompetenz in Studium und Lehre.

Kontakt: Universität Duisburg-Essen, Zentrum für Hochschul- und Qualitätsentwicklung, Keetmannstr. 3–9, 47058 Duisburg

E-Mail: eva.wegrzyn@uni-due.de

Agriculture and Sustainable Rural Development in Times of Crisis. Critical Engagement from a Gender Perspective.

Tagung vom 25. bis 26. Januar 2013 an der Humboldt-Universität zu Berlin

Zusammenfassung

Hungersnöte und Ernährungskrisen stehen in einem engen Zusammenhang mit anderen weltweiten Krisenentwicklungen. Die Finanzkrise, der Klimawandel und bewaffnete Konflikte beeinflussen und verstärken sich gegenseitig und erschweren die Lebensbedingungen, vor allem von Menschen in ländlichen Regionen. Wie eine Genderperspektive nützlich sein kann, um das Verhältnis von landwirtschaftlicher Produktion, unbezahlter reproduktiver Arbeit und der Umwelt in Bezug auf diese Krisen zu untersuchen, zeigte die Tagung des Fachgebiets Gender und Globalisierung der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin am 25. und 26. Januar 2013.

Schlüsselwörter

Feministische Ökologie, Ernährungskrise, Weltwirtschaftskrise, Landwirtschaft, Gender

Summary

Agriculture and Sustainable Rural Development in Times of Crisis. Critical Engagement from a Gender Perspective. Conference at the Humboldt University of Berlin, 25/26 January 2013

Problems of food insecurity and food crises are inextricably linked to other mutually reinforcing crises. The financial crisis, climate change and armed conflicts influence and exacerbate the living conditions of the rural population in particular. The conference organized by the Chair of Gender and Globalization at the Humboldt University of Berlin on 25/26 January 2013 looked into how the gender perspective can be used to investigate the relationship between agricultural production, unpaid reproductive work and the environment in the context of these crises.

Keywords

feminist ecology, food insecurity, economic crisis, rural areas, gender

Die internationale Konferenz wurde von Christine Bauhardt und Gülay Çağlar organisiert. Den Eröffnungsvortrag hielt *Wendy Harcourt* (International Institute for Social Studies, Den Haag). Anknüpfend an das in den 1990er Jahren viel diskutierte Konzept der Sustainable Livelihoods kritisierte sie den derzeitigen globalen Nachhaltigkeitsdiskurs. Nachhaltigkeit sei zu einem Grundprinzip für wachstumsorientierte Agrarpolitiken geworden, ohne die mit dem Begriff ursprünglich verbundene Idee sozial- und umweltverträglicher Entwicklung zu berücksichtigen. Vielmehr stehe eine wirtschaftliche Nachhaltigkeit im Vordergrund. Auch Genderfragen seien somit nur noch dann interessant, wenn es um einen reibungslosen Ablauf marktförmiger Prozesse gehe. Was Frauen alltäglich für die Überlebenssicherung leisten, ohne dass dies für den ökonomischen Mainstream sichtbar ist, zeigte sie am Beispiel der „buen vivir“-Bewegung in Latein-

amerika, in der sich viele Frauen engagieren und die ein „gutes“ und nicht ein „besseres Leben“ im Einklang mit und nicht auf Kosten der Natur fordert. Die VertreterInnen des „buen vivir“ stellen Überlegungen an, wie ein Leben jenseits des wirtschaftlichen Wachstumszwangs möglich ist, und legen dem Konzept ein soziales Wertesystem zugrunde. Für den globalen Norden verwies Harcourt auf die Slow-Food-Bewegung und deren Orientierung an lokaler Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung.

In fünf Panels wurden am zweiten Konferenztage verschiedene Aspekte der globalen Krisen und deren Auswirkungen auf periphere Weltregionen diskutiert.

Das erste Panel thematisierte die soziale Einbettung ländlicher Ökonomien und arbeitete die Grenzen marktorientierter Sichtweisen auf das soziale Gefüge im ländlichen Raum heraus. Wie sich die weltweite Preisinstabilität für Nahrungsmittel auf einzelne Regionen in der Welt auswirkt, untersuchen *Alexandra Kelbert* und ihr Team vom Institute of Development Studies, Sussex, in ihrem von Oxfam unterstützten und auf der Tagung vorgestellten laufenden Forschungsprojekt. Die ForscherInnen begleiten u. a. LandwirtInnen und HändlerInnen in zehn Ländern über mehrere Jahre und ermitteln über Interviews und Beobachtungen, welche Auswirkungen die Instabilität der Lebensmittelpreise auf der Makroebene auf die Mikroebene, nämlich auf die lokalen Lebensbedingungen der Befragten, haben. Hierbei geht es nicht nur um die Menge an Nahrungsmitteln, die gekauft und verkauft werden kann, sondern vor allem um einen Wandel des sozialen Lebens. Kelbert skizzierte Veränderungen, wie z. B. Migrationsbewegungen der betroffenen Frauen in die umliegenden städtischen Arbeitsmärkte. Auf der persönlichen Ebene zeigten sich häufig Schamgefühle, wenn Frauen FreundInnen aufgrund der extrem knappen ökonomischen Situation nicht mehr auf einen Kaffee einladen könnten oder Männer Tätigkeiten verrichten müssten, die nicht als „männlich“ gelten.

Gudrun Lachenmann (Universität Bielefeld) betonte in ihrem Vortrag „Ester Boserup Revisited“ die von ÖkonomInnen ignorierte, aber ökonomisch unverzichtbare reproduktive Arbeit von Frauen, auf die Boserup in den 1970ern als Erste systematisch verwiesen hatte. Auch wenn Boserups Arbeit durchaus kritisch gesehen werden kann, war ihr Beitrag zur Thematisierung von Genderaspekten in der Entwicklungsökonomie wichtig: Ihr Befund, dass Frauen und Männer einen unterschiedlichen Zugang zu landwirtschaftlicher Arbeit haben, war wegweisend und eröffnete für die Entwicklungsforschung neue Perspektiven. Nach wie vor fließen Boserups Ergebnisse in Überlegungen zur Bekämpfung von Hungersnöten und anderen Krisen ein.

Olanike Deji von der Obafemi Awolowo University aus Nigeria informierte darüber, dass 65 Prozent der Frauen in Nigeria unterhalb der Armutsgrenze leben, was nicht zuletzt mit konventionellen Geschlechterrollen und dem fehlenden Zugang von Frauen zu Bildung, Technologien und Ressourcen im ländlichen Raum zusammenhänge. Deji interpretierte diese Entwicklungen als Folge neoliberaler Politik seit den 1980er Jahren.

Im zweiten Panel wurden die Mensch-Natur-Verhältnisse aus feministischer Perspektive theoretisch, politisch und forschungspraktisch beleuchtet. *Wendy Harcourt* betonte ausgehend von der alltäglichen sozialen Reproduktionsarbeit von Frauen die Notwendigkeit, bestehende Machtverhältnisse zu transformieren. Die Beziehung zwischen Körper, Care und Gender sei dafür neu zu denken und weibliche Arbeit nicht länger als natürlich vorhandene Ressource zu verstehen. In Abgrenzung zu den aktuellen Debatten um Grünes Wachstum fragte sie nach den sozialen Räumen, in denen widerständige All-

tagserfahrungen thematisiert werden können. Harcourt wandte sich provokativ gegen den „terror of inclusion“, die Integration der Annahme der naturgegebenen Verbindung von Weiblichkeit, Natur und Reproduktion als Selbstverständlichkeit in den Mainstream aktueller ökonomischer und ökologischer Wachstumspolitiken.

Daran inhaltlich anknüpfend stellte *Christine Bauhardt* (Humboldt-Universität Berlin) ihre Überlegungen zu einer Neuformulierung ökofeministischer Theorie dar und bezog die feministische Ökonomiekritik auf neuere Debatten des Material Feminism¹. Im Ansatz der Queer Ecologies, der die „Natürlichkeit“ der heterosexuellen Fortpflanzung und die Gebärfähigkeit von Frauen kritisch reflektiert, sieht sie eine vielversprechende Möglichkeit, die feministische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen weiterzuentwickeln. Als konzeptionell hilfreich erweise sich der Begriff der „naturecultures“ von Donna Haraway, wodurch die Gleichursprünglichkeit von Natur und Kultur charakterisiert und deren binäre Opposition dekonstruiert werde. Perspektivisch, so Bauhardt, könne damit die unselige Verquickung der natürlichen (Re-)Produktivität mit Weiblichkeit und Mütterlichkeit aufgelöst werden.

Martina Padmanabhan (Leibniz Universität Hannover) präsentierte Überlegungen zur Umsetzung von ökologischen und feministischen Ansätzen in agrarwissenschaftlicher Feldforschung. Ihr Forschungsprojekt BioDIVA, in dem deutsche und indische WissenschaftlerInnen zusammenarbeiten, geht der geschlechtergerechten und nachhaltigen Nutzung von Biodiversität nach. Ausgangspunkt ist das Wissen von Frauen in Südinien über den Umgang mit verschiedenen Reissorten, deren Anbau und Konservierung. Im Zentrum des Vortrags standen die praktischen Schwierigkeiten interdisziplinärer Zusammenarbeit über kulturelle Differenzen hinweg.

Das dritte Panel behandelte das Konzept der Ernährungssicherheit und die Frage, wie dieses Konzept umgesetzt werden kann. Das Recht auf Nahrung, dem durch Jean Ziegler in den 2000er Jahren Nachdruck verliehen wurde, ist ein Menschenrecht. Es kann aber nicht von allen Menschen auf der Welt wahrgenommen werden. *Stefanie Lemke* (Universität Hohenheim) beleuchtete in ihrem Vortrag diese Problematik und betonte die Bedeutung von Ernährungssouveränität als Grundlage für Ernährungssicherheit: Erst wenn NahrungsproduzentInnen und Betroffene in den Krisengebieten als AkteurInnen wahrgenommen und damit souverän würden, könne ein Schritt gegen den Welthunger und für Ernährungssicherheit getan werden. Das Recht auf Nahrung sei ein politisches Mittel, diese Souveränität für alle Menschen herzustellen. Hierbei sei es aber von großer Bedeutung, nicht nur die allgemeinen Menschenrechte, sondern darüber hinaus auch die Rechte der Frauen im Speziellen einzubeziehen. Erst wenn die vor Ort vorhandenen Machtverhältnisse analysiert würden und Frauen z. B. der Zugang zu Bildung und Ressourcen ermöglicht werde, könnten langfristige Lösungen gefunden und das Recht auf Nahrung realisiert werden. Lemke bekräftigte ihr Argument, indem sie betonte, dass die Verletzung grundlegender Frauenrechte, z. B. durch sexualisierte Gewalt gegen Frauen, ein großes Hindernis auf dem Weg zur Ernährungssicherheit sei.

„Niemanden zu haben, mit der/dem man gemeinsam essen kann, bedeutet Armut“, sagte *Parto Teherani-Krönner* (Humboldt-Universität Berlin) im folgenden Vortrag. Sie

1 Material Feminism untersucht den Zusammenhang von Kapitalismus und Patriarchat. Durch die Trennung zwischen männlich zugeordneter wachstumsorientierter Produktionsarbeit und weiblich zugeordneter Reproduktionsarbeit entstünden Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern, die das Patriarchat und die Unterdrückung von Frauen verstärkten.

stellte die Frage, inwiefern das Recht auf Nahrung nicht eigentlich ein Recht auf Ernährung samt deren kultureller und sozialer Einbettung sein müsse. Jede soziale Beziehung beginne mit einem gemeinsamen Getränk oder einer gemeinsamen Mahlzeit, diese bildeten somit einen grundlegenden Faktor für zwischenmenschliche Beziehungen. Hierfür bedürfe es aber mehr als nur des Zugangs zu Rohstoffen: Für die Zubereitung einer Mahlzeit brauchten Menschen agrarische Rohprodukte, das Wissen um deren Zubereitung sowie Wasser, Energie und Menschen, mit denen man/frau gemeinsam essen könne. So forderte Teherani-Krönner weniger das Recht auf Nahrung als vielmehr eine Mahlzeitenpolitik. Sie argumentierte abschließend gegen die Vorstellung, dass Ernährungssicherung vor allem durch höhere Produktivität in der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen sei und betonte die Bedeutung der Arbeit von Frauen, die für den Mainstream meist noch immer zu wenig Beachtung fände – dabei seien Frauen traditionell diejenigen, die für die Ernährung verantwortlich seien.

Elisabeth Meyer-Renschhausen (Freie Universität Berlin) beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der städtischen Kleinlandwirtschaft. Sie zeigt, dass in Gemeinschaftsgärten und an öffentlichen, brach liegenden Plätzen im Laufe der vergangenen Jahre immer mehr Orte entstanden sind, die von ganz unterschiedlichen Menschen zum Anbau von Nahrungsmitteln genutzt werden. In ihren Ausführungen bezog sie sich vor allem auf Erfahrungen aus Berlin und New York, in denen Gärten eine immer größere Bedeutung bekommen haben. Diese Gärten seien eine „versteckte moderne Universität“ für die Menschen, in denen sie neben dem Anbau von Gemüse und Pflanzen auch etwas über den eigenen Umgang mit der Umwelt und die Wertschätzung von Nahrungsmitteln lernen. Die Gärten seien nicht nur ein Ort der Arbeit und anschließenden Erholung, sondern auch eine Möglichkeit des Empowerments für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen und eine Basis für die Gemeinschaft ganz unterschiedlicher Menschen. Ein Beispiel war die Arbeit des Vereins „südost Europa Kultur e. V.“, der einer Gruppe von Flüchtlingsfrauen aus dem ehemaligen Jugoslawien die Möglichkeit gab, auf dem Gelände des Berliner Gleisdreiecks zu gärtnern, und so eine neue Möglichkeit der Gemeinschaft und des Empowerments schaffte.

Das vierte Panel befasste sich mit bewaffneten Konflikten, die in einem engen Zusammenhang mit Ernährungskrisen stehen. Die Situation für Menschen in Konfliktgebieten ändert sich grundlegend, das alltägliche Leben wird gefährlicher, wie *Rita Schäfer* verdeutlichte. Was macht ein Krieg mit Familien? Mit Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit? Schwerpunkt ihrer Überlegungen war, dass eine kritische Genderperspektive nicht nur Frauen, sondern auch die Männer im Blick haben muss. In bewaffneten Konflikten werde häufig die Macht der Männer vor Ort infrage gestellt, diese Macht und Verantwortung werde ihnen durch Männer der gegnerischen Seite oder durch UN-BlauhelmsoldatInnen entzogen. Daraus entstünden neue Machtverhältnisse mit gravierenden Folgen unter den Männern vor Ort. Im Zuge bewaffneter Konflikte würden die Rollen neu zugeschrieben: Gerade junge Frauen bekämen die Verantwortung für die gesamte Familie zugewiesen, während junge Männer ihre soziale und ökonomische Macht verlören.

Als Beispiel für Krisen in Konfliktgebieten, die das Geschlechterverhältnis positiv für Frauen verändern, verwies *Gihan Adam Abdallah* von der Ahfad University for Women in Omdourman auf das sudanesisches Dorf Al Dagag. Zu den anhaltenden poli-

tischen und bewaffneten Konflikten im Sudan kommen speziell in dieser Gegend häufig Trockenperioden und Hungersnöte, sodass die Lebensbedingungen insgesamt erschwert sind. Doch durch soziale Netzwerke unterstützten sich Frauen, die häufig aufgrund des Bürgerkriegs die Verantwortung für ihre Familien übernehmen müssen, gegenseitig, indem sie sich z. B. gegenseitig Geld zur Verfügung stellten. Dadurch seien Frauen in Al Dagag selbstständiger geworden, sie eröffneten eigene Läden und übernahmen häufig die Funktion des Familienoberhaupts.

Ulrike Schultz (Theologische Hochschule Friedensau) erforschte in einer Langzeitstudie die Umsiedlung verschiedener Clans und Familien nach dem Friedensabkommen von 2005 aus der sudanesischen Hauptstadt Khartum in den Südsudan. Im Mittelpunkt ihres Interesses stand dabei die Frage, wie neue Gemeinschaften aus alten entstehen können und welche Rolle Männer und Frauen bei der Aneignung ihrer neuen „Heimat“ spielen. Schultz verdeutlichte in ihrem Vortrag, dass nicht nur die Geschlechtszugehörigkeit eine zentrale Rolle beim Aufbau neuer Gemeinschaften spielt, sondern auch die ethnische Zugehörigkeiten der SüdsudaneseInnen. Allerdings bezögen sich gerade Männer stark auf ihre ethnische Zugehörigkeit, wohingegen Frauen „ethnische Grenzgängerinnen“ seien und die Bedeutung von Ethnizität eher relativierten. Vor diesem Hintergrund plädierte Schultz dafür, dass Veränderungen in Krisenregionen nur unter Berücksichtigung der Komplexität der Kategorie Geschlecht, nämlich in ihrem Wechselverhältnis zu anderen sozialen Kategorien (z. B. Ethnizität), verstanden werden könnten.

Der Fokus des fünften Panels galt dem Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Umweltkrisen. Fragen nach Genderaspekten in Konzepten, die vermeintlich als „grün“ eingestuft werden, und nach gender- und umweltgerechter Nachhaltigkeit wurden in den Diskussionen besprochen. *Christa Wichterich* (WIDE – Women in Development Europe) vertrat die These, dass sich die Vielfachkrise, mit der sich die Tagung befasste, nicht so einfach durch eine „green economy“ lösen lasse. Sie stellte verschiedene Konzepte wie den „Global Green New Deal“ und den „Green Growth“ vor und kam zu dem Schluss, dass sie weniger darauf abzielten, die Krisen zu lösen als vielmehr dem Kapitalismus und den Marktkräften noch stärker zur Durchsetzung zu verhelfen. Dies geschehe hauptsächlich dadurch, dass der Natur ein finanzieller Wert gegeben werde, wie sich am Handel mit Emissionsrechten nachdrücklich zeige. All diese Konzepte führten dazu, den Umweltgedanken noch weiter von den sozialen Verhältnissen zu entfernen. Auch die Genderfrage spiele eine große Rolle, denn besonders kritisch sei die Inklusion von Frauen in diese wachstums- und marktorientierten Konzepte. Frauen würden, wenn sie überhaupt Berücksichtigung fänden, auf ihre vermeintliche Nähe zur Natur reduziert; reale Bedürfnisse und materielle Unterschiede blieben damit ausgeklammert. Betrachte man z. B. die „grünen Konzepte“ der Weltbank, so zeige sich, dass Geschlechtergerechtigkeit hier nur ein Schlagwort sei, das am Ende zu einer effizienteren Wachstumswirtschaft führe. Diese Inklusion unterstütze also nicht eine Ökonomie, die den natürlichen Grenzen und den sozialen Bedürfnissen der Menschen Rechnung trage; dazu bedürfe es mehr als nur eines oberflächlichen geschlechtergerechten oder grünen Labels.

Susanne Neubert vom Seminar für ländliche Entwicklung der Humboldt-Universität stellte mit dem Ansatz der Conservation Agriculture in Subsahara-Afrika eine Me-

thode für klimafreundliche und lokal angepasste Feldbewirtschaftung vor. Bei dieser Methode wird der Pflug durch Hackbau ersetzt, um weniger CO₂ aus dem Boden freizusetzen. Gleichzeitig werden weniger Dünger und Herbizid benötigt. Allerdings ist die Arbeitsbelastung wesentlich höher als bei der maschinellen Bearbeitung. Inwiefern diese Herangehensweise die Rolle der Frauen in der agrarischen Ökonomie stärkt oder doch nur deren Arbeitsbelastung erhöht, wurde anschließend kontrovers diskutiert.

Im letzten Vortrag ging *Dang Tung Hoa* von der Water Ressource University in Hanoi noch einmal auf die Bedeutung der Menschen vor Ort ein. Am Beispiel des Wasser-Managements in Vietnam verdeutlichte sie die Relevanz, beim Thema Wasser nicht auf die Genderperspektive zu verzichten. Denn Wasser sei insofern ein stark gegendertes Feld, als Frauen zwar für die Wasserversorgung im Haushalt, in der Gesundheitsversorgung und in der Subsistenzlandwirtschaft zuständig seien, häufig aber einen schlechteren Zugang zu Wasser hätten. Dang Tung Hoa wies darauf hin, dass Frauen in Vietnam eine tragende Rolle in der Landwirtschaft spielen, weshalb es wichtig sei, bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung auf das Fachwissen von GenderexpertInnen zurückzugreifen, um die Planung an die Bedürfnisse von Frauen anzupassen.

Bei diesem Panel zeigte sich die kontroverse Einschätzung der beteiligten ForscherInnen im Hinblick auf die Integration von Frauen in die Agrarökonomie und die ländliche Entwicklung insgesamt. Die soziale und ökonomische Bedeutung der Arbeit und des Fachwissens von Frauen für die (Über-)Lebenssicherung des agrarwissenschaftlichen Mainstreams wird immer noch massiv unterschätzt. Gerade wenn verschiedene Krisensituationen aufeinander treffen, Frauen z. B. im Rahmen bewaffneter Konflikte, Klimakatastrophen und Flucht die Entscheidungsgewalt in ihren Familien erhalten und vermeintliche Männerarbeit und -aufgaben übernehmen, zeigt sich, welche große Rolle Frauen in ländlichen Regionen spielen und wie gleichzeitig beharrliche geschlechtsspezifische Asymmetrien im Zugang zu und in der Kontrolle über Ressourcen ihre Situation erschweren.

Außerdem stellt sich die Frage, welches Verständnis von Ökonomie verhandelt wird, wenn es um agrarökonomische Konzepte geht. Sollten Ernährungskrisen weiterhin durch mehr Wachstum und Produktivität versucht werden zu bewältigen? Oder müssten nicht Sustainable Livelihoods die Orientierung für eine sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklung sein? Auf der Tagung wurde vielfach für Letzteres plädiert. Wie sich dies jedoch politisch durchsetzen lässt, blieb offen.

Zur Person

Julia Brummert, Master-Studentin der Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin und freie Journalistin. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterkonstruktion in sozialer Interaktion, Hegemoniale Männlichkeiten in Pop- und Subkultur(en).

E-Mail: juliabrummert@yahoo.de

Petra Ahrens

Lee Ann Banaszak, 2010: *The Women's Movement Inside and Outside the State*. New York: Cambridge University Press. 247 Seiten. 23,49 Euro

Können Aktivistinnen der Frauenbewegung ihre Ziele verfolgen, auch wenn sie innerhalb des Staatsapparates arbeiten? Wie klar ist die Trennung zwischen Staat und Frauenbewegung tatsächlich? Diesen Fragen geht Lee Ann Banaszak in „*The Women's Movement Inside and Outside the State*“ für feministische Aktivistinnen in den USA nach. Banaszak untersuchte deren gleichstellungspolitische Aktivitäten als „Insiderinnen“ im höheren föderalen Staatsdienst von der Kennedy- bis zur Clinton-Ära als ein Beispiel für Schnittstellen zwischen Frauenbewegung(en) und Staatsapparat. Dabei hat sie auch jene einbezogen, die nicht direkt für Gleichstellung zuständig waren, aber aktiv feministische Ziele verfolgten. Sie argumentiert, dass erstens ein Großteil gleichstellungspolitischer Erfolge in den USA nicht verstanden werden könne, wenn gerade diese Insiderinnen und deren Engagement innerhalb und außerhalb des Staates unbeachtet bleiben. Ebenso sei zweitens die Entwicklung der zweiten Welle der Frauenbewegung von diesen Insiderinnen stark beeinflusst worden.

Für ihre Analysen nutzte Banaszak leitfadengestützte Interviews mit Insiderinnen sowie Archivmaterialien. Zwei Kriterien zur Auswahl von „Insiderinnen“ galten: aktiv und nachhaltig in einer Frauenbewegung engagiert (bestätigt durch Archivmaterial oder Aussagen von zwei anderen Aktivistinnen); angestellt im föderalen Staatsdienst. Insgesamt wurden vierzig Interviews geführt, gesammelt durch ein modifiziertes Schneeballsystem, bei dem – beginnend mit einigen bekannten Aktivistinnen – Empfehlungen aus den Interviews mit Personenrecherchen aus den Archivmaterialien zusammengeführt wurden. 70 % der Interviewten traten zwischen 1961 und 1981 in den Staatsdienst ein, 20 % vor 1961 und die übrigen 10 % nach 1981. Das verwendete Archivmaterial bestand aus drei Arten: Dokumente der Frauenbewegung(en), persönliche Unterlagen von Befragten sowie Dokumente und „oral history“ aus verschiedenen Archiven.

Banaszak untersucht eine ganze Ära US-amerikanischer Geschichte. Im ersten, sehr dichten Kapitel diskutiert sie, wie die bisherige Forschung zu sozialen Bewegungen und speziell zur zweiten Welle der Frauenbewegung dazu beigetragen hat, konfrontationsorientierte Aktionen der Frauenbewegung und die Rolle institutionalisierter Gleichstellungspolitik inklusive sogenannter „Femokratinnen“ (S. 5) zu verstehen. Bereits hier macht Banaszak ihr Anliegen deutlich: Bisherige Forschung vernachlässige und missverstehe (feministische) Staatsbedienstete viel zu häufig lediglich als Verbündete und viel zu selten als Mitstreiterinnen der Frauenbewegung. Hier sei es aber zwingend notwendig, zu differenzieren: Verbündete verfolgten nicht immer die Ziele der Frauenbewegung oder könnten auch Entscheidungen treffen, die diesen widersprechen. Diese Gefahr bestünde bei den feministischen Insiderinnen nicht.

Die Debatten und Hintergründe zur zweiten Frauenbewegung und deren Weg in die Institutionen legt Banaszak im zweiten Kapitel dar. Dabei problematisiert sie dezidiert die Homogenität der Insiderinnen – weiß, Mittelklasse, überwiegend gut ausgebildete Juristinnen – und den Ausschluss der afroamerikanischen Frauenbewegung(en). Ebenso

zeigt sie auf, dass die Ziele der Frauenbewegung(en) nicht einheitlich waren und nur mit Mühe zu Themen zusammengebracht werden konnten.

Banaszak setzt sich auf der Basis ihrer Forschungsergebnisse im dritten Kapitel mit fünf zentralen Thesen der Bewegungsforschung auseinander. So kann als bestätigt gelten, dass Insiderinnen nicht die übliche Zusammensetzung der Frauenbewegung(en) widerspiegeln, sondern häufiger weiß und häufiger gut ausgebildet waren (These 1). Dennoch waren in ihrem Sample afroamerikanische Frauen nicht unterrepräsentiert (These 2). Dass ausschließlich moderate Feministinnen mit der Absicht zu schrittweisen Veränderungen in den Staatsdienst kamen (These 3), widerlegt Banaszak eindrucksvoll. Auch wenn die Mehrheit zu den Erstgenannten zähle, so seien Feministinnen mit radikalen Veränderungsabsichten keine Seltenheit gewesen. These 4, dass Insiderinnen eher karriereorientiert als bewegungsverbunden seien und mit der Zeit moderater würden (These 5), hält Banaszak entgegen, dass einige Insiderinnen sich erst aktiv für die Frauenbewegung einsetzten, nachdem sie bereits im Staatsdienst waren. Hieran anknüpfend unterscheidet sie drei unterschiedliche Typen: (1) „Infiltrierende“, bereits feministisch aktiv und dann in den Staatsdienst tretend, (2) „Mobilisierte“, zwar feministisch, aber erst nach Eintritt in den Staatsdienst aktiv, sowie (3) „Konvertierte“, bereits im Staatsdienst tätig und beginnend, sich zu engagieren.

Wie das vierte Kapitel zeigt, waren Insiderinnen gleichermaßen aktiv, um die Frauenbewegung zu mobilisieren, neue Netzwerke, neue Bewegungen aufzubauen und neue Strategien zu entwickeln. Das legt ein anderes Verständnis offen als das der Institutionalisierung von Frauenbewegungen als Vorbedingung für Integration in den Staatsapparat.

Dass Insiderinnen innerhalb des Staates verschiedene Politiken beeinflussten, zeigt schließlich das fünfte Kapitel, in dem Banaszak die gewählten Strategien der Insiderinnen unter die Lupe nimmt. Dabei stellt sie fest, dass diese durchaus konfrontative Wege wählten, wobei sie unter konfrontativ kontextbezogen versteht. Dies bedeute, dass z. B. Gerichtsverfahren zu Abtreibung oder Antidiskriminierung in bestimmten Zeiten und Gebieten immer konfrontative Strategien seien, sofern sie den Staat und bisherige Gegebenheiten fundamental infrage stellten.

Ob und wie verschiedene Strategien zum Erfolg führten und was genau sich dadurch änderte, wird im sechsten Kapitel beleuchtet. Banaszak macht anhand verschiedener Beispiele zu Gesetzen deutlich, wie sich Erfolge der Frauenbewegung auf die gut platzierten Insiderinnen sowie deren Engagement und Netzwerke zurückführen lassen. Das beinhaltet auch, Ressourcen in schwierigen Zeiten zu sichern und unterschiedlichste Politikfelder zu bearbeiten.

Die zeitliche Perspektive und damit verbundene Regierungswechsel diskutiert Banaszak im siebten Kapitel. Überzeugend stellt sie dar, dass Wechsel nicht immer automatisch Einschränkung (RepublikanerInnen) oder mehr Spielraum (DemokratInnen) bedeute, sondern dass das Bild nuancierter sei. Aktivismus verschwinde nicht einfach, sondern führe häufig zu veränderten Strategien je nach Möglichkeitsstrukturen in der Administration.

Im zusammenfassenden letzten Kapitel betont die Autorin, dass sich Forschung nicht nur dem Verhältnis von Frauenbewegung und Staatsapparat widmen könne, sondern gerade die Überlappungen stärker mitbetrachtet werden müssten, um Erfolge der Frauenbewegung und politische Veränderungen verstehen zu können. So sei der Blick auf individuelle Aktivistinnen und nicht auf den „Staatsfeminismus“ wertvoll, weil diese Insiderinnen „under the radar“ agierten (S. 186).

Lee Ann Banaszak betritt mit ihrer Studie Neuland und bearbeitet innovativ und detailreich eine Lücke der sozialen Bewegungsforschung. Ihre zentrale Frage zeigt auf, wo Bewegungsforschung generell blinde Flecken hat. Dabei Interviews mit unterschiedlichsten Archivmaterialien wie ton- und filmtechnischen Aufzeichnungen zu kombinieren, um mehrere Jahrzehnte bearbeiten zu können, ist methodisch kreativ.

Ihr Fallbeispiel hilft, sich einem neuen Blick auf Bewegungsstrategien und Institutionalisierung zu öffnen. Hier schließen sich die Fragen an, welche Ergebnisse andere Ebenen (z. B. Bundesstaaten, regionale Verwaltung) oder andere (nationale) Kontexte (z. B. Deutschland, EU) ergeben würden und ob die föderale US-Ebene nicht doch eine spezielle ist. Ist diese Art von Aktivismus z. B. nur auf einer halbwegs „anonymen“ föderalen Ebene möglich? Macht es einen Unterschied, wie offen die Institutionen für „Outsiderinnen“ sind und wann diese zu „Insiderinnen“ werden können?

Unbeantwortet bleibt leider, nach welchen Kriterien jemand als Feministin oder gar als radikale Feministin eingestuft wird. Hier bleibt Banaszak diffus und zieht sich zurück auf ihre Kriterien für die Auswahl der untersuchten Insiderinnen.

Perspektivisch bleibt zu hoffen, dass die von Banaszak formulierten Fragen und ihr methodisches Vorgehen eine breite Rezeption und Nachahmung in der sozialen Bewegungsforschung finden. Dass die Begriffe Insiderin/Outsiderin nicht immer adäquat sind, hat sie in ihrer Studie aufschlussreich ausgeführt. Viel zu häufig wurden bisher autonome Frauenbewegung und institutionalisierte Gleichstellungspolitik als Gegensätze aufgefasst, viel zu selten Zusammenspiel und gemeinsam erzielte Erfolge in den Blick genommen.

Zur Person

Petra Ahrens, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, promoviert derzeit an der Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS) der Humboldt-Universität zu Berlin zu Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming, Europäische Integration.

Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin Graduate School of Social Sciences, Luisenstraße 56, 10117 Berlin

E-Mail: petra.ahrens@sowi.hu-berlin.de

Anne Schlüter

Hildegard Macha, Susanne Gruber, Sandra Struthmann, 2011: Die Hochschule strukturell verändern. Gleichstellung als Organisationsentwicklung an Hochschulen. Opladen, Farmington Hills: Budrich UniPress. 322 Seiten. 36,00 Euro

Es ist der Anspruch der Studie, erstellt von Hildegard Macha und Mitarbeiterinnen, einen Beitrag zur Theorieentwicklung der Gleichstellungspolitik an Hochschulen zu leis-

ten. Verfolgt man die einzelnen Kapitel, dann liegt mit dem letzten Kapitel schließlich ein Konzept vor, das nicht allein für Gleichstellungsbeauftragte interessant ist, sondern von denen gelesen werden sollte, die Funktionen in den Hochschulen innehaben, gleich auf welcher Ebene. Denn die Konzeptentwicklung beinhaltet die Vorstellung einer „Idealen Hochschule“ der Geschlechtergerechtigkeit. Um zu einem solchen Modell zu kommen, sind verschiedene theoretische und empirische Anstrengungen notwendig. Die Monographie, als Teamarbeit konzipiert und umgesetzt, basiert daher neben der theoretischen Erörterung des Forschungsstands auf der Auswertung einer empirischen Studie, die die Gleichstellungsprozesse an Hochschulen erforschte. Unter dem Titel „Gender Mainstreaming – Bilanzierung und Optimierung“ wurde sie in den Jahren 2006 bis 2008 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert und an der Universität Augsburg durchgeführt. Federführend war das Gender Zentrum an der Universität. Die Bedeutung der Studie, so die Autorinnen in der Einführung, liegt darin, dass hier erstmalig Gleichstellungsprozesse an 15 Hochschulen mit drei unterschiedlichen empirischen Erhebungsinstrumenten vergleichend untersucht wurden (S. 31). Diese sind: Dokumentenanalyse, quantitative Erhebungen mit Fragebögen und ExpertInneninterviews mit der Leitungsebene und den Gleichstellungsbeauftragten vor Ort. Das methodische Design mit den theoretischen und methodischen Überlegungen wird im zweiten Kapitel des Buches nachvollziehbar dargestellt (S. 69ff.).

Nicht unwichtig für die Konzeptentwicklung und damit für die Einordnung von Gleichstellungsstrategien an Hochschulen sind die Reflexion der sozialen und politischen Gegebenheiten und Konstellationen in der historischen Zeit der letzten 30 Jahre, die als Vorlauf und Hintergrund aufgenommen werden, um zu verdeutlichen, dass vor der Zeit des Gender Mainstreamings (GM) Initiativen von Akteurinnen für Gleichstellungspolitik vor allem solche der Frauenförderung waren. Die ausgewertete Erhebung erfasst den Zeitraum des Wandels von der Strategie der Frauenförderung bis hin zur europäischen Strategie des Gender Mainstreamings, also einer Zeit, in der über die Wirksamkeit beider Strategien diskutiert wurde. Dokumente wie Frauenförderpläne, Maßnahmen, Berichte und Befragungen geben darüber Aufschluss. Die Chronologien der Gleichstellungsprozesse einerseits und die Professionalisierung des Amtes der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten andererseits ließen sich auf diese Weise erheben und vergleichen (S. 32).

Nachgezeichnet wird, dass sich das ehemalige Amt der Frauenbeauftragten in seinem Selbstverständnis mit dem Prozess des Gender Mainstreamings zum Amt der Gleichstellungsbeauftragten mit einer Verstetigung der Aufgaben veränderte. Die rechtliche Verankerung durch Gleichstellungsgesetze hat zu einer höheren Verbindlichkeit geführt. In der Tendenz versteht sich Gleichstellungspolitik an Hochschulen gegenwärtig als Organisationsentwicklung. Dies drückt sich u. a. in der Aufnahme von Gleichstellungszielen in die Zielvereinbarungen zwischen Fakultäten, Rektoraten und Ministerien aus. Betont wird, dass Gleichstellung nicht Gleichartigkeit, sondern Gleichwertigkeit meint. Mit den mittlerweile vorhandenen Ansätzen der genderorientierten Organisationstheorie lassen sich nicht nur die Gleichstellungspolitiken vorantreiben, es können auch die bekannten Theorien der Organisation kritisch reflektiert werden. Die Ebenen der kritischen Auseinandersetzung und der Unterscheidung beziehen sich auf die struktural-organisational, die interaktionale und die personale. Im Blickfeld der gegenwärtigen Auseinanderset-

zungen, so Hildegard Macha in der Erörterung des Diskussions- und Forschungsstandes, steht die „gendered organization“. Das Modell der Organisationsentwicklung habe sich mit dem Konzept der Gleichstellung gut verbinden lassen, so ihre Argumentation, denn Organisationsentwicklung habe als Ziel, die Effektivität der Arbeitsabläufe zu steigern und die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen zu erhöhen (S. 45). Dazu passt hervorragend Gender Mainstreaming als Strategie für Organisationen. Denn GM hat als Vision, Geschlechtergerechtigkeit zum Nutzen der MitarbeiterInnen herzustellen.

Vor dem Hintergrund der Einführung von Steuerungsinstrumenten aus der Wirtschaft in die Hochschulen ist auch die aktuelle Gleichstellungsdebatte neu zu bewerten. Hildegard Macha kritisiert, dass betriebswirtschaftliches Denken unhinterfragt auch für die Ziele der Gleichstellung übernommen wird (S. 52). Sie plädiert für eine erneute Verknüpfung der Gleichstellungspolitik mit feministischen Theorien (S. 56). Das bedeutet, dass die wissenschaftsgestützten und konzeptbasierten Gleichstellungsprogramme der Hochschulen auch weiterhin die politische Kommunikation in den Hochschulen prägen sollten.

In den weiteren Kapiteln weisen Ergebnisse der empirischen Erhebungen darauf hin, dass Erfolge nur über eine „untrennbare Wechselwirkung“ zwischen den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und den Hochschulleitungen zu erreichen sind. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bringen aktiv Ideen ein und die Hochschulleitung steuert „top-down“ den Prozess (S. 57). Aufgrund der Analyse der durchgeführten ExpertInneninterviews ist die Praxis der Steuerung der GM-Prozesse allerdings komplexer als bisher entworfen. Statt der klassischen Steuerung durch „Top-down“- und „Bottom-up“-Strategien finden sich empirisch feststellbar außerdem reziproke Prozesse. Daher wird von den Autorinnen das Modell der „reziproken Interferenz“ erarbeitet (S. 112), das für weitere Planungen der Organisationsentwicklung relevant werden kann.

Aufschlussreich sind die Präsentationen der Verlaufsgrafiken von Gleichstellungspolitik an den einzelnen Hochschulen. Sie zeigen, dass erst ab dem Jahr 2000 Gender Mainstreaming aktiv betrieben wird. Ab 2003 stieg die Intensität noch einmal an. Ergebnisse weiterer einzelner Analyseschritte verweisen auf die sogenannten „Stellschrauben“ oder „Strukturkategorien“, die aus dem empirischen Material herauskristallisiert werden. Der gewählte Begriff der „Stellschrauben“ ist zwar ein eher technischer Begriff, aber er hebt auf die Möglichkeiten der Justierung bzw. Festschreibung von Möglichkeiten der Gleichstellungspolitik ab, die als Ansätze und Einflussfaktoren zur Implementierung und Optimierung gelten können. Auf der Basis der Auswertung des empirischen Materials wurden zehn dieser sogenannten „Stellschrauben“ identifiziert. Man kann davon ausgehen, dass sie unmittelbar Einfluss auf die hochschulpolitische Gleichstellungspolitik ausüben. Dazu gehören die Strukturkategorien: Visionen und Ziele; Festlegung einer Gleichstellungsstrategie; Erstellung einer Gender-Daten-Analyse; Formulierung eines Konzepts; Durchführung von Gender-Trainings; Steuerung und Controlling; Gremienbildung zur Unterstützung sowie Programmentwicklung und Evaluation.

Die Erhöhung der Komplexität von Gleichstellungspolitik im Laufe der letzten Jahrzehnte wird mit der vorliegenden Studie sehr klar. Deutlich wird auch, dass die Anforderungen an die Beruflichkeit von Gleichstellungsarbeit gestiegen sind. Das liegt nicht allein an dem veränderten Selbstverständnis der Gleichstellungsarbeit, sondern insbesondere an der damit verbundenen Aufgabe, den Prozess der Organisationsentwicklung als Akteurin mitzuverantworten. Die Publikation macht auch auf den Tatbestand

aufmerksam, dass die Breite und Höhe der Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten etwa denen eines mittleren Managements in Organisationen der Wirtschaft entsprechen. Das bedeutet: Gleichstellungspolitik an Hochschulen kann nur dann erfolgreich werden, wenn sie Personal- und Organisationsentwicklung wie in Betrieben praktiziert. Insofern handelt es sich bei der vorliegenden Publikation um einen praktischen und handlungsleitenden Entwurf zur Veränderung von Hochschulen, der informativ, innovativ und relevant für die Praxis der Gleichstellungsarbeit sein kann.

Zur Person

Anne Schlüter, Prof. Dr., Sprecherin des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW, Leiterin der Koordinations- und Forschungsstelle des Netzwerks. Arbeitsschwerpunkte: Erwachsenenbildung/Bildungsberatung, Lehre im BA Erziehungswissenschaft/MA Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Forschung zu Frauen in Leitungsfunktionen in der Erwachsenenbildung und allgemein zu Weiterbildung und Biographie. Kontakt: Universität Duisburg-Essen, IBW in der Fakultät für Bildungswissenschaften, Berliner Platz 6–8, 45127 Essen
E-Mail: anne.schluter@uni-due.de

Nicole Justen

Eichhorn, Svenja/Kuwert, Philipp, 2011: *Das Geheimnis unserer Großmütter. Eine empirische Studie über sexualisierte Kriegsgewalt um 1945*. Gießen: Psychosozial-Verlag. 112 Seiten. 16,90 Euro

Die vorgelegte Studie untersucht, in welchem Ausmaß Traumatisierungen durch sexualisierte Kriegsgewalt um 1945 bei den betroffenen Frauen zu Belastungssymptomen geführt und inwieweit sich diese aufgrund von mangelnden Bewältigungsmöglichkeiten bis in die Gegenwart hinein zu einer (chronischen) posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) ausgeprägt haben. Die Veröffentlichung basiert auf einer Erhebung von Svenja Eichhorn, die unter der Betreuung und Projektleitung von PD Dr. Philipp Kuwert am Institut für Psychologie der Universität Greifswald sowie der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Hanse-Klinikums Stralsund durchgeführt wurde. Die Studie steht im Kontext der sich erst langsam entwickelnden öffentlichen Beschäftigung mit sexualisierter Kriegsgewalt um 1945 und dem Aufbrechen der Traumatisierungen im Zusammenhang des Älterwerdens und entstehender Pflegebedürftigkeit. Was muss es beispielsweise für eine Frau bedeuten, die sexualisierte Gewalt erlebt hat, wenn sie von männlichen Pflegern betreut, gefüttert und gewaschen wird und ihr eventuell geäußertes Unbehagen als unverständliches, störendes Verhalten im anstrengenden Pflegealltag verurteilt und entsprechend behandelt wird?

Hier wird ein Thema aufgegriffen, das auch 65 Jahre nach den Vergewaltigungen von bis zu zwei Millionen Frauen durch russische Alliierte sowohl im privaten als

auch gesellschaftlichen Raum einem Tabu unterliegt. Insbesondere der Bosnienkrieg hat jedoch gezeigt, dass Kriegsvergewaltungen gezielt als militärtaktisches Mittel eingesetzt werden. Diese Verbrechen an Frauen finden in unzähligen kriegesischen Auseinandersetzungen statt, die Eichhorn chronikartig benennt, um aufzuzeigen, dass Vergewaltigungen zu Kriegen systematisch dazugehören (können). Sie verschweigt dabei auch nicht die sexualisierten Gewalttaten, die in den Militärbordellen der deutschen SS im Zweiten Weltkrieg an jüdischen Frauen verübt wurden. Das sachliche Erkennen dieser Verbrechen allein reicht jedoch nicht aus, um das Leid, das Frauen auf der ganzen Welt betrifft, anzuerkennen und damit Bewältigungsmöglichkeiten und -hilfen zu schaffen. Eichhorn geht davon aus, dass die Traumatisierungen, die Frauen durch sexualisierte Kriegsgewalt um 1945 erleben mussten, durch fehlende Bewältigungsmöglichkeiten bis heute eine psychische Belastung darstellen, über die die wenigsten Frauen sprechen können. Bis ins hohe Alter sind sie für viele dieser Frauen ein Geheimnis geblieben, von dem weder ihre Familien noch das weitere soziale Umfeld etwas wissen.

Die Analyse basiert auf quantitativen und qualitativen Erhebungen. Quantitativ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass vor allem statistische Daten zum Thema ermittelt und die Häufigkeiten und deren Verteilung erhoben wurden. Die qualitativen Daten sind als Interviewaussagen der betroffenen Frauen zu verstehen, die im Rahmen dieser Studie jedoch nur begrenzt mithilfe qualitativer Analyseverfahren ausgewertet werden konnten. Im Kontext einer zunächst relativ klein angelegten Untersuchung war es der Verfasserin nicht möglich, sowohl die quantitativen als auch die qualitativen Daten ausführlich in die Veröffentlichung mit einzubeziehen, was im methodischen Bereich zu Schwächen führt. Die qualitativen Daten dienen in diesem Werk daher eher als flankierende Zusätze.

Im ersten Teil der Arbeit erläutert Eichhorn, was unter sexualisierter Gewalt und Vergewaltigung, sexualisierter Kriegsgewalt, Traumatisierung und einer posttraumatischen Belastungsstörung als Folge der erlebten Gewalt verstanden wird. Sie bezieht dabei die Fachliteratur und den aktuellen Forschungsstand weiträumig ein. Im zweiten Teil gibt sie einen ausführlichen Einblick in das gewählte Studiendesign mit den soziodemografischen Daten ihrer Stichprobe sowie dem Erhebungsverfahren (narratives Leitfadeninterview und Fragebogen) und den Messinstrumenten. Im dritten Teil stellt Eichhorn dann die Ergebnisse ihrer deskriptiven und interferenzstatistischen Analyse vor. Im deskriptiven Teil finden sich Angaben „zu den erlebten Traumata im Allgemeinen, zum Trauma der Kriegsvergewaltigung und zur Bewältigung. Der interferenzstatistische Teil enthält Analysen der Variablen PTBS, Kohärenzgefühl, Traumazahl und peritraumatische Belastung und liefert damit die Grundlage für die Beantwortung der theoretischen Fragestellung“ (S. 71).

Besonders aufschlussreich sind die Passagen, in denen die betroffenen Frauen selbst zu Wort kommen und damit Einblicke in die an ihnen begangenen Verbrechen geben: „Zwei haben mich festgehalten, ein Dritter hat dann mich vergewaltigt. Dann haben die sich abgewechselt. Und das ging so ungefähr fünf Mal“ (R. S., 82 Jahre). Sie beschreiben auch ihre Gefühle und das Schweigen danach: „Das war so ein Makel an einem“ (G. W., 89 Jahre), „Ich hab mit keinem darüber gesprochen“ (U. K., 79 Jahre). Es sind aber auch Aussagen zu finden wie: „Es ist ja kein Wunder. Das sind auch bloß Männer.

Unsere haben es genauso gemacht“ (I. B., 79 Jahre) oder „Wenn es wirklich einen Gott gibt, der alles erschaffen hat, der hat ja auch den Sexismus erschaffen. Das gehört doch zum Menschen“ (H. R., 82 Jahre) (vgl. S. 71ff.). Eichhorn legt mit der Darstellung dieser Zitate einen Zugang zu den Erlebens- und Erfahrungswelten der befragten Frauen offen, der ein enormes Potenzial für eine tiefgreifende Analyse zur Thematik der sexualisierten Kriegsgewalt gegen Frauen und zu den Verarbeitungswegen bietet. Die interferenzstatistische Analyse offenbart u. a., dass die „erlebte subjektive Belastung innerhalb der Situation der Kriegsvergewaltigung [...] einen positiven Zusammenhang zur Symptomstärke der posttraumatischen Belastung [zeigt]“ (S. 99) und sich bei den Frauen bis heute Beeinträchtigungen in unterschiedlichen Lebensbereichen finden lassen. Eichhorn vergleicht die statistischen Daten ihrer Studie mit anderen Studien zur PTBS und geht dabei auf die aktuelle PTBS-Ausprägung und Symptomstärke, das Kohärenzgefühl sowie die peritraumatische Belastung ein.

Im vierten Kapitel reflektiert die Autorin eingehend und kritisch das methodische Design der Studie. Ohne die Ergebnisse schmälern zu wollen, weist sie u. a. auf den geringen Stichprobenumfang und die damit einhergehende Frage der Repräsentativität der Stichprobe hin. Ebenso nimmt sie das Fehlen einer adäquaten Vergleichsstichprobe in den Blick sowie die ausschließlich querschnittlich erhobenen Daten, die keine Aussagen über den Kausalzusammenhang verschiedener Variablen erlauben. Überdies werden auch die Effekte angesprochen, die bei Erinnerungen an lange zurückliegende Ereignisse auftreten und damit verzerrend auf die Gesamtergebnisse wirken können. Im fünften Kapitel folgt eine Zusammenfassung mit Ausblick.

Trotz der von der Autorin selbst genannten methodischen Einschränkungen ist die vorliegende Studie eine bereichernde Untersuchung sowohl für (angehende) MedizinerInnen, PsychiaterInnen, PsychotherapeutInnen, Pflegekräfte, MitarbeiterInnen von Altenhilfe- und -bildungseinrichtungen als auch für die betroffenen Frauen selbst, deren Familien und die Gesellschaft. Eichhorn kann herausarbeiten, dass bei vielen betroffenen Frauen auch nach mehr als 65 Jahren nach dem Erleben sexualisierter Kriegsgewalt Einschränkungen und Belastungen wirken, die darauf zurückzuführen und als posttraumatisch zu verstehen sind. Sie kann zudem aufzeigen, dass Verdrängung die am häufigsten gewählte Strategie zur Bewältigung des Erlebens war und ist. Damit verweist sie auch auf den Grad des Sich-Nicht-Mitteilen-Könnens. Erst viele Jahre nach der Traumatisierung ist es den Frauen in einem geschützten Rahmen möglich, ihre Geschichten zu erzählen. Eichhorn hat das von ihr gesteckte Ziel erreicht, indem sie deutlich macht, „dass das private und öffentliche Schweigen über die Welle der Kriegsvergewaltigungen um 1945 in vielen Fällen bis heute eine unsagbar große Verletzung verbirgt“ (S. 100). Ihre Arbeit ist zu verstehen als eine Form der lange versäumten Auseinandersetzung mit der Thematik. Die Studie kann Grundlage sein, um den Folgegenerationen der sexuell kriegstraumatisierten Frauen mehr und vor allem früher Aufmerksamkeit zu widmen, damit posttraumatische Belastungsstörungen rechtzeitig als solche erkannt und behandelt werden können. Die Lektüre dieses Buches sei zum einen all jenen empfohlen, die sich der Thematik aus einer wissenschaftlichen Perspektive nähern wollen, und zum anderen denjenigen, die mit alten Frauen arbeiten und/oder schon immer etwas über das Geheimnis ihrer Großmütter wissen wollten.

Zur Person

Nicole Justen, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin. Arbeitsschwerpunkte: Biographiearbeit, Biographieforschung, ZeitzeugInnenarbeit, Genderkompetenz, Bildungsberatung.
Kontakt: Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, FG: Erwachsenenbildung/Bildungsberatung, Berliner Platz 6–8, 45127 Essen
E-Mail: nicole.justen@uni-due.de

Marion Löffler

Saskia Stachowitsch, 2012: *Gender Ideologies and Military Labor Markets in the US*. Routledge Studies in US Foreign Policy. London/New York: Routledge. 160 Seiten. £75.00

Die Politikwissenschaftlerin Saskia Stachowitsch forscht zum Verhältnis von Geschlecht, Militär, privaten Sicherheitsunternehmen und Staatlichkeit in den Vereinigten Staaten. Mit *Gender Ideologies and Military Labor Markets in the US* liegt nun eine grundlegend überarbeitete Fassung ihrer Dissertation vor. Darin untersucht sie die ideologischen Implikationen der Medienberichterstattung zu Soldatinnen im US-Militär.

Frauen im Militär bilden einen wiederkehrenden Anlass, um längst überwunden geglaubte Geschlechterstereotype aufleben zu lassen. Dies zeigt sich in der Medienberichterstattung der Washington Post und der New York Times, die Stachowitsch als zentrales Analysematerial dient. Untersucht werden Pro- und Kontra-Argumente zur Integration von Frauen in die US-Streitkräfte. Die Autorin legt die argumentativen Figuren und Rechtfertigungsgründe unterschiedlicher AkteurInnen frei und betont die materielle Fundierung ideologischer Konstruktionen, womit sie die in der Forschung zu Militär und Geschlecht gewohnten Denkmuster verlässt. Sie fragt nach Veränderungen und Kontinuitäten von Geschlechterideologien im Kontext gesellschaftlicher und militärischer Transformationen. So bilden veränderte technologische Bedingungen der Kriegsführung, der davon beeinflusste Personalbedarf, demographische Entwicklungen und vor allem Verschiebungen in der ökonomischen Produktion und am Arbeitsmarkt relevante Kontexte, in die medial vorgebrachte Argumente für oder gegen eine Integration von Frauen in die US-Streitkräfte eingebettet sind. Besonderes Augenmerk legt die Autorin auf Veränderungen des Verhältnisses zwischen Staat und Militär, die auch Geschlechterverhältnisse transformieren.

Stachowitsch stellt zunächst grundlegende theoretische und methodologische Überlegungen an, die sie zu einem innovativen Forschungsansatz verbindet, die große Stärke der Studie. Dieser Ansatz ermöglicht es, sozialen, militärischen und ideologischen Wandel in seinen Wechselwirkungen verstehbar zu machen. Ein „undogmatischer Materialismus“, der einerseits die ökonomische Fundierung militärischer Organisation betont, andererseits die diskursive Konstruktion militärischer Geschlechtlichkeit ernst nimmt, schafft die Verknüpfung von materiellen und kulturellen Ansätzen in der Analyse des

Zusammenhangs von gesellschaftlichem Wandel und Geschlechterideologie. Unter Ideologie versteht Stachowitsch mentale „Frames“, die in Institutionen sedimentieren und von unterschiedlichen Gruppen in Machtkämpfen strategisch eingesetzt werden. Die medial geführten Debatten betrachtet sie als eine Art Meta-Diskurs, in dem Strategien unterschiedlicher gesellschaftlicher AkteurInnen nachgezeichnet, unterstützt oder bekämpft werden. Ihr Anspruch ist letztlich, mit der konkreten Analyse der Transformationen militärischer Geschlechterideologien die Tauglichkeit des Ansatzes für andere Untersuchungsfelder nachzuweisen.

In der Studie bildet der Arbeitsmarkt eine der zentralen kontextuellen Variablen für die Analyse sich ändernder Geschlechterideologien. Das Militär stellt als größter Arbeitgeber in den USA einen eigenen Arbeitsmarkt dar, der mit dem zivilen Arbeitsmarkt um Personal konkurrieren muss. Denn einerseits ist die AVF (All Volunteer Force), die seit 1973 besteht, auf aktive Anwerbung angewiesen, andererseits hat der technologische Wandel in der Kriegsführung den Personalbedarf der meisten militärischen Einheiten verändert, sodass immer höher qualifiziertes Personal nachgefragt wird. Aufgrund anhaltender Diskriminierung von Frauen am zivilen Arbeitsmarkt kam es zu einer steten Steigerung des Anteils von Soldatinnen (von 2,5 % im Jahr 1973 auf 15 % 2002). Vor allem bei Hochkonjunktur gehen junge, relativ gut qualifizierte Frauen eher zum Militär als Männer.

Dabei hindern diverse Schutzgesetze Frauen, an Kampfhandlungen teilzunehmen. Derartige Regulierungen folgen bestimmten Geschlechterideologien und tauchen in Medienberichten als Diskussionen um die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Soldatinnenstatus oder in bis ins Absurde gehende Debatten um die Schuld der Frauen an sexueller Belästigung und Vergewaltigungen im Militär wieder auf. In ihrer konkreten Medienanalyse der Jahre 1990 bis 2005 deckt Stachowitsch einen schier unerschöpflichen Fundus geschlechterideologischer Argumente auf, die sowohl negative als auch positive Konnotationen aufweisen. So wurde z. B. die Frage, ob Frauen aus patriotischen Gründen dienen, kontrovers diskutiert. Wenig überraschend waren es Debatten über die Effektivität des US-Militärs, die den Diskurs über die militärische Integration von Frauen begleiteten, wobei gleichartige Argumente sowohl für als auch gegen eine Integration der Soldatinnen vorgebracht wurden. Damit widerlegt Stachowitsch eine (naive) Vorstellung diskursiver Konstruktion von militärischer Geschlechtlichkeit zugunsten ihres Arguments einer (materiellen) Kontextabhängigkeit solcher (Medien-)Diskurse.

Methodisch wendet sie eine kritische Diskursanalyse an, die nicht nur Text-, sondern auch Kontextanalyse umfasst. Sie untersucht Veränderungen der Geschlechterideologien nach dem Kalten Krieg in drei zentralen Phasen, die sich im Hinblick auf ihre politischen, legalen, ökonomischen und demographischen Rahmenbedingungen unterscheiden und von einem Anstieg der Partizipation von Frauen im Militär begleitet sind.

Die erste Phase war vom Golf-Krieg 1991 geprägt, die erste große direkte Kriegshandlung der USA seit Einführung der AVF und der erste „heiße“ Krieg nach dem Kalten Krieg. Zu dieser Zeit wurden die meisten Restriktionen beseitigt, die einer Beteiligung von Frauen im Militär entgegenstanden. Geblieben ist das Verbot, an Kampfhandlungen am Boden teilzunehmen, was auch Karrierechancen im Militär limitiert, weil diese häufig an Kampferfahrung gebunden sind. Hier findet also eine ungleiche Integration von

Frauen in die einzelnen Kampfeinheiten statt. Die zweite Phase, die zu einem Großteil in die Amtszeit von Bill Clinton fällt, war durch die Reduktion des militärischen Personals gekennzeichnet. Durch den Bedarf an qualifiziertem Personal stieg gleichzeitig der Frauenanteil kontinuierlich an. Das Medieninteresse war gering und konzentrierte sich auf Sexskandale und Vorwürfe sexueller Belästigung im US-Militär. In beiden Phasen fand eine Ausdifferenzierung geschlechterideologischer Argumente statt. Insgesamt aber gab es die Tendenz zu einer weiteren Integration von Frauen. Die dritte Phase war vom „War on Terror“ dominiert. Geschlechterideologien dienten hier sowohl zur Viktimisierung der afghanischen Frauen als auch der Selbstinszenierung der USA als emanzipierte Gesellschaft, was nicht zuletzt durch die Präsenz von Frauen in der Armee sichtbar werden sollte. Obwohl der Frauenanteil bis 2003 stieg, setzten sich unter der Präsidentschaft von George Bush Junior zunehmend antifeministische politische Strategien durch. Nicht zuletzt deshalb war der Frauenanteil ab 2004 rückläufig – zum ersten Mal seit Einführung der AVF.

Aufgrund der relativ kleinen Materialbasis – für den Untersuchungszeitraum wurden 96 Berichte ausgewählt – wirkt die quantitative Auswertung stellenweise überzogen. Dennoch gelingt es Stachowitsch, über die Zeitungsanalyse eine Vielzahl von AkteurInnen und deren Kämpfe zu identifizieren und das Medienverhalten kritisch in den Blick zu nehmen. Vor allem durch die fundierten Kenntnisse der Entwicklungen in den USA, der relevanten AkteurInnen und Debatten sowie der gesetzlichen Veränderungen gewinnt der Forschungsgegenstand an Kontur. Ergänzt wird der Zugang durch eine Diskussion und Einbettung bereits vorliegender qualitativer Studien zu Geschlecht und US-Militär. Dabei liegt der Fokus auf sexualisierter Kriegsberichterstattung, die zu großen Medienereignissen wurde, wie beispielsweise beim Golf-Krieg 1991, der erstmals weibliche Militärs in die breite mediale Öffentlichkeit brachte, die US-Intervention in Somalia, deren Scheitern als Entmännlichung der US-Armee interpretiert wurde, die vermeintliche Entführung der Soldatin Jessica Lynch sowie der Folterskandal in Abu Ghraib, an dem Lynndie England als einzige Frau beteiligt war. Sie avancierte dadurch zum Sinnbild für pervertierte Weiblichkeit.

In Summe gelingt es Stachowitsch, Veränderungen ideologischer Trends nachzuweisen, die in einer Vervielfältigung unterschiedlicher geschlechterideologischer Argumente resultieren. Damit haben die klassischen Geschlechterstereotype von friedfertiger Weiblichkeit und kriegerischer Männlichkeit endgültig ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Zur Person

Marion Löffler, Dr., Projektmitarbeiterin und Lektorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Staatstheorien mit Fokus auf Transformationen von Staatlichkeit, Staatsschwächung und Demokratieentwicklung; fiktionale Literatur in der politischen Ideengeschichte.

Kontakt: Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 7/2, A-1010 Wien, Österreich

E-Mail: marion.loeffler@univie.ac.at